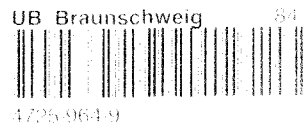
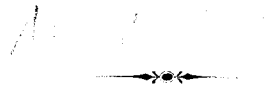


66661





Inhalts - Verzeichniß
über die
Verhandlungs - Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
zu
Braunschweig
im Jahre 1898/99.



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

Uebersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

(Anm. Die Zahlen bedeuten die Seiten in den Berichten.)

A. Nach der Zeitfolge.

I. 28. April 1898.

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	2
2. Haushaltsrechnungen von 1893/94 und 1894/95	2
3. Antrag Lord: Verhütung der Oker-Verunreinigungen	3
4. Gesuch wegen der Ausführung von Installationen	3
5. Gesuch wegen der Genehmigung zur Aufstellung leerer Wagen auf der Straße	3
6. Gesuch um Aenderungen bei der Vergebung von städtischen Bauarbeiten	4
7. Hundesteuer-Erlaßgesuche	6
8. Entschädigung für einen in der Neuenstraße beseitigten Keller	6
9. Erwerb einer Straßenfläche zum Hagenringe	6
10. Ausbau eines Theiles der Marienstraße	7
11. Aufnahme eines Processes	7
12. Gesuch wegen Abfuhr des Hauskehrichts	8
13. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke für 1896/97	8
14. Aufhebung des allgemeinen Pflasterfonds	10
15. Zuschuß zu den Kosten einer Eisenbahn von Schandelah nach Debitfeldbe	11
16. Erweiterungsanlagen auf dem Gaswerke an der Taubenstraße	12

IV

17. Enteignung von Fußwegflächen an der Cellerstraße	14
18. Aenderung an dem Vertrage wegen Errichtung eines Electricitätswerkes	15

II. 9. Juni 1898.

19. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke für 1895/96 und 1896/97	18
20. Aufstellung und Verlegung von Straßenlaternen	19
21. Hundesteuer-Erlaßgesuche	19
22. Erwerb einer Straßenfläche zur Höhe	19
23. Zulegung von Theilstrecken der vormaligen Staatsstraßen zum Stadtgebiete	19
24. Ausbau der verlängerten Fasanenstraße	20
25. Ausbau der verlängerten Rudolfsstraße zc.	20
26. Aufnahme eines Processes	21
27. Verkauf von Landesschuldverschreibungen	21
28. Kosten des Ausbaues der Korfesstraße	21
29. Fahrgehalt für die Straßenbahn Braunschweig—Wolfenbüttel	22
30. Darbietung für die Anthropologen-Versammlung	23
31. Regulirung der Mauernstraße	24
32. Aenderungen bei dem städtischen Museum	24
33. Ausbau eines Verbindungsweges an der Kaiser-Wilhelmstraße und eines Theiles derselben	25
34. Erwerb von Flächen zu einer projectirten Verbindungsstraße am Madamenwege und Canalisirung derselben	25
35. Verlängerung des Wasserrohres in der Gliesmaroderstraße	26
36. Aenderweite Verwendung der Dienstwohnung des Pflegehausinspectors	26

III. 30. Juni 1898.

37. Kosten des Ausbaues der Ludwigstraße	30
38. Hundesteuer-Erlaßgesuche	30
39. Aenderung des Anliegerbeitrages für die Straße am kl. Exercierplatze	30
40. Aenderweite Verwendung von Terrain an der Kaiserstraße	32
41. Anlage der Straßenbahn nach Dölper	35
42. Vertragsentwurf, betreffend die Aufhebung des allgemeinen Pflasterfonds	35
43. Ausbau eines weiteren Theiles der Kaiser-Wilhelmstraße	36
44. Erwerb von Flächen zu einer projectirten Straße an der Kreuzstraße	36
45. " " " zur verlängerten Petristraße	37
46. " " " " Meinenstraße	37
47. Kosten des Ausbaues der Parkstraße	38
48. Erwerb von Flächen zum Madamenwege	41
49. Baulinie an der Kuhstraße	43
50. Baulinie für eine vom Maschplatze abzweigende projectirte Straße	43
51. Aufwendungen für die Schule an der Leopoldstraße	43

52.	Antrag Hauswaldt: Verwendung von Mosaitpflaster an der Wolfenbüttlerstraße	44
-----	--	----

IV. 15. September 1898.

53.	Kosten des Ausbaues der Ludwigstraße	46
54.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	47
55.	Ueberrahme der Eschenburgstraße	47
56.	Erwerb einer Fläche zur Mauerstraße	48
57.	Ausbau eines Theiles der Thomae- und der Pflegehausstraße zc.	48
58.	Abänderung des Ortsbauplanes für die westliche Außenstadt	49
59.	Klageerhebung gegen den Rentner Kothbe	49
60.	Auftragsetzung des Fußweges nach dem Querumer Holze	49
61.	Verkauf einer nördlich der Kreuzstraße gelegenen Fläche	50
62.	Baulinie für den Steinweg	50
63.	Aufstellung von Gandelaberlaternen auf der Cellerstraße	52
64.	Gesuch wegen Aufstellung eines Firmenschildes	52
65.	Nachverwilligung von Kosten für die Markthalle	52
66.	Anderweite Einrichtungen auf dem Schlachthausgrundstücke	53
67.	Ueberrtragung von Canalbaumitteln auf das Jahr 1898/99	53
68.	Ausbau eines Theiles der Giechthalstraße zc.	54
69.	Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Hasanen- und Kaiser-Wilhelmstraße	54
70.	Rechnungsabschlüsse für 1897/98	55
71.	Verkauf von Terrain des ehemals Wedler'schen Grundstückes	56

V. 10. November 1898.

72.	Aufhebung eines Interessentenweges in der Neupetritter-Feldmark	58
73.	Fußweg nach dem Bürgerparke	59
74.	Erwerb von Terrain zur Bodestraße	59
75.	Kosten des Ausbaues eines Theiles der Kossstraße	59
76.	Weitere Kosten für den Ausbau der Cellerstraße	60
77.	Kosten der Verlegung städtischer Diensträume	60
78.	Verlegung eines Interessentenweges in der Neupetritthor-Feldmark	60
79.	Erwerb von Terrain an der Hamburgerstraße	60
80.	Vereinbarung wegen des Grundstücks für die elektrische Centrale	61
81.	Erwerb von Terrain an der Leopoldstraße	63
82.	Nabattbewilligungen bei Abnahme elektrischen Stromes	63
83.	Verlegung einer Okerbrücke	64
84.	Kosten des Ausbaues der Heinrichstraße	65
85.	Änderung des Projectes wegen Ausbaues der Frankfurterstraße	65
86.	Abtretung einer Fläche an der Hamburgerstraße	65
87.	Beschaffung von Geldschranken für die Stadtcasse	66
88.	Verlängerung des Pachtvertrages wegen der Stadtpark-Wirthschaft	66
89.	Aufhebung einer Theilstrecke der Brunnenstraße	71

VI

90.	Anschaffung eines Walzenstuhles für die Neustadtmühle	71
91.	Anschaffung eines Gasfugers	72
92.	Deckung der Kosten eines Gasbehälters	72
93.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	73
94.	Ausbau der Osterstraße	73
95.	Enteignung von Terrain zur Leopoldstraße	73
96.	Kosten für Herabsetzung eines Einfriedigungssockels	74
97.	Uebertragung von Kosten für die Kieselsteinanlage zc. auf das Jahr 1898/99	74
98.	Erwerb von Terrain zum Ausbau der Marienstraße	74
99.	Erweiterung der Kühlanlage des städtischen Schlachthauses	75
100.	Erwerb von Terrain zu einer vom Hagenringe nach Osten projectirten Straße	76
101.	Klageerhebung gegen Koloff	76
102.	Antrag Koch: Beleuchtung der Charlottenstraße	76
103.	Antrag Rieke: Oeffnung der Reichsgrenzen für die Vieheinfuhr	77

VI. 29. December 1898.

104.	Neubau einer Kirche für die Johanniskirche und Abänderung des Ortsbauplanes an der Capellenstraße	80
105.	Nachverwilligung von Kosten für Schränke zc.	84
106.	Antrag Koch: Beleuchtung der Charlottenstraße	85
107.	Anfertigung des Projectes zu einer Trinkwasseranlage	85
108.	Terrainaustausch am Wendenringe zc., sowie Abänderung einer dort projectirten Straße	89
109.	Verbreiterung der Badewete	94
110.	Aufnahme eines Processes	94
111.	Verlegung eines Gasrohrs auf dem Meinhardshofe	94
112.	Baulinie für die Giesmaroderstraße	95
113.	Beihilfe an den Verein gegen Bettel	95
114.	Verbreiterung und theilweiser Ausbau einer an der Kreuzstraße projectirten Straße	96
115.	Antrag Ebeling: Ausbau der Broitzemer- und der Ringstraße	96

VII. 16. Februar 1899.

116.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	100
117.	Mittel für eine litterarische Publication	100
118.	Antrag Ebeling: Ausbau der Broitzemer- und der Ringstraße	101
119.	Verkauf von Bauflächen am Stadthause	102
120.	Entlastung der Direction der städt. Licht- und Wasserwerke für das Jahr 1897/98	105
121.	Einrichtung eines Operationszimmers im städtischen Krankenhause	106
122.	Einrichtung von Wasserclosets in zwei Bürgerschulen	106
123.	Unterhaltungskosten der Voigts-Meßstraße	107

124.	Errichtung zweier Bedürfnisanstalten	107
125.	Rückzahlung von Gasrohrkosten	108
126.	Erwerb eines freien Platzes an der Bräuerntirche	108
127.	Uebnahme der Hagenstraße	109
128.	Anschaffung von Döcker'schen Baracken	109
129.	Austausch von Museumgegenständen	111
130.	Enteignung von Terrain zur Kahlstraße und zum Delschlagern	111
131.	Terrainerwerb zur Husarenstraße	112
132.	Mittel zur Remunerirung neuer Lehrkräfte	112
133.	Enteignung von Terrain zur Mönchstraße	112
134.	Statutentwurf für die Anse Dittmer-Stiftung	112
135.	Plattenbelagskosten an der Kastanienallee	113
136.	Einsprachen gegen den Ortsbauplan für die westliche Außenstadt	113
137.	Verkauf einer Fläche am Altenwiekrage	114
138.	Baulinie für die Stobenstraße	114
139.	Enteignung von Theilflächen zur Eichthalstraße	114
140.	Erwerb von zwei Flächen zur Frankfurterstraße	116
141.	Antrag Meyerhoff: Anschluß an den Mittelland Canal	116
142.	Antrag Südel: Bauerlaubniß am Ranthheimer Wege	117

VIII. 2. März 1899.

143.	Ordnung der directen Gemeindesteuern	120
144.	Aufnahme einer Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Weiershagen bzw. Promenade in den Ortsbauplan	129
145.	Antrag Meyerhoff: Anschluß der Stadt an den Mittellandcanal	130
146.	Aufnahme einer Verbindungsstraße zwischen Bittenweg und Langercamp in den Ortsbauplan und deren Ausbau, sowie Ausbau eines Theiles des Langercampes	133
147.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	134
148.	Unterstützungsgeſuch der österreichischen Gemeinde Gottſchee	134
149.	Aufhebung einer Theilstrecke der Glückstraße	135
150.	Abkommen mit dem Roloff'schen Concursverwalter und Verkauf des ehem. Wedder'schen Grundstücks	135

IX. 23. März 1899.

151.	Gesuch von Hartmann wegen der Altfeldstraße	138
152.	Gesuch wegen Ausbaues des nördlichen Theiles der Maschstraße	138
153.	Vollendung und innere Einrichtung des neuen Stadthauses	140
154.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	145
155.	Abtretung von Terrain an die Herberge zur Heimath	145
156.	Rückzahlung von Gasrohrkosten an der Hamburgerstraße	145
157.	Erweiterung des Kabelnetzes für das Electricitätswerk	145
158.	Abtretung und Erwerb von Terrain an der Carlstraße	146

VIII

159.	Änderung des Ortsbauplanes an der Kaiser-Wilhelmstraße	147
160.	Übernahme von Straßenbau- und Terrainverbesserungskosten an der Rudolfstraße	147
161.	Änderung eines Theiles des Fußweges an der Helmstedterstraße	147
162.	Ankauf des ehem. Demmer'schen Vorderhauses	148
163.	Gebührensätze für die Markthalle	156
164.	Gesuch von Koenigen wegen Ueberlassung von Straßenterrain	158
165.	Antrag Müller: Beschaffung eines Glockenspieles für den Stadthaus- thurm	160
166.	Antrag Müller: Instandsetzung der Straße an der Catharinenkirche	161
167.	Anfrage Hauswaldt: Krankentransport nach dem städt. Krankenhause	161

B. Nach den Gegenständen.

Abänderung der Projecte von Straßen und Wegen 65, 89, 147.
 Abänderung des Ortsbauplanes 43, 43, 49, 50, 80, 95, 114, 129, 133, 147.
 Abänderung des Vertrages wegen des Electricitätswerkes 15.
 Abfuhr des Hauskehrichts 8.
 Abkommen mit dem Rosloff'schen Concursverwalter 135.
 Abtretung von Grundstücken und Straßenflächen 46, 50, 56, 65, 102, 114, 135, 145, 146.
 Aenderungen beim städt. Museum 24.
 Anderweite Verwendung der Dienstwohnung des Pflegehausinspectors 26.
 Anderweite Verwendung von Terrain an der Kaiserstraße 32.
 Anfrage Hauswaldt: Krankentransport nach dem städt. Krankenhaus 161.
 Ankauf des ehem. Demmer'schen Hauses 148.
 Anlage der Straßenbahn nach Delper 35.
 Anliegerbeitrag für die Straße am kl. Exercierplatz 30.
 Anschaffung eines Gassaugers 72.
 „ „ Walzenfuhrles 71.
 „ von Döcker'schen Baracken 109.
 Anthropologen-Versammlung 23.
 Anträge, selbstständige, der Herren:
 Ebeling: Ausbau der Broißemer- und der Ringstraße 96, 101;
 Hauswaldt: Mosaispflaster an der Wolfenbüttlerstraße 44;
 Jüdel: Bauerlaubnis am Rauthheimerwege 117;
 Koch: Beleuchtung der Charlottenstraße 76, 85;

Lord: Verhütung der Oeferverunreinigungen 3;
 Meyerhoff: Anschluß an den Mittel- landcanal 116, 130;
 Müller: Beschaffung eines Glockenspiels für den Rathhausehurm 160, Zustandsetzung der Straße an der Catharinenkirche 161;
 Nieke: Deffnung der Reichsgrenzen für die Vieheinfuhr 77.
 Aufhebung des allgem. Pflasterfonds 10, 35.
 „ von Straßen und Wegen 58, 71, 135.
 Aufnahme eines Processus 7, 21, 49, 76, 94.
 Aufschließung von Quellwasser 85.
 Aufstellung leerer Wagen auf der Straße 3.
 „ von Straßenlaternen 19, 52, 76, 85.
 Aufwendungen für die Schule an der Leopoldstraße 43.
 Ausbau von Straßen 7, 20, 20, 21, 25, 30, 36, 38, 46, 48, 54, 54, 59, 60, 65, 65, 73, 74, 96, 96, 101, 133, 138.
 Austausch von Museumsgegenständen 111.
 „ „ Straßenterrain 89.

Banarbeiten, städt. betreffend 4.
 Bauerlaubnis am Rauthheimer Wege 117.
 Baulinien-Aenderung 43, 43, 49, 50, 80, 95, 114, 129, 133, 147.
 Bedürfnisanstalten betr. 107.
 Beihilfe für den Verein g. Bettelci 95.
 Berichtigung 136.
 Beschaffung von Geldschranken 66.
 Bürgerpark betr. 59.

X

Canalbau betr. 25, 53.
 Canal (Mittelland-) =Anschluß 116, 130.

Dankschreiben Sr. Kgl. Hoheit 18.
 Darbietung f. d. Anthropologen-Vers. 23.
 Deckung der Kosten eines Gasbehälters 72.
 Demmer'sches Haus betr. 148.
 Deutsche Pflegeanstalten vom Rothen Kreuz
 betr. 46.

Einrichtung eines Operationszimmers 106.
 " von Wasserclojets in Schulen 106.
 Einsprachen gegen Baulinien 113.
 Eisenbahn-Zuschuß betr. 11.
 Electricitätswerk betr. 15, 61, 63, 145.
 Elektrische Straßenbahn betr. 22, 35.
 Enteignung von Flächen und Grundstücken 14,
 73, 111, 112, 114.
 Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und
 Wasserwerke 8, 18, 105.
 Entschädigung für einen in der Neuenstraße
 beseitigten Keller 6.
 Errichtung von Bedürfnisanstalten 107.
 Erweiterung des Kabelnetzes 145.
 Erweiterungsanlagen auf dem Gaswerke 12.
 " " Schlachthaus 75.
 Erwerb von Straßenflächen 6, 19, 25, 36,
 37, 37, 41, 48, 59, 60, 63, 74, 76,
 108, 112, 116, 146, 147.

Fahrgeldtarif für die Straßenbahn 22.
 Freigabe des Kalenwalles f. d. Lastverkehr 100.
 Fußwegflächen-Enteignung betr. 14.
 Fußweg nach dem Bürgerparke 59.

Gasanstalt und Gasrohre betr. 8, 12, 18, 72,
 72, 94, 105, 108.
 Gebührensätze f. d. Markthalle 156.
 Geldschrank-Beschaffung 66.
 Gemeindesteuern-Ordnung 120.
 Gesuche von Einwohnern, Vereinen u. 3, 3, 4,
 8, 18, 52, 100, 134, 138, 138, 138,
 138, 158.
 Glockenspiel betr. 160.

Haushaltsrechnungen 2.
 Hundesteuer-Erlaßgesuche 6, 19, 30, 47, 73,
 100, 134, 145.

Installations-Ausführungen 3.
 Instandsetzung von Wegen und Straßen 49, 161.

Kellerbeseitigung in der Neuenstraße 6.
 Kirchenbauten betr. 80.
 Kosten der Verlegung städt. Diensträume 60.
 " des Ausbaues von Straßen 21, 30,
 38, 46, 59, 60, 65, 107, 138, 147.
 " für die Herabsetzung eines Einfriedigungs-
 sockels 74.
 Krankenhaus betr. 106, 109, 161.
 Krankentransport betr. 161.
 Kühlhaus betr. 53, 75.

Landesschuldverschreibungen betr. 21.
 Legung von Platten 113.
 Lichtwerke betr. 8, 18.
 Literarische Publication betr. 100.

Markthalle betr. 52, 138, 156.
 Mittel für eine literarische Publication 100.
 Mittellandcanal-Anschluß 116, 130.
 Mittel zur Remunerirung neuer Lehrkräfte 112.
 Museen, städt. betr. 24, 111.

Nachverwilligung von Kosten 52, 84.
 Neubau einer Kirche 80.
 Neustadtmühle betr. 71.

Oferbrücke betr. 64.
 Oferverunreinigungen 3.
 Ordnung der directen Gemeindesteuern 120.
 Ortsbauplan-Änderungen 43, 43, 49, 50, 80,
 95, 114, 129, 133, 147.
 Ottmer-Stiftung 112.

Pflasterfonds-Aufhebung 10, 35.
 Pflasterung betr. 44.
 Pflegehaus betr. 26.
 Plattenbelag betr. 113.
 Proceß-Aufnahmen 7, 21, 49, 76, 94.
 Project zur Trinkwasseranlage 85.

Duellwasser-Anlage betr. 85.
Duerumer Holz betr. 49.

Rabattbewilligungen bei der Stromabnahme 63.
Rechnungsabschlüsse für 1897/98 55.
Regulirung der Mauernstraße 24.
Rückzahlung von Gasrohrkosten 108, 145.

Schlachthaus betr. 53, 75.
Schulen betr. 43, 106, 112.
Stadtcasse betr. 66.
Stadthaus-Neubau betr. 102, 140, 160.
Stadtpark betr. 66.
Städt. Museum betr. 24, 111.
Statutenentwurf f. d. Dittmer-Stiftung 112.
Stichcanal betr. 116, 130.
Straßenausbau betr. i. Ausbau von Straßen.
Straßenbahn betr. 22, 35.
Straßenlaternen-Aufstellung 19, 52, 76, 85.
Straßen, über welche verhandelt worden ist:
 Altewiekring 114;
 Altfeldstraße 136, 138;
 Amalienplatz 107;
 Badetwete 94;
 Bammelsburgerstraße 89;
 Bodestraße 59;
 Bohlweg 102;
 Broitzemerstraße 96, 101, 145;
 Brüderkirche a. d. 108;
 Brunnenstraße 71;
 Bültenweg 133;
 Bürgerstraße 36, 50, 96;
 Capellenstraße 80;
 Carlstraße 146;
 Casernenstraße 52;
 Catharinenkirche a. d. 161;
 Cellerstraße 14, 19, 52, 60, 74, 158;
 Charlottenstraße 76, 85;
 Dankwardstraße 102;
 Eichthalstraße 54, 114;
 Erschenburgstraße 47;
 Exercierplatz a. H. 30;
 Fasanenstraße 20, 54, 56, 108;
 Frankfurterstraße 65, 116;
 Geiershagen 129;

Gliesmaroderstraße 19, 26, 95;
Glückstraße 135;
Hagenring 6, 76;
Hagenstraße 109;
Hamburgerstraße 19, 60, 65, 145;
Heinrichstraße 65;
Helmstedterstraße 8, 147;
Hildesheimerstraße 19;
Höhe 19;
Hufarenstraße 112;
Juliusstraße 138;
Kaiserstraße 18, 32, 129;
Kaiser-Wilhelmstraße 25, 36, 54, 147;
Kalenwall 100;
Kastanienallee 113;
Korkestraße 21;
Kramerstraße 7;
Kreuzstraße 36, 50, 96;
Kuhstraße 43, 111;
Langercamp 133;
Langerhof 102;
Leopoldstraße 43, 63, 73;
Ludwigstraße 30, 46;
Madamenweg 25, 41;
Marienstraße 7, 74;
Majdplatz 43;
Majdstraße 138;
Mauernstraße 24, 48;
Meinhardshof 94;
Mönchstraße 112;
Neuestraße 6, 37;
Nelschlägern 111;
Oferstraße 73;
Parkstraße 38;
Petristraße 37;
Pflegehausstraße 48;
Rantheimerweg 117;
Ringstraße 96, 101, 136, 138;
Rohstraße 59;
Rudolfstraße 20, 147;
Steinweg 50;
Stobenstraße 114;
Taubenstraße 12;
Thomaestraße 48;
Voigts-Niesestraße 107;
Wendenring 89;

XII

Wendenstraße 3;
 Wolfenbüttlerstraße 44, 49, 94, 107.
 Straßenzulegung zum Stadtgebiete 19.

Trinkwasseranlage 85.

Ueberlassung von Straßenterrain 158.
 Uebernahme von Straßen 47, 109, 147.
 Uebertragung von Mitteln auf das nächste
 Jahr 53, 74.
 Unterhaltungskosten der Voigts-Rheßstraße 107.
 Unterstützungsgeſuch der Gem. Gottſchee 100,
 134.

Verbreiterung von Straßen 94, 96.
 Vergabung städtischer Bauarbeiten 4.
 Verhütung der Oxfervunreinigungen 3.
 Vereinbarung wegen eines Grundstücks 61.
 Verein gegen Bettelſei 95.
 Verkauf von Landeſſchuldverſchreibungen 21.
 " " Straßenflächen und Grundſtücken
 46, 50, 56, 65, 102, 114, 135, 145,
 146.

Verlängerung des Pachtvertrages wegen der
 Stadtpark-Wirthſchaft 66.
 Verlängerung eines Wafferrohres 26.
 Verlegung einer Oferbrücke 64.
 " eines Intereſſentenweges 60.
 " von Gasröhren 94.
 Vertragſentwurf wegen Aufhebung des Pflaſter-
 fonds 10, 35.
 Verwendung von Moſaikpflaſter 44.
 Vieheinfuhr betr. 77.
 Vollendung und innere Einrichtung des Stadt-
 hauſes 140.
 Vorſigenden-Wahl 2.

Wagenaufſtellung auf der Straße 3.
 Wahl des Vorſigenden 2c. 2.
 Wafferrohr-Verlängerung 26.
 Wafferwerk betr. 8, 18, 105.

Zulegung von Staatsſtraßen zum Stadt-
 gebiete 19.
 Zuſchlags-Verweigerung 46.
 Zuſchuß zu den Koſten einer Eiſenbahn von
 Schandelah nach Debiſfelde 11.

1898|99.N^o 1.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. April 1898.

Tagesordnung:

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	Seite	2
II. Haushaltsrechnungen von 1893/94 und 1894/95	"	2
III. Antrag Lord: Verhütung der Oer-Verunreinigungen.	"	3
IV. Gesuch wegen der Ausführung von Installationen	"	3
V. Gesuch wegen der Genehmigung zur Aufstellung leerer Wagen auf der Straße	"	3
VI. Gesuch um Aenderungen bei der Vergebung von städtischen Banarbeiten .	"	4
VII. Hundesteuer-Erlaßgesuche	"	6
VIII. Entschädigung für einen in der Neuenstraße beseitigten Keller	"	6
IX. Erwerb einer Straßenfläche zum Hagenringe	"	6
X. Ausbau eines Theiles der Marienstraße	"	7
XI. Aufnahme eines Proccesses	"	7
XII. Gesuch wegen Abfuhr des Hauskehrichts	"	8
XIII. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke für 1896/97 .	"	8

XIV.	Aufhebung des allgemeinen Pflasterfonds	Seite 10
XV.	Zuschuß zu den Kosten einer Eisenbahn von Schandelah nach Lebisfelde	" 11
XVI.	Erweiterungsanlagen auf dem Gaswerke an der Taubenstraße	" 12
XVII.	Enteignung von Fußwegflächen an der Gellerstraße	" 14
XVIII.	Änderung an dem Vertrage wegen Errichtung eines Elektrizitätswerkes	" 15

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Franken-
berg.

Entschuldigt die Herren Blasius, Halle, Jüdel, Lange, Lupprian,
Ribbentrop, Schöttler und Wollenweber.

Den Vorsitz übernimmt das älteste Mitglied der Versammlung, Herr Bülte-
mann.

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Herr Bültemann glaubt sich mit der Versammlung eins, wenn er dem bis-
herigen Vorsitzenden, Herrn Semler, den Dank der Versammlung ausdrückt für
die umsichtsvolle Leitung der Verhandlungen und bittet, diesen Dank durch ein-
stimmige Wiederwahl zu beethätigen.

Auf Antrag des Herrn Vöschigt findet die Wahl durch Zuruf statt und geht
aus derselben Herr Semler mit Einstimmigkeit hervor.

Herr Bültemann giebt, den Vorsitz niederlegend, dem Wunsche Ausdruck,
daß es Herrn Semler vergönnt sein möge, noch lange zum Wohle der Stadt als
Vorsitzender der Versammlung thätig zu sein.

Herr Semler übernimmt das Amt des Vorsitzenden mit Worten des Dankes
und läßt zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden schreiten. Aus derselben geht
durch Zuruf der bisherige Stellvertreter, Herr Wolff, hervor, welcher die Wahl
ebenfalls annimmt.

II. Haushaltsrechnungen von 1893/94 und 1894/95.

Wie Herr Wolters berichtet, hat derselbe bei der Prüfung der Rechnung
für das Jahr 1893/94 alle Conten in bester Verfassung und Ausführung befunden.
Eine Ausstellung untergeordneter Bedeutung habe er insofern zu machen, als in
der Zusammenstellung des Extraordinariums ein nach Abschluß des Etats noch
eingegangener Betrag von 268,60 M. als Erlös aus dem Verkaufe eines Hauses

am Nickelnkult nicht enthalten sei, obwohl der Betrag in der Rechnung selbst stecke. Im Uebrigen finde sich nichts zu erinnern.

Herr W a g n e r hat bei Prüfung der Haushaltsrechnung für das Jahr 1894/95 nichts zu erinnern gefunden und kann der musterhaften Rechnungsführung nur seine volle Anerkennung zollen.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s muß die Ausstellung des Herrn Wolters, welche indessen auf die eigentliche Rechnungsaufstellung keinen Bezug habe, als begründet anerkennen und will bitten, trotzdem die Dechargeertheilung auszusprechen, da die Rechnung in sich stimme.

Die Versammlung ertheilt darauf für beide Rechnungen die Entlastung.

III. Antrag Vord: Verhütung der Oker-Verunreinigungen.

Der in der Sitzung vom 10. März d. Js. — Seite 216 des Berichts — gestellte Antrag wird im Einverständniß mit dem Antragsteller als erledigt betrachtet, da vom Stadtmagistrate bereits Schritte eingeleitet sind, um die Angelegenheit in befriedigender Weise zu erledigen.

IV. Gesuch wegen der Ausführung von Installationen.

Da ein gleiches Bittgesuch — Seite 230 des Berichts von 1897/98 — auch an den Stadtmagistrat gerichtet worden ist, so tritt gewohnheitsmäßig die Versammlung nicht in die Verathung der Eingabe, sondern legt dieselbe zu den Akten.

V. Gesuch wegen der Genehmigung zur Aufstellung leerer Wagen auf der Straße.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, ist die Versammlung in dieser Sache nicht zuständig, da dieselbe zum Ressort der Herzoglichen Polizei-Direction gehöre. Obwohl nun schon gelegentlich des Antrages Koch — Seite 224 des Berichts von 1897/98 — es in der Versammlung ausdrücklich als wünschenswerth bezeichnet worden sei, daß ein Verbot der Aufstellung leerer Wagen auf den Straßen der Innenstadt nicht erlassen werde, weil dadurch der Fremdenverkehr der Innenstadt nur beeinträchtigt werden könne, so empfehle die Statutencommission dennoch, über den Antrag des Gastwirths Schaper — Seite 230 des Berichts — aus dem oben angeführten Grunde zur Tagesordnung überzugehen und es dem Bittsteller zu überlassen, seine Beschwerde an zuständiger Stelle anzubringen.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschloffen.

VI. Gesuch um Aenderungen bei der Vergebung von städtischen Bauarbeiten.

Daß von dem Vorstande der Vereinigung der Architekten und Maurermeister Braunschweigs eingereichte Gesuch geht dahin, bei der Vergebung der städtischen Arbeiten thunlichst alle Meister zur Abgabe von Preisen aufzufordern, Meister, welche einmal bedacht seien, aber bei der nächsten Aufforderung fortzulassen. Diese Frage ist, wie Herr Engelbrecht namens der Statutencommission berichtet, schon wiederholt, und zuletzt bei Gelegenheit der Verhandlung über den neuesten Schulhausbau, in der Versammlung eingehend besprochen worden und es seien dabei den vereinigten Commissionen, sowie der Versammlung Eröffnungen über das Verfahren gemacht worden, welches die Stadtverwaltung seit Jahren bei Vergebung der städtischen Arbeiten beobachtet habe, nämlich über das Verfahren der beschränkten Submision. Die Versammlung habe dieses Verfahren derzeitig auch allgemein gebilligt, so daß es erübrigen dürfte, jetzt nochmals auf den Antrag einzugehen. Was von den Gesuchstellern darüber hinaus verlangt werde, übersteige dasjenige Maß, welches als Grenze der Möglichkeit angesehen werden könne. Man verlange nämlich, daß ein Turnus eingeführt werde, nach welchem die einzelnen Baubewerber für eine Zeitlang von der weiteren Bewerbung ausscheiden. Einen solchen Zwang den städtischen Baubeamten aufzuerlegen erscheine unthunlich, weil auch jeder Privatmann, der doch nur sich selbst verantwortlich sei, sich beliebig einen Meister auswählen könne, dem er seine Arbeit anvertrauen wolle. Aus diesem Grunde meine die Statutencommission, daß dem weiteren Verlangen der Bittsteller nicht stattzugeben sei, und werde daher empfohlen, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Böschigk hat den sachlichen Ausführungen des Referenten nichts entgegenzuhalten, will indessen bitten, den Kreis der von der Stadt zu berücksichtigenden Werkmeister möglichst zu erweitern, um die Steuerkraft der Stadt nicht noch mehr zu schwächen. Bisher habe man nur die größten Firmen berücksichtigt, indem angenommen sei, daß diese sich einen Stamm eingearbeiteter Leute gesichert hätten, mit denen sich am besten arbeiten lasse; da jedoch die Bauten stets durch städtische Baubeamte überwacht würden, so könne jeder Maurergefelle nach den gegebenen Vorschriften arbeiten und brauche man solche Rücksichten nicht zu nehmen. Außerdem empfehle es sich, bei der Vergebung der Arbeiten nicht gar zu engherzig zu sein und z. B. die Plattenverlegung nicht nur an Steinsetzermeister, sondern auch an geeignete Maurermeister zu vergeben, namentlich wenn erstere nicht im Stande seien, die Arbeiten zu bewältigen. Vielleicht nehme der Magistrat hierauf in Zukunft etwas Rücksicht.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Stadtverwaltung nur bei den Canalbauarbeiten darauf gesehen habe, sich einen Stamm eingearbeiteter Leute

zu sichern, während sie die übrigen städtischen Arbeiten nach freiem Ermessen vergeben habe. Die Canalbauarbeiten hätten eine solche Maßnahme aber nothwendig erfordert, weil es sich bei denselben um eine für die Stadt vollständig neue Arbeit gehandelt habe, bei welcher alle Betheiligten erst noch hätten lernen müssen. Deshalb habe es die Deputation nicht für zweckmäßig gehalten, gegen den Schluß der Arbeiten noch einmal mit neuen Unternehmern anzufangen. Hinsichtlich der Plattenverlegung verhalte sich die Sache folgendermaßen. Früher habe die städtische Bauverwaltung diese Arbeit nur Steinsetzermeistern übertragen in der Annahme, daß die eigentlichen Maurergefellen sich zu solcher Arbeit nicht verstehen würden; nachdem diese Voraussetzung indessen sich als unzutreffend herausgestellt habe, seien auch Maurermeister auf ihren Wunsch zugelassen worden.

Herr Bues muß es für tränkend halten, wenn bei der engeren Submiffion die fünf ausgewählten Meister nicht für gleichwerthig angesehen würden, sondern man hinterher nicht dem billigsten, sondern demjenigen Meister die Arbeit übertrage, welchen man von vornherein hätte haben wollen. Gerade diesen Punkt hätten die Bittsteller mit beseitigt wissen wollen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will dazu bemerken, daß schon zu wiederholten Malen dem Wunsche Ausdruck gegeben sei, das billigste Angebot im Submiffionswesen nicht zu berücksichtigen, weil manchem Unternehmer nur daran liege, erst einmal die Arbeit zu bekommen: hinterher werde dann bei zu geringer Preisbemessung entweder die Arbeit schlecht ausgeführt, oder es erfolge die Bitte um Nachbewilligung. Bei verschiedenen größeren Verwaltungen habe man schon den Grundsatz aufgestellt, im Submiffionsverfahren nicht das höchste, aber auch nicht das billigste, sondern ein mittleres Angebot zu berücksichtigen.

Herr Löschigk möchte berichtigend erwähnen, daß er vom Herrn Bürgermeister Ketemeyer insofern falsch verstanden sei, als er gerade gebeten habe, bei der Vergabung des Plattenbelages auch die Maurermeister zu berücksichtigen.

Herr Bues kann den Standpunkt des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer nur bei der unbeschränkten Submiffion für richtig halten, da bei der beschränkten Submiffion die von der städtischen Bauverwaltung ausgewählten Meister als gleichwerthig angesehen werden müßten, umsomehr, als die Arbeiten von der städtischen Baubehörde überwacht würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf aufmerksam machen, daß man sich bei Prüfung der Submiffionsangebote auch davon überzeugen müsse, ob die Unterlagen der Gebote als gleichwerthig zu erachten seien, da es ihm in verschiedenen Fällen vorgekommen sei, daß Derjenige, welcher ziffermäßig das niedrigste Gebot abgegeben habe, in Wirklichkeit der Höchsthfordernde gewesen sei, indem

er z. B. statt der geforderten zwei Steinstärken nur 1½ Steinstärken veranschlagt habe.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

VII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Den Einwohnern Hardenberg, Stahl, Bopel und Ohlendorf wird auf Antrag die Steuer für einen Ziehund erlassen, während die Gesuche der Einwohner Seute, Wunderlich und Hoffmann um Erlaß der Steuer für einen Wachhund keine Berücksichtigung finden. Auch das Gesuch des Schriftsetzers Wrede um Niederschlagung der Steuer für einen Ziehund wird verworfen, weil der Genannte im Januar d. Jrs. versucht hat, durch Ankauf einer fremden Hundemarke die städtischen Behörden zu täuschen, bezw. zu schädigen.

VIII. Entschädigung für einen in der Neuenstraße beseitigten Keller.

Im Sommer 1897 zeigten sich in der Fahrbahn der Neuenstraße über den unter dieser befindlichen Kellern des Wilkens'schen Grundstücks derartige Senkungen, daß Herzogliche Polizei-Direction sich veranlaßt sah, die Straße zu sperren. Diese Senkungen waren hervorgerufen durch Risse, welche sich in den Kappen der Kellergewölbe gebildet hatten. Herr Wilkens wurde sodann veranlaßt, die Keller, soweit sie unter der Fahrbahn lagen, aufzugeben und in ihre Zuschüttung zu willigen. Wegen der Entschädigungsansprüche des Genannten hat nun der Magistrat mit ihm vertraglich vereinbart, daß Herr Wilkens von der Stadt die Summe von 5000 M erhält und dafür auf alle Schadensansprüche, welche er aus der Aufgabe der von ihm behaupteten Rechte und wegen der ihm durch die gedachten Arbeiten entstandenen Kosten herleiten könnte, der Stadt gegenüber verzichtet.

Dem Antrage des Magistrates, sich mit dem Abschlusse des Vertrages einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, zu.

IX. Erwerb einer Straßenfläche zum Hagenringe.

Der Ausbau des Hagenringes bedingt den stadtseitigen Erwerb einer 125 qm großen Grabenfläche der Feldmark Hagen. Der Antrag des Magistrates, den Erwerb dieser Fläche zum Einheitspreise von 5 M gutzuheißen,

wird von der Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Schmidt berichtet, angenommen.

X. Ausbau eines Theiles der Marienstraße.

Die städtische Bauverwaltung legt dem Magistrate ein Project vor über den Ausbau der Marienstraße zwischen der Bodestraße und dem vormaligen großen Exercierplatze, dessen Genehmigung der Magistrat nebst der Anerkennung der Kosten- und Vertheilungsberechnung empfiehlt, auch beantragt, daß auf die betreffende Straßenstrecke die Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts für anwendbar erklärt werden.

Wie Herr Bültmann berichtet, empfiehlt die Baucommission die Annahme dieser Vorlage.

Herr Lord möchte anfragen, ob der Ausbau dieser am äußersten Ende der Stadt liegenden Straße so dringend nothwendig sei. Aehnlich lägen die Verhältnisse bei der Bodestraße, jedoch werde deren Ausbau wegen der Schaffung einer Vorfluth für nothwendig gehalten. Man möchte doch den Ausbau solcher Straßen Privatunternehmern überlassen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will dazu bemerken, daß der Ausbau der Marienstraße in den Etat aufgenommen sei und der Magistrat deshalb die Vorlage eingebracht habe. Man könne allerdings zweifelhaft sein, ob ein dringendes Bedürfniß zu dem Ausbau der Straße vorliege. Bezüglich der letzten östlichen Theilstrecke, welche mit 7—8 Häusern bebaut sei, müsse man das Bedürfniß wohl anerkennen, während die mittlere Theilstrecke allerdings vorläufig noch nicht bebaut sei. Es müsse der Versammlung überlassen bleiben, ob sie den Ausbau dieser Straße noch zurückstellen wolle.

Herr Koch möchte bitten, von dem Ausbau vorläufig noch Abstand zu nehmen, da genug Bauland vorhanden sei und man nicht ohne Noth neuen Baugrund erschließen solle.

Herr Rieke ist der gegentheiligen Ansicht. Es liege kein Grund vor, von dem Ausbau der Straße abzusehen, wenn sie auch vom Centrum der Stadt weit abliege, zumal da die Stadt die Straßenbaukosten zum guten Theile sofort wieder erhalte.

Herr Bültmann muß ebenfalls für den Ausbau des Straßentheiles eintreten, damit den unhaltbaren Zuständen dort ein Ende gemacht werde. Die Altemwiekgemeinde könne den Weg bei dem starken Wagenverkehre nicht in einem ordnungsmäßigen Zustande erhalten.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XI. Aufnahme eines Proceßes.

Die Firma Grebe & Kunze hat gegen den Magistrat eine Klage erhoben, nach welcher sie nicht verpflichtet sein will, als Eigenthümerin des Grundstücks

M ass. 4403 den auf 1552,50 *M* veranschlagten Beitrag oder einen Theil desselben zu den Kosten des Ausbaues der verlängerten Kramerstraße zu tragen.

Dem Ersuchen des Magistrates um Genehmigung zur Aufnahme des Processes entspricht die Versammlung, nachdem Herr Wolff den Antrag namens der Statutencommission unterstützt hatte.

XII. Gesuch wegen Abfuhr des Haussechrichts.

Der Kaufmann Robert Hoffmann, Helmstedterstraße 111 wohnhaft, richtet nochmals an die Versammlung das Ersuchen, von seinem Grundstücke den Müll abfahren zu lassen.

Da der Bittsteller auf eine Eingabe gleichen Inhalts erst in der Sitzung vom 10. März d. Jrs. abschlägig beschieden ist — Seite 218 des Berichts — so giebt der Herr Vorsitzende namens der Statutencommission anheim, über den neuen Antrag in eine Verhandlung nicht einzutreten.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

XIII. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke für 1896/97.

Nach dem Berichte des Herrn Hauswaldt ist in der Sitzung vom 25. Februar 1897 — Seite 309 des Berichts — bei Berathung der vorigen Jahresrechnung der Licht- und Wasserwerke beschlossen worden, von dem Gewinn- und Verlustconto des Gaswerkes das verlorene Agio von 38 750 *M* zu entnehmen und in den Verpflichtungen dem Conto der Kreiscommunalcasse zuzufügen. Wie sich nun aber bei dem vorliegenden Jahresberichte herausstelle, seien diese 38 750 *M* nicht aus dem Gewinn- und Verlustconto entnommen, sondern nur dem Reservefonds zugegeschrieben, so daß jetzt das Activum des Gaswerkes höher zu Buche stehe als im vergangenen Jahre. Um solche doppelten, den Wunsch der Versammlung ver-eitelnden Buchungen für die Zukunft zu vermeiden, beantrage die Finanzcommission, im Jahre 1898/99 von dem Gewinne des Gaswerkes 38 000 *M* definitiv abzusetzen und sie dem Reservefonds nicht wieder zuzufügen, also den Betrag von den Activen abzuschreiben. Da das Gaswerk auch größere Baarmittel für Neu-beschaffungen gebrauche, so werde es bei solchem Vorgehen möglich sein, die Geld-anforderungen ohne eine besondere Anleihe zu decken.

Ähnlich verhalte es sich bei der Rechnung des Wasserwerkes. Nach dem vor-jährigen Vorschlage der Finanzcommission sollte der Gewinn um 10 000 *M* gekürzt werden, um das scheinbare Activum nicht mehr anwachsen zu lassen. Das sei nun wohl geschehen, aber man habe hinterher die Abschreibungen wieder um

10 000 M gekürzt und dadurch die erstere Buchung in gewisser Weise wieder aufgehoben. Um nun nicht besondere Weiterungen zu machen, schlage die Finanzcommission vor, in diesem Jahre von dem Gewinne des Wasserwerkes 20 000 M nicht in den Schulhausbaufonds fließen zu lassen, sondern direct dem Abschreibesconto zuzuführen, also die Activa um diese Summe zu ermäßigen. Hierdurch erreiche man, daß mehr liquides Geld bei dem Wasserwerke verbleibe.

Die Finanzcommission bringe demnach in Vorschlag, die Jahresrechnungen der bezeichneten Werke zu billigen, also die Entlastung auszusprechen, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Wünsche der Commission im Jahre 1897/98 und in den folgenden Jahren zur Ausführung gelangen.

Herr Wolters ist auch der Meinung, daß die hier vorgenommenen doppelten Buchungen den Beschluß der Versammlung vom vorigen Jahre illusorisch machen, wenn dieses auch von der Cassenführung nicht beabsichtigt sein werde. Es handle sich indessen hier nicht um eine Zufälligkeit, sondern um ein System, wie es jahrelang beobachtet worden sei. Es erscheine ihm unbegreiflich, weshalb ein solcher Zuschuß von den Abschreibungen wieder abgesetzt werde, da hierdurch doch eine Abschreibung gleich Null herauskomme.

Herr Seele möchte beantragen, diese Angelegenheit noch einmal von der Tagesordnung abzusetzen, um nähere Erkundigungen über die Vornahme der Buchungen einzuziehen.

Herr Hauswaldt bittet, dem Vorschlage der Finanzcommission zuzustimmen, da nicht die Höhe des Gewinnes angezweifelt werde, sondern man nur über die Verbuchung desselben verschiedener Meinung sei und für die Zukunft dem vorjährigen Beschlusse der Versammlung Geltung verschafft werden solle.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt anheim, die Entlastung auszusprechen, da ein Monitum gegen die Rechnung selbst nicht vorliege, die beiden, von Herrn Hauswaldt hervorgehobenen Punkte aber dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen.

Der Herr Vorsitzende ist dem gegenüber der Ansicht, daß die Entlastung nicht ausgesprochen werden könne, weil in den Rechnungen etwas mit einem früheren Beschlusse der Versammlung nicht übereinstimme, sofern sich die Annahme des Herrn Hauswaldt bestätigen sollte.

Nach kurzer weiterer Verhandlung, an welcher sich die Herren Nolte und Seele theilnehmen, beschließt die Versammlung, diesen Punkt nochmals an die Finanzcommission zurückzuverweisen.

XIV. Aufhebung des allgemeinen Pflasterfonds.

Nach dem Vertrage zwischen Staat und Stadt vom 1./10. August 1858 ist die Neupflasterung und Unterhaltung der innenstädtischen Straßen im Allgemeinen Sache des Staates, doch hat die Stadt zu den hierfür aufzuwendenden Kosten ein Sechstheil beizutragen. Da das sich hieraus ergebende Rechtsverhältniß im Laufe der Zeit ein überaus complicirtes geworden ist, so erscheint die Auflösung dieses Vertragsverhältnisses für die Stadt um so wünschenswerther, als sie dann auch frei über die städtischen Straßen verfügen könne. Es sind deshalb schon seit längerer Zeit wegen Aufhebung des Verhältnisses Verhandlungen mit Herzoglicher Baudirection gepflogen, welche zu einem gewissen Abschlusse insofern gekommen sind, als das Herzogliche Staatsministerium sich, vorbehaltlich der Zustimmung der Landesversammlung, bereit erklärt, das Vertragsverhältniß zu lösen und mit der Stadt einen anderweiten Vertrag abzuschließen. Nach dem vorgelegten Vertragsentwurfe verpflichtet sich der Staat, der Stadt dauernd eine jährliche Rente von 39 150 M., sowie für bestimmte Bauwerke eine Capitalabfindung von 9300 M. zu zahlen, ihr einen Betriebsfonds von 23 000 M. in Baar oder durch Ueberlassung von Steinmaterial zu überweisen und der Stadt die Mitbenutzung des herrschaftlichen Lagerplatzes bei Eisenbüttel dauernd zu gestatten. Der Magistrat giebt anheim, den Vertragsentwurf zu genehmigen und die Bestimmung des Zeitpunktes, an dem das gleichfalls in Vorschlag gebrachte neue städtische Statut in Kraft treten solle, ihm zu überlassen.

Die Statutencommission hat nach dem Berichte des Herrn Wolff den Vertragsentwurf unter folgenden Gesichtspunkten als annehmbar erachtet. Die Vergütung, welche die Stadt für diejenigen Verpflichtungen erhalte, welche bislang der Staat zu prästiren gehabt habe, sei nach den jetzt vorliegenden Verhältnissen in durchaus angemessener Weise berechnet worden, indessen habe man sich in der Commission vergegenwärtigt, daß mit dem Uebergange der Pflasterungsarbeiten auf die Stadtgemeinde eine Steigerung der Leistungen eintreten werde, einerseits um deswillen, weil bei der künftigen Gestaltung der Dinge höhere Ansprüche der Betheiligten leichter zur Geltung gebracht werden würden als früher, und andererseits, weil mit dem Fortschritte der Zeit durch die unabwiesbare Steigung der Anschauungen über die Art der Ausführung, sowie durch das Steigen der Materialpreise und Löhne die Pflasterungen kostspieliger würden. Von diesen Gesichtspunkten aus werde das Aequivalent als ein für die Zukunft ausreichendes nicht angesehen werden können, die Stadt werde bei der Sache weder pecuniär ein Geschäft machen, noch auch nur einen angemessenen Ausgleich erzielen. Da nun aber ein Mehr nicht zu erlangen sei und andererseits wesentlich auch in Betracht komme, daß durch den Vertragsentwurf die Stadt um ein Stück in der ausschließlichen Selbstverwaltung weiter komme, so

müsse der Stadt sehr daran liegen, die Mitarbeit und Bevormundung des Staates in dieser Sache los zu werden. Von diesem Gesichtspunkte aus empfehle die Commission die Annahme des Vertrages und des in Vorschlag gebrachten Statuts.

Herr Meyerhoff begrüßt die Vorlage mit Freude, wenn der Stadt daraus auch höhere Ausgaben erwachsen würden. An den Magistrat möchte er aber die Bitte richten, auf dem hier betretenen Wege weiterzugehen und auch ein Abkommen wegen der Ballpromenaden mit dem Staate zu treffen, damit in der Stadt Braunschweig nicht zweierlei Recht herrsche.

Herr Rieke kann das Abkommen von dem Standpunkte aus als einen Fortschritt betrachten, daß durch dasselbe der Braunschweigischen Bürgerschaft Rechte wiedergegeben werden, welche sie bis zum Jahre 1671 bereits besessen habe. Die Stadt könne nunmehr über die Straßenpflasterung wieder allein bestimmen und werde wohl auch endlich ein modernes Pflaster in ihren Straßen erhalten. Man könne jetzt auch auf den Sollinger Sandstein verzichten und dafür den schönen Velpfer Sandstein verwenden. Nach seiner Meinung werde man die Straßen in Zukunft billiger bauen, als bisher, wenn die Stadt auch bei dem Abkommen mit dem Staate gerade kein gutes Geschäft gemacht habe.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Herrn Wolff wird die Magistratsvorlage genehmigt.

XV. Zuschuß zu den Kosten einer Eisenbahn von Schandelah nach Debisfelde.

Vor Kurzem hat die Landesversammlung den Staatsvertrag, nach welchem die preussische Regierung eine Eisenbahn von Schandelah nach Debisfelde gegen Verpflichtung der braunschweigischen Regierung zur unentgeltlichen Hergabe des dazu innerhalb des diesseitigen Landesgebietes erforderlichen Grund und Bodens und zur Gewährung eines Baarzuschusses von 176000 M. bauen will und soll, unter der Bedingung genehmigt, daß zu diejem Baarzuschusse seitens der Stadt Braunschweig ein Beitrag von 62000 M. und seitens der übrigen Interessenten ein Beitrag von 4000 M. geleistet werde. Der Magistrat kann nicht bestreiten, daß es im Interesse der Stadt liegt, sich in dem geforderten Umfange an den Kosten des Bahnbaues, der anderenfalls kaum, jedenfalls nicht in absehbarer Zeit, zur Ausführung kommen würde, zu betheiligen. Einzelne Interessenten zu solcher Betheiligung heranzuziehen, hält der Magistrat aber nicht für zweckmäßig und ersucht daher, sich mit der stadtseitigen Zahlung des geforderten Zuschusses einverstanden zu erklären.

Herr Wagner empfiehlt namens der Finanzcommission, dem Antrage zuzustimmen, da der geplante Bahnbau für die Stadt nur von Vortheil sein könne und derselbe ohne den Zuschuß der Stadt nicht zur Ausführung kommen würde.

Herr Rieke kann nicht verstehen, weshalb die Stadt bei diesem Bahnbau in so hervorragender Weise interessirt sein solle, um einen solchen Zuschuß zu rechtfertigen. Die Stadt würde ein viel größeres Interesse an einer Fortführung der Linie Braunschweig—Gifhorn bis Uelzen haben, sofern diese Linie als Vollbahn ausgebaut werden würde. Durch die Verlegung des Güterbahnhofes nach dem Osten der Stadt würde dem Westen ein erheblicher Nachtheil zugefügt werden und trotzdem denke Niemand daran, dafür eine Entschädigung zu zahlen. Die Versammlung habe es schon abgewiesen, einen Zuschuß für die Ueberführung der Helmstedter Bahnstrecke zu bewilligen und er stehe auf dem Standpunkte, daß auch hier allein der Staat, nicht aber einzelne Gemeinden einzugreifen haben.

Herr Oberbürgermeister Pockels ist der Meinung, daß sich darüber streiten lasse, ob nicht das Land Braunschweig Veranlassung hätte, die gesammte, von preußischer Seite geforderte Subvention auf den Staatsäckel zu übernehmen. Nachdem aber die Landesversammlung erklärt habe, daß sie die Regierung ermächtigen wolle, die Subvention neben der freien Hergabe des Grund und Bodens zu übernehmen, sofern die Interessenten dazu einen Beitrag von 66000 M zahlen würden, stehe die Stadt vor der Frage, entweder den ihr zugemutheten Zuschuß zu zahlen, oder aber für unabsehbare Zeit auf diese Bahnverbindung zu verzichten. Neuerdings habe sich die Landesversammlung wiederholt auf den Standpunkt gestellt, daß bei dem fortschreitenden Ausbau des Eisenbahnnetzes im Herzogthume nach denselben Grundsätzen verfahren werden solle, wie in Preußen, daß nämlich die interessirten Gemeinden und Corporationen Zuschüsse zu dem Bahnbau zu leisten haben. In dieser Richtung habe die Landesversammlung auch bezüglich der in den Kreisen Gandersheim und Blankenburg i./H. zu erbauenden Bahnstrecken Beschluß gefaßt und werde ein ähnlicher Antrag auch in Bezug auf die neu projectirte Bahnlinie durch das Schunterthal gestellt werden. Es handle sich deshalb bei der heutigen Verhandlung darum, ob man die Bahn haben, oder darauf verzichten wolle.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XVI. Erweiterungsanlagen auf dem Gaswerke an der Taubenstraße.

Von der Direction der Licht- und Wasserwerke wird es für erforderlich gehalten, die Leistungsfähigkeit des Gaswerkes durch einige neue Anlagen zu vermehren, da dieselbe für den jetzigen Höchstbedarf nicht mehr ausreicht. Zu diesem

Zwecke werden hauptsächlich folgende neuen Einrichtungen in Vorschlag gebracht: Verlängerung des Kohlenschuppens um 60 m mit einem Aufwande von 25 300 M., 3 Generatoröfen für 47 200 M., 1 Standardgaswäscher 6 900 M., 1 Stationsgasmesser 6 500 M., 1 Ammoniakwasserpumper 710 M., 1 Theerleitung zum Füllen der Theerwagen 510 M. und unvorhergesehene Ausgaben 1 240 M., zusammen 88 360 M. Nach Fertigstellung dieser Anlagen würde die Leistungsfähigkeit der beiden Gasanstalten von 26 500 cbm auf 29 000 cbm erhöht werden. Der Magistrat hat hierbei auch die Frage erwogen, ob es nicht angängig sei, diese Erweiterungsbauten mit Rücksicht darauf hinauszuschieben, daß die Errichtung eines Electricitätswerkes geplant wird, er ist indessen namentlich auch an der Hand der in anderen Städten gesammelten Erfahrungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß an eine Verminderung des Gasverbrauches trotz des Electricitätswerkes nicht zu denken sei. Es wird daher anheimgegeben, zu genehmigen, daß die vorbezeichneten Erweiterungen zur Ausführung gebracht werden. Ueber die Deckung der Kosten soll die Versammlung eine besondere Vorlage erhalten.

Die Finanzcommission läßt die Bewilligung der geforderten Summe durch Herrn Lord empfehlen. Bezüglich der Deckungsfrage hält die Commission es für richtiger, die Ausgaben aus den Mitteln der Lichtwerke zu decken und nicht zu dem Zwecke eine besondere Anleihe aufzunehmen.

Herr Böschigt möchte anfragen, ob es dringend nöthig sei, die Vergrößerung schon jetzt vorzunehmen, da es ihm doch fraglich erscheine, ob jetzt die richtige Zeit zu solcher Vergrößerung des Gaswerkes sei.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß es der Deputation absolut nothwendig erscheine, das Gaswerk jetzt zu vergrößern, weil der Verbrauch an Gas schon an verschiedenen Tagen des Winterhalbjahres größer gewesen sei, als die höchstmögliche Production der Gaswerke. Da sich die Stadt immer weiter vergrößere und demnach der Gasverbrauch sich noch steigern, so lasse sich, auch an der Hand der Erfahrungen in anderen größeren Städten, mit Bestimmtheit annehmen, daß trotz der Einrichtung eines Electricitätswerkes der Gasconsum, wenn auch in mäßigen Grenzen, hier noch zunehmen werde. Mit Rücksicht darauf, daß sich die hier geplanten Erweiterungen des Gaswerkes vor Jahresfrist nicht in Betrieb nehmen ließen, erscheine es ihm dringend nothwendig, dieselben schon jetzt zu beschließen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte hinsichtlich der Deckungsfrage erwähnen, daß der Magistrat allerdings in Aussicht genommen habe, die entstehenden Kosten im Wege des Credits zu decken. Damit habe aber nicht gesagt werden sollen, daß dieses im Wege einer Anleihe geschehen solle, sondern der Magistrat habe ausdrücken wollen, daß die Kosten nicht der Gegenwart allein zur Last gelegt werden möchten, sondern, daß man in erster Linie versuchen wolle, ob

der Reservefonds dazu ausreiche, oder ob vielleicht der Erneuerungsfonds so dotirt sei, daß dieser das Geld vorschußweise hergeben könne.

Herr Brückmann will darauf hinweisen, daß schon in der Commission die Höhe der Kosten für den Kohlenschuppen bemängelt worden sei und Herr Stadtrath Haake zugesagt habe, hierüber noch weitere Aufklärungen zu geben.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß der Schuppen allerdings sehr stabil geplant sei, daß aber trotzdem erwogen werde, ob sich derselbe nicht noch billiger herstellen lasse.

Die Vorlage wird darauf angenommen, mit dem Anheimgenben an den Magistrat, die Aufwendungen möglichst nicht durch eine Anleihe, sondern aus vorhandenen Mitteln zu decken.

XVII. Enteignung von Fußwegflächen an der Cellerstraße.

Die Anlieger der Cellerstraße, welche bei dem Ausbau der Straße Fußwegterrain abzutreten haben werden, sind bereit, dieses zum Einheitspreise von 3 M und unter dem Vorbehalt abzutreten, daß die in Folge des Straßenbaues an einzelnen Häusern zc. entstehenden Veränderungen und Reparaturen nicht den betreffenden Besitzern auferlegt, sondern von der Stadt getragen werden. Dem gegenüber muß der Magistrat in Abrede stellen, daß das fragliche Terrain, welches seit wenigstens hundert Jahren dem öffentlichen Verkehr unterworfen ist, für die Anlieger einen Geldwerth hat; derselbe giebt daher anheim, ihn zur Einleitung des Enteignungsverfahrens zu ermächtigen.

In einer weiteren Eingabe haben die Anlieger dann noch gebeten, die Instandsetzung der Straße durch die Expropriation nicht zu verzögern, indem sie bereit seien, das Terrain auf Verlangen des Magistrates sofort abzutreten und sich der Entscheidung zu unterwerfen, welche die Expropriation des Fußwegterrains an der Wolfenbüttlerstraße ergeben werde.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, hat sich die Baucommission der Ansicht des Magistrates angeschlossen, daß das Fußwegterrain für die Anlieger keinen Werth habe und deshalb auch nicht bezahlt werden könne, während die durch Aenderungen an den Häusern entstehenden Kosten von der Stadt zu tragen seien; die Commission empfehle deshalb, das Enteignungsverfahren zu beschließen. Es sei wohl selbstverständlich, wenn auch bedauerlich, daß hierdurch der Ausbau der Straße aufgehalten werde, jedoch falle die Schuld hieran nicht dem Magistrat, sondern den Anliegern zur Last.

Die Einleitung des Enteignungsverfahrens wird sodann beschlossen.

XVIII. Aenderung an dem Vertrage wegen Errichtung eines Electricitätswerkes.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, beschließt die Versammlung, die im §. 20 des Vertragsentwurfes wegen Errichtung eines Electricitätswerkes irrthümlich stehengebliebene Fassung „die Genehmigung der städtischen Behörden“ abzuändern in „die Genehmigung des Magistrates“.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 6 Uhr.

1898|99.N~~o~~ 2.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. Juni 1898.

Tagesordnung:

I. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke für 1895 96 und 1896 97	Seite 18
II. Aufstellung und Veretzung von Straßenlaternen	" 19
III. Hundesteuer-Erlaßgebäude	" 19
IV. Erwerb einer Straßenfläche zur Höhe	" 19
V. Zulegung von Theilstrecken der vormaligen Staatsstraßen zum Stadtgebiete	" 19
VI. Ausb. der verlängerten Hasanenstraße	" 20
VII. Ausb. der verlängerten Rudolfstraße zc.	" 20
VIII. Aufnahme eines Processes	" 21
IX. Verkauf von Landeschuldverschreibungen	" 21
X. Kosten des Ausbaues der Korfesstraße	" 21
XI. Fahrgebtarif für die Straßenbahn Braunschweig—Wolfenbüttel.	" 22
XII. Darbietung für die Anthropologen-Versammlung	" 23
XIII. Regulirung der Mauernstraße	" 24

XIV.	Änderungen bei dem städtischen Museum.	Seite 24
XV.	Ausbau eines Verbindungsweges an der Kaiser-Wilhelmstraße und eines Theiles derselben	" 25
XVI.	Erwerb von Flächen zu einer projectirten Verbindungsstraße am Radamen- wege und Canalisirung derselben.	" 25
XVII.	Verlängerung des Wasserrohrs in der Gießmaderstraße	" 26
XVIII.	Umdenkmale Verwendung der Dienstwohnung des Pflanzhausdirectors	" 26

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pöckels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Meyer und Sievers.

Entschuldigt Herr Wolters.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt der Versammlung zunächst mit, daß von Sr. Königlichen Hoheit, dem Regenten, ein Dankschreiben an den Magistrat und die Stadtverordneten eingegangen sei für die Glückwünsche, welche die städtischen Behörden zu dem 25jährigen Ehejubiläum und dem Geburtstage zum Ausdruck gebracht haben.

Das von der Firma Bannow & Schminke an die Versammlung gerichtete Gesuch, betr. die Verhältnisse an der Kaiserstraße bezw. an dem dort liegenden freien Plaze, wird der Baucommission zur Vorberathung überwiesen und sodann in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke für 1895/96 und 1896/97.

In Verfolg der in der Sitzung vom 28. April d. Js. — Seite 8 des Berichts — gepflogenen Verhandlungen berichtet Herr Hauswaldt namens der Finanzcommission, daß nach den angestellten Ermittlungen der Magistrat dem Beschlusse der Versammlung vom 25. Februar 1897 zugestimmt und die Verwaltung der Licht- und Wasserwerke aufgefordert habe, von dem 1895/96er Gewinne des Gaswerkes 38750 M nicht an den Schulhausbaufonds abzuliefern, sondern diese Summe zu benutzen, um die Darlehnsforderung der Kreiscommunalcasse auf 500000 M zu bringen. Das sei denn auch richtig geschehen. Mit seiner weiteren Verfügung, die 38750 M für den Reservefonds des Gaswerkes in Einnahme zu verrechnen, habe der Magistrat beabsichtigt, die Summe bei der Stadtcasse zu belassen, weil dort die Activa für den Reserve- und Erneuerungsfonds verwaltet werden. Nachdem dieses Alles richtig ausgeführt worden sei, habe sich aber die Buchhalterei des Gaswerkes verpflichtet gefühlt, die Summe nochmals dem Reservefonds zuzuführen, was die frühere Buchung aufhebe, da man dieselbe Summe nicht zu zwei verschiedenen Sachen gebrauchen könne. Demnach habe man den früheren Beschluß

der Versammlung wohl ausgeführt, aber doch den Reservefonds durch eine irrthümliche Buchung fälschlicherweise um 38750 M zu hoch festgelegt und als Gegenwerth die Activa um dieselbe Summe erhöht. Da es nun zu großen Unzuträglichkeiten führen würde, wenn man diese Buchungen wollte rückgängig machen, so schlägt die Finanzcommission vor, an den abgeschlossenen Rechnungen nichts mehr ändern zu lassen, sondern den Abrechnungen zuzustimmen, unter der Voraussetzung, daß in der Rechnung für 1896/97 von der Gewinnsumme des Gaswerkes 40000 M und des Wasserwerkes 10000 M zu Abschreibungen verwendet und dadurch die Activa wieder auf die richtige Höhe gebracht werden.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden und spricht die Entlastung unter dieser Voraussetzung aus.

II. Aufstellung und Veretzung von Straßenlaternen.

Nachdem im Jahre 1897 eine allgemeine Erweiterung bezw. Verbesserung der Straßenbeleuchtung aus finanziellen Gründen nicht stattgefunden hat, ist eine solche in umfangreicherer Weise nunmehr erforderlich geworden. Es wird daher vom Magistrat beabsichtigt, 54 Candelaberlaternen und 8 Wandlaternen mit Gasglühlicht und 15 Candelaberlaternen für Petroleum neu aufzustellen, sowie 32 Laternen zu veretzen. Dem Ersuchen des Magistrates, die Einrichtungskosten für diese Veränderungen mit 9885 M zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Rüd el berichtet, zu.

III. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche des Tischlers Hesse, sowie der Frauen Poliga, Höppner, Petermann, Rau und Ehlers um Erlaß der Steuer für einen Zieh hund werden genehmigt, wogegen das wiederholte Gesuch des Schriftsetzers Brede, welcher versucht hat, eine fremde Hundemarke zu kaufen, abgelehnt wird.

IV. Erwerb einer Straßenfläche zur Höhe.

Dem Antrage des Magistrates, ihn zum Ankauf einer 2,6 qm großen Fläche des Lüders'schen Grundstückes an der Höhe zum Einheitspreise von 200 M zu ermächtigen,

wird von der Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Rie k e berichtet, zugestimmt.

V. Zulegung von Theilstrecken der vormaligen Staatsstraßen zum Stadtgebiete.

Verschiedene Theilstrecken der vormaligen Staatsstraßen, welche durch Vertrag vom 12. September 1894 an die Stadt abgetreten sind, gehören noch nicht zum

Stadtgebiete Braunschweig, nämlich Theilstrecken der Hildesheimer-, Celler-, Bliesmaroder- und Hamburgerstraße. Auf Ersuchen des Magistrates

genehmigt die Versammlung die Zulegung dieser Straßenstrecken zum Stadtgebiete, nachdem Herr Brückmann den Antrag namens der Statutencommission befürwortet hatte.

VI. Ausbau der verlängerten Fasanenstraße.

Der Magistrat hat mit verschiedenen Unternehmern einen Vertrag wegen Ausbaues der verlängerten Fasanenstraße zwischen Olfermann- und Bodestraße abgeschlossen, nach welchem vereinbart worden ist, daß die Fahrbahn mit Kleinpflaster befestigt werde, die angrenzenden Bauplätze bis auf einen bereits bebauten Eckplatz ohne magistratsseitige Genehmigung mit höheren als dreigeschoßigen Gebäuden nicht bebaut werden dürfen und daß die Kosten für Unterhaltung, Reinigung und Beleuchtung der Straße, sowie für Abfuhr des Hauskehrichts gegen eine einmalige Capitalabfindung von 4000 M sofort stadtseitig übernommen werden. Die Kosten des Straßenausbaues sind zu 51000 M veranschlagt worden, so daß sich der Anliegerbeitrag auf 144,⁵⁹ M für 1 m Frontlänge stellen würde. Das Ersuchen des Magistrates geht nun dahin, den Vertrag, sowie das Project nebst Kosten- und Vertheilungsrechnung zu genehmigen und der Anwendung der Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts auf die Straßenstrecke zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, geschieht.

VII. Ausbau der verlängerten Rudolfstraße :c.

Die Firma Krause & Stege hat gebeten, auf ihre Kosten die verlängerte Rudolfstraße zwischen der Glück- und Hildesheimerstraße auszubauen und hält der Magistrat die Ausführung dieses Projectes für durchaus angezeigt. Wie Letzterer ausführt, ist es aber nothwendig, in Verbindung damit den freien Platz, welcher der Straße vorgelagert ist, zwischen der Goslarischen- und Hildesheimerstraße in Stand zu setzen und mit gärtnerischen Anlagen zu versehen, sowie die beiden kurzen Straßenstrecken auszubauen, welche diesen Platz an seiner Südostseite begrenzen. Dem weiteren Antrage der genannten Firma, ihr mit Rücksicht auf die erheblichen Kosten der Anlage Unterhaltungskosten nicht zur Last zu legen und von Baubeschränkungen ihrer angrenzenden Bauplätze abzusehen, glaubt der Magistrat entsprechen zu sollen. Von den gesammten, zu 133300 M veranschlagten Kosten würden der Stadt 51600 M zur Last fallen. Die Beiträge der Anlieger sind wie folgt veranschlagt worden: für die Rudolfstraße zu 189 M, für die Verbindungsstraße zwischen Rudolf- und Hildesheimerstraße zu 272 M und für die Verbindungsstraße zwischen Rudolf- und Goslarischenstraße zu 285 M. Auf alle drei Straßen

werden die Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts anzuwenden sein. Der Magistrat ersucht, den mit den Unternehmern abgeschlossenen Vertrag, sowie das Project und die Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen, auch der Anwendung der Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts auf die in Rede stehenden Straßen zuzustimmen.

Die gesammte Vorlage wird auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet angenommen.

VIII. Aufnahme eines Processes.

Die Königliche Intendantur des 4. Armeecorps in Magdeburg hat den Magistrat als Vertreter des Ortsarmenverbandes Braunschweig auf Zahlung von 67,10 M Kosten verklagt, welche durch die Verpflegung eines irrfinnig gewordenen Soldaten des 92. Infanterie-Regiments in der Irrenanstalt Nietleben entstanden sind. Wenn der Magistrat auch die in der Klageschrift vorgebrachten Thatfachen als richtig anerkennen will, so hält derselbe doch die aus den Geschehnissen abgeleiteten Folgerungen für unzutreffend und ersucht daher, der Aufnahme der Klage zuzustimmen, was geschieht, nachdem Herr Wolff den Antrag namens der Statutencommission unterstützt hatte.

IX. Verkauf von Landesschuldverschreibungen.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die im Besitze der Stadt befindlichen Braunschweigischen Landesschuldverschreibungen im Nennwerthe von 279.450 M unter dem Vorbehalte einer annähernden Fortdauer des gegenwärtigen Verkaufswerthes derselben insoweit verkauft werden, als sich jeweilig Gelegenheit bieten möchte, den Erlös zur Erwerbung guter und längerzeitig unkündbarer 4 %iger Hypotheken zu verwenden. Da die Ausführung dieses Planes im Einzelnen oft so rasch zu erfolgen haben wird, daß eine rechtzeitige Einholung der Zustimmung des Plenums der Versammlung kaum möglich sein dürfte, so ersucht der Magistrat weiter, die Versammlung möge zur Wahrnehmung ihrer Zuständigkeiten sowohl bei dem Verkaufe der bezeichneten Papiere, als auch bei der hypothekarischen Wiederbelegung des daraus erzielten Erlöses die Finanzcommission ermächtigen.

Auf Antrag der Finanzcommission, für welche Herr Fiedel berichtet, erklärt sich die Versammlung mit der gesammten Vorlage einverstanden.

X. Kosten des Ausbaues der Korfessstraße.

Der Ausbau der Korfessstraße hat einen Aufwand von 26.452,73 M verursacht, so daß der Anliegerbeitrag 103,44 M beträgt. Auf Antrag des Magistrates

setzt die Versammlung den Beitrag in dieser Höhe fest, nachdem Herr Bültmann sich namens der Baucommission damit einverstanden erklärt hatte.

XI. Fahrgeldtarif für die Straßenbahn Braunschweig—Wolfenbüttel.

Durch die Einführung des 10 S -Tarifs in der Stadt Braunschweig haben sich auf der Straßenbahn Braunschweig—Wolfenbüttel nach der Ansicht der Direction der Straßeneisenbahn-Gesellschaft eigenthümliche Verhältnisse insofern herausgebildet, als die von Wolfenbüttel kommenden Fahrgäste, welche mit den Stadtwagen weiterfahren wollen, schon in Richmond die Wolfenbüttler Wagen verlassen und dort die Stadtwagen stürmen, um ein Fahrgeld von 5 S zu sparen, während umgekehrt die nach Wolfenbüttel fahrenden Personen die Stadtwagen aus dem gleichen Grunde erst in Richmond verlassen und dort die Wolfenbüttler Wagen besteigen. Mit Rücksicht auf diese Mißverhältnisse beantragt die Straßenbahn-Gesellschaft, für die Wolfenbüttler Linie folgenden Tarif zu genehmigen: 10 S -Strecken: Augustthor—Melverode, Sternhaus—Melverode, Bahnhof Wolfenbüttel—Sternhaus, Herzogthor—Nördl. Rand des Lechlumer Holzes, Depot Richmond—Kl. Stöckheim; 15 S -Strecken: Augustthor—Nördl. Rand des Lechlumer Holzes, Bahnhof Wolfenbüttel—Kl. Stöckheim; 20 S -Strecken: Augustthor—Sternhaus, Bahnhof Wolfenbüttel—Melverode; 25 S -Strecke: Augustthor—Depot Wolfenbüttel; 30 S -Strecke: Augustthor—Bahnhof Wolfenbüttel. Der Magistrat erklärt sich mit den vorgeschlagenen Aenderungen einverstanden, wünscht aber, daß die 25 S -Strecke Augustthor—Depot Wolfenbüttel ersetzt werde durch die Strecke Augustthor—Herzogthor.

Wie Herr Wolff berichtet, sei die Statutencommission der Meinung, daß die Erwägungen der Straßenbahn-Gesellschaft zu den beabsichtigten Aenderungen des Tarifes nothwendig führen müßten, denn man habe hierdurch nur vermeiden wollen, Richmond als Beginn oder Schluß einer Theilstrecke zu behandeln. Die Commission empfehle daher die Genehmigung der Aenderungen mit der vom Magistrat beantragten Abweichung.

Herr Ebeling muß in den Aenderungen auch eine Vertheuerung der so stark benutzten Strecke Augustthor—Antoinettenruh erblicken und bittet, für dieselbe den bisherigen Tariffatz von 20 S bestehen zu lassen.

Herr Wolff will dazu bemerken, daß die Strecke Augustthor—Antoinettenruh allerdings fortgefallen und durch die Strecke Augustthor—Sternhaus ersetzt sei, indessen habe man vom Sternhause nach Antoinettenruh nur einen kurzen und angenehmen Waldweg zurückzulegen.

Herr Löschigk möchte beantragen, den Preis nach Antoinettenruh mit 20 S bestehen zu lassen.

Herr Ribbentrop will erwähnen, daß das Hauptmoment, welches zu dem Antrage auf Erhöhung des Fahrgeldtarifs nach Antoinettenruh geführt habe, darin liege, daß bei Antoinettenruh sich stets ein bedeutendes Gedränge, welches schon bis zur Schlägerei ausgeartet sei, um die Plätze in den Straßenbahnwagen entwickelt habe und man wohl darauf hoffen könne, daß bei der Erhöhung des Tariffages sich der Verkehr zwischen Antoinettenruh und Sternhaus theilen werde. Im Uebrigen lege er keinen Werth darauf, wenn der bisherige Tariffatz bis Antoinettenruh beibehalten werde.

Herr Lange möchte anfragen, wie weit die Vorarbeiten für die Anlage eines Electricitätswerkes gediehen seien. Die Genehmigung zu dem Vertrage sei schon am 17. Februar d. Js. ertheilt worden und solle die Inbetriebsetzung des Werkes nach dem Vertrage ein Jahr nach Genehmigung desselben durch den Magistrat stattfinden. Da indessen die Genehmigung der Generalversammlung immer noch ausstehe und dem Vernehmen nach die Fertigstellung der Maschinen allein 18 Monate in Anspruch nehmen solle, so scheine es ihm, als ob zum nächsten Winter auf eine Inbetriebsetzung des Werkes noch nicht gerechnet werden könne.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß der Vertrag von der Generalversammlung noch nicht genehmigt sei, diese jedoch am morgenden Tage stattfinden werde. Die Verhandlungen wegen des Erwerbes eines passenden Grundstücks für das Werk seien noch nicht abgeschlossen.

Herr Rieke will darauf aufmerksam machen, daß die Straßenbahn-Gesellschaft sich in den Augen des Publicums sehr schädige, wenn sie den Fahrgeldtarif nach dem von ihr erbauten Sternhause zuschneide und es ihm besser erscheine, wenn dieses vermieden würde.

Auf entsprechende Anfrage des Herrn Wolff erwidert Herr Ribbentrop, daß die Stellung eines Extrawagens zur Rückfahrt von Antoinettenruh nach hier 6 M koste, sofern der Wagen auch nur zur Rückfahrt benutzt werde.

Der Fahrgeldtarif wird darauf mit den vom Magistrat und vom Stadtverordneten Böschigt beantragten Aenderungen genehmigt.

XII. Darbietung für die Anthropologen-Versammlung.

Die Geschäftsführung der hier vom 4. bis 6. August stattfindenden Versammlung der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte hat die Stadtverwaltung gebeten, den Gästen an einem Abend eine festliche Veranstaltung darzubieten. Der Magistrat giebt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß den Gästen im Stadtpark unter Darbietung von Erfrischungen ein Abendconcert gegeben und zu diesem Zwecke dem Magistrate ein Credit bis zu 1000 M eröffnet werde.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet, erklärt sich die Versammlung mit dem Antrage einverstanden.

XIII. Regulirung der Mauernstraße.

Bei der Regulirung eines Theiles der Mauernstraße sind zwei Flächen von 1,6 und 0,6 qm auszutauschen, für welche der Magistrat einen Einheitspreis von 70 M festzusetzen bittet. Außerdem wird vom Magistrate um die Genehmigung zum Verkaufe einer 3,4 qm großen Fläche der Mauernstraße an die Firma Gebr. Jürgens zu dem gleichen Einheitspreise ersucht.

Die Anträge werden von der Versammlung nach Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, angenommen.

XIV. Aenderungen bei dem städtischen Museum.

Der Director des städtischen Museums hat gebeten, zur Anschaffung der bei seinen Arbeiten unbedingt erforderlichen Hilfsbücher 400 M, sowie zur Beschaffung von drei Schränken z. 1333,70 M zu verwilligen und ihm zur Verrichtung der rein mechanischen Arbeiten eine Hilfskraft zur Verfügung zu stellen. Da der Magistrat die Anträge für zweckmäßig hält, so ersucht derselbe um Bewilligung der geforderten Summen, sowie um die Ermächtigung, einen Museumsdiener mit 1000 M Lohn einstellen zu dürfen.

Mit Rücksicht darauf, daß es nothwendig erscheint, die Schätze des Museums, abgesehen vielleicht von den größeren Stücken, baldigst anderweit unterzubringen, die im Principe beschlossene Errichtung eines neuen Museumsgebäudes aber nicht so bald durchzuführen sein wird, giebt der Magistrat ferner anheim, die einstweilige Unterbringung der Schätze des Museums im jetzigen Stadthause, welches am 1. April 1899 verfügbar werden wird, zu genehmigen.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, ist die Erhaltung einer Reihe von Kunstschätzen an dem jetzigen Aufbewahrungsorte derselben im höchsten Grade gefährdet und die Befichtigung derselben sehr erschwert. Die Schätze sollen aber einen Werth von mehr als eine Million Mark besitzen und hervorragende Kunstgegenstände sich darunter befinden. Wenn man bei Genehmigung des letzten Magistratsantrages auch einen doppelten Umzug auszuführen habe, so sei dabei doch zu berücksichtigen, daß einerseits der jetzige Aufbewahrungsort der Schätze als ein sehr ungeeigneter bezeichnet werden müsse und andererseits der Bau des neuen Museums voraussichtlich noch längere Zeit hinausgeschoben werden würde, und man demnach auf Abhülfe Bedacht nehmen müsse. Die Statutencommission empfehle daher die Genehmigung der gesammten Magistratsvorlage.

Herr Lange möchte anfragen, ob sich das Gerücht bestätige, daß das alte Stadthaus seitens der Regierung angekauft werden solle, da in einem solchen Falle der Umzug des Museums in dasselbe keinen Zweck habe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf erwidern, daß eine Anfrage seitens der Staatsregierung in Betreff des Gebäudes noch nicht erfolgt sei und daher die Schätze des Museums in dem Gebäude sehr wohl untergebracht werden könnten.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XV. Ausbau eines Verbindungsweges an der Kaiser Wilhelmstraße und eines Theiles derselben.

Die städtische Bauverwaltung überreicht dem Magistrate ein Project über die Anlage des Verbindungsweges zwischen der Fasanen- und Kaiser Wilhelmstraße in der Ecke der Olfermannstraße, sowie über den Ausbau der Kaiser Wilhelmstraße zwischen der Blücherstraße und der Ostseite des Kaiser Wilhelmplatzes nebst den zugehörigen Kostenanschlägen mit dem Bemerken, daß die Anlage des Verbindungsweges einen Aufwand von 5000 M und die Canalisirung desselben 600 M erfordern werde. In diesen Beträgen sind die Kosten für Anlage eines Springbrunnens, sowie für Einfriedigung und Bepflanzung oder Verasung des in der Mitte des Platzes freizuhaltenden Rundtheils nicht mit enthalten. Die Baukosten der Kaiser Wilhelmstraße vor dem Platz entlang sind zu 25000 M bei Herstellung einer Kleinpflaster-Fahrbahn veranschlagt worden. Der Magistrat erklärt sich mit den Projecten einverstanden und giebt anheim, dieselben zu genehmigen, sowie zu beschließen, daß die Brunnenstraße nach Herstellung der Fahrbahnen bezw. der Mittelpromenade der Kaiser Wilhelmstraße aufgehoben werde und auf den Promenadenweg die Vorschriften der §§. 7—12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Kieke berichtet, wird die Vorlage angenommen.

XVI. Erwerb von Flächen zu einer projectirten Verbindungsstraße am Madamenwege und Canalisirung derselben.

Die für das laufende Jahr beschlossene Canalisation des Madamenweges bedingt die Herrichtung eines Canals im Zuge der im Ortsbauplane zwischen Altstadttring und Landeseisenbahn vorgesehenen Verbindungsstraße zwischen Madamenweg und Kreuzstraße. Es wird deshalb magistratsseitig empfohlen, zunächst einen provisorischen Thonröhrencanal von 40 cm Weite mit einem Aufwande von 3500 M zu verlegen und diese Summe zu verwilligen. Ferner wird es für angezeigt erachtet, sofort auf den Erwerb des Straßenterrains selbst Bedacht zu nehmen. Der

Vorstand der St. Martini-Gemeinde, sowie die übrigen Anlieger sind bereit, die in diese Straße fallenden Theilflächen zum Einheitspreise von 5 M zu verkaufen. Es wird daher ersucht, den Ankauf der betreffenden Theilflächen zu genehmigen, und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß die Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts auf diese Straße für anwendbar erklärt werden.

Nach dem Berichte des Herrn Böschigt giebt die Baucommission anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Kete meyer ersucht namens des Magistrates, die Vorlage dahin zu ändern, daß der Einheitspreis für das von den Anliegern abzutretende Terrain von 5 M auf 7,50 M erhöht werde, da die Verwaltungsdeputation der Gemeinde Hohethor dieses zur Vermeidung einer unrichtigen Werthung der in der betreffenden Gegend liegenden Grundstücke gewünscht habe und die übrigen, hier in Frage kommenden Grundstücke gleichmäßig zu werthen seien.

Die Vorlage wird darauf mit dieser Aenderung angenommen.

XVII. Verlängerung des Wasserrohrs in der Gliesmaroderstraße.

Auf Antrag des Fabrikanten F. Ed. Meyer erucht der Magistrat, die Verlängerung des Wasserrohrs in der Gliesmaroderstraße um 135 m zu genehmigen und dafür die anschlagsmäßigen Kosten mit 935 M zu bewilligen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, wird der Antrag genehmigt, nachdem

Herr Stadtrath Haake noch bemerkt hatte, daß die Anlage sich schon jetzt reichlich verzinsen werde.

XVIII. Aenderweite Verwendung der Dienstwohnung des Pflegehaus- inspectors.

Die Besuchsfrequenz des städtischen Pflege- und Krankenhauses ist in den letzten Jahren eine so starke gewesen, daß die vorhandenen Gebäude den gestellten Anforderungen nicht mehr haben genügen können und weitere Räume den Zwecken des Instituts haben zur Verfügung gestellt werden müssen. Die bisher geschaffene Entlastung reicht jedoch nicht aus und ist insbesondere die Kinderstation im Winter zeitweilig so stark belegt, daß eine ganze Anzahl Kinder zu zweien in einem Bette haben schlafen müssen. Da zu befürchten steht, daß im kommenden Winter eine Wiederholung der Ueberfüllung eintritt, so erscheint es dem Magistrate nothwendig, abermals Räume zur Verfügung zu stellen. Mit Rücksicht darauf, daß an einen Neubau zur Zeit nicht zu denken ist, hält es der Magistrat für richtig, den Inspector des Pflegehauses außerhalb, wenn auch in der Nähe des Instituts, unterzubringen und die von diesem bewohnten Räume der Kinderstation zur Mitbenutzung

zu überweisen. An Kosten werden durch diese Aenderung die einmaligen Ausgaben für Instandhaltung der Zimmer mit 300 M und für Vermehrung des nothwendigen Mobiliars mit 1000 M, sowie eine laufende Ausgabe für Miethe mit 700 M jährlich erwachsen und ersucht der Magistrat, sich mit den beabsichtigten Maßnahmen einverstanden zu erklären, auch die zu deren Durchführung erforderlichen Mittel zu bewilligen.

Wie Herr Seele berichtet, ist die Finanzcommission nicht der Ansicht, daß die Unterbringung des Pflegehausinspectors außerhalb der Anstalt als ein idealer Zustand zu betrachten sei; es lasse sich andererseits aber nicht verkennen, daß durch die hier vorgeschlagene Maßnahme am schnellsten Rath geschaffen werden könne. Die Commission empfehle deshalb, der Vorlage zuzustimmen und hoffe, daß eine Dienstwohnung für den Inspector sobald als thunlich wieder in dem Pflegehause selbst eingerichtet werde.

Herr Ebeling will allen Anträgen, welche auf eine Erweiterung der Anstalt abzielen, gern zustimmen, kann sich aber nur schwer dazu entschließen, den Weiter aus der Anstalt fortzunehmen, wenn nicht eine ganz dringende Nothwendigkeit dazu vorliege. Es würde sich viel mehr empfehlen, der Versammlung eine Vorlage auf Erweiterung des Pflegehauses zugehen zu lassen. Im Uebrigen halte er die Zustände in der Umgebung des Pflegehauses, namentlich in den Gärten von Rischbieter und Hilgenbag, für so traurig, daß hier recht bald etwas geschehen müsse. Seine früheren Klagen über die Benutzung der zum Pflegehause genommenen Nachbarhäuser müsse er auch jetzt noch im vollen Umfange aufrecht halten, da die ganze Gegend durch die Mißstände verkümmert werde. Auch in wirtschaftlicher Beziehung erscheine es ihm durchaus nothwendig, den Inspector im Pflegehause zu belassen und die Aufrechthaltung der Ordnung würde durch die Unterbringung desselben außerhalb der Anstalt ebenfalls sehr erschwert werden, wenn nicht ein energischer Vertreter ständig in der Anstalt zugegen sein könne.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß wirklich ein Nothfall für die Erweiterung der Kinderstation vorliege, da dieselbe im Winter stets überfüllt sei und jetzt schon auf Abhülfe Bedacht genommen werden müsse, zumal da sich jetzt gerade Gelegenheit biete, für den Inspector eine passende Wohnung ganz in der Nähe des Pflegehauses zu erhalten. Auch für den Magistrat diene es als Richtschnur, den Inspector sobald als möglich wieder in dem Institute unterzubringen, jedoch lasse sich z. B. auf andere als die hier vorgeschlagene Weise keine Abhülfe schaffen. Mit den vom Vorredner erwähnten Zuständen auf den in der Nähe des Pflegehauses befindlichen Grundstücken habe die Armenverwaltung nichts zu thun, da das hier in Frage kommende Haus mit Familien belegt sei, welche eine Wohnung nicht haben finden können. Das Haus sei übrigens dem Abbruch geweiht und müßten die Familien dann anderweit ein Unterkommen suchen.

Herr Blasius muß es auch für unpraktisch halten, den Director eines Hospitales oder Pflegehauses außerhalb des Institutes unterzubringen. Er möchte deshalb anfragen, ob in der Armen-direction vielleicht schon der Plan besprochen sei, eine Baracke zur Unterbringung der Kinder zu errichten, welche Einrichtung bei Kranken und Reconvalescenten sich z. B. in einem Garnisonlazareth zu Berlin auch für den Winter gut bewährt habe.

Herr Stadtrath Meyer will darauf erwidern, daß die Pflegehausdeputation und die Armen-direction diese Frage vor Jahresfrist bei dem Antrage des Ober-Armenarztes in Erwägung genommen und beschloffen habe, sie im Auge zu behalten. Sobald der Magistrat sich über die Erweiterung des Gesamtinstituts schlüssig gemacht haben werde, solle auch dieser Plan Berücksichtigung finden. Die hier vorgebrachten Bedenken gegen die Unterbringung des Inspectors in einem Nachbarhause könne er für so schwerwiegend um so weniger halten, als es niemals an einer geeigneten und energischen Vertretung des Inspectors fehle und dieser, auch wenn er im Pflegehause wohne, doch nicht überall sein könne und zeitweise vertreten werden müsse.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme,
und wird die Sitzung sodann geschlossen.

Dauer von 4 bis 5³⁴ Uhr.

1898|99.

N 3.**B e r i c h t**

über die

**Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 30. Juni 1898.

Tagesordnung:

I. Kosten des Ausbaues der Ludwigstraße	Seite 30
II. Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 30
III. Aenderung des Anliegerbeitrages für die Straße am H. Exercierplatze. .	" 30
IV. Aenderweite Verwendung von Terrain an der Kaiserstraße	" 32
V. Anlage der Straßenbahn nach Delpen	" 35
VI. Vertragsentwurf, betreffend die Aufhebung des allgemeinen Pflasterfonds	" 35
VII. Ausbau eines weiteren Theiles der Kaiser-Wilhelmstraße	" 36
VIII. Erwerb von Flächen zu einer projectirten Straße an der Kreuzstraße . .	" 36
IX. " " " zur verlängerten Petristraße	" 37
X. " " " " Neuenstraße	" 37
XI. Kosten des Ausbaues der Parkstraße	" 38
XII. Erwerb von Flächen zum Madamenwege	" 41
XIII. Baulinie an der Kuhstraße	" 43
XIV. Baulinie für eine vom Maschplatze abzweigende projectirte Straße . . .	" 43
XV. Aufwendungen für die Schule an der Leopoldstraße	" 43
XVI. Antrag Hauswaldt: Verwendung von Mosaikpflaster an der Wolfen- büttlerstraße	" 44

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Metemeyer und Stadträthe Götte, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Halle, Lupprian, Schmidt, Seele und Semler; später erscheinen die Herren Meyerhoff und Lange.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet und leitet die Verhandlungen.

I. Kosten des Ausbaues der Ludwigstraße.

Die Vorlage kommt noch nicht zur Besprechung, weil dieselbe aus sachlichen Gründen einer anderen Commission zur Vorberathung überwiesen worden ist.

II. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Dem Gesuche des Milchhändlers Milz um Erlaß oder doch um Ermäßigung der Steuer für einen Ziehhund wird insoweit stattgegeben, als die Steuer auf drei Mark für das Jahr 1898/99 herabgesetzt wird. Ein weiteres Gesuch des ehemaligen Schriftsetzers Brede, ihm die Steuer für einen Ziehhund auf das Jahr 1898/99 zu erlassen, gelangt zur Annahme.

III. Minderung des Anliegerbeitrages für die Straße am kl. Exercierplatze.

Verschiedene Anlieger des kl. Exercierplatzes haben um theilweisen Erlaß der Beiträge zu den Kosten der Straße an der Südseite des Platzes gebeten. Der Magistrat will zugeben, daß die auf Beschluß der Versammlung erfolgte Herichtung von Bordsteinen an der Nordseite der Fahrbahn für die Anlieger, bezw. deren Grundstücke besondere Vortheile nicht im Gefolge gehabt habe und daher der Anliegerbeitrag um die hierdurch erwachsenen besonderen Ausgaben von 72,30 M endgiltig auf 65 M ermäßigt werden könne. Es wird anheimgegeben, den Beitrag in dieser Höhe festzusetzen.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, ist die Baucommission der Ansicht, daß dem Antrage nicht stattgegeben werden möchte. Die Beiträge seien durchaus nicht zu hoch zu nennen und es müßte als gleichgültig angesehen werden, daß die Anbringung der Bordsteine erst in der Versammlung angeregt worden sei. Es liege kein Grund vor, von der statutmäßigen Berechnung der Beiträge in diesem Falle abzugehen.

Herr Hauswaldt bittet dem gegenüber, dem Magistratsantrage Folge zu geben. Das höchst ungerechte und harte Statut über die Tragung der Straßenbaukosten durch die Anlieger habe gar nicht den Zweck gehabt, den Anliegern alle derartigen Kosten aufzuerlegen, sondern nur diejenigen Vortheile zurückzufordern, welche die Anlieger durch den Ausbau der Straßen empfangen. Deshalb halte er

es für eine Ungerechtigkeit, wenn in dem vorliegenden Falle die Anlieger zur Tragung der durch die Verwendung der Bordquader entstandenen Mehrkosten herangezogen werden sollten, da die Anlieger dann auch die sämtlichen Kosten tragen müßten, sofern es der Magistrat für gut befände, die Straße mit Marmor oder Mahagoniholz pflastern zu lassen. Er bitte daher um entsprechende Ermäßigung der Kosten und bemerke noch, daß hierbei gar nicht in Frage kommen könne, ob die Kosten absolut hoch seien oder nicht.

Herr Kathe ist der Ansicht, daß die Anlieger hauptsächlich darauf hinaus wollen, die Straßenbaukosten insoweit ermäßigt zu erhalten, als sie auf die dem Exercierplage zugekehrte Straßenhälfte entfallen, weil an der gegenüberliegenden Seite die Stadt selbst Anliegerin sei. Eine solche Forderung der Anlieger halte er auch für ganz gerechtfertigt.

Herr Bültmann muß die Straßenbaukosten für sehr gering halten und ist auch der Meinung, daß die Bordsteine den Anliegern mit zu Gute kommen. (Widerspruch.) Es werde dadurch erreicht, daß die Bäume nicht durch Fuhrwerke beschädigt würden und außerdem ziehe sich die Passage nicht ganz und gar vor den Häusern durch.

Herr Engelbrecht kann es nicht billigen, von den Vorschriften des Statutes ohne Noth abzugehen. Wenn selbst gegen die Straßenbaukosten der Rudolfstraße, welche über 200 M betragen haben, sich Niemand erhoben habe, so liege hier erst recht kein Grund vor, von den Bestimmungen des Statuts abzuweichen, zumal da man den Anliegern bei Festsetzung der Kosten schon ganz erheblich entgegengekommen sei.

Herr Lord will sich dem Antrage Hauswaldt anschließen. Es erscheine ihm nicht richtig, daß die Anlieger auch die Baukosten für die andere Straßenseite tragen sollen, obwohl hier die Stadt Anliegerin sei.

Herr Löschigk tritt ebenfalls für diesen Antrag ein. Da der Magistrat selbst die Ermäßigung der Kosten vorschlage, empfehle es sich auch, derselben zuzustimmen.

Herr Koch steht im Principe auch auf dem Hauswaldt'schen Standpunkte, fürchtet aber, auf eine schiefe Ebene zu gerathen, wenn man nach dem Antrage beschließe, da in allen anderen derartigen Fällen, z. B. bei der Leonhardstraße, die Anlieger ebenfalls die vollen Straßenbaukosten getragen haben.

Herr Hauswaldt kann sich von solchen Gründen nicht leiten lassen, da man nicht nöthig habe, mit einem Principe fortzufahren, welches als unrichtig oder hart anerkannt werde, selbst wenn in dessen Nichtbefolgung insofern eine gewisse Härte liege, als früher consequent nach demselben verfahren worden sei. Es entspreche einer Forderung der Billigkeit, daß die Kosten der Trottoirplatten nicht auf das Conto der Anlieger, sondern der Allgemeinheit gelegt werden.

Herr Bültmann ist der Ueberzeugung, daß die Einsprache der Anlieger nicht erhoben sein würde, wenn nicht erst auf Anregung aus der Versammlung die Verwendung von Bordsteinen an der nördlichen Straßenfront beschlossen wäre. Da die Straßenbaukosten nun außerdem so sehr gering seien, so würde es ihm ungerechtfertigt erscheinen, einer weiteren Ermäßigung derselben zuzustimmen. An anderen Straßen, z. B. an der Kaiserstraße, seien die Baukosten ganz erheblich höher gewesen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Commission mit 18 : 10 Stimmen abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

IV. Anderweite Verwendung von Terrain an der Kaiserstraße.

Der Magistrat beabsichtigt, das Terrain des ehemaligen Burgmühlengrabens zwischen Geiershagen und der südlichen Grenze der beiden Grundstücke M. ass. 1479 und 1262 in voller Breite, das aufwärts gelegene gleiche Terrain bis zur Kaiserstraße theilweise den Anliegern pachtweise zu überlassen, auch das Terrain am Geiershagen einzufriedigen und die jetzt an der Kaiserstraße stehende Einfriedigung auf die Ostgrenze des Canals zu versetzen und bis an die Nordgrenze des Friedrich'schen Grundstücks zu verlängern; außerdem Einfriedigungen herzurichten auf dem ehemaligen Osergraben in der Verlängerung der südlichen Grenze der Grundstücke von Bertram und Haberland, sowie zwischen dem der Stadt gehörenden Bauplatz und dem angrenzenden Brauckmeyer'schen Grundstücke, endlich aber den Bauplatz und das angrenzende, von der Verpachtung ausgeschlossene Terrain des Burgmühlengrabens provisorisch als Spielplatz einzurichten. Die Anlieger sind bereit, für das ihnen zu überlassende Terrain eine Pacht von 10 \mathcal{L} pro qm jährlich zu zahlen, die Zwischeneinfriedigungen auf eigene Kosten zu beschaffen und die Pachtflächen ordnungsmäßig im Stande zu erhalten. Mit diesen Vorschlägen beabsichtigt der Magistrat, den an der Nordseite der Kaiserstraße gelegenen Bauplatz, sowie das ganze Flußterrain des Burgmühlengrabens nördlich der Kaiserstraße einstweilen unverändert beizubehalten, um die Möglichkeit zu haben, demnächst eine, die Promenade mit der Kaiserstraße verbindende Straße anzulegen. Demgemäß wird die Versammlung ersucht, sich mit den betreffenden Maßnahmen einverstanden zu erklären und die zu ihrer Durchführung erforderlichen, zu 580 M veranschlagten Kosten zu verwilligen. — Gleichzeitig hat die Firma Bannow & Schmincke in einer Eingabe ersucht, die beiden städtischen Bauplätze zu verkaufen, oder dieselben doch so in Ordnung zu halten, daß die gegenüber wohnenden Miether nicht Anstoß an dem Zustande der Plätze nehmen müssen.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, hat sich die Baucommission für die Genehmigung der Magistratsvorlage ausgesprochen. Die Commission glaube indessen, daß man den Anliegern und besonders der Firma Bannow & Schmincke, welche

so außerordentlich hohe Straßenbaukosten habe zahlen müssen, noch weiter entgegenkommen solle, indem der Magistrat, unter Genehmigung der Vorlage, ersucht werde, ein Project vorzulegen über die Festlegung einer Verbindungsstraße zwischen der Kaiserstraße und dem Geiershagen auf dem Burgmühlengraben entlang, sowie eine Vorlage hinsichtlich des Verkaufes des zweiten städtischen Bauplatzes an der Ecke von Kaiserstraße und Werder im Umfange von 4,90 a zu machen. Sedenfalls empfehle es sich auch, die Umzäunung jener Straßentheile recht bald herzustellen.

Herr Lord möchte anfragen, ob nicht auch von der Durchführung einer Straße nach dem Bauplatze die Rede gewesen sei.

Herr Bültmann will noch darauf hinweisen, daß die Bauplätze erst dann verkauft werden können, wenn die Festlegung der erwähnten Verbindungsstraße stattgefunden habe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte zur Klärung der Sachlage Folgendes anführen: Das in Frage stehende Grundstück besitze vorn eine Front von 30—40 m und laufe nach Norden hin spitz zu. Die hintere Ecke des Grundstücks müßte so lange zurückbehalten werden, bis entschieden sei, ob die in Aussicht genommene Straße durchgeführt werden solle, weil an diese Straße der hintere Theil des Bauplatzes grenzen würde. Wenn die Versammlung den von der Commission gestellten Antrag annehmen sollte, so würde der Magistrat voraussichtlich den Verkauf des Platzes im Herbst vornehmen und hätte es unter solchen Verhältnissen keinen Zweck, den Platz jetzt noch ordentlich in Stand zu setzen, wohl aber erscheine es wünschenswerth, die für die Straße zu reservirenden Flächen den Anliegern schon jetzt pachtweise zu überlassen. Die neue Straße werde man auf dem Graben selbst anlegen müssen, weil derselbe mit Häusern nicht gut bebaut werden könne.

Herr Kieke ist der Ansicht, daß der Platz sofort verkauft und das betreffende Terrain den Anliegern ebenfalls sofort überlassen werden könne. Uebrigens handle es sich dort nicht um einen Spielplatz, sondern nur um ein kleines, werthloses Stück Land. Durch die Anbringung eines Harzzaunes würde man den Zustand dort noch verschlechtern, deshalb halte er es für besser, eine 2 m hohe Planke um das Terrain zu ziehen und dadurch auch den Anlieger Brauckmeyer zu veranlassen, sich mit seinen Wagen zc. auf sein eigenes Terrain zu beschränken und nicht mehr das städtische Terrain zu benutzen. Mit dem Verkauf des Platzes könne sofort vorgegangen werden, ohne daß die Stadt gezwungen sei, denselben zu jedem Preise loszuschlagen. Sedenfalls habe man ein größeres Interesse daran, innerhalb der Stadt die Verkehrsverhältnisse zu verbessern, als draußen vor den Thoren neue Straßen anzulegen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte hierzu bemerken, daß der Harzzaun nur angelegt werden solle, um den städtischen Platz von dem Brauckmeyer'schen zu

trennen. Wenn es sich dort auch nicht um einen großen Spielplatz handle, so habe der Magistrat doch geglaubt, denselben zum Spielen freigeben zu sollen, nachdem er in der Mitte zum Zweck des Wasserablaufs etwas erhöht worden sei, weil der Platz von den vielen Kindern der Umgegend benutzt werden würde.

Herr Nieß muß den Hauptnachdruck auf den baldigen Verkauf der Plätze legen, damit der Firma Bannow & Schmincke, welche 800 M Straßenbaukosten für 1 m Frontlänge bezahlt habe, geholfen werde.

Herr Rathe möchte dazu bemerken, daß die Höhe der dort gezahlten Straßenbaukosten nicht so sehr ins Gewicht fallen könne, wenn man berücksichtige, daß das Terrain einen äußerst minimalen Werth gehabt habe und durch den Straßenbau ganz erheblich im Werthe gestiegen sei. Von der Anlegung eines Spielplatzes möchte er mit Rücksicht auf den lebhaften Verkehr an jener Stelle abzusehen bitten und befürworten, den Verkauf des Platzes sobald als möglich einzuleiten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf erwidern, daß der Magistrat die Vorlage insoweit zurückziehen werde, als sie die Anlage des Spielplatzes betreffe, sobald die Versammlung beschließen sollte, daß der Verkauf der Plätze alsbald solle vorgenommen werden. Wenn indessen jetzt mit dem Verkaufe der Plätze vorgegangen werde, so wisse der Magistrat immer noch nicht, wie die Versammlung über die neue Straße denke, deshalb empfehle es sich, zuerst diese festzulegen und glaube er, daß man dieselbe zweckmäßig im rechten Winkel auf die Kaiserstraße münden lasse.

Herrn Südel scheint es richtig zu sein, den einen Platz an der Kaiserstraße nicht eher zu verkaufen, bis die Straße festgelegt sei, den anderen Platz aber sofort zum Verkauf zu stellen.

Herr Engelbrecht möchte noch besonders erwähnen, daß die Baucommission mit ihrem Antrage auf Verkauf des Bauplatzes für heute nur eine Anregung habe geben wollen. Jedenfalls empfehle es sich, der Magistratsvorlage im vollen Umfange zuzustimmen und besonders die Verpachtung der Grundflächen gutzuheißen, da dieselben dann von den Pächtern in einem ordnungsmäßigen Zustande würden erhalten werden.

Herr Bültemann stimmt dem Verkaufe des Bauplatzes ebenfalls zu, bittet aber, die Straßenbaulinie recht bald festzustellen.

Herr Nieße muß es für nöthig halten, zuerst den Canal fertigzustellen, was noch eine geraume Zeit dauern werde.

Der Herr Vorsitzende faßt die Wünsche der Versammlung in folgende Punkte zusammen:

Der Magistrat wird ersucht:

- 1) den Verkauf des Eckplatzes an der Kaiserstraße und am Werder thunlichst bald herbeizuführen,

- 2) das Project einer Straße zwischen Kaiserstraße und Geiershagen recht bald vorzulegen,
- 3) nach Genehmigung desselben den Verkauf des zweiten städtischen Bauplatzes an der Kaiserstraße herbeizuführen,
- 4) das in der Vorlage bezeichnete Terrain zu verpachten und
- 5) die Instandsetzung und Einfriedigung des städtischen Terrains nach Maßgabe der Vorlage insoweit auszuführen, als dieses nach dem jetzigen Beschlusse der Versammlung angemessen erscheint.

Diese Anträge werden von der Versammlung genehmigt und wird gleichzeitig die Eingabe der Firma Bannow & Schmincke als durch diese Beschlusfassung erledigt angesehen.

V. Anlage der Straßenbahn nach Delper.

Der bereits genehmigte Bau der Straßenbahnstrecke Neues Krankenhaus bis Delperthurm kann nicht sofort im vollen Umfange ausgeführt werden, weil die Herzogliche Baudirection vorher noch eine Verbreiterung der Ortsstraße in Delper auf etwa 60 m Länge gefordert hat. Von der Straßeneisenbahn-Gesellschaft wird daher beabsichtigt, die Bahn bis zum Abschluß der Verhandlungen hierüber nur bis an den Ort Delper, ungefähr bis zur Brücke, zu führen und wird angefragt, ob ihr auch unter diesen Verhältnissen die Erlaubniß zum Bahnbau auf städtischem Terrain erteilt worden sei.

Namens der Statutencommission empfiehlt Herr Wolff, die auch vom Magistrat befürwortete Genehmigung zum Bau auszusprechen.

Auf die Anfrage des Herrn Löschigk, wie lange die Ausführung des Baues bis zum Delperthurme voraussichtlich dauern werde, erwidert

Herr Wolff, daß dieses von der Dauer der Verhandlungen mit der Herzoglichen Baudirection abhängt. Jedenfalls werde sich die Gesellschaft bemühen, die Strecke so schnell wie möglich fertig zu stellen.

Die Genehmigung zum Bau der Bahnstrecke bis Delper wird darauf erteilt.

VI. Vertragsskizze, betr. die Aufhebung des allgem. Pflasterfonds.

In dem Vertrage wegen Aufhebung und Ablösung des allgemeinen Pflasterfonds wünscht Herzogliches Staatsministerium noch eine Aenderung insofern, als der Staat nicht verpflichtet sein soll, der Stadt einen anderen Steinlagerplatz zu gewähren, sofern ihm der jetzige Platz entzogen werden sollte. Auf Antrag des Magistrates

wird dieser Ergänzung des Vertrages zugestimmt, nachdem Herr Wolff sich namens der Statutencommission für die Aenderung ausgesprochen hatte.

VII. Ausbau eines weiteren Theiles der Kaiser-Wilhelmstraße.

Der Magistrat beabsichtigt, auf den Ausbau der letzten Theilstrecke der Kaiser-Wilhelmstraße bis zum Stadtpark Bedacht zu nehmen. Wenn es auch nicht gelungen sei, für diesen Straßenbau einen Unternehmer zu finden, so haben sich doch sämtliche Anlieger bereit erklärt, die Straßenkosten sofort beim Beginne des Straßenbaues einzuzahlen und auf die baare Bezahlung des abzutretenden Terrains zu verzichten. Nur der Rentner Cramer hat eine so hohe Forderung gestellt, daß der Magistrat empfiehlt, das von diesem abzutretende Terrain zu enteignen und den übrigen Anliegern den Werth der Grundstücke in derselben Weise zu bemessen, wie das Cramer'sche Theilgrundstück abgeschätzt werden wird. Ferner sind den betr. Anliegern zwei Theilflächen der Brunnenstraße verkauft und den Herren Till und Bergert für ihre in Wegfall kommenden Gebäude Entschädigungen von zusammen 10 000 M. zugebilligt worden. Die Straße soll in gleicher Weise ausgebaut werden, wie die nach der Stadt zu gelegenen Theilflächen derselben, jedoch werden die beiden Fahrbahnen mit Kleinpflaster befestigt werden. Nach Maßgabe der zu 94 000 M. veranschlagten Straßenbaukosten würde sich der Anliegerbeitrag auf 283,137 M. für 1 m Frontlänge belaufen.

Die Versammlung wird nun ersucht, der Enteignung der beiden Cramer'schen Flächen von zusammen 8,75 a zuzustimmen, den abgeschlossenen Vertrag und das Straßenproject einschließlich der Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen, sowie die Kosten für Canal, Gas- und Wasserrohr mit 21 102 M. zu verwilligen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, wird die gesammte Magistratsvorlage angenommen.

VIII. Erwerb von Flächen zu einer proj. Straße an der Kreuzstraße.

In der Sitzung vom 9. Juni d. Js. — Seite 25 des Berichts — ist der Magistrat ermächtigt worden, für diejenigen Grundflächen, welche behufs Anlegung der projectirten Verbindungsstraße zwischen Kreuzstraße und Madamenweg stadtsseitig zu erwerben sind, durchweg einen Preis von 7,50 M. pro qm zu bewilligen. Gegenüber dem Kirchencassen-Collegium, welches den Verkauf einer 158 qm umfassenden Fläche zu diesem Preise bereits genehmigt hat, beschloß die Versammlung der Interessenten der Gemeinde Hohethor, für die seitens dieser Gemeinde abzutretende, 170 qm große Fläche eine Entschädigung von 10 M. zu fordern. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß diese unmittelbar an der ausgebauten Kreuzstraße gelegene Fläche werthvoller ist, als das sogenannte Hinterland, so ist doch zu beachten, daß die Bauplätze am Madamenwege ebenfalls einen höheren Werth haben und daß die Betheiligten auf eine thunlichst gleiche Bemessung des Kaufpreises Werth legen müssen. Der Magistrat hält es deshalb für zulässig und

gerechtfertigt, daß das seitens der Kirche abzutretende Grundstück mit 7,50 M pro qm und das übrige Terrain mit 10 M bezahlt werde, und ersucht, dementsprechend zu beschließen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Wültemann berichtet, geschieht.

IX. Erwerb von Flächen zur verlängerten Petristraße.

Für eine zur verlängerten Petristraße zwischen Thomaes- und Goslarstraße erforderliche, 51,5 qm große Theilfläche des Thomaeftiftes wird ein Einheitspreis von 15 M beansprucht, welchen der Magistrat zu bewilligen bittet.

Der Antrag wird genehmigt, nachdem Herr Wültemann denselben namens der Baucommission befürwortet hatte.

X. Erwerb von Flächen zur Neuenstraße.

Der Tischlermeister Aug. Wilkens beabsichtigt, sein an der Neuenstraße gelegenes Grundstück stückweise neu zu bebauen und die Stadt ist daher genöthigt, die dem Ortsbauplane zufolge der Straße zuzulegenden Flächen dieses Grundstücks anzukaufen. Mit Rücksicht darauf, daß der bei Weitem größere Theil dieses Terrains aus dem unterkellerten und überbauten Fußwege besteht und daher einen erheblich geringeren Werth als das übrige Terrain besitzt, hat sich Herr Wilkens nach längeren Verhandlungen bereit erklärt, die gesammte, der Straße zuzulegende Fläche von etwa 147 qm der Stadt zum Einheitspreise von 150 M zu überlassen. Dieser Preis wird vom Magistrate für angemessen gehalten und ersucht, den mit Wilkens dieserhalb abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen.

Nach dem Berichte des Herrn Rieke empfiehlt die Baucommission, dem Vertrage die Genehmigung zu ertheilen.

Herr Rieke fragt an, ob die Abtretung des ganzen Theilstücks vorgesehen sei, oder ob zunächst nur eine Theilfläche desselben der Stadt überwiesen werden solle. Im letzteren Falle bitte er, dahin zu wirken, daß die ganze Fläche sofort abgetreten werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Stadt durch den Vertrag vollständig gesichert sei. Derselbe umfasse die ganze abzutretende Fläche mit der Maßgabe, daß ein Vermerk wegen der Abtretung derselben in das Grundbuch eingetragen werde. Eine sofortige Auflassung der Fläche könne aber nicht erfolgen, weil hierzu erst die Genehmigung der Hypothetgläubiger eingeholt werden müsse.

Herr Rathe bittet, in den Vertrag eine Bestimmung aufzunehmen, nach welcher der gesammte Bau innerhalb einer bestimmten Zeit fertiggestellt sein müsse, weil sonst bis zu dessen Fertigstellung 50 Jahre vergehen könnten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf erwidern, daß Wilkens sich auf die sofortige Neubebauung des ganzen Grundstücks nicht einlassen wolle.

Herr Niese muß die Ausführungen des Herrn Rathe für ganz richtig halten, da es selbst bei dem Rathe'schen Bau am Steinwege vorgekommen sei, daß, entgegen dem ursprünglichen Plane nur ein Theil des Baulterrains bebaut worden sei und es hier ebenso gehen könne. In dem vorliegenden Falle habe sich aber die Stadt durch eine Bestimmung des Vertrages gegen eine zu große Verzögerung des Baues geschützt.

Herr Niese hält Vorsicht für geboten, damit nicht durch das Niederlegen eines Theiles des Wilkens'schen Grundstücks ein Zustand geschaffen werde, der die Stadt zwingt, den Rest des Grundstücks im Wege der Expropriation zu erwerben. Es empfehle sich deshalb wohl, eine Bestimmung in den Vertrag aufzunehmen, nach welcher ein Zeitpunkt für die Niederlegung des ganzen Grundstücks festgesetzt werde. Ein Vergleich mit dem Rathe'schen Neubau passe insofern nicht, als es sich bei demselben nicht wie hier um die Beseitigung eines Verkehrshindernisses gehandelt habe.

Der Herr Vorsitzende weist diesen Ausführungen gegenüber darauf hin, daß gegen eine sofortige Niederlegung der gesamten Baulichkeiten ohne alsbaldige Wiederbebauung des ganzen Grundstücks die Hypothekgläubiger einschreiten würden und Wilkens daher gar nicht in der Lage sei, einer solchen Forderung zu entsprechen.

Herr Stadtrath Götte ist der Ansicht, daß Wilkens selbst das größte Interesse daran habe, den Bau nach Möglichkeit zu fördern und deshalb die gehegten Befürchtungen nicht eintreffen würden. Außerdem verstehe er auch nicht, wie durch das Herausschneiden und Neubebauen eines Theiles des Grundstücks unseidliche Verhältnisse für die Stadt geschaffen werden könnten.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XI. Kosten des Ausbaues der Parkstraße.

Die Kosten des Ausbaues der Parkstraße belaufen sich auf 14032,08 M und berechnet sich hiernach der Anliegerbeitrag auf 175,143 M für 1 m Frontlänge. Die gegen den Voranschlag (von 107 M) wesentliche Erhöhung dieses Beitrages ist lediglich durch den Mehraufwand verursacht worden, welchen der Grunderwerb erfordert hat. Der Magistrat ersucht, die aufgestellte Kosten- und Vertheilungsberechnung gutzuheißen und den Beitrag auf 175,143 M festzusetzen.

Namens der Baucommission giebt Herr Bültmann anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Hauswaldt ist der Ansicht, daß hier das Wort im vollen Maße zutrefte: Gesetz wird Unfinn, Grundbesitz Plage, Wehe, wenn du Anlieger bist! Die Anlieger der Parkstraße seien wirklich im höchsten Maße zu beklagen, daß sie die hohen Straßenbaukosten zahlen sollen, denn es unterliege keinem Zweifel, daß namentlich die östlichen Anlieger gar kein Interesse an dem Ausbau der Straße gehabt haben, da dort ein ganz guter Fußweg vorhanden gewesen sei. Gerade bei dieser Straße könne es vorkommen, daß einzelne Anlieger durch den von ihnen gar nicht gewünschten Ausbau ihrer Straße ruinirt werden. Der Ausbau der Parkstraße sei geschehen im Interesse des hinter derselben liegenden Terrains und es erscheine als eine einfache Pflicht der Gerechtigkeit, wenn in solchem Falle die Allgemeinheit zu den Baukosten einen Theil beisteuere, zumal da die Grundstücke an der Parkstraße durch deren Ausbau nicht gewonnen haben (Widerspruch), und die Straße auch nach dem Fortfall der Vorgärten nicht schöner geworden sei. Die ganz bedeutende Höhe der Straßenbaukosten rühre hauptsächlich daher, daß einzelnen Anliegern bei der Expropriation erhebliche Entschädigungen zugebilligt worden seien. Um die Anlieger nicht zu sehr zu schädigen, empfehle er, die Straßenbaukosten auf den ursprünglich veranschlagten Beitrag von 107 M herabzusetzen und den Unterschiedsbetrag auf die Stadtcasse zu übernehmen. Es sei nichts, als eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn bei dieser Gelegenheit eine Summe aus allgemeinen Mitteln zu den Straßenbaukosten zugehossen würde.

Der Herr Vorsitzende möchte im Interesse der Thatfachen constataren, daß die Anlieger der Parkstraße nach actenmäßiger Feststellung sich über den Zustand ihrer Straße ganz energisch beschwert und sich erst dann zurückgezogen haben, als sie die Kosten des Ausbaues bezahlen sollten.

Herr Bürgermeister Netemeyer muß es für bedenklich halten, wenn ein Vertreter der Stadt die Einrichtungen und Vorschriften der Stadt für grundfalsch erkläre und gegen dieselben agitire, da der Magistrat hierbei in eine ganz sonderbare Lage gerathe. Die Frage, ob die Anlieger die Straßenbaukosten zu tragen haben oder nicht, sei auch in anderen Städten ventilirt worden und überall habe man sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Zustand einer Straße den Werth der anliegenden Grundstücke beeinflusse. Gerade aus den früheren Bestimmungen seien immerfort Unzuträglichkeiten entstanden und auch in der Versammlung habe bei der Berathung des Statuts Niemand gegen diese Bestimmung gesprochen, so daß die städtischen Behörden bislang der Ansicht gewesen seien, das Princip sei das richtige. Sofern aber hier in der Versammlung solche Aeußerungen fielen, wie man sie von Herrn Hauswaldt gehört habe, sei es kein Wunder, wenn der Magistrat Reclamationen über Reclamationen erhalte. Zur Sache selbst wolle er bemerken, daß von den eigentlichen Straßenbaukosten zu 14 000 M die Stadt schon annähernd die Hälfte übernommen habe, weil die Parkstraße auch früher befestigt

gewesen sei und den Anliegern daher nur 7000 M., oder ungefähr 30 M. auf 1 m Frontlänge zur Last gefallen seien. Die bedeutende Höhe der Gesamtkosten sei durch die hohen Entschädigungssummen, welche man den Anliegern für das abzutretende Terrain bewilligt habe, entstanden. Wenn nun auch die Möglichkeit vorliege, noch einen Theil der Baukosten auf die Stadtcasse zu übernehmen, so müsse man dabei doch berücksichtigen, daß dann auch denjenigen Anliegern, welche schon eine unverhältnißmäßig hohe Terrainentschädigung erhalten haben, noch eine weitere Vergütung aus der Stadtcasse gezahlt werde. Die Aeußerung, daß ein Theil der Anlieger durch den Ausbau der Straße ruinirt würde, müsse er bestreiten, denn es könne sich dabei nur um eine einzige Anliegerin handeln und mit dieser sei der Magistrat schon wegen der Zulassung von Theilzahlungen ohne Zinsen in Verhandlung getreten.

Herr Engelbrecht möchte darauf hinweisen, daß ihm die bei der Expropriation von ihm vertretene Partei den Auftrag gegeben habe, gegen die Festsetzung der Entschädigung für den Grund und Boden zu protestiren, weil die Partei die Entschädigung für zu hoch gehalten habe und mit einer geringeren Vergütung zufrieden gewesen sein würde. Nach seiner Ansicht haben die Anlieger die Höhe der Baukosten selbst verschuldet und es stehe auch außer Zweifel, daß die Anlieger von der Instandsetzung ihrer Straße erhebliche Vortheile haben. Gegenüber der Aeußerung des Herrn Hauswaldt, daß das städtische Statut geradezu als unsinnig zu bezeichnen sei, wolle er hervorheben, daß auch Herr Hauswaldt in der beratenden Sitzung der Versammlung s. B. nichts gegen das Statut vorgebracht habe.

Herr Bültmann kann nicht einsehen, daß die Anlieger der Parkstraße kein Interesse an deren Instandsetzung gehabt haben sollen. Wenn das wirklich nicht der Fall gewesen wäre, würden sie den Zustand der Straße s. B. nicht in so haarsträubender Weise geschildert haben. Die Straße sei ihnen erst dann gut genug gewesen, als sie gemerkt hätten, daß sie die Straßenbaukosten bezahlen müßten.

Herr Rieke würde es für ein Unrecht halten, wenn man den Anliegern der Parkstraße zu den hohen Grunderwerbskosten noch einen Zuschuß aus der Stadtcasse geben wollte. Die Betheiligten hätten über den Zustand ihrer Straße so lange laute Klage geführt, bis sie zur Zahlung der Straßenbaukosten hätten herangezogen werden sollen.

Herr Meyerhoff steht auf dem Standpunkte, daß die Unterhaltung und Verbesserung einer Straße von der Allgemeinheit getragen werden müsse, da sie auch der Allgemeinheit diene. Selbst wenn in allen Städten in gleicher Weise wie hier die Anlieger zu den Straßenbaukosten herangezogen würden, so sei damit das Princip der Gerechtigkeit noch nicht erfüllt. Trotzdem könne er sich in dem vorliegenden Falle dem Antrage des Herrn Hauswaldt aus den von anderer Seite

vorgebrachten Gründen doch nicht anschließen. Wohl aber würde er Herrn Hauswaldt gern zur Seite stehen, wenn dieser auf eine Beseitigung des Statuts hinwirken wollte, da er dieses für eine Ungerechtigkeit halten müsse. So lange aber das Statut bestehe, müsse es auch befolgt werden.

Herr Löschigk schließt sich diesen Ausführungen an. Es sei für die Hausbesitzer zu hart, wenn sie die Reparatur der Trottoirplatten und dergl. bezahlen müßten und es erscheine ihm in der Billigkeit zu liegen, einen besonderen Pflasterfonds zu schaffen, aus welchem alle derartigen Kosten gedeckt würden.

Herr Hauswaldt muß es ablehnen, sich auf einen früheren Beschluß der Versammlung festnageln zu lassen. Die Juristen im Magistrate seien dazu da, den Mitgliedern der Versammlung alle aus den Statuten und Gesetzen folgenden Konsequenzen klar zu machen. Wenn dieses bei der Berathung des Statuts geschehen wäre, würde wohl Niemand aus der Versammlung für dasselbe gestimmt haben. Nachdem er die Ungerechtigkeit des Statuts eingesehen und bei der Wolfenbüttlerstraße auch empfunden habe, würde er gegen dasselbe vorgehen, bis es beseitigt sei. Wenn er auf genügende Unterstützung aus der Versammlung rechnen könnte, würde er den Antrag auf Beseitigung des Statuts gern einbringen. (Zustimmung.)

Die Versammlung genehmigt darauf die Magistratsvorlage unter Ablehnung des Hauswaldt'schen Antrages auf Ermäßigung der Straßenbankosten an der Partstraße.

XII. Erwerb von Flächen zum Madamenwege.

Den Anliegern des Madamenweges ist vom Magistrate eröffnet worden, daß er beabsichtige, schon jetzt auch dasjenige Terrain anzukaufen, welches zur Verbreiterung des Madamenweges diesseits der Landeseisenbahn erforderlich sei. Es haben darauf gefordert: Deconom Essen 15 M für 1 qm, Provisor Klennecke erklärte sich namens des Kirchenvorstandes mit der Forderung der Mehrheit einverstanden, Maurer Bartels forderte 40 M und der Fabrikant Willies ersuchte, die von ihm abzutretenden Flächen zu enteignen. Mit Rücksicht auf diese Erklärungen giebt der Magistrat anheim, der Enteignung sämtlicher Flächen zuzustimmen und zwar jenseits der Eisenbahn der beiden Willies'schen Flächen von 7,39 a, diesseits der Eisenbahn aber der Flächen von Essen zu 14,05 a, von der Martinikirche zu 1,40 a, von Bartels zu 98 qm und von Willies zu 7,08 a.

Herr Engelbrecht ersucht namens der Baucommission, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Ebeling hat zu seinem Bedauern die Anlieger nicht bewegen können, einen annehmbaren Preis für die abzutretenden Flächen zu fordern; es sei deshalb allein deren Schuld, wenn diese Gegend im Westen der Stadt etwas vernachlässigt würde. An den Ausgaben für den Madamenweg ließen sich indessen wohl

20 000 M ersparen, wenn man sich entschließen wollte, denselben gerade zu legen, denn in diesem Falle würden die sämtlichen Anlieger mit Ausnahme von Willies nur 5 M Entschädigung für 1 qm Grundfläche fordern, während die Anlieger der andern Seite für das ihren Grundstücken anzuschneidende Terrain einen Einheitspreis von 3 M zahlen wollten. Obwohl er es für vergebliche Mühe halte, in der Versammlung noch weiter für die Geradelegung des Madamenweges einzutreten so habe er mit seinen Ausführungen doch einigen irreführenden Pressäußerungen entgegentreten wollen. Die Anlieger würden am liebsten das Geld nehmen und ihr Terrain dazu behalten.

Herr Meyerhoff will beantragen, die Vorlage an den Magistrat zurückzuverweisen, um die Begradigung des Madamenweges nochmals ins Auge zu fassen

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte hierzu bemerken, daß die Vorlage durch eine Petition der Anlieger westlich der Landeseisenbahn veranlaßt worden sei, welche dringend um den Ausbau ihrer Straße gebeten haben, weil sie sonst von dem Wasser überfluthet würden. Nach Abgang der Vorlage habe er erfahren, daß der Ausbau des dort geplanten Rothauslaffes und der Canäle nahezu vier Monate in Anspruch nehme, so daß in diesem Jahre aus dem Ausbau der Straße selbst dann nichts mehr werden würde, wenn auch die Vorlage heute zur Annahme gelange. Insofern habe die Beschlußfassung über die Vorlage keine besondere Eile. Im Uebrigen wolle er darauf hinweisen, daß diese Sache schon mehrmals in der Versammlung behandelt worden sei, daß der Magistrat aber bei den Anliegern noch niemals Entgegenkommen gefunden habe und demnach Herr Ebeling bei den Anliegern mehr Glück zu haben scheine, als der Magistrat. Zweifelhaft sei es aber doch, ob denn die Vortheile so große seien, wenn der Madamenweg gerade gelegt werde. Herr Ebeling lasse sich bei der Beurtheilung dieser Frage wahrscheinlich durch den jetzigen Zustand der Straße, welche sehr schmal sei, täuschen, denn wenn dieselbe erst 14—16 m breit sei, würde man bei ihrer Begehung die kleine Krümmung gar nicht so sehr merken. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Verhandlungen mit den Anliegern erhebliche Schwierigkeiten bieten und namentlich die gegenüberliegenden Besitzer das ihren Grundstücken anzuschneidende Terrain vielleicht nicht kaufen würden oder doch einen zu geringen Preis dafür böten.

Herr Ebeling muß es nach diesen Ausführungen für angezeigt halten, noch einmal den Versuch zu machen, sich mit den Anliegern wegen der Geradelegung des Madamenweges zu einigen, zumal da der Canal doch nicht früher fertig werde und eine Verzögerung in der Instandsetzung des Madamenweges durch die Verhandlungen nicht eintreten könne.

Herr Vord hält es für gerathener, die Magistratsvorlage anzunehmen und abzuwarten, ob die Anlieger dem Magistrate selbst kommen.

Herr Nieß möchte empfehlen, beiden Anträgen gerecht zu werden und den Magistrat zu ersuchen, die Verhandlungen mit den Anliegern auf Grund der Ebeling'schen Vorschläge noch einmal aufzunehmen, ihn aber gleichzeitig zu ermächtigen, nach Maßgabe seiner Vorlage vorzugehen, sobald ihm bei diesen Verhandlungen Schwierigkeiten begegnen.

Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

XIII. Baulinie an der Kuhstraße.

Für das Grundstück Delschlägern *N.* 41 wird die Festsetzung der Baulinie in Antrag gebracht. Da für die dem Delschlägern zugewandte Front eine Baulinie bereits früher festgestellt worden ist, so erübrigt nur noch die Feststellung einer solchen für die an der Kuhstraße gelegene Front. Der Magistrat ist mit dem Stadtbauamte der Ansicht, daß es sich empfehle, der Kuhstraße für die in Betracht kommende Strecke zwischen Delschlägern und Ritterstraße im Wesentlichen die jetzt vorhandene Breite zu belassen und lediglich durch Regulirung der unregelmäßigen Bauflucht und Abschrägung der Ecke am Delschlägern eine angemessene Baulinie zu erzielen. Es wird daher beantragt, diese Baulinie zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Engelbrecht berichtigt, geschieht.

XIV. Baulinie für eine vom Marktplatz abzweigende projectirte Straße.

Der Kunstgärtner Stelling bittet um anderweite Festlegung der über sein Grundstück projectirten Straße und zwar in der Weise, daß das Grundstück von der Straße nicht durchschnitten werde. Auf Antrag des Magistrates

wird die von ihm anderweit festgesetzte Baulinie genehmigt, nachdem Herr Engelbrecht den Antrag namens der Baucommission befürwortet hatte.

XV. Aufwendungen für die Schule an der Leopoldstraße.

In Folge Abbruchs des die Schule an der Leopoldstraße begrenzenden Jacobi'schen Grundstücks sind an dem Schulgebäude verschiedene bauliche Mängel hervorgetreten, deren Beseitigung einen Kostenaufwand von 500 *M* erfordern würde, Außerdem ist für die Errichtung einer Grenzmauer ein Betrag von 525 *M* erforderlich, so daß der Magistrat ersucht, insgesammt 1025 *M* für diese Zwecke zu bewilligen,

was auf Empfehlung des Herrn Rathe geschieht.

**XVI. Antrag Hauswaldt: Verwendung von Mosaikpflaster an der
Wolfenbüttlerstraße.**

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf der Wolfenbüttlerstraße einmal einen Versuch mit Mosaikpflaster auf dem östlichen Fußwege zu machen“.

Wie Herr Hauswaldt zur Begründung des Antrages ausführt, ist die Verwendung von Mosaikpflaster anstatt von Platten nicht nur praktischer, sondern auch für die Baumwurzeln besser; er empfehle daher, seinem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag wird von der Versammlung ohne weitere Besprechung angenommen,

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6 Uhr.

1898|99.

№ 4.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. September 1898.

Tagesordnung:

I. Kosten des Ausbaues der Ludwigstraße	Seite 46
II. Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 47
III. Uebernahme der Eschenburgstraße	" 47
IV. Erwerb einer Fläche zur Mauernstraße	" 48
V. Ausbau eines Theiles der Thomae- und der Pflegehausstraße zc.	" 48
VI. Abänderung des Ortsbauplanes für die westliche Außenstadt	" 49
VII. Klageerhebung gegen den Rentner Rohde	" 49
VIII. Anstandsehung des Fußweges nach dem Quernerer Holze	" 49
IX. Verkauf einer nördlich der Kreuzstraße gelegenen Fläche	" 50
X. Baulinie für den Steinweg	" 50
XI. Aufstellung von Candelaberlaternen auf der Gellerstraße	" 52
XII. Gesuch wegen Aufstellung eines Firmenschildes	" 52
XIII. Nachverwilligung von Kosten für die Markthalle	" 52
XIV. Aenderweite Einrichtungen auf dem Schlachthausgrundstücke	" 53
XV. Uebertragung von Canalbaumitteln auf das Jahr 1898/99	" 53
XVI. Ausbau eines Theiles der Eichthalstraße zc.	" 54
XVII. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Fajanen- und Kaiser-Wilhelm- straße	" 54
XVIII. Rechnungsabchlüsse für 1897/98	" 55
XIX. Verkauf von Terrain des ehemals Wedler'schen Grundstückes	" 56

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Sievers und von Franckenberg.

Entschuldigt die Herren Boller, Brückmann, Engelbrecht, Fiedel, Lange, Lupprian und Nieß.

Der Vorsigende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt zunächst den Eingang folgender Schriftstücke mit:

- 1) Einladung zu der am 28. d. Mts. hier stattfindenden Verbandssitzung Deutscher Krankenpflegeanstalten vom Rothen Kreuz, welche in der Versammlung herumgereicht wird;
- 2) Benachrichtigung des Magistrates, daß der an der Ecke von Werder und Kaiserstraße gelegene, 3,59 a große Bauplatz zum öffentlichen Verkaufe gestellt, der Zuschlag aber nicht erteilt sei, weil das Höchstgebot von 17500 M = 48,74 M pro qm zu gering erscheine.

In die Tagesordnung eintretend, geht die Versammlung über zu

I. Kosten des Ausbaues der Ludwigstraße.

Die Kosten des Ausbaues der Ludwigstraße belaufen sich auf insgesamt 60318,94 M und danach die Anliegerbeiträge auf 64,889 M für 1 m Frontlänge. Dabei ist indessen nicht in Absatz gebracht der Werth des verlassenen Vegeterrains zu 691 qm, welches die Firma Fröhlich & Baumkauff der Firma H. Bolze & Co. überwiesen hat. Die genannte Firma hat den Werth dieses Terrains, unter Bestreitung der bezüglichen Berechtigung der Stadt, eventuell auf nur 1000 M bemessen, während der Magistrat mit der städtischen Bauverwaltung der Ansicht ist, daß der Werth auf 2152,26 M festzusetzen sei. Es wird deshalb ersucht, die Straßenkosten unter Zugrundelegung dieses Werthes auf 58166,68 M und die Anliegerbeiträge auf 62,5737 M festzusetzen.

Nach der Ansicht der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, handelt es sich hier einzig und allein um die Festsetzung der Straßenbaukosten. Da hierbei öffentlich-rechtliche Gesichtspunkte eine ausschlaggebende Rolle spielen, so müßte auch der dem fraglichen Terrain innewohnende Werth von der Höhe der Straßenbaukosten abgesetzt werden. Die Commission beantrage daher, der Magistratsvorlage zuzustimmen. Es solle dabei nicht verkannt werden, daß die Firma Fröhlich & Baumkauff möglicherweise auf Grund des mit dem Magistrate abgeschlossenen Vertrages einen Ersatzanspruch wegen des fraglichen Werthabfalles gegen den Magistrat durchsetzen könne, jedoch dürfe das nicht hindern, hier in der vorgeschlagenen Weise zu verfahren.

Herr Schmidt kann die hier geschilderte Sachlage nicht für richtig halten. Die Firma Bolze & Co. habe f. B. die Straße aufgelassen bekommen, ohne daß ihr dafür ein Werth abgefordert worden sei und jetzt verlange der Magistrat den Werth des Terrains von Fröhlich & Baumkauff bezahlt. Durch die Aufhebung der alten Ludwigstraße habe man seine Firma (Bolze & Co.) gezwungen, das betr. Terrain zwischen der alten und der neuen Straße anzukaufen, weil ihr sonst das Licht abgebaut sein würde. Bei solcher Sachlage wäre ein Entgegenkommen ihm gegenüber wohl geboten gewesen, denn man hätte doch die alte Straße, nach

welcher hinaus er das Licht gehabt hätte, nicht ohne Weiteres einziehen können. Dazu komme noch der Umstand, daß sich die Verhältnisse an der Straße, welche früher ein Schmutzwinkel gewesen sei, durch seine Firma erheblich gebessert hätten. Wenn sich auch gegen die Verlegung der Straße rechtlich nichts hätte machen lassen, so halte er es doch nicht für richtig, eine Straße einzuziehen, die Jahrzehnte lang bestanden habe und an der ein Grundstück mit über 100 Meter Gebäude liege. Im Uebrigen sei er mit dem Beschlusse der Commission einverstanden, damit die Sache ihren Weg gehe. Außerdem habe der Referent nicht erwähnt, daß die Firma Fröhlich & Baumkauff dem Magistrate freiwillig eine Entschädigung von 1000 M geboten habe, um ihr bisheriges gutes Verhältniß mit der Stadt nicht zu stören, und so hätte er wohl geglaubt, daß die Statutencommission dieses Compromiß befürwortet haben würde.

Herr Wolff will auf die letztere Bemerkung erwidern, daß er das Compromiß nicht erwähnt hätte, weil eine privatrechtliche Vereinbarung mit der Firma Fröhlich & Baumkauff bei Festsetzung der Straßenbaukosten keine Rolle spielen könnte.

Herr Bürgermeister Ketemeyer ist der Ansicht, daß Herr Schmidt die Sache nicht richtig aufgefaßt habe. Es handle sich hier nur darum, ob bei Bemessung der Anliegerbeiträge die Thatsache hätte mit Stillschweigen übergangen werden können, daß dem Magistrate das Terrain von 6,91 a von der Interessentschaft Hagen überwiesen worden sei, oder ob nicht vielmehr der Magistrat verpflichtet gewesen wäre, den Werth des Terrains bei Festsetzung der Straßenbaukosten mit in Rechnung zu stellen. Seiner Meinung nach würde die Stadt bei einem solchen Proceß nichts zu riskiren haben.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

II. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Frauen Kruse und Schärf um Erlaß der Steuer für einen Zieh hund werden genehmigt, die Gesuche der Frau Mäbje, des Agenten Apel und des Gärtners Karsten um Erlaß der Steuer für einen Wach hund dagegen verworfen.

III. Uebernahme der Eschenburgstraße.

Der Civilingenieur Königsdorf hat beantragt, die von ihm ausgebaute Eschenburgstraße gegen eine ihm aufzuerlegende einmalige Zahlung von 2500 M stadtsseitig zu übernehmen und ihm die erwachsenen Kosten für die Anlage von Gas- und Wasserrohr in Höhe von ca. 1800 M zur Hälfte zu ersetzen. Wenn auch der Magistrat mit der Uebernahme der Straße unter der gestellten Bedingung einverstanden ist, so kann derselbe doch die Rückzahlung der zuletzt erwähnten Kosten nicht befürworten, weil die Voraussetzungen wenigstens für die Rückzahlung der Gasrohrkosten nicht vorliegen. Es wird deshalb anheimgegeben, unter Uebernahme der Eschenburgstraße dem Herrn Königsdorf die Kosten für das Wasserrohr

mit 1218,70 M zu ersetzen, während derselbe auf die Erstattung der Kosten für das Gasrohr zu 747,60 M Verzicht zu leisten hat. Weiter wird empfohlen, dem Genannten auch die gestellte Unternehmerrcaution von 4000 M zurückzugeben.

Die Anträge des Magistrates werden nach Befürwortung durch die Baucommission, für welche Herr Schmidt berichtet, angenommen.

IV. Erwerb einer Fläche zur Mauernstraße.

Von dem Grundstücke des Maurermeisters Junke an der Mauernstraße ist der Straße eine 0,8 qm große Fläche zuzulegen. Dem Antrage des Magistrates, hierfür an den Eigenthümer eine Entschädigung von 40 M zu zahlen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Riefe berichtet, zu.

V. Ausbau eines Theiles der Thomae- und der Pflegehausstraße etc.

Nach einem von der städtischen Bauverwaltung vorgelegten Projecte zum Ausbau der verlängerten Thomaestraße zwischen Kloster- und Pflegehausstraße, der Pflegehausstraße zwischen Kloster- und Chemnitzstraße und des Platzes am Zusammenstoß der Chemnitz-, Thomae- und Pflegehausstraße betragen die Kosten hierfür 10 000 + 11 500 + 8000 M, zusammen 29 500 M und demnach die Anliegerbeiträge für die Thomaestraße 200 M, für die Pflegehausstraße 134,77 M, für die an dem Platze liegende Strecke der Pflegehausstraße 250,29 M und für die an der Nord- und Ostseite des Platzes gelegenen Grundstücke 264,17 M für 1 m Frontlänge. Für den Fall, daß die Fahrbahn nicht chaussirt, sondern mit Kleinpflaster befestigt werden soll, erhöhen sich die Baukosten zu Lasten der Stadtcasse um 4600 M auf 34 100 M. Der Magistrat empfiehlt, die Projecte, sowie die Kosten- und Vertheilungsrechnung zu genehmigen, sich auch damit einverstanden zu erklären, daß das vormal's Rischbieter'sche und das vormal's Hilgentag'sche Haus niedergelegt werden.

Nach dem Berichte des Herrn Bültmann empfiehlt die Baucommission, der Vorlage mit der Maßgabe zuzustimmen, daß für die Fahrstraße Kleinpflaster, unter Uebernahme der Mehrkosten auf die Stadtcasse, verwendet werde.

Herr Gehling will sich diesem Antrage noch besonders anschließen, weil er eine Besserung unserer Fahrstraßen in dieser Richtung für nothwendig halte.

Herr Bürgermeister Kete meyer möchte dazu bemerken, daß der Magistrat sich mit der Verwendung von Kleinpflaster wohl einverstanden erklären würde, sofern die Versammlung einen entsprechenden Beschluß fasse.

Der Commissionsantrag wird darauf genehmigt.

VI. Abänderung des Ortsbauplanes für die westliche Außenstadt.

Von dem Stadtbauamte ist eine Abänderung des Ortsbauplanes in den Sectionen XIII und XIV für erforderlich erachtet worden, die wesentlich eine bessere und zweckmäßigere Ausgestaltung der einzelnen Bauquartiere und Verkehrswege bezweckt. Der Magistrat stimmt diesen Vorschlägen zu und ersucht, dieselben zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Lössigk be-
richtet, geschieht.

VII. Klageerhebung gegen den Rentner Rohde.

Der Rentner Rohde in Melverode hat nach Bebauung seines auf Melveroder Feldmark, an der Wolfenbüttlerstraße südlich des Parkes von Richmond gelegenen Grundstücks die vor demselben liegende, zur Braunschweiger Feldmark gehörende Böschung eigenmächtig bis zur Höhe der Straße mit Erdbreich ausgefüllt und auch den Fußweg vor dem betr. Grundstücke durch Befahren mit Last- und anderen Wagen in erheblicher Weise ruinirt. Da Rohde die verschiedenen Aufforderungen, den betr. Uebelständen abzuhelpfen, ignorirt hat, so ersucht der Magistrat, ihn zur Klageerhebung gegen Rohde zu ermächtigen,

welchen Antrag Herr Wolff namens der Statutencommission unterstützt und die Versammlung genehmigt.

VIII. Instandsetzung des Fußweges nach dem Querumer Holze.

Die Herzogliche Cammer hat den Magistrat ersucht, den nach dem Querumer Holze führenden Weg auf einer 270 m langen, durch den Laudigcamp führenden Strecke besser zu befestigen, damit die zahlreichen, das Querumer Holz auffuchenden Spaziergänger und Reiter sich nicht fortgesetzt veranlaßt sehen, bei schlechtem Wetter die angrenzende Länderei zu betreten. In Anerkennung der vorhandenen Uebelstände beantragt der Magistrat, einer solchen Wegeverbesserung zuzustimmen und hierfür 350 M zu bewilligen.

Herr Bültmann beantragt namens der Baucommission, der Bewilligung dieser Summe zuzustimmen.

Herr Rathe möchte empfehlen, nicht nur dieses Stück des Weges, sondern die ganze Reststrecke desselben bis zum Holzrande in einen besseren Zustand zu versetzen und die durch die Wiesenniederung führende Schlußstrecke entsprechend zu erhöhen, damit dieselbe nicht bei jedem starken Regen unter Wasser gesetzt und unpassirbar gemacht werde.

Herr Bürgermeister Netemeyer will darauf erwidern, daß es sich hier nur um das Wegestück handle, welches unmittelbar an den von der Interessentschaft Hagen chauffirten Theil des Weges schließt. Ein Weiteres lasse sich nicht machen,

weil bei einer Erhöhung des durch die Wiesen führenden Wegetheiles auch eine Anzahl Durchlässe hergestellt werden müßten, die sehr kostspielig werden könnten.

Herr Meyerhoff möchte wissen, ob eine Verpflichtung zur Instandsetzung der Wegestrecke gegenüber der Herzoglichen Cammer vorliege.

Herr Bürgermeister Ketemeyer entgegnet, daß eine solche Verpflichtung allerdings nicht bestehe, daß es indessen der Anstand erfordere, dem geäußerten Wunsche nachzukommen, weil die Herzogliche Cammer der Stadt erst die Möglichkeit verschafft habe, den betreffenden Weg anzulegen.

Die Vorlage wird darauf gutgeheißen.

IX. Verkauf einer nördlich der Kreuzstraße gelegenen Fläche.

Auf Antrag des Magistrates wird beschlossen, an die Bauunternehmer Antoni und Wegner eine 2,63 a große Theilfläche des ehemals Kausche'schen Grundstücks nördlich der Kreuzstraße zum Selbstkostenpreise von 2800 M zu verkaufen,

nachdem Herr Löschigt den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

X. Baulinie für den Steinweg.

In Veranlassung einer von dem Juwelier Otto Schwacke beabsichtigten Neubebauung der Grundstücke 2 und 3 am Steinwege ist die Baufluchtlinie für die Nordseite des Steinwegs anderweit festzustellen. Der Magistrat hat zunächst Erhebungen darüber angestellt, ob es möglich sei, die Fluchtlinie des Steinwegs in die Fluchtlinie der Dankwardstraße zu bringen und den Steinweg damit auf 20 m zu verbreitern. Die bei dieser Verbreiterung zunächst in Frage kommenden Anlieger haben indessen für ihre Grundstücke so hohe Forderungen gestellt, daß der Magistrat dieses Project nicht weiter zu verfolgen beabsichtigt. Es haben nämlich gefordert: der Kaufmann Blagge für das Eckgrundstück 150 000 M, der Friseur Bösel für die beiden Grundstücke M 59 und 60 am Wohlwege 140 000 M und der Juwelier Schwacke will das abzutretende Terrain gegen Terrain, welches hinter seinen jetzigen Grundstücken liegt, eintauschen und für den Abbruch seiner Gebäude 25 000 M Entschädigung haben. Mit Rücksicht auf die Höhe dieser Forderungen beantragt der Magistrat, sich mit einer Verbreiterung des oberen Theiles des Steinwegs auf nur 15,5 m einverstanden zu erklären und bemerkt, daß dann von den Anliegern insgesammt nur etwa 54 qm Terrain zu übernehmen seien.

Namens der Baucommission empfiehlt Herr Bültemann, unter den vorgetragenen Umständen von einer weiteren Verbreiterung des Steinweges abzugehen und der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Meyerhoff findet, daß im Hinblick auf die Bedeutung dieser schönsten Straße der Innenstadt doch etwas mehr gethan werden könnte, obwohl sich nicht

verkennen lasse, daß die geforderten Preise viel zu hoch seien. Wenn man mit Rücksicht auf die sehr hohen Terrainpreise den Steinweg nicht auf 20 m verbreitern wolle, so brauche man auch nicht gerade die geringste Breite von 15,5 m zu nehmen, sondern könne einen Mittelweg einschlagen und wenigstens auf eine Breite von 17—18 m Bedacht nehmen. Sofern die Straßenbreite jetzt auf 15,5 m festgelegt werde, bleibe es ein Jahrhundert so und das wäre beklagenswerth. Deshalb bitte er, die Magistratsvorlage in dieser Form abzulehnen.

Herr Halle muß mit Rücksicht auf den ganz bedeutenden Umfang des Verkehrs an dieser Stelle auch für eine größere Verbreiterung des Steinweges eintreten. Wenn man denselben jetzt nicht in die Fluchtlinie der Dankwardstraße legte, würde man sich später wundern, daß diese Gelegenheit versäumt sei, um dort die 3 m vorspringende Ecke zu beseitigen. Deshalb bitte er, die Magistratsvorlage abzulehnen und den Steinweg in der Breite der Dankwardstraße zu projectiren. Bei dem Verlaufe des gegenüber an der Dankwardstraße gelegenen städtischen Bauplazes würde ungefähr derselbe Einheitspreis aufkommen, welchen man für das Terrain am Steinwege bezahlen müsse.

Herr Bürgermeister Kistemeyer möchte dazu bemerken, daß der vor einigen Jahren vom Magistrat für den Steinweg vorgelegte Bauplan, welcher dem hier vorgetragenen Wunsche des Herrn Halle vollständig entsprochen habe, von der Versammlung abgelehnt worden sei, während jetzt ein Theil der Versammlung anscheinend die Ausführung jenes Bauplanes wünsche, das Stadtbauamt aber die damals vorgeschlagene Breite des Steinwegs nicht mehr für erforderlich halte. Der Magistrat erkenne durchaus nicht, daß es viel schöner aussehen würde, wenn der Steinweg nach dem Wunsche des Herrn Halle verbreitert werden würde, aber bei den enormen Forderungen der Anlieger könnte den Schönheitsrücksichten an dieser Stelle nicht in vollem Maße Rechnung getragen werden, sondern man müßte sich damit begnügen, der Straße so viel zuzulegen, daß der Verkehr dort bewältigt werden könnte und das sei bei einer Verbreiterung um 1½ m der Fall.

Herr Kathe hätte auch gern gesehen, wenn die Straße auf 20 m verbreitert werden könnte. Da indessen die Forderungen der Anlieger so bedeutende seien, so sei er der Meinung, daß es sich empfehle, dem Antrage des Magistrates zuzustimmen, zumal die Verbreiterung für den Verkehr ausreichen werde. Es würde, zu weitgehend sein, Hunderttausende für solche Verbreiterung wegzuerwerfen und er glaube auch, daß die Anlieger mit ihren Forderungen nur einmal die Stimmung der städtischen Behörden erkunden wollen und daß, je einiger die Versammlung sei desto eher auch die Anlieger sich fügen würden.

Herr Meyerhoff möchte nochmals bitten, den Mittelweg einzuschlagen und den Steinweg auf 18 m zu verbreitern, weil dann nicht nur dem Verkehre, sondern auch dem Schönheitsfinne Rechnung getragen sei.

Herr Rieke kann diesem Vermittlungsvorschlage nicht zustimmen, weil bei Durchführung desselben das Plagge'sche Haus doch fallen müsse. Im Uebrigen glaube er, daß der Juwelier Schwabe noch gar nicht bauen, sondern nur einen Fühler ausstrecken wolle. Man solle also entweder den Steinweg 20 m breit projectiren, oder den Magistratsantrag annehmen, der Vermittlungsvorschlag führe zu nichts.

Herr Halle stimmt den Rieke'schen Ausführungen bezüglich der Verbreiterung des Steinweges zu. Herrn Bürgermeister Ketemeyer müsse er erwidern, daß vor einigen Jahren ein so großes Bedürfniß zur Verbreiterung des Steinweges noch nicht vorgelegen habe, wie heute, weil damals noch keine zweigleisige elektrische Straßenbahn vorhanden gewesen wäre. Deshalb ersuche er nochmals um Ablehnung der Vorlage. Es handle sich heute weniger um die Kosten der Verbreiterung, sondern man brauche nur die Fluchtlinie festzustellen und könne dann das Weitere ruhig abwarten. Die Sache werde an sich gar nicht so schlimm, wie der Magistrat annehme, aber die Ausführung des Magistratsantrages würde schlecht aussehen.

Bei der nun folgenden Abstimmung gelangt die Magistratsvorlage zur Annahme.

XI. Aufstellung von Candelaberlaternen auf der Cellerstraße.

Dem Antrage des Magistrates, auf der Cellerstraße nach ihrem Umbau zehn Candelaberlaternen neu aufzustellen und hierfür 1300 M zu verwilligen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, zu.

XII. Gesuch wegen Aufstellung eines Firmenschildes.

Von dem Restaurateur Lindenzweig wird die Versammlung gebeten, zu gestatten, auf dem dreieckigen Plage an der Mündung der Casernenstraße in die Fallersleberstraße ein Firmenschild anbringen zu dürfen, um die Auffindung seiner, Casernenstraße 22 gelegenen Wirthschaft zu erleichtern.

Da der Antragsteller sein Gesuch unter Umgehung des Magistrates an die Versammlung gerichtet hat, so wird über dasselbe nach der bisherigen Gepflogenheit auf Antrag der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, zur Tagesordnung übergegangen.

XIII. Nachverwilligung von Kosten für die Markthalle.

Der gesammte Markthallenbau hat nach der jetzt aufgestellten Schlußrechnung einen Kostenaufwand von 380237,46 M verursacht, während für denselben nur eine Summe von 360000 M verwilligt worden ist, so daß demnach eine Mehrausgabe von 20237,46 M stattgefunden hat. Der Magistrat ersucht, diese als ge-

rechtfertigt zu erachtende Mehrausgabe zu genehmigen und für einige weitere nothwendige Ausgaben außerdem noch 316,²³ M nachzuverwilligen, was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Riefe berichtet, geschieht.

XIV. Ueberweite Einrichtungen auf dem Schlachthausgrundstücke.

Nach Mittheilung der Schlachthausdeputation empfiehlt es sich, eine Vermehrung der Hakengerüste in der Vorkühlhalle und die Herrichtung einer Röhrenleitung von dem Wasserbassin im Kühlhause nach dem alten Brunnen des Schlachthausess vorzunehmen. Der Magistrat giebt anheim, diese Neueinrichtungen zu genehmigen und die dazu nothwendigen Mittel in Höhe von 4600 + 1000 zusammen 5600 M zu verwilligen. Zur Begründung der Forderung wird bemerkt, daß die in der Vorkühlhalle vorhandenen Haken zum Aufhängen der Thiere nicht mehr ausreichen und es sich empfehle, die Vermehrung der Haken gleich in solchem Umfange eintreten zu lassen, daß der geschaffene Zustand so lange ausreichend sei, wie die jetzige Vorkühlhalle den Bedürfnissen überhaupt zu entsprechen vermöge. Was die Röhrenleitung anlangt, so habe der für den eigentlichen Schlachthausbetrieb allein vorhandene Brunnen schon lange nicht mehr vermocht, in genügender Menge Wasser zu liefern, so daß jährlich noch für rund 1000 M Wasser aus der städtischen Wasserleitung habe entnommen werden müssen, während die beiden Kühlhausbrunnen eine größere Menge Wasser liefern, als der Kühlhausbetrieb erfordere; es liege deshalb nahe, eine Einrichtung zu treffen, welche die Abführung des überschüssigen Wassers der Kühlhausbrunnen für das Schlachthaus ermögliche. Aus diesem Grunde bestehe die Absicht, das Obergeschloß des im Kühlhause befindlichen Bassins mit dem alten Schlachthausbrunnen oder einem daneben anzulegenden Reservoir durch eine Röhrenleitung in Verbindung zu bringen und auf diese Weise den Ueberfluß des Kühlhauswassers dem Schlachthause zuzuführen.

Die Baucommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Schmidt empfehlen, jedoch mit der Maßgabe, daß das Wasser nicht dem alten Schlachthausbrunnen, sondern einem neben demselben anzulegenden Reservoir zugeführt und die in der Vorlage geforderte Summe entsprechend erhöht werde.

Dieser Antrag wird angenommen.

XV. Uebertragung von Canalbaumitteln auf das Jahr 1898/99.

Von den im Neubauetat der Canalbaucasse für das Jahr 1897/98 vorgesehenen Bauausführungen konnte die Canalisirung des Burgmühlengraben und die Herrichtung von Stauvorrichtungen gegen Hochwasser der Oker im abgelaufenen Jahre noch nicht beendet, bezw. in Angriff genommen werden. Der Magistrat ersucht daher, die hierfür bewilligten Mittel von 19 735,⁵² M auf das laufende Jahr zu übertragen,

was nach Befürwortung durch die Finanzcommission, für welche Herr Lord berichtet, geschieht.

XVI. Ausbau eines Theiles der Eichthalstraße u.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die §§. 7—12 des Ortsbaustatuts auf die Eichthalstraße in deren ganzer Ausdehnung Anwendung finden. Außerdem beantragt der Magistrat, den Ausbau der von Süden nach Westen führenden Theilstrecke dieser Straße nach dem vorgelegten Projecte nebst der Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen. Die Grunderwerbskosten sind hierbei zu 10500 M und die Baukosten zu 24000 M, der voraussichtliche Beitrag der Anlieger aber zu 77 M veranschlagt worden. Es wird hierbei empfohlen, die Befestigung der Fahrbahn mit Kleinpflaster erst dann auszuführen, wenn die Mehrzahl der anliegenden Gärten bebaut sein wird und sollen dann die Pflasterkosten mit 3500 M auf den Wegeunterhaltungsfonds übernommen werden. Endlich wird vom Magistrate noch anheim gegeben, für die provisorische Befestigung der von Süden nach Norden führenden Theilstrecke 1900 M zu verwilligen. Der Ausbau dieser, 20 m breit projectirten Straße wird nach der Ansicht des Magistrates bis zur Klärung der Frage, betreffend die Anlegung eines Hafens in der fraglichen Gegend, zu verschieben sein.

Wie Herr Schmidt berichtet, giebt die Baucommission anheim, den Anträgen des Magistrates zuzustimmen. Wenn es der Commission auch erwünscht erschienen wäre, die ganze Straße endlich auszubauen, so wolle sie doch einen Antrag in dieser Richtung nicht stellen, sondern warten, ob vielleicht die Anlieger sich zu einem solchen verstehen werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XVII. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Fasanen- und Kaiser-Wilhelmstraße.

Der Rentner Manegold hat gebeten, auf seine Kosten die im Ortsbauplane vorgesehene, 18 m breite Verbindungsstraße zwischen der Kaiser-Wilhelm- und der Fasanenstraße an der Ostseite der südlichen Hälfte des Kaiser-Wilhelmsplatzes auf seine Kosten auszubauen. Der Magistrat ist bereit, darauf einzugehen und hat ausbedungen, daß höhere als dreigeschoßige Gebäude auf den dortigen Bauplätzen nicht errichtet werden dürfen. Für die sofortige stadtseitige Uebernahme der Unterhaltung, Reinigung und Beleuchtung der neuen Straße hat Herr Manegold eine einmalige Entschädigung von 2000 M zu zahlen. Die Versammlung wird nun ersucht, den mit Manegold abgeschlossenen Vertrag, sowie das Straßenproject und den Kostenanschlag zu genehmigen, sowie sich damit einverstanden zu erklären, daß die §§. 7—12 des Ortsbaustatuts auf die betr. Straße angewendet werden. Von

der Aufstellung einer Vertheilungsberechnung ist Abstand genommen, weil Manegold alleiniger Anlieger an der Straße ist.

Nach dem Berichte des Herrn Bültmann giebt die Baucommission anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Rathe würde es für richtiger halten, wenn nicht gesagt würde, es dürften höhere als dreigeschoßige Gebäude nicht errichtet werden, sondern wenn man außer den drei Geschossen auch noch Mansardenwohnungen officiell zuließe, da die Unternehmer, wie ein früherer Fall zeige, doch noch Erker aubrachten und solche Häuser den Eindruck von viergeschoßigen Gebäuden machten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf erwidern, daß sowohl in den früheren bezüglich der Gasanenstraße abgeschlossenen, als auch in diesem Vertrage den Unternehmern gestattet sei, dreigeschoßige Gebäude unter Zulassung von Erkerwohnungen oder einem ein Meter hohen Trempel zu errichten.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

XVIII. Rechnungsabschlüsse für 1897/98.

Die Versammlung erhält den Rechnungsabschluß der Cämmereicasse für das Jahr 1897/98, auch Auszüge aus den Rechnungsabschlüssen der mit der Cämmereicasse in Verbindung stehenden, sowie der sonstigen städtischen Cassen und der Kreiscommunalcasse zur Kenntnißnahme zugestellt. Wenn auch die näheren Nachweise zur Rechtfertigung dieser Abschlüsse den demnächstigen Rechnungslegungen vorbehalten bleiben sollen, so hat der Magistrat gleichwohl zur Erläuterung der wesentlicheren Abweichungen den Abschlüssen einige Bemerkungen beigegeben. Der Hauptabschluß der Cämmereicasse im Ordinarium ergiebt einen Ueberschuß von 65 501,80 M., der durch Uebertragung in die Verwaltung des gegenwärtigen Rechnungsjahres die etatsmäßige Fehlsomme des letzteren von 60 000 M. ausgleichen wird.

Herr Seele will hierzu namens der Finanzcommission nur bemerken, daß der Magistrat diese Uebersichten gemäß einem früher von der Versammlung geäußerten Wunsche zur Vorlage gebracht habe, daß dieselben indessen nicht als Rechnungslegung, sondern zur Ermöglichung einer Vergleichung der wirklichen Ausgaben und Einnahmen mit den veranschlagten Beträgen dienen sollen. Ein Beschluß sei hierüber nicht zu fassen.

Herr Hauswaldt möchte dem Wunsche Ausdruck geben, das Wort „Capitalverjuren“ zu verdeutschen.

Herr Oberbürgermeister Pockels sagt zu, das Wort bei nächster Gelegenheit zu verdeutschen. Was nun das, schon in den Bemerkungen zu den tabellariischen Uebersichten kurz angedeutete, nicht gerade günstige Ergebniß der Bewirthschaftung des Rieselgutes anlange, welche einen etatisirten Ueberschuß von

11 000 M ergeben sollte, aber in Wirklichkeit einen Zuschuß von 31 000 M erforderte, so habe er dazu Folgendes zu bemerken. Einmal sei in Folge eines Irrthums die zu bewirthschaftende Fläche des Kieselgutes auf 270 ha angenommen, während man nur 250 ha bestellt habe, was einen wesentlichen Einnahmeausfall ergebe; andererseits seien die Ausgaben dadurch erheblich gestiegen, daß bedeutende Aufwendungen für das todte und lebende Inventar erforderlich geworden seien. Es erkläre sich dieses aus folgenden Umständen: Als die Stadt s. B. das Kieselgut in Besitz genommen habe, mußte das vorhandene Vieh verkauft werden, weil es während der Zeit der Aptirung des Gutes an Futter und an Arbeit gefehlt habe, nach der Beendigung der Aptirung sei sodann der Viehbestand erneuert und zwar mit Rücksicht auf den bedeutend vergrößerten Umfang des Gutes gegen den früheren Bestand ungefähr verdoppelt worden, was eine ganz erhebliche Ausgabe verursacht habe. Während nun die Kieseldeputation früher gemeint habe, daß derartige Aufwendungen als Anlagekosten zu betrachten und zu verrechnen seien, habe die Gutsverwaltung sie in Wirklichkeit aus den laufenden Einnahmen gedeckt. Man könne allerdings auch jetzt noch die Umbuchung eines Theiles der Aufwendungen auf das Extraordinarium der Stadtcasse verfügen, aber er halte es nicht für angezeigt, in solcher Weise vorzugehen, weil den Ausgaben für todtet und lebendes Inventar auch Einnahmen gegenüberstehen und weil man auch nicht feststellen könne, welche Ochsen, Kühe und Pferde als Ergänzung und welche als Vermehrung des Bestandes anzusehen seien.

Der Gegenstand wird damit verlassen.

XIX. Verkauf von Terrain des ehemals Wedler'schen Grundstückes.

Die von dem ehemals Wedler'schen Grundstücke verfügbar gebliebenen, südlich und nördlich der Hasanenstraße gelegenen Theilflächen sind auf Veranlassung des Magistrates versteigert worden. Es wird nun magistratsseitig ersucht, den beiden Höchstbietenden, nämlich dem Polizeisecretär a. D. Preen in Ansehung der südlichen, 1,13 a großen Theilfläche zum Preise von 2000 M und dem Maurermeister Koloff in Ansehung der nördlichen, 6,46 a großen Theilfläche zum Preise von 20 000 M den Zuschlag zu ertheilen. Beide Flächen bleiben mit Straßenkosten belastet.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, wird die Vorlage angenommen
und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 6 Uhr.

1898|99.

M 5.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 10. November 1898.

Tagesordnung:

I.	Aufhebung eines Interessentenweges in der Neupetritbor-Feldmark . . .	Seite 58
II.	Fußweg nach dem Bürgerparke	" 59
III.	Erwerb von Terrain zur Bodestraße	" 59
IV.	Kosten des Ausbaues eines Theiles der Koffstraße	" 59
V.	Weitere Kosten für den Ausbau der Cellerstraße	" 60
VI.	Kosten der Verlegung städtischer Diensträume	" 60
VII.	Verlegung eines Interessentenweges in der Neupetritbor-Feldmark . . .	" 60
VIII.	Erwerb von Terrain an der Hamburgerstraße	" 60
IX.	Vereinbarung wegen des Grundstücks für die elektrische Centrale . . .	" 61
X.	Erwerb von Terrain an der Leopoldstraße	" 63
XI.	Rabattbewilligungen bei Abnahme elektrischen Stromes	" 63
XII.	Verlegung einer Okerbrücke	" 64
XIII.	Kosten des Ausbaues der Heinrichstraße	" 65
XIV.	Aenderung des Projectes wegen Ausbaues der Frankfurterstraße . . .	" 65
XV.	Abtretung einer Fläche an der Hamburgerstraße	" 65
XVI.	Beschaffung von Geldschranken für die Stadtcasse	" 66
XVII.	Verlängerung des Pachtvertrages wegen der Stadtpark-Wirtschaft . . .	" 66
XVIII.	Aufhebung einer Theilstrecke der Brunnenstraße	" 71
XIX.	Anschaffung eines Walzenstuhles für die Neustadtmühle	" 71
XX.	Anschaffung eines Gasfängers	" 72

XXI. Deckung der Kosten eines Gasbehälters	Seite 72
XXII. Hundesteuer-Erlaßgeuch	" 73
XXIII. Ausbau der Osterstraße	" 73
XXIV. Enteignung von Terrain zur Leopoldstraße	" 73
XXV. Kosten für Herabziehung eines Einfriedigungssockels	" 74
XXVI. Uebertragung von Kosten für die Nießfeldanlage u. auf das Jahr 1898/99	" 74
XXVII. Erwerb von Terrain zum Ausbau der Marienstraße	" 75
XXVIII. Erweiterung der Kühlanlage des städtischen Schlachthaus	" 75
XXIX. Erwerb von Terrain zu einer vom Hagenringe nach Osten projectirten Straße	" 76
XXX. Klageerhebung gegen Kosoß	" 76
XXXI. Antrag Koch: Beleuchtung der Charlottenstraße	" 76
XXXII. Antrag Rietke: Oeffnung der Reichsgrenzen für die Vieheinfuhr	" 77

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rietke, meyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Supprian und Ohlmer; später erscheint Herr Semler.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und spricht zu der Versammlung folgende Worte:

„Geehrte Herren! Es liegt uns zunächst ob, des Hinscheidens Ihrer Königlichen Hoheit, der Frau Prinzessin Albrecht zu gedenken. Es sei auch von dieser Stelle aus gesagt, daß wir von Herzen die tiefe Trauer mit empfinden, die den Regenten des Landes und Seine Familie durch diesen Tod betroffen hat. Die hohe Entschlafene war eine echt deutsche Frau, Ehre ihrem Andenken! Zur Bethätigung dessen ersuche ich Sie, sich von den Sigen zu erheben“. (Die Versammlung erhebt sich.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Aufhebung eines Interessentenweges in der Neupetrithor-Feldmark.

Die Verwaltungsdeputation der Feldmarksinteressentenschaft Neupetrithor hat beantragt, denjenigen Theil des Interessentenweges **Nr. 209** aufzuheben, welcher nördlich von der Landeseisenbahn parallel mit der Kosoßstraße auf das Grundstück der Braunschweigischen Mühlenbauanstalt zuführt.

Dem Antrage des Magistrates, diese Aufhebung zu genehmigen, stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Brückmann berichtet, zu.

II. Fußweg nach dem Bürgerparke.

Der von der Bruchthorpromenade durch den Eisenbahnpark nach dem städtischen Wasserwerke führende Weg ist lediglich als Fahrweg ausgestaltet. Seit Einrichtung des Bürgerparkes wird dieser Weg indessen auch von Fußgängern sehr viel benutzt und es erscheint daher wünschenswerth, wenigstens an der einen Seite des Weges einen durch Bordsteine abgegrenzten erhöhten Fußweg herzurichten. Nach Genehmigung der Herzoglichen Baudirection und im Einvernehmen mit der Parkdeputation ersucht der Magistrat, für die Herrichtung eines solchen Fußweges 3300 M zu bewilligen, welchen Antrag die Finanzcommission durch Herrn Wagner befürworten läßt.

Herr Koch möchte bei dieser Gelegenheit zur Erwägung verstellen, ob es nicht möglich sei, das Wirthschaftsgebäude im Bürgerparke mit Gasbeleuchtung versehen zu lassen, um dasselbe auch in dieser Beziehung den Zeitverhältnissen entsprechend auszugestalten.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

III. Erwerb von Terrain zur Bodestraße.

Bei dem Ausbau der Bodestraße zwischen Carl- und Giesmaroderstraße ist von dem Luidde'schen Grundstücke eine 15 qm große Theilfläche zu erwerben. Auf die Bitte der Luidde'schen Eheleute, ihnen diese Fläche bis auf Weiteres zu belassen und sie auch einstweilen zu den Straßenbaukosten nicht heranzuziehen, empfiehlt der Magistrat, diesem Wunsche stattzugeben, umso mehr, als die sofortige Zulegung der Theilfläche zur Straße nicht erforderlich ist. Die Versammlung wird daher ersucht, einem mit den Luidde'schen Eheleuten aufgenommenen Vertrage zuzustimmen, inhalts dessen die betr. Fläche der Stadt zum Preise von 15 M pro qm mit der Maßgabe verkauft wird, daß die Auflassung und Besitzübertragung derselben erst dann erfolgen soll, wenn das Grundstück ganz oder theilweise in andere Hände übergeht, daß aber das Recht der Stadt auf Auflassung schon jetzt durch Eintragung einer Vormerkung in das Grundbuch gesichert wird. Die Straßenkosten sollen bis zu demselben Zeitpunkt gestundet, jedoch durch Eintragung sofort sicher gestellt werden.

Mit diesen Vereinbarungen erklärt sich die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, einverstanden.

IV. Kosten des Ausbaues eines Theiles der Koffstraße.

Die Kosten des Ausbaues der Koffstraße zwischen der Hildesheimerstraße und dem Grundstücke *N* 6508 sind derart ermittelt, daß der Anliegerbeitrag 55,481 M

für 1 m Frontlänge betragen würde. Dem Antrage des Magistrates, den Beitrag in dieser Höhe festzusetzen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, zu.

V. Weitere Kosten für den Ausbau der Cellerstraße.

Während des Ausbaues der Cellerstraße zwischen dem Petriithore und der Hildesheimerstraße hat sich herausgestellt, daß es nöthig sei, sowohl den größten Theil des Pflasters, als auch der Sommerwege umzupflastern und höher zu legen. Ebenso erscheint es zweckmäßig, die Erhöhung der Sommerwege nicht durch eine Steinschüttung, sondern durch eine Kleinpflasterschicht zu bewirken. Da diese Aenderungen in dem ersten Kostenanschlage nicht berücksichtigt sind, so ersucht der Magistrat, die hierdurch erwachsenden Mehrkosten von 16 680 M nachzuverwilligen, eine Erhöhung des Anliegerbeitrages aber nicht eintreten zu lassen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VI. Kosten der Verlegung städtischer Diensträume.

In Folge nothwendig werdender Vermehrung der Räume des Steuerbüreaus mußte ein Theil der Wegebauabtheilung anderweit im Stadthause untergebracht und die Baupolizeiabtheilung der städtischen Bauverwaltung in das Feuerlöschgebäude verlegt werden. Dem Antrage des Magistrates, die hierdurch entstandenen Kosten von 216,82 M nachzuverwilligen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für die Herr Engelbrecht berichtet, zu.

VII. Verlegung eines Interessentenweges in der Neupetriithor-Geldmark.

Auf Veranlassung der Braunschweigischen Landeseisenbahn-Gesellschaft hat die Verwaltungs-Deputation der Geldmarksinteressentenschaft Neupetriithor die Verlegung eines von der Eichthalstraße nördlich abzweigenden Interessentenweges beschlossen, welchem Beschlusse beizutreten die Versammlung magistratsseitig gebeten wird.

Herr Brückmann ersucht namens der Statutencommission, dem Antrage zuzustimmen, was geschieht.

VIII. Erwerb von Terrain an der Hamburgerstraße.

Mit dem Bauunternehmer Schwiegershausen ist ein Vertrag abgeschlossen worden, dahingehend, daß der Genannte von seinem an der Hamburgerstraße

gelegenen Grundstücke eine 317 qm große Theilfläche, welche mit zur Anlage einer projectirten Straße bestimmt ist, an die hiesige Stadtgemeinde abtritt. Der Kaufpreis soll gleich sein derjenigen Grundentschädigung, welche demnächst für die übrigen zu der betr. Straßenanlage zu erwerbenden Privatflächen durchschnittlich gezahlt werden wird, und soll ungeachtet alsbaldiger Auflassung erst später mit den Straßenkosten verrechnet werden. Für die einstweilige Weiternutzung der Fläche zahlt Herr Schwiegershausen eine Anerkennungsgebühr von jährlich 50 \mathcal{M} . Dem Antrage des Magistrates, diesen Vertrag zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Schmidt berichtet, zu.

IX. Vereinbarung wegen des Grundstücks für die elektrische Centrale.

Von dem seitens der Straßeneisenbahn-Gesellschaft zum Zwecke der Errichtung einer elektrischen Centrale für 93000 \mathcal{M} angekauften, 32,38 ar großen Grundstücke, Wilhelmstraße \mathcal{N} ass. 1517, wird nur der hintere, 23,66 ar haltende Grundstückstheil gebraucht. Es erscheint daher gerechtfertigt, daß nur diese letztere Fläche als Zubehör des gesamten Unternehmens anerkannt und stadtseitig, im Falle des Ueberganges des Unternehmens in den Besitz der Stadt, in Anspruch genommen wird. Dabei würde es dann aber erforderlich sein, daß die Zugänglichkeit des hinteren Grundstückstheils entweder durch Eintragung einer entsprechenden Servitut auf die vordere Grundstückshälfte, oder aber dadurch ermöglicht wird, daß die Stadt auch die vordere Hälfte erwirbt. Der Magistrat hat deshalb mit der Straßeneisenbahn-Gesellschaft vereinbart, daß der Werth des hinteren Grundstückstheils auf 45000 \mathcal{M} festgestellt und der Stadt das Recht eingeräumt werde, bei etwaiger Uebernahme des Unternehmens entweder die Eintragung einer entsprechenden Servitut auf den vorderen Grundstückstheil, oder aber eigenthümliche Ueberlassung auch dieses Grundstückstheils gegen Zahlung eines von der städtischen Bauverwaltung demnächst nach pflichtmäßigem Ermessen zu ermittelnden Kaufpreises zu fordern. Außerdem sollen die sich aus dieser Vereinbarung für die Stadt ergebenden Rechte schon jetzt durch entsprechende Eintragung im Grundbuche sichergestellt werden. Die Versammlung wird ersucht, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Wie Herr Wolff berichtet, ist die Statutencommission der Meinung, daß der Vertrag sich zur Genehmigung empfehle. Da indessen der Stadt Differenzen wegen etwaiger unangenehmer Einwirkungen des Elektricitätswerkes auf den vorderen Theil des Grundstücks erwachsen könnten, sofern sich die Stadt entschließen würde, diesen Grundstückstheil nicht anzukaufen, so schlägt die Statutencommission vor, die auf denselben einzutragende Servitut dahin zu erweitern, daß der Erwerber des

vorderen Grundstücks den Betrieb des elektrischen Werkes, soweit er ordnungsmäßig ausgeführt werde, ohne jeden Entschädigungsanspruch zu dulden habe. Mit dieser Aenderung werde die Genehmigung des Vertrages empfohlen.

Herr Rieke kann nicht begreifen, wie man ein Grundstück mit einer doppelten Servitut belasten wolle, da es doch viel näher liege, das ganze Grundstück anzukaufen. Deshalb gebe er anheim, den Ankauf des ganzen Grundstücks zu beschließen.

Herr Wolff muß es für richtiger halten, sich beide Möglichkeiten offen zu halten, also entweder das ganze Grundstück zu erwerben, oder den vorderen Theil desselben mit einer entsprechenden Servitut zu belasten.

Herr Hauswaldt würde vorziehen, das ganze Grundstück schon jetzt zu übernehmen, da man nicht wisse, wie hoch dasselbe in 25 Jahren bewerthet werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß eine sofortige Erwerbung des ganzen Grundstücks zwecklos sein würde, da den hinteren Theil desselben, soweit er dem Betriebe des Elektrizitätswerkes diene, die Stadt eventuell umsonst erhalten würde und der vordere Theil nach dem Werthe der Schätzung der städtischen Bauverwaltung übernommen werden könnte.

Auf die Anfrage des Herrn Jüdel, ob das Elektrizitätswerk sich des vorderen Grundstückstheils nicht entäußern dürfe und weshalb nicht das ganze Grundstück in die Activen des Werkes eingestellt werden könne, erwidert

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß eine Veräußerung des vorderen Grundstückstheils nicht stattfinden dürfe, daß aber andererseits auch nur der Werth des hintern Grundstückstheils einen Theil des mit der Straßenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages bilde. Der Magistrat würde es für unbillig halten, wenn die Gesellschaft gezwungen werden sollte, das ganze Grundstück in das Activum einzustellen, weil dann auch das ganze Grundstück eventuell unentgeltlich in den Besitz der Stadt übergehen müßte.

Herr Wolff will auch noch darauf hinweisen, daß die Verwaltung des Elektrizitätswerkes nicht so günstig abschließen werde, wenn sie mit dem ganzen Grundstück belastet werden würde und das Vorderhaus dann nicht rentire.

Herr Böschigt fragt an, ob das Elektrizitätswerk wohl in der Lage sei, im Bedarfsfalle auf dem Grundstücke den Betrieb noch weiter auszudehnen.

Herr Müller möchte Auskunft haben, ob der jetzt für den vorderen Grundstückstheil festgesetzte Preis auch später zu bezahlen sein würde.

Herr Wolff erwidert, daß das Elektrizitätswerk auch Eigenthümer des vorderen Grundstückstheiles bleibe und diesen nicht verkaufen dürfe, so daß es seinen Betrieb beliebig ausdehnen könne. Der Preis dieses Theiles solle nach pflichtmäßigem

Ermeßsen der städtischen Bauverwaltung festgestellt werden und könne deren Schätzung nur angegriffen werden, wenn eine grobe Unbilligkeit in derselben liege.

Die Magistratsvorlage wird darauf nach Maßgabe des Antrages der Statutencommission genehmigt.

X. Erwerb von Terrain an der Leopoldstraße.

Von den Grundstücken des Glasermeisters Jacobi, Leopoldstraße 3 und 4, sind 1,3 qm zur Straße zu legen, während denselben 0,3 qm wieder anzuschneiden sind. Der Magistrat ersucht, sich mit der Festsetzung des Kaufpreises auf 30 M pro qm einverstanden zu erklären,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Löffhigt berichtet, geschieht.

XI. Rabattbewilligungen bei Abnahme elektrischen Stromes.

Die Direction der Straßeneisenbahn-Gesellschaft wünscht Aufklärung über die Auslegung des §. 5 in dem mit ihr abgeschlossenen, die Anlegung des Electricitätswerkes betreffenden Vertrage. In demselben werden die Rabatte festgesetzt, welche das Werk zu gewähren haben wird. Es erscheint hierbei zweifelhaft, wie die Rabatte bei mehrfachen Hausbesitzern, deren Grundstücke getrennt liegen, zu berechnen sind, ob der Verbrauch der verschiedenen Verbrauchsstellen zusammenaddirt und der Rabatt von dieser Summe verwilligt, oder ob derselbe nach dem Verbräuche jeder einzelnen Stelle berechnet werden soll. Nach Ansicht der Straßeneisenbahn-Gesellschaft würde der Rabatt nach dem Verbräuche berechnet werden müssen, den die Zähler in jedem einzelnen Grundstücke ausweisen. Der Magistrat ist nun wohl damit einverstanden, daß die Rabattsätze nach dem Verbräuche eines jeden Grundstücks besonders berechnet werden, er wünscht jedoch, daß, wenn mehrere neben einander liegende Grundstücke als wirthschaftliche Einheit betrachtet werden müssen, dieselben als ein Grundstück zu behandeln seien, und ersucht die Versammlung, dieser Auslegung des Vertrages zuzustimmen.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Wolff empfehlen, sich der Auffassung des Magistrates anzuschließen.

Auf die Anfrage des Herrn Bues, unter welchen Bedingungen später an die Straßeneisenbahn-Gesellschaft Strom abgegeben werden solle, wenn sie denselben an verschiedenen Stellen gebrauchte, erwidert

Herr Wolff, daß dieses in der Hand der städtischen Behörden liege.

Herr Seele möchte den Ausdruck „wirthschaftliche Einheit“ noch näher erläutern, da ihm nicht klar sei, ob zwei neben einander liegende Häuser stets eine wirthschaftliche Einheit bilden oder nicht.

Herr Wolff erwidert, daß zwei neben einander liegende Häuser eine wirthschaftliche Einheit bilden, sobald z. B. ein Fabrikant in denselben ein Geschäft betriebe, oder beide von ihrem Eigenthümer bewohnt würden. Wenn dagegen beide Häuser getrennt bewirthschaftet würden, müßte auch die Berechnung des Stromes getrennt vorgenommen werden.

Herr Födel ersucht um Aufklärung, ob die in verschiedenen Stadttheilen gelegenen Fabriken, oder eine Fabrik und eine von der Fabrik getrennt liegende Privatwohnung desselben Besitzers als eine wirthschaftliche Einheit anzusehen seien.

Herr Wolff muß diese Anfrage verneinen, da räumliche Nachbarschaft eine Vorbedingung der wirthschaftlichen Einheit bilde.

Herr Födel glaubt nunmehr den Begriff „wirthschaftliche Einheit“ dahin verstehen zu sollen, daß die in Frage kommenden Grundstücke an derselben Stromzuleitung liegen müssen; man könne deshalb auch bei dem Besitze der Grundstücke 3 und 5 an einer Straße von wirthschaftlicher Einheit sprechen.

Herr Wolff entgegnet, daß die räumlichen Verhältnisse verschiedene Zuleitungen nöthig machen können und trotzdem eine wirthschaftliche Einheit anzunehmen sei.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage mit der Maßgabe genehmigt, daß ein Zusammenrechnen der Rabattsätze nur stattfinden könne, wenn es sich um ein räumliches Zusammenliegen der Grundstücke und eine wirthschaftliche Einheit handle.

XII. Verlegung einer Oferbrücke.

Nach Ansicht der Parkdeputation empfiehlt es sich, die zwischen den beiden städtischen Badeanstalten hergerichtete hölzerne Oferbrücke abzubrechen und unmittelbar unterhalb der sogenannten Theilung wieder aufzubauen. Dadurch würde einerseits die Belästigung der Badenden durch die sich auf der Brücke jetzt regelmäßig sammelnden Zuschauer beseitigt und andererseits auch für weibliche Personen die Möglichkeit geschaffen werden, jederzeit von der einen Parkhälfte in die andere ohne große Umwege gelangen zu können. Der Magistrat hält diesen Vorschlag für zweckmäßig und ersucht, für den Zweck die anschlagsmäßige Summe von bis zu 2200 M zu verwilligen.

Ebenso bittet der Magistrat, dem ferneren Vorschlage der Parkdeputation zuzustimmen, daß ihr fortan auch der fertiggestellte westliche Theil des Bürgerparkes unterstellt werden möge und der Deputation außerdem den Stadtpark zu unterstellen.

Wie Herr Wagner berichtet, empfiehlt die Finanzcommission, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen. Dem in der Commissionsitzung zum Ausdruck gebrachten Wunsche auf Herrichtung einer eisernen Fahrbrücke an der betreffenden Stelle könne nach der Erklärung vom Magistratsstische z. B. aus finanziellen Gründen noch nicht entsprochen werden.

Die Vorlage wird angenommen.

XIII. Kosten des Ausbaues der Heinrichstraße.

Dem Antrage des Magistrates gemäß werden die Kosten des Ausbaues der Heinrichstraße zwischen der Hagenstraße und der Straße westlich der Bodestraße auf 106,223 M für 1 m Frontlänge festgesetzt,

nachdem Herr Rieke den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

XIV. Aenderung des Projectes wegen Ausbaues der Frankfurterstraße.

Das von der Versammlung genehmigte Project des Ausbaues eines Theiles der Frankfurterstraße soll nach dem Vorschlage des Magistrates aus allgemeinen Verkehrsrücksichten eine Aenderung in der Weise erfahren, daß der Fußweg nicht 4,70 m, sondern nur 4,20 m breit angelegt wird und daß die vorhandenen, der Straße durchaus nicht zur Zierde gereichenden Bäume beseitigt und an deren Stelle neue gepflanzt werden. Dem Antrage des Magistrates, diese Aenderung genehm zu halten, stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Löffigk berichtet, zu.

XV. Abtretung einer Fläche an der Hamburgerstraße.

Die Claus'schen Erben haben mit ihren an der Reierstraße gelegenen Grundstücken irrthümlich eine 30 qm große Fläche verkauft, welche auf den Namen der Stadt im Grundbuche steht, und zwar sind die Genannten zu ihrem Vorgehen durch die irrthümliche Annahme veranlaßt worden, sie seien Eigenthümer der betreffenden Fläche. Zu dieser Annahme sind dieselben dadurch gelangt, daß die beiden angrenzenden, 75 und 42 qm großen Flächen auf ihren Namen im Grundbuche eingetragen sind. Auffallenderweise sind aber die beiden letzteren Flächen der Stadt ebenfalls aufgelassen, so daß sie zwei Mal im Grundbuche stehen, ohne daß sich feststellen läßt, wodurch die erstere Eintragung veranlaßt worden ist. Da die sämtlichen drei Flächen zur Verbreiterung der Straße nicht erforderlich sind, so hält es der Magistrat für der Billigkeit entsprechend, daß die Stadt die 30 qm große Fläche den Claus'schen Erben, bezw. deren Rechtsnachfolgern zu dem mäßigen Einheitspreise von 5 M überläßt und stellt einen entsprechenden Antrag an die Versammlung.

Herr Halle empfiehlt namens der Statutencommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr Rathe möchte festgestellt sehen, daß der für die Fläche geforderte Preis von 5 M pro qm nur deshalb so gering bemessen sei, weil die Eigenthumsverhältnisse nicht recht klar liegen, da die in der betr. Gegend bezahlten Grundstückspreise doch erheblich höher seien.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will dieses gern bestätigen. Die Stadt habe die betreffenden 30 qm f. B. mit der Hamburgerstraße vom Staate aufgelassen bekommen, ohne dieses gewußt zu haben. Es liege deshalb wohl in der Willigkeit, den Claus'schen Erben diese stets in ihrem Besitze gewesene Fläche zu einem niedrigen Preise zu überlassen.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

XVI. Beschaffung von Geldschränken für die Stadtcasse.

In dem Thurme des neuen Stadthauses ist im Anschluß an die Cassenräume ein feuer- und diebesfestes Gewölbe zur Aufbewahrung von Baarbeständen, Werthpapieren und Büchern der Stadthauptcasse eingerichtet, wodurch die z. B. bestehende nächtliche Bewachung der Cassenlocale entbehrlich wird. Um jedoch die Hauptzahlstelle und die Hebestellen in den Stand zu setzen, nicht nur das Wechselgeld zur Nachtzeit und ihre Baarbestände während der Mittagspause, sondern auch die wichtigsten Bücher und Register sicher aufbewahren zu können, empfiehlt der Magistrat, für dieselben je einen feuer- und diebesfesteren Behälter mit einem Gesamtaufwande von 2300 M anzuschaffen. Die Anträge des Magistrates gehen nun dahin, sich damit einverstanden zu erklären, daß im neuen Stadthause eine nächtliche Bewachung der Geschäftsräume der Stadthauptcasse unterbleibe und daß zur Beschaffung von 5 Geldschränken 2300 M verwilligt werden.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Fiedel berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XVII. Verlängerung des Pachtvertrages wegen der Stadtpark-Wirthschaft.

Der Pächter der Wirthschaft im Stadtpark hat gebeten, den mit ihm f. B. abgeschlossenen, am 30. April 1900 ablaufenden Pachtvertrag schon jetzt auf eine längere Zeitdauer zu prolongiren, da ihm nur auf diese Weise die Möglichkeit gewährt werde, Ersatz für die erheblichen Aufwendungen zu erlangen, die er nach Ausführung der Erweiterungsbauten zwecks Vervollständigung des Inventars zu machen genöthigt gewesen sei. Der Pächter ist bereit, die bisherige Pacht von 5538 M im abgerundeten Betrage von 5600 M auch während der Pachtverlängerung

zu zahlen, so daß sich die auf die Wirthschaftsgebäude stadtseitig verwendeten Baukosten zu rund 107500 M mit ungefähr $5\frac{1}{2}\%$ verzinzen würden. Da der Pächter, Restaurateur Ernst Jäger, nach der Ansicht des Magistrates die Wirthschaft gut und nicht zu theuer geführt hat, so wird magistratsseitig empfohlen, den Pachtvertrag bis zum 30. April 1910 zu verlängern, aber der Stadt das Recht der Auflösung des Vertrages auch für den Fall einzuräumen, daß nach dem übereinstimmenden Beschlusse der städtischen Behörden die Wirthschaftsführung des Pächters eine mangelhafte werden sollte.

Nach dem Berichte des Herrn Lord ist die Finanzcommission zu einem etwas abweichenden Beschlusse gekommen. Sie halte auch ihrerseits dafür, daß Herr Jäger ein tüchtiger Wirth sei, jedoch theile sie die Meinung, daß das Aequivalent von 68 M Mehrpacht für eine zehnjährige Verlängerung nicht ausreiche und auch eine Verzinsung von $5\frac{1}{2}\%$ für die Instandsetzung und Amortisation des Gebäudes nicht genüge. Die Commission schlage deshalb gegen eine Stimme vor, den Pachtvertrag mit Herrn Jäger unter den vorgeschlagenen Bedingungen, allerdings nur auf fünf Jahre, zu verlängern, aber von Herrn Jäger eine 6 %ige Verzinsung des Anlagecapitals, d. i. 6450 M für ein Jahr, als Pachtquote zu fordern.

Herr Bues will darauf hinweisen, daß er schon bei der Beschlußfassung über die Erweiterungsbauten im Stadtparke erklärt habe, es entspreche eine Verzinsung von 5 % den wirklichen Bedürfnissen nicht. Heute lägen die Verhältnisse aber auch ganz anders, als zur Zeit der ersten Verpachtung der Wirthschaft, denn durch die Anlegung der Okerbrücke am Theater, sowie der Kaiser-Wilhelmstraße und in neuerer Zeit noch durch die elektrische Bahn habe eine vollständige Verschiebung der Verhältnisse stattgefunden, indem das Verpachtungsobject ein ganz anderes und zwar werthvolleres geworden sei. Wenn er auch zugestehen wolle, daß man in Herrn Jäger einen guten Wirth gefunden habe, so dürfe doch auch nicht an einen Einzelnen ein Geschenk gegeben werden, sondern es erscheine billig, wenn Herrn Jäger gegenüber der den jetzigen Verhältnissen angepasste Pachtpreis festgesetzt würde, und sei er der Ueberzeugung, daß der von der Finanzcommission ermittelte Betrag der niedrigste Satz sei, welcher bei einer Verlängerung des Pachtvertrages gezahlt werden müßte. Wenn Herr Jäger einwende, daß er bei der Vergrößerung des Etablissements erhebliche Mobiliaraufwendungen habe machen müssen, so gehe das jedem Geschäftsinhaber ebenso. Uebrigens liege gar kein Grund vor, so lange vor dem Ablauf der Pachtzeit schon eine Verlängerung des Pachtvertrages vorzunehmen, und könnte man ruhig noch ein Jahr damit warten. Da Herr Jäger ein guter Wirth sei, so könnte man ihn bei der demnächstigen Neuverpachtung ja an erster Stelle berücksichtigen, obwohl es auch noch ebensoviele andere Wirthe gebe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte erläuternd bemerken, daß Herr Jäger hinsichtlich des Pachtpreises gar nichts gesagt habe und nur der Magistrat eine Ver-

zinsung des Anlagecapitals von $5\frac{1}{2}$ % für genügend gehalten habe. Wenn die Versammlung meine, daß dieser Pachtpreis nicht hinreiche, so werde Herr Jäger auch mehr bezahlen.

Herr Kiefe weist auf eine ihm übersandte Zuschrift hin, welche wohl auch anderen Mitgliedern zugegangen sein werde, und bemerkt, daß er den bisherigen Pachtpreis auch nicht für ausreichend erachten könne. Man möge deshalb die Pachtung ausschreiben und könne sich dabei Herr Jäger, gegen den er nichts einzuwenden habe, ebenfalls betheiligen, dann habe sich die Stadtverwaltung nichts vorzuwerfen. Bei dem Kieselgute müsse man zusehen, mit einer niedrigeren Verzinsung auszukommen und könnte man hier, wo sich die Gelegenheit biete, auch etwas mehr heraus schlagen. Da Herr Jäger bisher auf der Höhe gewesen sei, würde er es auch in Zukunft bleiben und den Kaffee auch bei höherem Pachtpreise ebenso gut liefern.

Herr Lange kann sich den Ausführungen der Vorredner nur anschließen. Der Werth des Pachtobjectes sei heute ein ganz anderer, als früher und es erscheine ihm verfrüht, schon jetzt mit der Weiterverpachtung vorzugehen. Wenn man damit noch ein Jahr warte, lasse sich auch viel besser übersehen, welche Vortheile die elektrische Bahn dem Stadtparke bringe. Er sehe auch nicht ein, weshalb man gerade Herrn Jäger, gegen den er sonst nichts einzuwenden habe, in die Wirthschaft wieder hineinsetzen solle, und er theile die Ansicht des Herrn Kiefe, daß man die Verpachtung ausschreiben und den Pächter sich aussuchen müsse. Wenn dann Herr Jäger den städtischen Behörden am besten gefalle, so möge er die Wirthschaft auch unter verhältnißmäßig billigen Bedingungen erhalten. Nach seiner Meinung werde die Stadt dabei am besten fahren und schlage er deshalb vor, die Magistratsvorlage für heute abzulehnen.

Herr Löschigk ist der Ansicht, daß Herr Jäger wohl berechtigt gewesen wäre, für die Zeit des Baues im Stadtparke eine Entschädigung zu fordern. (Widerspruch.) Eine Schädigung des Geschäftes habe während der Bauzeit entschieden vorgelegen, aber Herr Jäger habe nichts gefordert und sei in seinen Ansprüchen überhaupt immer bescheiden gewesen. Wenn nun der Magistrat demselben entgegenkommen wolle, so lasse sich dagegen nichts einwenden. Indem er sich für den Commissionsantrag erkläre, wolle er noch hervorheben, daß im Stadtparke eine Wirthschaft für die hiesigen Bürger geschaffen sei und man nicht wisse, wen man hineinfriege, wenn man einen neuen Wirth nehme, obwohl es ja viele tüchtige Wirthe gebe und auch solche, die es glauben zu sein. Der Vorsitzende des hiesigen Gastwirthsvereins habe ihm gesagt, daß Herr Jäger ein zu guter Wirth für die hiesigen Bürger sei (Heiterkeit), da er zu viel fürs Geld gebe. Im Stadtparke gehen alle Schichten der Bevölkerung zu Gaste und auch solche, welchen es recht sauer werde, Sonntags mit der Familie in eine Wirthschaft zu gehen. Wenn man den Pachtvertrag nicht verlängern wolle, so würde er das

gegenüber den Scherereien, welche Herr Jäger während der Bauzeit gehabt habe, als ein Unrecht ansehen; deshalb bitte er, dem Commissionsantrage zuzustimmen.

Herr Ribbentrop ist der Ansicht, daß die Stadt bei einem Besizthume nicht nach der Rente fragen, sondern zusehen solle, was sie dabei herauschlagen könne. Nach seiner Erfahrung habe die Wirthschaft im Stadtparke einen Pachtwerth von 15—20000 M. (Widerpruch.)

Herr Hauswaldt ist entgegengesetzter Meinung, da der Verpächter stets mit zufrieden sein könne, wenn der Pächter fett werde. Bei dem Ausschreiben einer Wirthschaft bis zum letzten Pfennig komme nie etwas heraus. Dagegen theile er auch die Ansicht, daß mit der Verpachtung noch ein Jahr gewartet werden könne, da ein Zeitraum von $6\frac{1}{2}$ Jahren viel zu lang sei. Für Herrn Jäger haben Alle viel übrig, da man in dessen Wirthschaft gut bedient werde; deshalb sei es auch richtig, wenn Herr Jäger ebenfalls human behandelt und nicht ausgequetscht werde, aber trotzdem meine er, daß die Verlängerung des Pachtvertrages jetzt noch verfrüht sei und das Verhältniß zu einem Pächter desto freundschaftlicher zu sein pflege, je kürzer die Pachtdauer sei. Bei einem längeren Pachtverhältniß binde sich immer nur der Verpächter, niemals aber der Pächter, da dieser nöthigenfalls schon einen Haken finden werde, von der Pachtung loszukommen. Er bitte deshalb, für heute gegen die Vorlage zu stimmen.

Herr Nolte möchte bitten, dem Antrage der Finanzcommission zuzustimmen. Es müsse hierbei noch hervorgehoben werden, daß es nicht nur im Interesse der Bevölkerung, sondern auch im finanziellen Interesse der Stadt liege, wenn ein tüchtiger Wirth die Wirthschaft im Stadtparke hochhalte und daß man diese Garantie bei dem jetzigen Pächter besitze. Die Wirthschaft habe sich von Jahr zu Jahr gehoben, obwohl sie auch unter manchen Unzuträglichkeiten, z. B. dem Ausbau der verlängerten Kaiser-Wilhelmstraße u. dgl., zu leiden habe. Bei Erwägung aller dieser Verhältnisse und bei Berücksichtigung des finanziellen Interesses der Stadt werde man sagen müssen, daß der Vorschlag der Finanzcommission alle berechtigten Bedenken beseitige.

Herr Löschigk will Herrn Ribbentrop erwidern, daß alle derartigen hiesigen Wirthschaften nach der Ansicht Vieler nachgelassen hätten, seitdem das Sternhaus existire. Er wünschte wohl, die Wirthschaft im Stadtparke brächte 50000 M ein, aber er glaube, daß die Zeit noch sehr fern liege, wo sie nur 20000 M aufbringen könne.

Herr Engelbrecht macht darauf aufmerksam, daß eine Vergrößerung der Wirthschaftsgebäude im Stadtparke ohne Rücksicht auf den Wirth im öffentlichen Interesse gelegen habe und es unzweifelhaft sei, daß der Wirth dort noch keine Seide gesponnen habe, weil er gezwungen gewesen sei, sehr bedeutende Anschaffungen zu machen. Wenn nun solchen Verhältnissen gegenüber dem Wirth ein Zeitraum von noch $6\frac{1}{2}$ Jahren gelassen werden solle, um zu seinen Kosten zu kommen, so handle

man nur im Interesse der Stadt, da man nicht wünschen könne, daß einer ihrer Pächter Schaden erleide. Außerdem wolle man berücksichtigen, daß die Stadt mit Herrn Jäger auch Ehre einlegen könne, wenn sie einmal im öffentlichen Interesse die Bewirthung von Gästen auszuführen habe, und daß Herr Jäger auch bei solcher Gelegenheit das Interesse der Stadt wahrzunehmen gewußt habe. Da hiernach also auch ein ideales Interesse der Stadt an der Bewirthschaftung des Stadtparkes vorliege, so müsse man Werth darauf legen, denselben in der bisherigen guten Weise weiter bewirthschaften zu lassen.

Herr Wollenweber kann, auch unter Berücksichtigung der vorgebrachten Gründe, nicht einsehen, weshalb man mit der Verlängerung des Vertrages nicht noch ein Jahr warten wolle. Es lasse sich der Bürgerschaft gegenüber kaum verantworten, den Vertrag schon jetzt auf eine solche Zeitdauer zu verlängern. (Widerspruch.) Wenn auch Herr Jäger demnächst den Vorzug erhalten könne, so empfehle es sich doch nicht, schon jetzt eine Vertragsverlängerung zu beschließen.

Herr Stadtrath Götke kann sich wohl vorstellen, daß Besitzer von Grundstücken die hier vorliegende Frage anders beurtheilen, als sie von der Stadt als Verpächterin beurtheilt werden müsse. Der Besitzer eines Grundstückes mit Restaurationsbetrieb behalte voraussichtlich stets Zeit, die Amortisation etwa gemachter besonderer Aufwendungen vorzunehmen. Hier liege aber der Fall vor, daß der Pächter eines der Stadt gehörenden Grundstückes gezwungen gewesen sei, sehr große Aufwendungen zu machen, die allerdings in seinem Interesse wünschenswerth, aber auch im Interesse der Stadt nicht nur wünschenswerth, sondern sogar nothwendig gewesen seien. Einen solchen Mann müsse man anders behandeln, als der Besitzer eines Privatgrundstückes seine Pächter behandle, denn solchem Manne dürfe man nicht die Möglichkeit abschneiden, die gemachten Aufwendungen nutzbringend zu verwerthen. Deshalb möchte er bitten, den Pachtvertrag mit Herrn Jäger zu möglichst billigen Bedingungen zu verlängern. Wenn man zurückgehe auf die Entwicklung des Stadtparkes, so werde man sich erinnern, daß damals die Idee vorgeschwebt habe, in dem Stadtpark eine gute Restauration zu schaffen und daß man deshalb unter den Bewerbern um die Pachtung lange ausgewählt habe, bis Herr Jäger herausgefunden sei. Daher solle man diesem Manne, der sich bewährt habe, nicht sein Risiko zerstören, um vielleicht 1000 M Miethe mehr herauszuholen; denn zu solchen Speculationen sei der Stadtpark nicht da.

Herr Lange ist mit Herrn Hauswaldt der Meinung, daß man aus der Stadtparkwirthschaft nicht heraus schlagen dürfe, was möglich sei, aber dennoch liege ein Unterschied darin, wieviel Pacht die Stadt erhalte. Wenn man auch nicht gerade 20000 M zu fordern brauche, so würde der Pachtpreis mit 6500 M doch zu niedrig gegriffen sein. Daß Herr Jäger durch den Anbau eine gewisse Benachtheiligung erfahren habe, gebe er zu und wolle er ihm hierfür gern eine Entschädigung zubilligen,

sofern sie sich im Rahmen der Pachtsumme bewege. Er halte es für zweckmäßig, die Sache noch hinauszuschieben und die Vorlage vorläufig abzulehnen. Die Behauptung, daß Herr Jäger ein guter Wirth sei, wolle er nicht anzweifeln, ja, er könne gewissermaßen sogar zugeben, daß derselbe für die Bürger ein zu guter Wirth sei, namentlich, wenn man höre, daß die Leute vom Wilhelmithore hinströmen, um dort billig essen zu können. Es sei begreiflich, daß Herr Jäger bei seiner Wirthschaftsführung keine Seide spinnen könne, wenn man erfahre, daß derselbe ein Rebhuhn mit Salat und Schmorkohl für eine Mark gebe, während ein Rebhuhn allein auf dem Markte 1,25 M koste. Diese Gutmüthigkeit sei zu groß, sei aber allein Herrn Jäger's Sache. Er bitte für heute um Ablehnung der Vorlage.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Bei der Abstimmung wird die Magistratsvorlage in der von der Finanzcommission befürworteten Fassung mit 17 : 16 Stimmen angenommen.

Herr Semler, welcher schon während des Referates des Herrn Vord erschienen war, übernimmt den Vorsitz.

XVIII. Aufhebung einer Theilstrecke der Brunnenstraße.

In Folge Ausbaues der Kaiser-Wilhelmstraße zwischen der Ringstraße und dem Cramer'schen Grundstücke ist die entsprechende Theilstrecke der Brunnenstraße entbehrlich geworden und kann aufgehoben werden; der Magistrat ersucht daher, der Aufhebung zuzustimmen. In Ansehung der letzten Theilstrecke des betr. Interessentenweges bedarf es nach der Ansicht des Magistrates einer formellen Aufhebung nicht, weil dieselbe, abgesehen von einer geringfügigen Theilfläche, mit der neuen Ortsstraße zusammenfällt.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Brückmann berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XIX. Anschaffung eines Walzenstuhles für die Neustadtmühle.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß das in der Neustadtmühle hergestellte, mit Mühlsteinen gemahlene Mehl den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt, beantragt der Magistrat, einen Walzenstuhl zum Mahlen aufzustellen und hierfür 3500 M zu verwilligen,

welchen Antrag Herr Voller namens der Finanzcommission unterstützt.

Herr Lüschtig möchte wissen, ob die Neustadtmühle den Fortschritten der Technik insoweit gefolgt sei, daß sie nach Beschaffung des Walzenstuhles mit anderen Mühlen einigermaßen concurriren könne, oder ob dann noch weitere Forderungen kommen würden.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß weitere Forderungen nicht ausgeschlossen seien, sofern die Anforderungen an die Mühle noch größere würden. Die Mühle habe bis jetzt immer noch einigermaßen florirt und man müsse sie, so lange sie im Besitze der Stadt sich befinde, auch leistungsfähig erhalten.

Herr Koch will seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß die Neustadmühle nicht schon längst einen Walzenstuhl besitze, da man kaum noch eine Mühle kenne, die ohne Walzenstuhl arbeite. Er empfehle deshalb die Genehmigung der Vorlage.

Herr Lange möchte bemerken, daß ein gleicher Antrag vor einigen Jahren in der Deputation abgelehnt worden sei, weil man das Mühlengrundstück für das Elektrizitätswerk eventuell in Aussicht genommen habe. Nachdem dieser Grund jetzt weggefallen sei und er auch Einsicht in die Bücher genommen habe, habe er keine Bedenken mehr, der Vorlage zuzustimmen, zumal da die Mühle sehr gering zu Buche stehe und das Etablissement auf der Höhe der Zeit erhalten werden müsse.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XX. Anschaffung eines Gasfangers.

Auf dem Gaswerke an der Bahnhofstraße muß ein alter, nicht mehr leistungsfähiger Gasfanger durch einen neuen ersetzt werden, um Störungen im Betriebe nach Möglichkeit zu vermeiden. Es wird daher vom Magistrate anheimgegeben, die Anschaffung eines neuen Gasfangers zu genehmigen und die anschlagmäßigen Kosten mit 2150 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Voller berichtet, geschieht.

XXI. Deckung der Kosten eines Gasbehälters.

In der Sitzung vom 28. Januar 1897 — Seite 287 des Berichts — ist die Errichtung eines Gasbehälters auf dem Gaswerke an der Taubenstraße mit einem anschlagmäßigen Kostenaufwande von 158000 M genehmigt und dabei vorgesehen worden, daß eine Vereinbarung wegen der Kostendeckung noch zu erfolgen habe. Der Magistrat ersucht nun, zu beschließen, daß von den Einrichtungskosten zu insgesamt 158730 M aus dem Gewinne des Gaswerkes 40000 M, aus dem Reservefonds 70730 M und aus dem Erneuerungsfonds 48000 M entnommen werden, jedoch mit der Maßgabe, daß letztere Summe dem Erneuerungsfonds von dem Reservefonds demnächst wieder zugeführt werden müsse.

Nach Befürwortung der Vorlage durch die Finanzcommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, wird dieselbe angenommen.

XXII. Hundesteuer-Erlassgesuch.

Dem Gesuche des Milchhändlers Kasten um Befreiung von der Steuer für einen Zieh hund wird auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden stattgegeben, jedoch soll dem Bittsteller eröffnet werden, daß er derartige Gesuche früher anzubringen habe, wenn er nicht wegen Hundesteuer-Contravention belangt werden wolle.

XXIII. Ausbau der Oserstraße.

Zum Zwecke des Ausbaues der östlichen Theilstrecke der Oserstraße ist von der städtischen Bauverwaltung ein auf 93500 M veranschlagtes Project ausgearbeitet worden, das auch eine Verlegung der die Straße „an der Neustadtmühle“ mit der Inselpromenade verbindenden Treppe vorsieht. Von den in der obigen Summe enthaltenen 79000 M Grunderwerbskosten sind indessen nur noch etwa 31000 M aufzuwenden. Der Beitrag der Anlieger würde 361 M für 1 m Frontlänge betragen, jedoch empfiehlt der Magistrat, die früher einzelnen Anliegern zugestandene Ermäßigung des Beitrages auf 260 M auch hier zuzugestehen. Da bei Durchführung des Projectes auch ein Theil des Hattensauer'schen Grundstückes und des darauf stehenden, weit in die Straße vorspringenden Wohnhauses Nr. 3082 angekauft werden muß, so hat der Magistrat mit den Hattensauer'schen Eheleuten einen Kaufvertrag abgeschlossen, nach welchem diese für das ganze Grundstück 66000 M bei Ueberlassung der auf demselben stehenden, zum 1. April 1899 abzureißenden Baulichkeiten erhalten. Indem sich der Magistrat wegen der gleichfalls erforderlichen Umgestaltung der zum Promenadengebiet gehörigen Straße „an der Neustadtmühle“, sowie wegen Verlegung der Treppe und der dadurch bedingten Einziehung eines Theiles des Mühlenhofes weitere Anträge vorbehält, ersucht derselbe, das Project nebst Kosten- und Vertheilungsrechnung zu genehmigen, der Festsetzung der Anliegerbeiträge auf 260 M zuzustimmen und den mit den Hattensauer'schen Eheleuten abgeschlossenen Vertrag gutzuheißen.

Die Finanzcommission läßt die gesammte Vorlage durch Herrn Hauswaldt befürworten und die Versammlung genehmigt dieselbe.

XXIV. Enteignung von Terrain zur Leopoldstraße.

Von dem Rünzel'schen Grundstück an der Leopoldstraße sind 3,1 qm der Straße zuzulegen. Da die Forderung des Herrn Rünzel in Höhe von 80 M pro qm dem Magistrate zu hoch erscheint, so giebt derselbe anheim, sich mit der Einleitung des Enteignungsverfahrens einverstanden zu erklären,

was geschieht, nachdem Herr Löffig den Antrag namens der Baucommission befürwortet hatte.

XXV. Kosten für Herabsetzung eines Einfriedigungssockels.

Der Kunstgärtner, Hoflieferant Schelze, Cellerstraße 68, hat sich bereit erklärt, gegen Zahlung eines Zuschusses von 196,41 M die durch die Tieferlegung der Cellerstraße erforderlich gewordene Herabsetzung des Sockels seiner Einfriedigung, auch soweit nöthig, die Abtragung seines Gartens selbst vorzunehmen. Dem Antrage des Magistrates, auf diesen Vorschlag einzugehen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, zu.

XXVI. Uebertragung von Kosten für die Kieselsteinanlage etc. auf das Jahr 1898/99.

Von den für die Fertigstellung der Kieselsteinanlage und der Wasserpumpstation für 1897/98 zur Verfügung gestellten Restsummen sind 13764,58 M nicht zur Verwendung gelangt, weil verschiedene Arbeiten und Lieferungen beim Jahreschlusse rückständig geblieben waren. Zur nachträglichen Ausführung dieser Arbeiten und Lieferungen würden noch 9400 M erforderlich sein, so daß die Versammlung gebeten wird, von der im Vorjahre ersparten Summe 9400 M auf das laufende Jahr zu übertragen.

Dem Antrage wird nach Befürwortung durch die Finanzcommission, für welche Herr Fiedel berichtet, stattgegeben.

XXVII. Erwerb von Terrain zum Ausbau der Marienstraße.

Da die Anlieger der noch auszubauenden östlichen Theilstrecke der Marienstraße für das von ihnen abzutretende Terrain zu verschiedene und theilweise außerordentlich hohe Preise gefordert, oder eine Forderung verweigert haben, so giebt der Magistrat anheim, sämtliche Flächen zu enteignen, jedoch der Verwaltungsdeputation der Feldmarksinteressentenschaft Altemwie für zwei Grabenflächen zu 80 qm den geforderten Einheitspreis von 5 M zu zahlen. Für das zu der Straße ebenfalls erforderliche Wegeterrain von 31 qm hat die Interessentenschaft auch einen Einheitspreis von 5 M gefordert. Der Magistrat giebt indessen der Hoffnung Ausdruck, daß dieselbe sich noch nachträglich zur unentgeltlichen Abtretung der Wegeterrainfläche an die Stadt verstehen wird, anderenfalls auch diese zu enteignen sein dürfte.

Nachdem die Baucommission diese Anträge durch Herrn Rieke hatte befürworten lassen, werden dieselben von der Versammlung gutgeheißen.

XXVIII. Erweiterung der Kühlanlage des städtischen Schlachthauses.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß die vorhandenen Kühlzellen dem Bedürfnisse nicht genügen, empfiehlt der Magistrat, das Untergeschoß der Kühlhalle und den dazu gehörigen Luftkühlapparatenraum mit den Einrichtungen für Kühlzellen zu versehen, sowie die Kühlmaschinenanlage unter Verwendung von Verrieselungscondensatoren und unter Vornahme der dadurch bedingten Aenderungen an der bestehenden Anlage von der Firma L. A. Riedinger in Augsburg ausführen zu lassen. Ferner ist es nothwendig, daß an der Südseite des Maschinenhauses eine zweite Pumpe Aufstellung finde, daß ein dritter Dampfkessel beschafft und eine Gasleitung für das Maschinen- und Kesselhaus gelegt werde, sowie daß man die Eishebevorrichtung mit einem elektrischen Antriebe versehen lasse. Bei Genehmigung dieser Vorschläge ersucht der Magistrat weiter, die zur Ausführung derselben erforderlichen 132035 M aus dem Vorrathsvermögen und den laufenden Einnahmen des Schlachthauses zu bestreiten.

Wie Herr Lord berichtet, empfiehlt die Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage, nachdem magistratsseitig erklärt worden sei, daß die von der Firma L. A. Riedinger gemachten Anlagen in ihrer Gesamtheit den Erwartungen und Versprechungen vollständig entsprochen haben.

Herr Lange möchte anfragen, ob zu dieser Vergrößerung des Betriebes auch das nöthige Brunnenwasser vorhanden sei.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß nach der Erklärung eines Sachverständigen der Bedarf an Brunnenwasser noch zurückgehen werde, sobald die Verammlung beschließe, daß Verrieselungscondensatoren beschafft werden sollen.

Herr Gehling will den Magistrat bitten, die städtische Bauverwaltung anzuhalten, diese Erweiterungsbauten möglichst zu fördern, damit die neue Einrichtung zum Beginn der warmen Jahreszeit in Gebrauch genommen werden könne.

Herr Löschigk möchte anregen, bei dieser Gelegenheit auch eine Verbesserung des Kesselhausbetriebes in der Weise vorzunehmen, daß das Anschlußgleis bis an das Kesselhaus geführt würde, um dann die Kohlen vom Wagen direct ins Kesselhaus entladen zu können. Es würde dadurch die Beförderung der Kohlen vom Hofe bis in das Kesselhaus mittels Karren wegfallen.

Herr Wolters würde es für zweckmäßig halten, wenn das abfließende reine Kühlwasser gesondert der Ofen direct zugeführt werden könnte, damit dasselbe nicht unnöthig die Rieselfelder belaste. Das Schlachthaus sei wohl noch das einzige größere Etablissement, welches das reine Wasser mit dem Schmutzwasser gemeinschaftlich den Canälen zuführe.

Die Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

XXIX. Erwerb von Terrain zu einer vom Hagenringe nach Osten projectirten Straße.

Der Bauunternehmer Wittneben hat von seinen am Hagenringe gelegenen Grundstücken zwei Flächen von zusammen 206 qm, welche zur Anlegung einer im Ortsbauplane vorgesehenen, vom Hagenringe zwischen Heinrich- und Wabestraße nach Osten abzweigenden Straße bestimmt sind, an die Stadt abgetreten. Der Kaufpreis soll demnächst nach dem Durchschnitt derjenigen Entschädigungen bemessen werden, welche für die sonst zu der fraglichen Straße erforderlichen Flächen stadtsseitig gezahlt werden und soll, ungeachtet sofortiger Auflassung der verkauften beiden Flächen, erst mit den Kosten der projectirten Straße verrechnet werden. Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung des dieierhalb abgeschlossenen Kaufvertrages

stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Schmidt die Vorlage namens der Baucommission befürwortet hatte.

XXX. Klageerhebung gegen Roloff.

Der Maurermeister August Roloff weigert sich, die Straßenkosten für das von ihm erworbene ehemals Wedler'sche Grundstück zu zahlen und begründet diese Weigerung damit, daß ihm im Bietungstermine eröffnet sei, die Straßenkosten würden erst bei der Bebauung des Grundstücks fällig. Da der §. 5 der Verkaufsbedingungen das Gegentheil hiervon besagt, so ersucht der Magistrat um die Ermächtigung, gegen Roloff, falls er seine Weigerung aufrecht erhalten sollte, wegen Erfüllung des Kaufvertrages Klage zu erheben.

Dem Antrage wird auf Empfehlung der Statutencommission, für die Herr Wolff berichtet, stattgegeben.

XXXI. Antrag Koch: Beleuchtung der Charlottenstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistra zu ersuchen, zur besseren Beleuchtung der Charlottenstraße daselbst noch eine Gaslaterne anbringen zu lassen“.

Nachdem der Herr Vorsikende darauf hingewiesen hatte, daß nach der bisherigen Gepflogenheit derartige Separatanträge nur dann gestellt seien, wenn ein Ersuchen an die Deputation erfolglos gewesen sei,

führt Herr Koch zur Begründung des Antrages aus, daß die Charlottenstraße in ihrem westlichen Theile vollständig ungenügend beleuchtet sei, da die beiden vor-

handenen Laternen sich auf der östlichen Seite befänden. Aus diesem Grunde halte er eine Anregung in dieser Sache für erforderlich.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XXXII. Antrag N i e t z e: Oeffnung der Reichsgrenzen für die Vieheinfuhr.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, sich an die betr. Körperschaften im Reiche zu wenden, damit die Grenzen geöffnet und die Einführung fremden Schlachtviehes aus seuchenfreien Bezirken gestattet werde“,

führt Herr N i e t z e etwa Folgendes aus: Es dürfte wohl bekannt sein, daß in Preußen sich eine Anzahl Körperschaften bereits an die maßgebenden Stellen gewandt haben, um durch Einführung gesunden Schlachtviehes die Fleischpreise auf eine normale Höhe herabzudrücken. Wenn man höre, daß seit Monaten nicht ein einziger Krankheitsfall vorgekommen sei, so erscheine es allerdings nicht mehr als recht und billig, die Grenzen für die Vieheinfuhr wieder zu öffnen, damit nicht der schon so sehr geringe Fleischverbrauch in Oberschlesien, dem Culengebirge u. noch mehr eingeschränkt werden müsse.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, zur sofortigen Berathung gestellt.

Herr Blasius hätte gewünscht, daß der Antrag erst commissarisch berathen worden wäre, weil es sich schwer rechtfertigen lasse, lediglich auf Grund von Preßnotizen hier in eine Berathung über eine durchaus nicht einfache Frage zu treten. Dem Vernehmen nach werde von der Reichsregierung eine Enquete über die thatsächlichen Verhältnisse veranstaltet, deren Ergebnis man erst abwarten müsse. Da hier nach die Sache noch nicht reif zur Berathung sei, so müsse er heute gegen den Antrag stimmen.

Auf die Anfrage des Herrn N i e t z e, ob es nicht richtiger sei, wenn der Magistrat sich an das Herzogliche Staatsministerium, statt an den Reichstag wende, erwidert der Herr Vorsitzende, daß dieses dem Magistrate überlassen bleiben könne.

Herr F ü d e l ist der Meinung, daß die Mißstände von der Reichsregierung schon durch Anordnung der Enquete anerkannt worden seien und deshalb rasch gehandelt werden müsse. Andererseits lasse sich nicht leugnen, daß von gesundheitlichem Standpunkte aus noch erhebliche Bedenken gegen die Oeffnung der Grenzen bestehen, deren Prüfung die Reichsregierung vornehmen lasse.

Herr N o t t e würde sich dem Antrage nur anschließen können, wenn derselbe noch den Zusatz erhielte, „sofern nicht gesundheitliche Bedenken entgegenstehen“.

Herr Engelbrecht hat das Gefühl, als ob der Antrag entweder überflüssig wäre, oder die Versammlung über etwas abstimmte, ohne zu wissen, worüber sie abstimmte.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Riefe mit dem Zusatz Nolte mit 21 : 12 Stimmen angenommen,
und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

1898/99.

N^o 6.**B e r i c h t**

über die

**Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 29. December 1898.

**Tagesordnung:**

I. Neubau einer Kirche für die Johannisgemeinde und Abänderung des Ortsbauplanes an der Capellenstraße	Seite 80
II. Nachverwilligung von Kosten für Schränke zc.	" 84
III. Antrag Koch: Beleuchtung der Charlottenstraße	" 85
IV. Anfertigung des Projectes zu einer Trinkwasseranlage	" 85
V. Terrainaustausch am Wendenringe zc., sowie Abänderung einer dort projectirten Straße	" 89
VI. Verbreiterung der Badetwete	" 94
VII. Aufnahme eines Processes	" 94
VIII. Verlegung eines Gasrohrs auf dem Meinhardshofe	" 94
IX. Baulinie für die Gliesmaroderstraße	" 95
X. Beihilfe an den Verein gegen Bettelerei	" 95
XI. Verbreiterung und theilweiser Ausbau einer an der Kreuzstraße projectirten Straße	" 96
XII. Antrag Ebeling: Ausbau der Broitzemer- und der Ringstraße	" 96



Am Magistratsische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Heymann, Meyer und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Bäsecke, Halle, Lord und Semler.

Die Versammlung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet und geleitet.

I. Neubau einer Kirche für die Johanniskirche und Abänderung des Ortsbauplanes an der Capellenstraße.

Auf Veranlassung des Stadtmagistrates hat die städtische Bauverwaltung ein Project zu dem Bau einer Kirche für die Johanniskirche ausgearbeitet, welches, unter örtlicher Zusammenlegung mit der Kirche, die Errichtung zweier Pfarrhäuser, zweier Confirmandensäle und einer Wohnung für den Kirchendiener auf dem Plage an der Ecke der Leonhard- und Capellenstraße in Aussicht nimmt. Die Ausführung dieses Projectes würde einen Kostenaufwand von 385 000 M., nämlich 250 000 M für den Kirchenbau, 91 000 M für die beiden Predigerhäuser, 27 000 M für die Kirchendienerwohnung nebst den Confirmandensälen und 17 000 M für Nebenanlagen erfordern. Dieses Bauproject hat sich einer uneingeschränkten Billigung des Kirchenvorstandes zu St. Johannis zu erfreuen und ist vom Magistrate, wie auch vom Kirchencassen-Collegium genehmigt worden. Durch Ausführung desselben wird die Nothwendigkeit der Erwerbung weiterer Grundflächen zur Errichtung von Pfarrhäusern und sonstigen Baulichkeiten vermieden. Wenn auch der Magistrat mit Rücksicht auf die finanzielle Seite der Sache anfänglich dafür gehalten hat, daß zunächst nur der Bau der Kirche selbst in Angriff zu nehmen und das Gesamtproject im Uebrigen einstweilen nur im Principe festzustellen sei, so will derselbe doch in Würdigung der vom Kirchenvorstande und vom Kirchencassen-Collegium dagegen geltend gemachten gewichtigen Gründe auf seiner Ansicht nicht beharren, vielmehr dem Antrage des Letzteren zustimmen, nach welchem principaliter die Genehmigung und Ausführung der sämtlichen vorhin erwähnten Baulichkeiten unter Bewilligung einer Gesamtkostensumme von 385 000 M., vorbehaltlich des hierzu staatsseitig zu leistenden Zuschusses, beantragt wird.

Der Bauentwurf hat in seiner jetzt vorliegenden Gestalt eine Abänderung des zu Anfang 1898 für das zwischen der Leonhard- und Wörthstraße gelegene Gebiet festgestellten Theilortsbauplanes zur Voraussetzung, indem die in der Umgebung des Kirchenbauplatzes vorgesehenen Straßen für die allgemeinen Verkehrsbedürfnisse entbehrlich erscheinen. Die Aufhebung dieser Straßen, bezw. ihre Ersetzung durch andere Straßenzüge ist daher umsomehr zu empfehlen, als dadurch die unliebsame Verschmälerung des Bauplatzes auf ein bescheidenes Maß zurückgeführt, auch der Aufwand an Straßenbaukosten, sowie der Anliegerbeitrag der

Kirche sich erheblich verringern wird, und als es im Hinblick auf die Möglichkeit einer Aufhebung oder Verlegung des Landgestüts angezeigt erscheint, die das Gestütsgrundstück von dem Kirchenbauplaze aus nach der Wörthstraße zu schräg durchschneidende Straße durch eine andere Querstraße zu ersetzen. Der Magistrat überreicht den hiernach aufgestellten neuen Theilortsbauplan mit der Erklärung, daß derselbe die Zustimmung des Stadtbauamtes gefunden habe. Indem der Magistrat bemerkt, daß er wegen Beschaffung der erforderlichen Baumittel der Versammlung eine besondere Vorlage zugehen lassen werde, beantragt derselbe:

- 1) das vorgelegte Bauproject, soweit erforderlich, zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß zu dessen Ausführung eine Gesamtsumme bis zu 385 000 M aufgewendet werde; eventuell aber wenigstens
- 2) den Entwurf zum Bau der Kirche selbst unter Bewilligung eines Baucredits von 250 000 M zu genehmigen, gleichzeitig aber das Project für Errichtung der sonst vorgesehenen Baulichkeiten im Principe festzustellen;
- 3) die Zustimmung zur Feststellung des vorgelegten Theilortsbauplans zu erteilen.

Die Vorlage ist nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht von der vereinigten Finanz- und Baucommission vorberathen worden und geht deren Ansicht dahin, daß der projectirte Kirchenbau gutzuheißen sei. Nur in Hinsicht auf die für den Bau der beiden Predigerhäuser ausgeworfene Bausumme von 91 000 M hätten sich Bedenken gezeigt, indem man glaube, diese Summe für zu hoch halten zu müssen. Die Commissionen schlagen deshalb vor, den Bau der Kirche in der vorgeschlagenen Weise zu genehmigen, dahingegen den Magistrat aufzufordern, hinsichtlich der Predigerhäuser ein neues und zwar ein billigeres Project vorzulegen. Nach seiner persönlichen Meinung lasse sich schon durch die Ermäßigung der für die Häuser in Aussicht genommenen Grundfläche von 242 bezw. 252 qm erheblich sparen. Im Uebrigen stehe die Commission auf dem Standpunkte, daß es nothwendig sei, die Predigerhäuser auf dem Plaze mit zu errichten, weil sonst auch der Kirchenbau nach dem jetzigen Projecte nicht ausgeführt werden könne.

Herr Oberbürgermeister Voßels möchte im Interesse des kirchlichen Lebens der Johannisgemeinde dringend bitten, wenigstens den Eventualantrag des Magistrates anzunehmen, sofern die Versammlung Bedenken tragen sollte, die Kosten der Gesamtausführung des vorgelegten einheitlichen Bauprojectes heute schon definitiv zu bewilligen. Es erscheine dieses wünschenswerth, weil nur in solchem Falle die unausbleibliche weitere Verzögerung des Kirchenbaues verhütet werde. Die Commissionen hätten in Bezug auf die Ausführung der beiden Pfarrhäuser nicht sowohl den Einheitspreis für die Baukosten bemängelt, als vielmehr

die Größe des für die Pfarrhäuser angeforderten Raumes. In dieser Beziehung eine Einschränkung stattfinden zu lassen, halte er wohl für möglich und würde deshalb nichts dagegen einzuwenden haben, wenn bei Annahme des Eventualantrages die Prüfung des für die Pfarrgebäude in Anspruch zu nehmenden Raumes ausdrücklich vorbehalten würde. Dagegen halte er nach Rücksprache mit dem Stadtbaurath Winter es nicht wohl für möglich, daß die Pfarrhäuser unter einem Dache, oder in wesentlich veränderter Lage auf dem Platze würden errichtet werden können, und zwar aus dem Grunde nicht, weil die projectmäßige Stellung der Kirche eben nur dadurch motivirt werde, daß mit ihr im Zusammenhange auch die Pfarrgebäude errichtet würden. Sofern man die Möglichkeit ins Auge fassen wollte, die Pfarrgebäude an anderer Stelle zu errichten — denn zu ihrer Errichtung habe sich die Stadt verpflichtet — so würde dieses zur Folge haben, daß die Kirche auf dem Platze isolirt und in ganz anderer als der jetzt projectirten Stellung errichtet werden müßte, und demnach ein neues Project auszuarbeiten sei. Die hier vorgeschlagene Gruppierung der Gebäude sei eine recht hübsche und empfehle sich auch aus finanziellen Gründen, weil bei derselben nicht noch besondere Bauplätze für die Pfarrhäuser zu erwerben seien. Die Commissionen bitte er, sich noch dahin zu äußern, ob der Commissionsantrag so zu verstehen sei, daß man im Principe die Zusammenlegung der Bauten auf dem Platze als richtig anerkennen wolle.

Herr Engelbrecht erwidert, daß er den Commissionsantrag in diesem Sinne aufgefaßt habe. Die Commissionen erkennen die Ersparniß, welche darin liege, daß keine neuen Bauplätze für die Pfarrhäuser anzukaufen seien, als eine sehr bedeutende an, sie wünschen nur billigere Kostenanschläge für die Bauten selbst zu haben. Es lasse sich dieses vielleicht auch durch eine Zusammenziehung der beiden Häuser, sowie durch die Legung der Kirchendienerwohnung über den einen Confirmandensaal und dergleichen wohl erreichen. Der Eventualantrag des Magistrates könnte also bestehen bleiben.

Herr Lange hätte wohl erwartet, daß für den Kirchenbau selbst eine etwas niedrigere Summe als 250 000 M. gefordert wäre, weil man in der vorigen Vorlage nur die gleiche Summe für die Kirche und die Confirmandensäle zusammen beansprucht habe. Das jetzt vorliegende Project sei baulich zweifellos ein sehr schönes zu nennen, wenn er es aber von der finanziellen Seite betrachte, so könne er sich nicht entschließen, demselben zuzustimmen. Dem Bau der Kirche selbst, der im Principe schon genehmigt sei, stimme er gern zu, aber dem Bau der Predigerhäuser müsse er seine Stimme versagen, da er denselben nicht für nöthig halte und meine, daß man bei den jetzigen finanziellen Verhältnissen der Stadt Alles vermeiden müsse, was nicht unbedingt nothwendig sei. Eine Verpflichtung der Stadt zum Bau der Häuser sei ihm nicht bekannt, er müsse deshalb auch seine Zustimmung zu dem Bau versagen, so lange ihm jene Verpflichtung nicht nachgewiesen

werde; liege eine solche vor, dann brauche über den Punkt nicht weiter verhandelt zu werden. Da man außerdem gar nicht wisse, welchen Maßstab man für die Häuser annehmen solle, indem sich die Größe der Häuser nach der Größe der Familie der betreffenden Prediger richten müsse, so glaube er, daß Letztere sich besser stehen, wenn man ihnen ausreichende Miethsentschädigungen zubillige, als wenn man ihnen Pfarrhäuser baue, dann könne sich jeder Prediger einrichten, wie er wolle und brauche unter Umständen sein Haus nicht mit Möbeln auszufüllen, ohne dieselben verwerthen zu können. Außerdem unterstütze man bei diesem Vorgehen auch die Bürger, welche in der betreffenden Gegend Wohnhäuser errichtet haben. Dazu komme noch, daß sich der Fall bei der St. Pauligemeinde wiederholen und natürlich auch von anderen, noch zu bildenden neuen Gemeinden, z. B. von einer dem Vernehmen nach im Westen der Stadt bereits in Aussicht genommenen, von der Petri- und der Martinigemeinde sich abzweigenden neuen Kirchengemeinde mit Recht dieselbe Forderung gestellt werden würde. Aus allen diesen Gründen möchte er beantragen, den Kirchenbau in der projectirten Weise zu genehmigen, aber von dem Bau der Predigerhäuser abzusehen und den Predigern eine gut bemessene Miethsentschädigung zu bewilligen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will zu diesen Ausführungen bemerken, daß die politische Stadtgemeinde gegenüber der Kirchenregierung allerdings die Verpflichtung zur Errichtung zweier Pfarrämter für die Johannisgemeinde übernommen habe und dieses in der Höchsten Verordnung vom 10 August 1894 zum Ausdruck gebracht sei. Wenn Herr Lange nun meine, man könnte jetzt auch mit Miethsentschädigungen auskommen, so müsse er das bestreiten, da die Stadt sich zum Bau der Pfarrhäuser verpflichtet habe und darauf verklagt werden könne. Man dürfe es auch auf eine Beschwerde des Kirchencassen-Collegiums um so weniger ankommen lassen, als die Abmachungen mit der Staatsregierung unter der Voraussetzung getroffen seien, daß der Stadt eine wesentliche Staatsbeihilfe gewährt werden würde. In wie hohem Maße eine staatliche Subvention erfolgen werde, könne er nicht mittheilen, wohl aber wolle er daran erinnern, daß der Staat für die Erfüllung der stadtseitigen freiwilligen Uebernahmeverpflichtung eine Summe von 200 000 M zurückgestellt habe.

Auf die Frage des Herrn Vorsitzenden, weshalb mit der Errichtung von Pfarrämtern auch die Errichtung von Gebäuden für die Pfarrer nothwendig verbunden sein müsse,

erwidert Herr Oberbürgermeister Pockels, daß er im Augenblicke nicht im Stande sei, diese Frage zu beantworten, da ihm die betreffende Urkunde nicht zur Hand sei.

Herr Löschigt muß sich gegen den Bau der Pfarrhäuser in der hier projectirten Gestalt erklären. Vielleicht lassen sich auch die beiden Häuser unter ein

Dach bringen, bezw. zu einem Gebäude vereinigen. Da die Verzinsung und Amortisation des Anlagecapitals durch die Kirchensteuer aufgebracht werde, hierzu aber auch viele kleinen Leute beisteuern müssen, so empfehle es sich, bei dem Bau der Pfarrhäuser möglichste Sparsamkeit walten zu lassen, ohne das Ganze zu schädigen. Er empfehle deshalb die Annahme des Commissionsvorschlages.

Herr Blasius erklärt sich für das Kirchenproject und gegen die Ueberweisung von Miethswohnungen an die Prediger, selbst wenn die Stadt nicht gesetzlich verpflichtet sei zur Errichtung von Pfarrhäusern. Es erscheine ihm richtiger, dem Pfarrer ein eigenes Dienstwohngebäude zu überweisen, wenn dieses auch etwas theuer zu stehen komme, als ein Miethswohnung; auch vermöge er die zu bebauende Fläche nicht für zu groß zu halten. Aus diesem Grunde würde er unbedingt für die Magistratsvorlage stimmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann nunmehr mittheilen, daß der schon vorhin angezogene Höchste Erlaß an der betr. Stelle folgenden Wortlaut habe:

„... Nachdem insbesondere von der Stadt Braunschweig durch urkundliche Erklärung der Bau und eine ausreichende Ausstattung (Dotirung) zwei neuer Kirchen, sowie auch zwei neuer Pfarrämter bei der einen jener beiden Kirchen auf Kosten der Stadt zugesichert worden ist,

Hiernach liege unzweifelhaft ein Verpflichtung zum Bau von Pfarrhäusern vor.

Nach weiterer kurzer Besprechung wird zur Abstimmung geschritten und der Eventualantrag des Magistrates, sowie die Abänderung des Theilortsbauplanes mit der Maßgabe genehmigt, daß unter örtlicher Zusammenlegung mit der Kirche die Pfarrhäuser, Confirmandensäle 2c. auf dem Plage mit errichtet werden, der Magistrat indessen ersucht werde, hierüber ein neues, möglichst verbilligtes Project vorzulegen.

II. Nachverwilligung von Kosten für Schränke 2c.

Die Kosten der für das städtische Museum auf Beschluß der Versammlung beschafften Schränke 2c. belaufen sich auf 1586,31 M., während dieselben auf nur 1353,70 M. veranschlagt und in dieser Höhe bewilligt waren. Der Magistrat ersucht, die entstandene Mehrausgabe nachzuverwilligen.

Wie Herr Wolters berichtet, hält die Finanzcommission die an den Schränken gegen den Voranschlag vorgenommenen Aenderungen und Verbesserungen für sehr zweckmäßig und giebt die Bewilligung des Mehrbetrages anheim. Gleichzeitig ersuche indessen die Commission, eine Ueberschreitung der ursprünglichen Anschläge nach Möglichkeit zu vermeiden und dieselben so genau zu machen, daß Nachbewilligungen vermieden würden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte dazu erwähnen, daß das Vorgehen der städtischen Bauverwaltung insofern sich entschuldigen lasse, als die Schränke in großer Eile hätten in Auftrag gegeben werden müssen, um zu der Anthropologen-Versammlung fertig zu sein.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

III. Antrag Koch: Beleuchtung der Charlottenstraße.

Die Finanzcommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Födel, den in der Sitzung vom 10. November 1898 gestellten Antrag — Seite 76 des Berichtes — dem Magistrate für den nächstjährigen Etat zur Berücksichtigung zu überweisen. Für den Augenblick erscheine eine bessere Beleuchtung der Charlottenstraße nicht mehr so nothwendig, weil inzwischen dort eine Wandlaterne in eine Candelaberlaterne umgewandelt und auch Gasglühlicht eingeführt worden sei.

Der Commissionsantrag gelangt zur Annahme.

IV. Anfertigung des Project's zu einer Trinkwasseranlage.

In Gemäßheit des Beschlusses der Versammlung vom 10. März 1898 — Seite 212 des Berichtes — ist durch den Baurath Thiem aus Leipzig in der Nähe des Domsees eine größere einheitliche Brunnenanlage hergerichtet und in Bezug auf ihre Ergiebigkeit vom 22. Juni bis 13. August 1898 beansprucht worden. Die Resultate dieses Versuchs und die dabei gemachten hydrologischen Beobachtungen sind in einem Gutachten des Herrn Thiem vom 26. October 1898 geschildert worden, dessen Schlußfolgerung folgendermaßen lautet:

„Die für die nächste absehbare Zukunft zur Versorgung der Stadt nöthige Wassermenge von 16 000 cbm ist in demonstrativer Art nachgewiesen. Nur in den seltensten Fällen und bei Nachweis der Bedarfsmengen kleiner Städte ist es möglich, die ganze geforderte Menge in sichtbar fließender Form zu zeigen; in den häufigsten Fällen müssen 10 bis 30 pCt. von ihr genügen, auf inductiver Grundlage den ganzen Bedarf nachzuweisen. Im vorliegenden Falle sind also die Beweismittel sehr kräftig und die Sicherheit des dauernden Bezuges ist eine unbedingte.

Die Anlagen für den Uebergang von der Flußwasser- zur Grundwasser-versorgung sollen deshalb für 16 000 cbm entworfen und ausgeführt werden. In welcher constructiven Form dieses geschehen soll, müssen besondere Untersuchungen lehren. Zunächst ist eine Anzahl von Ausführungsvarianten technisch und wirtschaftlich in den Grundzügen zu beleuchten und auszuwerthen, und die günstigste von ihnen ist der besonderen Bearbeitung zu unterziehen. Da mit Sicherheit das ge-

förderte Wasser eisenhaltig werden wird, ist das Werk mit einer Enteisungsanlage auszurüsten.

Ich erlaube mir den Antrag: diesen Vorschlägen die Zustimmung zu ertheilen."

Dieses Gutachten hat die Quellwasser-Deputation in ihrer Ansicht, daß die Herrichtung einer Trinkwasser-Anlage in fraglicher Gegend durchaus zweckmäßig erscheine, nur bestärken können, und sie hat daher empfohlen, nunmehr durch den Baurath Thiem ein Project wegen Versorgung der hiesigen Stadt mit Trinkwasser aus der gedachten Gegend schleunigst ausarbeiten zu lassen.

Der Magistrat bemerkt hierzu, er habe schon früher darauf hingewiesen, daß eine unbedingte Gewähr für die dauernde Gewinnung einer für die hiesige Stadt ausreichenden Menge guten Gebrauchswassers, sei es am Domesee oder an einer Stelle in der Umgegend, weder durch praktische Versuche noch durch Gutachten von Autoritäten zu schaffen sei; aber er pflichte der Deputation darin unbedingt bei, daß die Resultate der am Domesee wiederholt vorgenommenen praktischen Versuche in Verbindung mit dem vom Baurath Thiem jetzt erstatteten Gutachten die Annahme rechtfertigen, daß das im fraglichen Gelände erschlossene sehr gute Wasser für die hiesige Stadt auf eine lange Reihe von Jahren ausreichen werde. Für die Ausarbeitung des Projectes durch den Baurath Thiem spreche der Umstand, daß dieser nicht nur als Autorität auf hydrologischem Gebiete bekannt sei, sondern daß ihm auch eine reiche Erfahrung in Bezug auf praktische Ausführung von Wasserfassungen und Wasserversorgungsanlagen zu Gebote stehe. Es wurde deshalb auch diesem Vorschlage der Deputation zugestimmt. Die Vergütung, welche Baurath Thiem für Ausarbeitung des Projectes beanspruche, und die sich nach der Höhe des Kostenanschlages richte, sei in dem Vertragsentwurfe vom 23. Februar 1897 §§. 8 bis 12 genau berechnet worden. Die Deputation halte die Entschädigung für angemessen. Dabei will der Magistrat darauf hinweisen, daß der Baurath Thiem bereits im Schreiben vom 21. Februar d. J. beantragt hätte, den fraglichen Vertrag in seinem ganzen Umfange zu vollziehen, weil er, um die schnelle Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten zu ermöglichen, eine große Zahl von Ingenieuren in Reserve halten müsse. Der Magistrat sei auf dieses Ersuchen s. B. nicht eingegangen, weil er es für angemessen hielt, zunächst das Resultat der weiteren Versuche abzuwarten. Er habe sich aber dem Baurath Thiem gegenüber verpflichtet, der Versammlung für den Fall, daß das Resultat des jetzt beendeten Versuchs günstig ausfallen sollte, den Abschluß des ganzen Vertrages zu empfehlen. Indem er dieser Verpflichtung nachkomme, wolle er darauf hinweisen, daß sich, wie der Entwurf ergebe, die städtischen Behörden auch durch Uebertragung des jetzt in Rede stehenden Auftrages an Baurath Thiem und bezw. durch Vollziehung des ganzen Vertrages in Bezug auf die Ausführung des Projectes selbst nicht binden würden;

vielmehr beanspruche der genannte Sachverständige laut §. 14 des Vertragssentwurfs event. nur eine Abstandssumme in Höhe von $\frac{6}{10}$ des Projectirungshonorars für den Fall, daß die Stadt die Ausführung des Projectes selbst einer anderen Person sollte übertragen wollen. Dazu dürfte jedoch nach Ansicht der Quellwasser-Deputation ein genügender Grund um so weniger vorliegen, als der Baurath Mitgau gebeten habe, ihm die fraglichen Arbeiten nicht zu übertragen und daß in dem Entwurfe (Satz 13) geforderte Ausführungshonorar (der doppelte Betrag des Projectirungshonorars) für nicht zu hoch erachtet werde. Die Kosten des Projectes selbst habe die Deputation zu etwa 700 000 M. geschätzt.

Hierbei wird magistratsseitig noch bemerkt, daß die der Deputation für den letzten praktischen Versuch zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 42 000 M. zur Deckung der Kosten nicht gereicht haben, indem sich eine Ueberschreitung von rund 6300 M. herausstellen werde. Unter sachlicher Begründung dieser Mehraufwendung giebt der Magistrat der Hoffnung Ausdruck, daß die Versammlung zur Nachverwilligung des sich schließlich ergebenden Fehlbetrages bereit sein werde.

Auf Grund der vorstehenden Ausführungen wird die Versammlung ersucht, zu genehmigen, daß der Baurath Thiem zu Leipzig beauftragt werde, das obengedachte Project nebst einem Kostenanschlage auszuarbeiten, und daß nunmehr der Vertragssentwurf vom 23. Februar 1897 in seinem ganzen Umfange vollzogen werde.

Die Finanzcommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Födel diesem Antrage an und empfiehlt dessen Genehmigung. Nach dem Gutachten des Professors Dr. med. Blasius und des Professors Dr. ph. Beckurts sei das gefundene Wasser als ein sehr gutes und gesundes Trink- und Brauchwasser zu bezeichnen.

Herr Schmidt will die Genehmigung der Magistratsvorlage gleichfalls empfehlen, jedoch anheimgen, bei Aufstellung des Kostenanschlages recht sorgfältig zu Werke zu gehen, damit man nicht wieder vor einer Ueberraschung stehe, wie bei den Kosten für die Vorarbeiten. Es sei ihm schwer verständlich, wie die Deputation in solcher Weise habe selbstständig vorgehen können, ohne sich mit der Versammlung wegen Bewilligung weiterer Mittel in Verbindung zu setzen. Wenn es auch schwer sei, genau vorher zu sagen, welche Kosten solche Vorarbeiten verursachen würden, so hätte sich doch andererseits eine Nachverwilligung der zu erwartenden Mehrkosten leicht ermöglichen lassen.

Herr Kieke kann es nur mit Freude begrüßen, daß die Stadt Braunschweig statt des schlechten Osterwassers ein gesundes Quellwasser erhalten werde, das man am Domesee in großer Menge und in ausgezeichnete Qualität finde. Es erscheine ihm indessen nothwendig, darauf hinzuweisen, daß die Pumpversuche

in einer Zeit ausgeführt seien, während welcher sehr viele Feuchtigkeit in der Erde gewesen sei und man damit aufgehört habe, als es nicht mehr regnete; deshalb erscheine ihm die Vorsicht geboten, noch einmal 8—14 Tage in der trockensten Jahreszeit Pumpversuche vorzunehmen, um ganz sicher zu gehen. Man habe dabei zu berücksichtigen, daß in der trockenen Zeit des letzten Jahres die Anwohner des Bültenweges über Wassermangel in ihren Brunnen klagten und auch das sogenannte schwimmende Moor am Domesee sich gesenkt hätte, sowie verschiedene Quellen daselbst vollständig versiegt seien. Wenn später das am Domesee gewonnene Wasser für die Stadt nicht ausreichen sollte, so könne man allerdings immer noch eine oder mehrere Quellen bei Mascherode zu Hülfe nehmen, aber besser wäre es immer, wenn man am Domesee genügende Mengen guten Wassers fände.

Herr Jüdel möchte zunächst auf die Ausführungen des Herrn Schmidt erwidern, daß sich die Mehrausgaben, welche ordnungsmäßig begründet seien, nicht hätten vorhersehen lassen und daß auch die Deputation eine Beschlußfassung der Versammlung über die Nachverwilligung rechtzeitig nicht hätte herbeiführen können, weil die Versammlung damals gerade in den Ferien gewesen wäre. Zu den Ausführungen des Herrn Kieße habe er zu bemerken, daß nach der Ansicht des Bau- raths Thiem der Einfluß der Niederschläge auf das Grundwasser erst nach sehr langer Zeit sich bemerkbar mache und daß z. B. eine Trockenheit von Wochen auf die Menge des Grundwassers nur einen sehr geringen, oder gar keinen Einfluß ausübe. Die Beobachtung des Wasserspiegels sei übrigens an 114 verschiedenen Orten vorgenommen.

Herr Böschigt möchte wissen, welche laufenden Kosten die Enteisungsanlage voraussichtlich verursachen werde. Nach seiner Kenntniß sollen dieselben sehr hoch sein. Ferner ersuche er um Auskunft, ob die Deputation bei der späteren Ausführung des Projectes nur eine beratende, oder eine definitiv beschließende Stimme haben werde.

Herr Bürgermeister Netemeyer will darauf erwidern, daß sich die Kosten des Betriebes der Enteisungsanlage noch nicht angeben lassen, weil das Project dazu nicht vorliege, sondern der Baurath Thiem dieses erst mit auszuarbeiten habe. Sobald das Project fertiggestellt sei, würde es der Versammlung vorgelegt werden. Die Deputation würde mit der Ausführung des Projectes nur dann zu thun haben, wenn die städtischen Behörden solches beschließen sollten.

Herr Schmidt kann mittheilen, daß der Betrieb einer Enteisungsanlage fast gar keine Kosten verursache.

Herr Blasius möchte bitten, die Vorlage anzunehmen. Mit der Annahme derselben fasse die Versammlung im Interesse der Hebung der städtischen Gesundheitsverhältnisse einen ebenso wichtigen Beschluß wie s. B. bei der

Genehmigung der Canalisation. Die Enteisungsanlage könnte ihn wohl stutzig machen, da die dabei erforderliche Hebung des Wassers immerhin nicht unerhebliche Kosten verursache, wenn er nicht wüßte, daß ein vortreffliches, vorläufig noch gar nicht eisenhaltiges Wasser gefunden würde. Man brauche sich deshalb hieran nicht zu stoßen und werde diese Kosten, wenn nöthig, schließlich auch noch tragen können.

Herr Wolters ist der Ansicht, daß man sich dem vorliegenden Projecte gern anschließen könne, da nach menschlichem Ermessen ein ausreichendes Quantum von gutem Wasser gefördert werden würde. Der Gehalt des Wassers an Eisen erzeuge an sich keine Bedenken, sondern es handle sich dabei nur um eine Kostenfrage und seien diese Kosten allerdings hinsichtlich der Anlage und des Betriebes sehr bedeutend. Man habe dabei Bedacht zu nehmen auf eine Zuführung von Luft in das Wasser und auf eine Entfernung der suspendirten Stoffe durch Filter. Die Befürchtung, daß auch Spuren von Ammoniak, salpetriger Säure und sonstigen gefährlichen Stoffen in dem Wasser vorhanden sein könnten, scheine sich glücklicherweise nicht zu bestätigen, so daß die Qualität desselben als vortrefflich zu bezeichnen sei. Es erscheine ihm indessen wichtig, zu erfahren, ob bei der eventuellen Beauftragung des Vauraths Thiem auch eine Bindung an dessen System beschloffen werde, oder ob sich die Stadt bezüglich des einzuschlagenden Verfahrens freie Hand behalte. (Zustimmung). Er empfehle jedenfalls, sich die Möglichkeit der Wahl eines anderen Systems offen zu halten, da sich in anderen Städten, z. B. auch in Wolfenbüttel, ein anderes System sehr bewährt habe.

Herr Kieke will noch hervorheben, daß er der baldigen Ausführung einer Trinkwasseranlage sehr sympathisch gegenüberstehe, aber doch geglaubt habe, darauf hinweisen zu müssen, daß möglicherweise in wasserarmen Zeiten ein Versiegen der Quellen eintreten könne, wie man das erst jetzt im Harze massenhaft beobachtet habe.

Nachdem Herr F ü d e l noch das Gutachten des Professors Bedurts über die Qualität des gewonnenen Wassers verlesen hatte, wird zur Abstimmung geschritten

und die Magistratsvorlage angenommen.

V. Terrainaustausch am Wendenringe u., sowie Abänderung einer dort projectirten Straße.

Die Firma Bannow und Schmincke hat gebeten, ihr einen Theil des städtischen Grundstücks der ehemaligen Rathsbleiche auf der Wendenmach zu überlassen und sich erboten, der Stadt tauschweise eine Theilfläche des der genannten Firma gehörigen Grundstücks an der verlängerten Bammelsburgerstraße zu überweisen. Da

dieser Tausch die Schaffung eines preiswerthen und geeigneten Schulhausbauplatzes ermöglichen würde, so ist der Magistrat auf denselben eingegangen. Gleichzeitig hat derselbe auch mit den Büttnerischen Eheleuten, dem Rentner Schacht und der Verwaltungsdeputation der Feldmarktsinteressentenschaft Hagen wegen Austausches, bezw. wegen Zusammenlegung und Veräußerung von verschiedenen Flächen an der Südseite des Wendenringes eine Vereinbarung getroffen, welche die Schaffung verschiedener Bauplätze von angemessener Größe zur Folge hat, während die getrennten Flächen nicht angemessen verwerthet werden können. Auf Grund des mit dem Rentner Schacht abgeschlossenen Vertrages erhält derselbe verschiedene Bauplätze am Wendenringe zu dem niedrigen Preise von 6 M pro qm. Dieser Preis läßt sich dadurch rechtfertigen, daß die Stadt das Terrain selbst sehr billig gekauft hat und von einer Verständigung mit Herrn Schacht auch die übrigen Tauschgeschäfte abhängen.

Endlich erscheint noch eine Abänderung der im Ortsbauplane vorgesehenen Verbindungsstraße zwischen der verlängerten Wendenmaischstraße und der verlängerten Bammelsburgerstraße nothwendig und zwar in der Richtung, daß unter Anordnung von 2 m breiten Vorgärten die Straßenlinie um ein Geringes verlegt wird. Die Versammlung wird ersucht, diese Aenderung des Ortsbauplanes und den vorhin erwähnten Vertrag zu genehmigen.

Nach dem Berichte des Herrn Schmidt empfiehlt die Baucommission, der Vorlage zuzustimmen. Ob sich der Platz für die Errichtung einer Schule eignen werde, stehe dahin, weil man noch nicht wisse, von welchen Straßen die Kinder zu der Schule geschickt werden würden. Nach der Ansicht des Schuldirectors Schaarschmidt solle der Platz für diesen Zweck durchaus geeignet sein. Uebrigens mache die Stadt seiner persönlichen Meinung nach ein recht schlechtes Geschäft bei dieser Sache, indem sie für das werthvolle Terrain an einer guten Straße nur 6 M Entschädigung erhalte und für minderwerthiges Hinterland denselben Preis bezahlen müsse. Da er glaube, daß das städtische Terrain mindestens 3 M mehr werth sei und die Stadt ca. 2620 qm Terrain mehr abgebe, als erhalte, so entstehe ein Verlust von rund 7800 M für die Stadt. Seitens der Commission werde aber gegen den Austausch nicht Stellung genommen.

Herr Bürgermeister Netemeyer möchte dem gegenüber behaupten, die Stadt mache, vom finanziellen Standpunkte aus betrachtet, ein gutes Geschäft bei dieser Sache. Die Plätze haben nämlich für die Stadt nur 76 M pro qm gekostet, während sie 6 M wieder erhalte. Es wäre allerdings auch im Sinne des Magistrates gewesen, ein noch besseres Geschäft mit den Bauflächen zu machen, aber die dieserhalb unternommenen Versuche seien nicht gelungen.

Nachdem Herr Schacht sich geweigert habe, der Stadt eine Fläche an der Westseite der projectirten Straße zu überlassen, um das dort liegende städtische Terrain zu Bauplätzen geeignet zu machen, habe der Magistrat vor der Frage gestanden, ob die Sache noch weiter getrieben werden, oder liegen bleiben solle, und habe es der Magistrat für richtiger gehalten, auf das Angebot der Anlieger einzugehen, selbst auf die Gefahr hin, daß Herr Schacht ein gutes Geschäft dabei mache. Der Einheitspreis von 6 *M* sei allerdings mäßig und hätte man können vielleicht 2 *M* mehr erhalten. Es müsse aber anerkannt werden, daß die Eigenthumsverhältnisse dort sehr complicirter Natur seien und daß für alle Zukunft ein Austausch von Grundflächen unmöglich gemacht wäre, sobald ein Anlieger dort ein Haus errichtet hätte. Wenn man ferner bedenke, daß Herr Schacht sich verpflichtet habe, die Straßenkosten für den Wenderring binnen drei Jahren zu bezahlen, so werde man finden, daß hierdurch ein wesentlicher Zinsverlust für die Stadt aufhören werde. Dazu komme noch, daß die Bauplätze am Wenderringe lange genug brach gelegen haben und wenn jetzt durch die Genehmigung der Vorlage das Bauen in jener Gegend gefördert werde, so fördere man dadurch auch das Interesse der Stadt, indem die Unterhaltungslast derselben immer größer werde, während in der Nähe der Stadt die Straßen unbebaut liegen bleiben. Bei Berücksichtigung aller dieser Gründe und des Umstandes, daß es endlich gelungen sei, die theilhaftigen Anlieger unter einen Hut zu bringen, empfehle es sich doch wohl, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Blasius muß seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß man beabsichtige, in dieses Ueberschwemmungsterrain der Oster eine Schule zu bauen. Da gutes hochgelegenes Terrain genug vorhanden sei, könne er nicht begreifen, wie man an diese Stelle eine Schule setzen wolle, zumal man bei der Schule an der Heinrichstraße schon genug Scherereien wegen ihrer tiefen Lage gehabt habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß diese Erwägung bei dem vorliegenden Projecte nicht maßgebend gewesen sei und darüber erst noch mit Zustimmung der Versammlung befunden werden müßte. Der Magistrat habe beim Schulvorstande nur angefragt, ob dieser Bauplatz hinsichtlich seiner örtlichen Lage als geeignet für eine Schule angesehen werde, welche Frage bejaht worden sei.

Herr Engelbrecht kann nur mit Freude anerkennen, daß in diese Verhältnisse Ordnung gebracht sei. Die Vortheile seien für Herrn Schacht auch nicht so bedeutend, wie man vielleicht annehme, weil die Böschung des Wenderringes eine erhebliche Höhe habe und durch die Aufschüttung der Plätze Ausgaben entstünden. Da nun außerdem die Straßenkosten innerhalb drei Jahren eintommen

würden, so habe die Mehrheit der Commission geglaubt, das Terrain zu dem Preise ruhig weggeben zu sollen, weil sonst auch an einen Ausbau der Straße so leicht nicht zu denken sein werde.

Herr Ebeling kann sich nicht damit einverstanden erklären, den Austausch mit der Firma Bannow & Schmincke vorzunehmen, um Platz für ein Schulgrundstück zu schaffen, da es ihm nicht angemessen erscheine, Vorderland gegen Hinterland auszutauschen. Er bitte deshalb, die Vereinbarung nur insoweit anzunehmen, als sie den Rentner Schacht betreffe und die übrigen Punkte derselben abzulehnen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß das nicht angängig sei, weil dann der ganze Vertrag falle. Die Sache mit der Schule sei auch wohl etwas schlimmer dargestellt, als sie in Wirklichkeit liege, da die städtische Bauverwaltung nur erklärt habe, der Baugrund sei nicht so gut, wie anderwärts, aber doch noch vollständig brauchbar. Von einer Errichtung der Schule im Ueberschwemmungsgebiete könne überhaupt nicht die Rede sein, da die Straße erst noch aufgefüllt werden müsse und dann ebenso hoch liege, wie der Wendenring. Nach einer während des letzten Hochwassers vorgenommenen Feststellung der städtischen Bauverwaltung würde das Hochwasser bis an die Betonsohle gereicht haben, wenn das Schulgebäude schon auf dem Plage gestanden hätte, so daß dieses als so sehr ungünstig gar nicht anzusehen wäre. Der Bauplatz würde jedenfalls, auch wenn mehr Fundamentirungskosten entstanden, so billig werden, wie ihn die Stadt noch nicht gehabt hätte.

Herr Sander ist der Ansicht, daß mit dem Rentner Schacht nach dem vorliegenden Plane gar nichts ausgetauscht werde. Jedenfalls mache die Stadt bei einem Einheitspreise von 6 M. Herrn Schacht ein ganz bedeutendes Geschenk, ohne demselben irgendwie verpflichtet zu sein.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf entgegnen, daß die Stadt allerdings mit Herrn Schacht nichts austausche, sondern dieser mit Bannow & Schmincke und mit Büttner tausche, daß die Sache aber als ein einheitliches Ganze aufzufassen sei. Gegenüber der Bemerkung des Herrn Sander, daß der Preis zu gering sei, wolle er darauf aufmerksam machen, daß kürzlich ein Eigenthümer sein Grundstück unentgeltlich hingegeben habe, um für dasselbe nur die Straßenkosten herauszubekommen.

Herr Blasius will gegen das Project an sich nichts einwenden, sondern nur zur Vorsicht mahnen, diesen Bauplatz für eine Schule herzurichten, weil derselbe durch die Fundamentirungs- und Entwässerungsarbeiten sehr theuer zu stehen

kommen werde. Jedenfalls empfehle es sich, die städtische Bauverwaltung zu beauftragen, vor der Anfertigung des Bauprojectes eine gründliche Untersuchung der Wasserverhältnisse vorzunehmen.

Herr Nieß bittet, der Vorlage zuzustimmen. Was den Bauplatz anlange, so wüßte er nicht, weshalb derselbe für eine Schule ungeeignet sein solle, da man dann auch seine Bebauung mit Wohnhäusern verbieten müßte. Uebrigens sei das Wasser niemals ein Feind der Bebauung, was Hamburg am besten beweise, wo selbst an der Elbe herunter ein Haus neben dem anderen stehe. Auch hier gebe es große Complexe von Wohnhäusern, deren Fundamente im Wasser liegen, während die Keller ganz trocken hergestellt seien. Wenn die Kosten des Schulbaues sich wegen der Betonirung um 10—15 000 M erhöhen sollten, so liege hierin keine Veranlassung, den Platz wegen schlechter Grundwasserverhältnisse abzulehnen.

Herr Kieke hat in der Commission der Vorlage zugestimmt, weil durch dieselbe die Ringstraße endlich Häuser erhalten werde und die Bauherren für die Fundamentirung noch Geld genug ausgeben müßten, außerdem auch die Stadt ihre Straßenkosten endlich wiedererhalten werde. In Betreff des Schulgebäudes sei man darüber weggegangen, weil hier der Grund und Boden mindestens noch ebenfogut sei, wie derjenige des Postgebäudes und des Stadthauses. Uebrigens habe er schon Betonschichten von 75 cm Stärke gesehen, welche geborsten seien, so daß dieselben nicht in jedem Falle Schutz gegen Grundwasser böten. Die Schächte und Heizungen ließen sich in einem Gebäude aber so hoch anlegen, daß das Grundwasser nicht in dieselben eindringen könne. Da hier nun auch noch das Terrain erhöht werde, so lasse sich gegen das Project nichts einwenden.

Herr Schmidt möchte den Magistrat um eine Erklärung darüber bitten, ob er sich schon schlüssig geworden sei, die Schule dorthin zu verlegen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß eine endgültige Beschlußfassung darüber noch nicht erfolgt sei. Der Magistrat habe in Folge des von Bannow & Schmincke angebotenen Terrainaustausches den Schulvorstand befragt, ob in jener Gegend zweckmäßig eine Schule errichtet werden könne, worauf dieser erwidert habe, daß er selbst den Vorschlag gemacht haben würde, wenn es nicht schon vom Magistrate geschehen wäre.

Herr Sander erklärt sich nunmehr mit dem Projecte einverstanden, da seine Bedenken in Bezug auf den geforderten Einheitspreis gehoben seien.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Vorlage in allen Punkten genehmigt.

VI. Verbreiterung der Badetwete.

Der Seminarlehrer Preuße ist bereit, zur Verbreiterung der Badetwete einen 2 m breiten Streifen seines Grundstücks an die Stadt abzutreten und verlangt dagegen, daß seinem Grundstücke an dessen Südseite ein 1,93 m breiter Streifen vom Terrain des Bürgerparkes zugelegt werde. Herr Preuße will dann auch alle durch die Aenderung an der Einfriedigung seines Grundstücks erwachsenden Kosten tragen. Die beiden auszutauschenden Flächen sind zu 98,60 und 98,62 qm vermessen worden. Da eine Verbreiterung der Badetwete durchaus wünschenswerth erscheint, so ersucht der Magistrat, dem Terrainaustausch zuzustimmen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, wird der Magistratsantrag genehmigt.

VII. Aufnahme eines Proceßes.

Der Augenarzt Dr. med. Pfeiffer und der Kaufmann Aug. Schacht fordern die von ihnen zu den Kosten des Ausbaues der Wolfenbüttlerstraße unter Protest eingezahlten Beiträge von 831 M und 878 M um deswillen zurück, weil ihren Vorbesitzern stadtseitig Befreiung von Straßenkosten zugesichert sei. Vom Magistrate wird anerkannt, daß im §. 3 der Verkaufsbedingungen, welche der Versteigerung des Henneberg'schen Gartens zu Grunde gelegt sind, gesagt ist, die den Gegenstand des Verkaufs bildenden einzelnen Bauplätze würden frei von Straßenkosten verkauft. Der Sinn dieser Bestimmung sei jedoch nur der gewesen, daß die Erwerber der einzelnen Bauplätze bei Bebauung derselben Beiträge zu den Kosten des Ausbaues der Hennebergstraße zu leisten nicht verpflichtet sein sollten, nicht aber wurde den Erwerbern zugesichert, daß ihre Grundstücke dauernd von Straßenkosten befreit bleiben würden. Außerdem sei es völlig ausgeschlossen, daß der Magistrat beabsichtigt hätte, die Befreiung von Beiträgen zu den Kosten des Ausbaues der Wolfenbüttlerstraße, die damals noch Staatsstraße war, zuzusichern, zumal damals noch gar nicht daran gedacht werden konnte, die Staatsstraßen auf die Stadt zu übernehmen. Es wird daher ersucht, den Magistrat zur Aufnahme des von den vorbezeichneten Anwohnern angestregten Proceßes zu ermächtigen, was auf Befürwortung des Herrn Wolff geschieht.

VIII. Verlegung eines Gasrohrs auf dem Meinhardshofe.

Auf dem Meinhardshofe liegt zwischen der Rüchen- und Zöddenstraße noch kein Gasrohr. Da ein Anwohner dieser Straßenstrecke Gas zu entnehmen wünscht,

so giebt der Magistrat anheim, die Legung des Gasrohres zu genehmigen und die anschlagsmäßigen Kosten mit 285 M zu bewilligen,

was geschieht, nachdem Herr Voller den Antrag Namens der Finanzcommission unterstützt hatte.

IX. Baulinie für die Gliesmaroderstraße.

Nach einem Beschlusse der Versammlung vom 1. November 1894 — Seite 173 des Berichts — ist der Magistrat ersucht worden, wegen der vom Herzogl. Staats-Ministerium abgelehnten Anordnung von Vorgärten für das ehemals Ebeling'sche Terrain an der Südseite der Gliesmaroderstraße nochmals vorstellig zu werden. Der Magistrat hat Bedenken getragen, diesem Ersuchen zu entsprechen, da er anerkennen mußte, daß bei einzelnen der in Frage kommenden Baupläze die Innehaltung von Vorgärten eine Beschränkung der Bauenden in der Ausnutzung ihrer Baupläze ohne Frage zur Folge haben werde und daher die Anordnung von Vorgärten allerdings mit der Vorschrift im §. 7 der Landesbauordnung nicht im Einklange stand. Dagegen hat sich der Magistrat bemüht, die Einsprache der Unternehmer Meyer und Severin dadurch wirkungslos zu machen, daß er diese bestimmte, bei Bebauung ihrer Grundstücke freiwillig Vorgärten von 2 m Tiefe innezuhalten. Im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte erachtet der Magistrat hiernach für zweckmäßig, daß festgestellt werde: a. für die Südseite der Gliesmaroderstraße die Baulinie unter Anordnung von 2 m breiten Vorgärten, b. für die Nordseite derselben Straße, für welche vom Langencampe ab die Fluchtlinie schon früher vom Herzoglichen Staats-Ministerium genehmigt ist, die weitere Fluchtlinie unter Anordnung von 2 m tiefen Vorgärten auf der ganzen Strecke vom Langencampe bis zur nordseitigen Stadtgrenze. Dem Ersuchen des Magistrates, die beiden vorgelegten Theilortsbaupläne zu genehmigen,

wird von der Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, entsprochen.

X. Beihilfe an den Verein gegen Bettelei.

Der Verein gegen Bettelei ist um Bewilligung einer Beihilfe vorstellig geworden. Nachdem sich die Armendirection zu diesem Antrage dahin ausgesprochen hat, daß sie die Thätigkeit des Vereins als eine Ergänzung der öffentlichen Armenpflege ansehe und ihr dieselbe insbesondere dadurch lieb sei, als durch das Eingreifen des Vereins eine sonst schwer von der Hand zu weisende Erhöhung der Ausschlußsätze hinausgeschoben werde, trägt der Magistrat kein Bedenken, dem Wunsche des Vereins Rechnung zu tragen und die Versammlung zu ersuchen, zu

genehmigen, daß dem Verein gegen Bettellei wiederum eine Beihilfe von 3000 M. gewährt werde.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wolters berichtet, wird die Vorlage genehmigt, nachdem auch Herr Koch dieselbe noch warm befürwortet hatte.

XI. Verbreiterung und theilweiser Ausbau einer an der Kreuzstraße projectirten Straße.

Nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung ist eine Verbreiterung der von der Kreuzstraße nach Norden abzweigenden Straße vor dem im Bau begriffenen Schulgebäude von 14 auf 16 m nothwendig. Außerdem wird empfohlen, eine Theilstrecke davon und zwar vor der Ostfront des im Bau begriffenen Schulgebäudes auszubauen und den Anliegerbeitrag auf 130,³⁰ M für 1 m Frontlänge festzusetzen. Der Magistrat ersucht, die gemachten Vorschläge zu genehmigen und ihn zum thunlichst baldigen Ausbau der Straße zu ermächtigen, auch der Anwendung der §§. 7—12 des Ortsbaustatuts auf die projectirte Straße zuzustimmen,

was auf Befürwortung des Herrn Löschigk, der für die Baucommission berichtet, geschieht.

XII. Antrag Ebeling: Ausbau der Broihemer- und der Ringstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen,

- 1) den Ausbau der Broihemerstraße vom Thore bis zur Ringstraße und
- 2) den Ausbau der Ringstraße vom Madamenwege bis zur Kreuzstraße in den nächstjährigen Etat mit aufzunehmen und auch zur Ausführung zu bringen“.

Wie Herr Ebeling zur Begründung des Antrages ausführt, ist es nothwendig, diese Arbeiten endlich in Angriff zu nehmen. Der Ausbau der Broihemerstraße habe allerdings schon im vorjährigen Etat gestanden, sei aber nicht zur Ausführung gekommen, trotzdem es dringend erforderlich sei, den unhaltbaren Zuständen dieser Straße ein Ende zu machen. Was den zweiten Theil des Antrages betreffe, so werde in demselben zwar etwas viel verlangt, aber er halte

es doch für nothwendig, eine Verbindung des Madamentweges mit der Kreuzstraße zu schaffen, nachdem die Schulen am Hohenstiege und in der Kreuzstraße in Benutzung genommen seien. Die Kinder würden jetzt gezwungen, durch die nur 1,50 m breite Altfeldstraße zu gehen, welche sich in einem traurigen Zustande befinde.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Baucommission zur Vorberathung überwiesen
und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 Uhr.



1898|99.№ 7.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 16. Februar 1899.



Tagesordnung:

I.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	Seite 100
II.	Mittel für eine litterarische Publication	" 100
III.	Antrag Ebeling: Ausbau der Broihemer- und der Ringstraße	" 101
IV.	Verkauf von Bauflächen am Stadthause	" 102
V.	Entlastung der Direction der städt. Licht- und Wasserwerke für das Jahr 1897/98	" 105
VI.	Einrichtung eines Operationszimmers im städtischen Krankenhause	" 106
VII.	" von Wasserclojets in zwei Bürgerschulen	" 106
VIII.	Unterhaltungskosten der Voigts-Rheßstraße	" 107
IX.	Errichtung zweier Bedürfniskalkulationen	" 107
X.	Rückzahlung von Gasrohrkosten	" 108
XI.	Erwerb eines freien Platzes an der Bräuerkirche	" 108
XII.	Uebnahme der Hagenstraße	" 109
XIII.	Anschaffung von Böcker'schen Baraden	" 109
XIV.	Austausch von Museumsgegenständen	" 111
XV.	Enteignung von Terrain zur Kuhstraße und zum Delschlageru	" 111
XVI.	Terrainerwerb zur Husarenstraße	" 112
XVII.	Mittel zur Remuneration neuer Lehrkräfte	" 112

XVIII.	Enteignung von Terrain zur Mönchstraße	Seite 112
XIX.	Statutenentwurf für die Luise Ottmer-Stiftung	" 112
XX.	Plattenbelagskosten an der Kastanienallee	" 113
XXI.	Einsprachen gegen den Ortsbauplan für die westliche Außenstadt	" 113
XXII.	Verkauf einer Fläche am Altemwiekringe	" 114
XXIII.	Baulinien für die Stobenstraße	" 114
XXIV.	Enteignung von Theilflächen zur Eichthalstraße	" 114
XXV.	Erwerb von zwei Flächen zur Frankfurterstraße	" 116
XXVI.	Antrag Meyerhoff: Anschluß an den Mittelland-Canal	" 116
XXVII.	Antrag Jüdel: Bauerlaubnis am Rautheimer Wege	" 117

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Metemeyer und Stadträthe Götte, Heymann, Meyer, Ramdohr und Sievers.

Entschuldigt die Herren Engelbrecht, Löschigt und Seele.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst den Eingang folgender Sachen bekannt:

- 1) Ein Schreiben der Herzoglichen Polizei-Direction, nach welchem der Kalenwall für den Lastverkehr freigegeben worden ist;
- 2) Das Gesuch der österreichischen Gemeinde Gottschiee, welche um einen Beitrag zu einem Waisenhausbau bittet. Dasselbe wird der Statuten-commission zur Vorberathung überwiesen.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch mitgetheilt hatte, daß er die Vertheilung einer Anzahl an die Mitglieder gerichteter Briefe abgelehnt und die Briefe zurückgewiesen habe, wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Händlerinnen Barnstorff, Dörre und Weiland werden genehmigt, die Gesuche von Bosse, Brost, Eine, Fricke, Hoffmann, Kirchbichler, Köhler und Timmermann aber verworfen.

II. Mittel für eine litterarische Publication.

Mit dem Culemann'schen Nachlasse ist in den Besitz der Stadt Hannover auch eine Pergament-Handschrift des 15. Jahrhunderts gelangt, welche die Legende von dem Leben und von der Ueberführung der Gebeine St. Autors, sowie einen Bericht von dem Aufruhr des Jahres 1445, von der durch den Rath damals gelobten und zehn Jahre später vollzogenen Stiftung eines silbernen Sarges für diese Reliquien und deren feierlicher Umbettung enthält. Die Schrift ist in nieder-

deutscher Sprache von einem geborenen Stadtkinde, dem Abte des Klosters St. Aegidien, Berthold Meier, verfaßt. Um dieses werthvolle Denkmal der heimischen Vergangenheit zur Kunde und Anschauung weiterer Kreise zu bringen, ersucht der Stadtmagistrat auf Anregung des Stadtarchivars die Handschrift vervielfältigen zu lassen und die dazu nöthigen Mittel in Höhe bis zu 1800 M. zu Lasten des nächstjährigen Stadthaushaltsplanes zu verwilligen.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, empfiehlt die Statutencommission, dem Antrage zu willfahren.

Nach einigen Bemerkungen der Herren Lord und Lange

führt Herr Stadtarchivar Hänselmann aus, daß die Exemplare der Handschrift dazu dienen sollen, um die Geschenke, wie sie die Stadt in reicher Zahl empfangen, zu erwidern. Erst neulich habe der Rath der Stadt Breslau der hiesigen Stadt ein sehr kostbares Werk in zwei Exemplaren geschenkt und fehle es in solchen Fällen an geeigneten Gegengaben, so daß es zweckmäßig sein würde, für derartige Zwecke die Handschrift zu vervielfältigen.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

III. Antrag Ebeling: Ausbau der Broikemer- und der Ringstraße.

Der in der Sitzung vom 29. December 1898 — Seite 96 des Berichts — gestellte Antrag geht dahin, den Ausbau der Broikemerstraße bis zur Ringstraße und der Ringstraße vom Madamenwege bis zur Kreuzstraße zur Ausführung zu bringen. Da der Vertreter des Magistrates nach dem Berichte des Herrn Bültemann in der Sitzung der Baucommission erklärt hat, daß der Ausbau der Broikemerstraße in den Etat auch ohne Anregung der Versammlung eingestellt werde, so fällt dieser Theil des Antrages aus. Was den Ausbau der Ringstraße anlangt, so erkenne der Magistrat mit der Baucommission an, daß es schon der in der Nähe befindlichen Schulen wegen wohl zweckmäßig sei, diesen Theil der Straße auszubauen, jedoch könne dieses nur unter der Bedingung geschehen, daß die Grunderwerbskosten erst mit den Straßenkosten verrechnet, also bis dahin gestundet werden. Die Commission beantrage daher, den Ausbau des betreffenden Theiles der Ringstraße unter dieser Bedingung dem Magistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Herr Meyerhoff möchte anfragen, ob es nicht möglich sei, bei dieser Gelegenheit noch einmal zu versuchen, die Geradelegung des Madamenweges durchzuführen, da sich die Anlieger vielleicht jetzt willfähriger als früher erweisen.

Herr Ebeling kann versichern, daß der Ausbau der Broikemerstraße als eine dringende Nothwendigkeit anerkannt werden müsse und wolle er auch den Magistrat bitten, nicht gleich zu erlahmen, wenn sich nicht alle Anlieger sofort willfährig zeigen sollten. Die Ausführung des zweiten Theiles seines Antrages würde er auch gern wünschen.

Herr Bürgermeister Metemeyer möchte bemerken, daß die Beschlußfassung der Baucommission dahin gegangen sei, den Ausbau der Ringstraße zu empfehlen unter der Voraussetzung, daß der Werth des zu derselben erforderlichen Grund und Bodens mit den Straßencosten verrechnet und nicht etwa baar ausgezahlt werde. Herrn Meyerhoff gegenüber wolle er hervorheben, daß der Ausbau dieses Theiles der Ringstraße mit der Geradelegung des Madamenweges nichts zu thun habe und dieselbe daher nicht beeinflusse. Als die Versammlung in der Sitzung vom 30. Juni 1898 — Seite 41 des Berichts — den Magistrat ersucht habe, mit den Anliegern des Madamenweges nochmals in Verhandlung zu treten, um eine Geradelegung der Straße zu ermöglichen, sei zu dem Zwecke noch einmal ein Termin anberaumt und hiervon sämmtlichen Anliegern mit dem Bemerkten Kenntniß gegeben worden, daß angenommen werden sollte, die zu dem Termine nicht erscheinenden Anlieger hätten kein Interesse an der Geradelegung des Madamenwegs. Darauf seien zwei Anlieger im Termine erschienen, die anderen aber ausgeblieben, woraus sich mit Sicherheit entnehmen lasse, daß den Anliegern gar nicht so viel daran liege und der Wunsch in der Versammlung wohl nur der Idee entsprungen sei, daß man durchaus nur gerade Straßen haben müsse. Der Magistrat habe nun das Project der Geradelegung nicht weiter verfolgt und glaube, daß der Madamenweg nach seiner Instandsetzung, welche durch Einleitung des Enteignungsverfahrens bereits in Angriff genommen sei, trotzdem gefallen werde.

Hierauf wird der Commissionsantrag angenommen.

IV. Verlauf von Bauflächen am Stadthause.

Von dem zum Stadthausbau erworbenen Bauplätze sind verschiedene Flächen verfügbar geblieben und können theilweise veräußert werden. Es handelt sich dabei wesentlich um zwei Flächen, welche einerseits an der Ecke des Bohlweges und der Dankwardstraße, anderentheils am Langenhofe belegen sind und 3,66 a, bezw. 1,03 a umfassen. Außerdem stehen noch kleinere Flächen zur Verfügung, die als Entschädigungsobjecte für die von den anliegenden Grundstücken zur Regulirung des Bohlweges abzutretenden Flächen Verwendung finden sollen. Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die zuerst bezeichneten beiden Bauflächen unter besonderen Bedingungen zum öffentlich meistbietenden Verkauf gebracht werden. In den besonderen Bedingungen ist namentlich vorgesehen worden, daß durch die auf den beiden Bauplätzen zu errichtenden Gebäude die architektonische Wirkung des Stadthausbaues nicht beeinträchtigt werden dürfe und die Bebauung der beiden Flächen binnen einer dreijährigen Frist zu erfolgen haben würde.

Nach dem Berichte des Herrn Bültmann empfiehlt die Baucommission, der Vorlage zuzustimmen, jedoch unter dem Vorbehalte, daß der Zuschlag von der Genehmigung der Versammlung abhängig gemacht werde.

Herr Wolff würde es für zweckmäßig halten, das Grundstück nicht ganz aus der Hand zu geben, da er das Gefühl habe, als ob dasselbe für städtische Zwecke noch einmal unentbehrlich sein werde. Vielleicht lasse sich das in der Weise durchführen, daß sich die Stadt das Rückkaufsrecht auf das Grundstück für die nächsten 50 Jahre sichere.

Herr Oberbürgermeister Pockels legt für seine Person keinen Werth darauf, der Stadt ein Rückkaufsrecht bezüglich des Bauplatzes vorzubehalten. Wie er schon früher wiederholt ausgesprochen habe, werde die Stadt nach menschlicher Voraussicht niemals ein Stadthaus bauen können, das für alle Zeiten ausreichend erscheine, die gesammte städtische Verwaltung in einem Hause unterzubringen; je mehr die Stadt und damit auch das Hülfspersonal des Magistrates wachse, desto eher müsse auch eine Decentralisation der Verwaltung vorgenommen werden und könne es ganz gleichgültig sein, ob der eine oder andere Verwaltungszweig in einem anderen Theile der Stadt untergebracht sei oder nicht. In anderen Städten habe man die Stadthäuser auch nicht nach dem Maßstabe gebaut, die gesammte städtische Verwaltung dauernd darin unterzubringen, denn in Berlin z. B., wo das Rathhaus vor etwa 30 Jahren errichtet sei, besitze man jetzt sieben Stadthäuser. Wenn die Stadt Braunschweig in hundert Jahren etwa doppelt so groß sein werde, wie heute, so werden einzelne Dienstzweige, z. B. die Bauverwaltung so angewachsen sein, daß der Magistrat gar nicht mehr in der Lage sein würde, die nöthige Aufsicht darüber führen zu können und folge daraus, daß die Befugnisse der Bauverwaltung erweitert werden müßten, in welchem Falle aber eine räumliche Vereinigung der Büreaus des Magistrates und der Bauverwaltung nicht mehr möglich und auch nicht mehr nöthig sein werde. Auch unter Berücksichtigung anderer Verhältnisse, die noch eintreten könnten, vermöge er nicht zu finden, daß Werth darauf zu legen sei, für irgend welche Zeit und irgend welchen Zweck einen Bauplatz zurückzubehalten. Jetzt, wo das Stadthaus seiner Vollendung entgegengehe, müßten die beiden entbehrlichen Bauplätze entweder veräußert, oder anständig in Stand gesetzt werden und sei der Magistrat der Meinung, daß beide Grundstücke auf Meistgebot und unter Auferlegung der nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung erforderlichen Baubeschränkungen zu verkaufen seien. Um nun der Stadt nicht vergebliche Arbeiten und Kosten zu verursachen, sei es dem Magistrate erwünscht gewesen, die Ansicht der Versammlung darüber zu hören, ob die beiden Plätze überhaupt verkauft werden sollen. Wenn die Versammlung dem Verkaufe zustimmen sollte, so würde ihr der Zuschlag trotzdem noch vorbehalten bleiben.

Herr Blasius muß sich den Bedenken des Herrn Wolff anschließen, zumal ihm gesagt sei, daß die sämmtlichen Räume des Stadthauses schon besetzt sein würden, wenn es bezogen werde. (Widerspruch.) Jedenfalls werde man sehr bald

schon wieder weitere Räume für städtische Zwecke nöthig haben und dann erscheine es ihm nicht practisch, solche vor die Thore zu verlegen, sondern sie müßten sich im Centrum der Stadt befinden. Aus diesem Grunde könne er einem Verkaufe der Plätze nur dann zustimmen, wenn sich an denselben ein Rückkaufsrecht knüpfen lasse.

Herr Oberbürgermeister Bockels möchte hierauf erwidern, daß das Stadthaus noch nicht in allen seinen Theilen in Benutzung genommen werden würde. Außerdem würden manche Zimmer, welche 3—4 Beamte sehr gut beherbergen können, vorläufig mit nur einem Beamten besetzt, um sie nicht ganz schließen zu müssen, so daß das doppelte, ja fast das dreifache Personal gegen heute in dem Gebäude Platz finden könne. Außerdem erscheine es auch zweifelhaft, ob die sämmtlichen städtischen Dienststellen, welche in das Stadthaus verlegt werden, in demselben bleiben sollen. Sobald nun ferner nach dem Vorbilde anderer großen Städte beschllossen werden sollte, die Steuern nicht mehr in der Stadtcasse bezahlen, sondern sie abholen zu lassen, sei nahezu der ganze Raum im Erdgeschoße nach der Dankwardstraße hin disponibel. Auch ein zweites Standesamt werde bei weiterem Anwachsen der hiesigen Bevölkerung außerhalb des Stadthauses errichtet werden müssen. Ebenso erscheine es nicht nothwendig, das Kirchenbuchamt, für dessen Aufnahme in das Stadthaus die Gemeine Kirchencasse Miethen bezahle, dauernd in demselben zu belassen, wenn es ja auch etwas bequemer für ihn sein würde, aber große Unbequemlichkeiten seien ihm aus der heutigen getrennten Lage des Kirchenbuchamtes noch nicht erwachsen. Wenn also im Laufe der Zeit für neu entstehende Dienstzwecke Räume angefordert werden würden, so lasse sich auch annehmen, daß andere Verwendungszwecke wieder eingehen und daß das neue Stadthaus in seiner jetzigen Ausdehnung für lange Jahre ausreichen werde.

Herr Bültemann kann die Befürchtungen der Herren Wolff und Blasius auch nicht theilen und will noch besonders darauf aufmerksam machen, daß für die Instandsetzung der Bauplätze städtischerseits etwas geschehen müsse, wenn sie liegen bleiben sollten, weil die Umgebung des Stadthauses diesem auch würdig sein müsse. Er bitte deshalb dringend um Genehmigung des Verkaufes der Plätze ohne Vorbehalt des Rückkaufs.

Herr Rieke möchte dringend ersuchen, dem Verkaufe der Bauplätze zuzustimmen, da hierdurch Mittel für die Stadt gewonnen würden und das Stadthaus in seiner jetzigen Ausdehnung lange Zeit ausreichen werde. Wenn s. B. beschllossen wäre, Archiv und Museum mit in das Stadthaus zu verlegen, würde man heute allerdings nicht über diesen Punkt zu debattiren haben. Im Uebrigen sei jetzt der geeignetste Zeitpunkt zum Verkauf der Plätze, damit der unleidliche Zustand in der Umgebung des Stadthauses recht bald aufhöre.

Herr Oberbürgermeister Pockels will als Moment für die baldige Bebauung der Plätze noch anführen, daß die Rückseite des Stadthauses nicht mit demselben Materiale ausgestattet sei wie die Vorderseite und es keinen schönen Eindruck mache, wenn man vom Schlosse oder vom Steinwege komme und auf die Rückseite des Stadthauses sehe.

Herr Wolff erklärt, durchaus für den Verkauf zu sein und auch keinen Antrag stellen zu wollen, da er nur habe anregen wollen, ob die Stadt sich den Wiedererwerb nicht sichern solle. Vom heutigen Standpunkte aus möge es wohl richtig sein, daß die Stadt die Plätze nicht gebrauche.

Herr Schmidt ist der Ansicht, daß die Einschränkung in Bezug auf einen etwaigen Rückkauf des Grundstücks eine wesentliche Verminderung des Grundstückswerthes im Gefolge haben würde. (Zustimmung.) Außerdem sei das Theilstück des Platzes, welches zu dem Stadthause eventuell noch zugezogen werden könne, so minimal (vielleicht $\frac{1}{15}$), daß es zur Vergrößerung des Stadthauses gar nichts beitragen könne. Dagegen würde sich das Grundstück vielleicht zur Errichtung eines Dienstwohngebäudes für den Oberbürgermeister der Stadt eignen, jedoch werde sich hierfür wohl auch noch ein geeigneter Platz in der Nähe des Stadthauses finden, abgesehen davon, daß der zeitige Herr Oberbürgermeister als Hausbesitzer keinen Werth auf die Ueberweisung einer Dienstwohnung lege. Er sei deshalb für den Verkauf der Plätze.

Herr Nolte glaubt, die von Herrn Wolff hervorgehobenen Bedenken würden auch durch das Bewußtsein schwinden, daß der Magistrat in der Lage sei, für die im Stadthause später etwa nicht unterzubringenden Büreaus auf dem Grundstücke des alten Stadthauses Platz zu schaffen. Es würde deshalb zu berücksichtigen sein, ob dieses Grundstück nicht im Besitze der Stadt verbleiben müsse.

Herr Lord bittet um Auskunft von sachverständiger Seite, ob der Streifen am Langenhofe sich überhaupt mit einem selbstständigen Gebäude von architectonischer Wirkung bebauen lasse.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß dieses nach der Ansicht des Herrn Stadtbaurath Winter möglich sein solle.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

V. Entlastung der Direction der städtischen Licht- und Wasserwerke für das Jahr 1897/98.

Bei Ueberreichung des Berichts über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, des Wasserwerkes und der Neustadtmühle für das Jahr vom 1. April 1897/98 bemerkt der Magistrat, daß der Bericht weder der betr. Deputation noch ihm zu Ausstellungen Anlaß gegeben und auch der vereidigte Bücherrevisor Heyne denselben für richtig befunden habe. Es wird deshalb vom Magistrate beantragt

sich damit einverstanden zu erklären, daß der Direction der städtischen Licht- und Wasserwerke wegen Verwaltung der genannten Werke während des bezeichneten Rechnungsjahres Entlastung erteilt werde. Der Gewinn hat betragen: bei den Gaswerken 212016,²² M, bei dem Wasserwerke 70046,¹³ M und bei der Neustadtmühle 3800,⁵⁷ M.

Auf Beschluß der Finanzcommission giebt Herr Bollmann anheim, die Entlastung auszusprechen, was geschieht.

VI. Einrichtung eines Operationszimmers im städtischen Krankenhause.

Es hat sich als nothwendig herausgestellt, im städtischen Krankenhause ein besonderes Operationszimmer einzurichten und würden im Falle der Genehmigung des dieserhalb gestellten Antrages zu verwilligen sein 950 M für die bauliche Einrichtung des Zimmers und 1070 M für dessen Ausrüstung.

Wie Herr Blasius berichtet, empfiehlt die Statutencommission, dem Magistratsantrage zuzustimmen, außerdem aber dem Magistrate noch bis zu 200 M zur Verfügung zu stellen, damit zwecks Schaffung einer noch besseren Beleuchtung des Zimmers die Zwischenwand zwischen den beiden Fenstern beseitigt und dafür eine Glaswand mit Trägern angebracht werde.

Der Vorlage wird zugestimmt.

VII. Einrichtung von Wasserclosets in zwei Bürgerschulen.

Da die Unterhaltung, Wartung und Reinigung der Torfstreu=Abortgruben in den Schulen an der Leonhard- und der Maschstraße mancherlei Unzuträglichkeiten und Nachtheile im Gefolge gehabt hat, so hält der Magistrat die Einrichtung von Wasserclosets für dringend wünschenswerth und beantragt, zu genehmigen, daß im Laufe des nächsten Rechnungsjahres die beiden bezeichneten Schulen mit Spülvorrichtungen (Wasserclosets) versehen und hierfür 12600 M verwilligt werden.

Die Statutencommission erkennt nach dem Berichte des Herrn Blasius die Nothwendigkeit solcher Aenderungen an und giebt Genehmigung der Vorlage anheim.

Herr Lange muß den für die Closets veranschlagten Betrag für zu hoch halten und seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß nur eine Hamburger Firma zur Preisabgabe aufgefordert sei, während man hiesige Firmen ganz unberücksichtigt gelassen habe.

Herr Blasius kann die geforderten Preise nur für durchaus angemessen halten, namentlich, wenn man berücksichtige, daß es sich um 104 Closets handle und umfangreiche unterirdische Arbeiten damit verbunden seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels will bemerken, daß die Arbeiten überhaupt noch nicht vergeben seien, sondern einstweilen nur ein Kostenanschlag der Hamburger Firma vorliege. Sollten hier leistungsfähige Firmen vorhanden sein, welche diese Arbeiten in gleicher Güte und zu gleichen Preisen ausführen können, wie die Hamburger Firma, so stehe nichts im Wege, einer hiesigen Firma die Arbeit zu übertragen. Es finde sich auch nichts dagegen zu erinnern, wenn bei Genehmigung dieser Vorlage das Ersuchen ausgedrückt werde, thunlichst die Lieferung hier zu vergeben.

Herr Meyerhoff kann noch mittheilen, daß die Hamburger Firma, welche die Anlage in der Schule an der Heinrichstraße ausgeführt habe, inzwischen vertracht sei, daß sich indessen Nachfolger für die Firma gefunden haben und sich daher annehmen lasse, es liege vielleicht irgend ein Musterichuß oder dergleichen vor.

Auf Antrag des Herrn Blasius beschließt sodann die Versammlung, die Magistratsvorlage zu genehmigen, gleichzeitig aber an den Magistrat das Ersuchen zu richten, die Einrichtung, wenn thunlich, hier beschaffen zu lassen.

VIII. Unterhaltungskosten der Voigts-Rheßstraße.

Nachdem die von dem Kaufmann Aug. Meyer ausgebaute Voigts-Rheßstraße schon vor längerer Zeit fertiggestellt und beiderseits bebaut worden ist, giebt der Magistrat anheim, dem Ansuchen des Herrn Meyer zu entsprechen und der stadtseitigen Uebernahme der betr. Straßenunterhaltung zum 1. April 1899 zuzustimmen.

Herr Rieke ersucht namens der Baucommission, dem Antrage zu entsprechen, da bei Abschluß des Vertrages mit dem Herrn Meyer die Bestimmung des Ortsbaustatuts, nach welcher dem Bauunternehmer eine zehnjährige Unterhaltungspflicht obliege, noch nicht bestanden habe.

Der Antrag wird angenommen.

IX. Errichtung zweier Bedürfnisanstalten.

Im diesjährigen Stadt-Haushaltsplane ist die Summe von 9600 M. behufs Bestreitung der Baukosten für vier neue Bedürfnisanstalten ausgeworfen, die in der Nähe des Magnithores, auf dem Leonhardsplatze, auf dem Malienplatze und an der Wolfenbüttlerstraße gegenüber der Elmstraße errichtet werden sollten. Für die Anstalt am Magnithore ist bislang ein geeigneter Platz nicht erhältlich gewesen und auch auf dem Leonhardsplatze wird von der Auswahl der Baustelle bis dahin Abstand zu nehmen sein, daß über das nahezu fertiggestellte Project wegen Instandsetzung des Platzes selbst Beschluß gefaßt sein wird. Für die beiden anderen Anstalten hat der Magistrat dagegen geeignete Plätze gefunden und ersucht, deren Errichtung zu genehmigen.

Wie Herr Wagner berichtet, empfiehlt die Finanzcommission, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Lange möchte wissen, ob man der gelegentlich der letzten Stabsberathung angeregten Errichtung einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Bahnhofes nicht näherzutreten gedenke. Auch halte er die Anstalt auf dem Leonhardsplatze für durchaus nothwendig.

Herr Ebeling schließt sich dem Wunsche auf Errichtung einer Anstalt vor dem Bahnhofe, welche zweckmäßig auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze, oder an der Okerböschung Aufstellung finden könne, an, da die Anstalt hier außerordentlich nöthig sei.

Herr Wollenweber kann die Nothwendigkeit für eine Anstalt am Bahnhofe nicht anerkennen, da auf dem Bahnhofe selbst genug Gelegenheit zum Aufsuchen solcher Anstalt sich biete. Man müsse hier auch abwarten, wie sich der Umbau des Bahnhofes gestalten werde.

Herr Koch möchte bitten, die Anstalt auf dem Leonhardsplatze recht bald zu errichten, da dieselbe dort sehr nöthig sei und man damit nicht zu warten brauche, bis der Platz selbst in Stand gesetzt sei.

Herr Bürgermeister Ketemeyer ist der Meinung, daß vor dem Bahnhofe eine Anstalt erst dann errichtet werden könne, wenn die örtlichen Verhältnisse des Bahnhofsumbaues festgestellt worden seien. Bezüglich der Anstalt auf dem Leonhardsplatze liege auch nach der Ansicht des Magistrats ein Bedürfniß vor, jedoch lasse sich nicht eher an die Errichtung der Anstalt gehen, bis das binnen Kurzem fertiggestellte Project für die Instandsetzung des Platzes genehmigt sei.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

X. Rückzahlung von Gasrohrkosten.

Dem Antrage des Magistrates, dem Maurermeister Webler die für die Legung eines Gasrohres in einer Theilstrecke der Fasanenstraße im Jahre 1891 eingezahlten Kosten von 170 M zurückzuzahlen, da das Gasrohr jetzt auch öffentlichen Zwecken diene,

wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Südel berichtet, zugestimmt.

XI. Erwerb eines freien Platzes an der Brüdernkirche.

Bei der im Jahre 1897 ausgeführten Neupflasterung der Straße „Hintern Brüdern“ ist ein Theil des ehemaligen Ulrici-Kirchhofes an der Westseite der Brüdernkirche zur Verbreiterung der Straße verwandt. Da sich hinterher herausgestellt hat, daß der Platz zur Ulricikirche gehört, so ist dessen theilweiser Erwerb seitens der Stadt erforderlich. Auf Vorschlag des Magistrates hat nun der

Kirchenvorstand zu St. Ulrichs genehmigt, daß gegen stadtseitige Uebernahme der genannten Kirchengemeinde als Anliegerin zur Last gefallenen Straßenkosten in Höhe von 1780,77 M. der ganze Platz der Stadt zu Eigenthum überlassen werde, sofern dieselbe den Platz wie bisher im Stande erhalte, insbesondere auch mit Bäumen bepflanze und auf dem Platze das Bugenhagen-Denkmal errichtet werde. Der Magistrat ersucht, ihn zum Erwerbe des Platzes unter diesen Bedingungen zu ermächtigen,

was auf Empfehlung der Statutencommission, für welche in Behinderung des Referenten der Herr Vorsitzende berichtet, geschieht.

XII. Uebernahme der Hagenstraße.

Nach §. 5 des mit den Bauunternehmern Utermark u. Weinhausen wegen Ausbaues der Hagenstraße abgeschlossenen Vertrages haben die Genannten die Kosten für Unterhaltung, Reinigung und Beleuchtung der fraglichen Straße und die Kosten der Abfuhr des Hauskehrichts während der Dauer von fünf Jahren nach beendetem Straßenbau, vom 1. April 1898 ab zu zahlen. Dem Antrage der Unternehmer, diese Kosten, welche sich auf 3250 M. berechnen würden, in einer Summe sofort abtragen zu wollen und dafür die Straße schon jetzt stadtseitig zu übernehmen, bittet der Magistrat in der Weise zuzustimmen, daß die Unternehmer sofort eine Abfindungssumme von 3000 M. zahlen.

Auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Schmidt berichtet, wird die Vorlage angenommen.

XIII. Anschaffung von Döckerschen Baracken.

Da die Räume des städtischen Krankenhauses und der beiden dazu gehörigen Baracken in den krankenreicheren Jahreszeiten zur Aufnahme der stadtseitig zu verpflegenden Kranken kaum ausreichen, ist seitens der Pflegehausdeputation und insbesondere seitens des ärztlichen Mitgliedes derselben mit Recht darauf hingewiesen worden, daß es der Stadt bei plötzlichem Hereinbrechen einer Epidemie in der ersten Zeit vollständig an geeigneten Unterkunftsräumen für die Erkrankten fehlen werde und deshalb zu erwägen sei, ob man nicht durch Anschaffung zweier Döckerschen Baracken zu je 20 Betten der eventuell eintretenden Calamität in etwas vorbeugen solle. Der Magistrat muß die Nothwendigkeit solcher Anschaffung anerkennen und giebt anheim, den Ankauf zweier Döckerschen Baracken gutzuheißen und dafür die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Letztere sind zum größten Theil schon vorhanden, indem ein ungenannter Einwohner im Jahre 1892 zur Abwendung der Cholera-gefahr der Stadt 5000 M. überwies, welche mit den Zinsen jetzt eine Summe von 6128 M. ausmachen, so daß es noch der Bewilligung von 1200 M. bedarf, deren Verwilligung der Magistrat beantragt.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Blasius die Genehmigung des Antrages empfehlen.

Herr Meyerhoff möchte zur Erwägung verstellen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, für das Geld eine große Fachwerksbaracke zu erbauen, zumal da die Militärverwaltung solche festen Baracken den Döcker'schen Baracken ebenfalls vorgezogen habe. Den Letzteren sage man auch nach, daß sie sehr abnutzungsfähig seien.

Herr Stadtrath Meyer will darauf erwidern, daß es sich hierbei nicht um eine Erweiterung des Krankenhauses, sondern darum handle, Vorsorge zu treffen, daß bei dem Ausbruche einer Epidemie Räumlichkeiten in genügender Menge vorhanden seien. Von ärztlicher Seite seien dem Magistrate gerade die Döcker'schen Baracken für diesen Zweck empfohlen worden und auch die Militärverwaltung solle diese ausschließlich beschafft haben. Gegen den Bau fester Baracken spreche der Umstand, daß eine sofortige Benutzung derselben gar nicht in Aussicht genommen sei und sie daher der Stadt nur zur Last fallen, während die Döcker'schen Baracken im Bedarfsfalle schnell aufgebaut werden können und sie nur alle Jahre einmal gereinigt zu werden brauchen.

Auf die Frage des Herrn Sander, ob die Baracken wieder auf dem Grundstück des städtischen Pflegehauses errichtet werden sollen,

erwidert Herr Stadtrath Meyer, daß hierüber noch nichts bestimmt worden sei.

Herr Sander möchte bitten, die Baracken im Bedarfsfalle außerhalb der Stadt und nicht wieder in der Nähe des Pflegehauses aufzustellen, weil das vorige Mal die in der Umgebung desselben wohnenden Leute schon durch den Gedanken, daß die Baracken dort aufgestellt würden, beinahe krank geworden seien.

Herr Blasius erwidert darauf, daß die Baracken, auch wenn sie mit Cholera-kranken angefüllt seien, Niemand schaden würden. Im Uebrigen handle es sich hier gar nicht um den Ort für die Aufstellung der Baracken, sondern darum, zwei Baracken vorrätig zu halten, die im Falle einer Epidemie schnell aufgeschlagen werden können, welchem Zwecke eine feste Baracke nicht dienen könne. Bei Besichtigung eines Garnisonlazareths in Berlin habe er zwei solcher aufgestellten Baracken gesehen. Wenn die Baracke dauernd benutzt werden solle, würde eine feste Baracke natürlich vorzuziehen sein.

Herr Meyerhoff kann keinen rechten Grund für die Beschaffung der Baracken einsehen, sofern man durch dieselben eine Vergrößerung des Krankenhauses nicht beabsichtige und sie schließlich nur auf den Boden gelegt werden. Wenn der Standpunkt des Magistrates richtig sei, dann erscheine es ihm unerfindlich, weshalb die Militärverwaltung in jeder größeren Garnison feste Baracken bauen lasse und es nicht ebenso mache wie die Stadt. Sofern also die Baracken nicht zur Vergrößerung des Krankenhauses erforderlich seien, bitte er um Ablehnung der Vorlage, nament-

lich auch mit Rücksicht darauf, daß die Baracken im Nothfalle alle Tage zu haben seien, und die Anlieger des Pflegehauses sich gegen deren Aufstellung auf dem Pflegehausgrundstücke verwahren.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte dazu bemerken, daß die Baracken selbstverständlich nicht nur auf dem Pflegehausgrundstücke, sondern auf jedem beliebigen Plage aufgestellt werden können. Auch wolle er daran erinnern, welche Schwierigkeiten es i. B. gemacht habe, innerhalb 14 Tagen Raum für etwaige Cholerafranke hier zu schaffen, und sollten die Baracken gerade dem Zwecke dienen, sofort Unterkunft für eine Anzahl von Kranken beim Ausbruch einer Epidemie zu bieten.

Herr Stadtrath Meyer will auch noch darauf hinweisen, daß die Firma auf eine Anfrage des Magistrates erklärt habe, sie sei nur dann in der Lage, ständig einige Reserverabacken für die hiesige Stadt bereit zu halten, wenn die Stadt dafür einen nicht unerheblichen Betrag zahle. Darauf glaube indessen der Magistrat nicht eingehen zu können.

Herr Ribbentrop kann mittheilen, daß die Militärverwaltung sicher zehntausend solcher Döcker'scher Baracken besitze und daß diese Baracken sich gut gehalten haben und allgemein beliebt seien, so daß deren Beschaffung nur empfohlen werden könne.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XIV. Austausch von Museumsgegenständen.

Die Verwaltung des städtischen Museums ersucht um die Genehmigung, mit dem Herzoglichen Museum in ein Tauschgeschäft eintreten zu dürfen, dergestalt, daß dieses gegen Hergabe einer größeren Sammlung zum Theil sehr werthvoller, alter ethnographischer Gegenstände vier nichtbraunschweigische Brakteaten von dem städtischen Museum erhält.

Dem Antrage des Magistrates, sich mit diesem Tausche einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, zu.

XV. Enteignung von Terrain zur Ruhstraße und zum Delschlägern.

Die Ehefrau des Bauunternehmers Jung hat von ihrem an der Ecke von Ruhstraße und Delschlägern gelegenen Grundstücke zwei Flächen von zusammen 7,2 qm zur Straße abzutreten und fordert dafür einen Preis von 200 M pro qm. Da der Magistrat den Werth der abzutretenden Flächen auf nur 60 M pro qm schätzt, so giebt derselbe anheim, ihn zur Einleitung des Enteignungsverfahrens zu ermächtigen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Schmidt berichtet, wird dem Antrage entsprochen.

XVI. Terrainerwerb zur Husarenstraße.

Von dem Gröpler'schen Grundstücke an der Ecke der Husarenstraße und des vormaligen Großen Exercierplatzes sind 2,5 qm an die Stadt abzutreten, welche der Magistrat zum Einheitspreise von 11 M zu erwerben beantragt.

Die Versammlung erklärt sich hiermit auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, einverstanden.

XVII. Mittel zur Remunerirung neuer Lehrkräfte.

Zu Ostern d. Js. ist die Annahme von 8 provisorischen Lehrern à 1100 M und 2 provisorischen Lehrerinnen à 900 M erforderlich, und ersucht der Magistrat, die zur Remunerirung dieser Lehrkräfte erforderlichen Mittel zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Schulcommission, für welche Herr Müller berichtet, geschieht.

XVIII. Enteignung von Terrain zur Mönchstraße.

Der Fabrikant Hermann Brasche hat von seinen an der Mönchstraße gelegenen Grundstücken zwei, zusammen 4 qm haltende Flächen zur Straße abzutreten und fordert dafür einen Einheitspreis von 96 M, während die städtische Bauverwaltung einen Preis von 65 M für ausreichend erachtet. Dem Antrage des Magistrates, ihn zur Einleitung des Enteignungsverfahrens zu ermächtigen,

stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Bültemann den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

XIX. Statutenentwurf für die Luise Ottmer-Stiftung.

Die am 8. December 1898 verstorbene Wittve des Obergerichts-Advocaten Dr. jur. Ottmer, Luise geb. Rohde, hat in ihrem Testamente die Stadt Braunschweig mit der Maßgabe zu ihrer Erbin eingesetzt, daß der nach Berichtigung verschiedener Legate zu 113 100 M verbleibende Rest ihres Vermögens wie folgt verwendet werde:

- a. Zur Schaffung eines Heims für zunächst vier und höchstens acht allein-stehende Damen soll ein Stift errichtet und demselben außer dem der Erblasserin gehörenden schuldenfreien Grundstücke, Casernenstraße 41, ein Capital von 90 000 M überwiesen werden.
- b. Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Lehrerinnen sollen die Erträge eines Capitals von 30 000 M Verwendung finden.

- c. Der alsdann noch verbleibende Ueberschuß soll stadtseitig zu Unterstüzungen außerhalb des Rahmens der regelmäszigen Armenpflege und zur Förderung gemeinnütziger Zwecke dienen.

Das Ottmer'sche Vermögen bestand am 8. December 1898, abgesehen von dem Mobiliarnachlaß aus den beiden schuldenfreien Grundstücken Casernenstraße 41 und 42 aus einem Capitale von rund 519 000 M. Um den Wünschen der Erblasserin gerecht zu werden, empfiehlt der Magistrat, welcher die Erbschaft angetreten hat, drei verschiedene Stiftungen zu errichten und über die Verwendung der Aufkünfte der größten dieser Stiftungen (unter c) die städtischen Behörden alljährlich entscheiden zu lassen. Es wird nun ein Statutenentwurf für eine Luise Ottmer-Stiftung vorgelegt, demzufolge die Verwaltung des Stiftungsvermögens durch einen vom Magistrate beauftragten, die Verwendung der Aufkünfte aber nach Maßgabe der Entschließung der städtischen Behörden zu geschehen hat. Dabei wird empfohlen, der Stiftung zu a auch das Grundstück Casernenstraße Nr. 42 zuzulegen. Ferner ist der Magistrat der Ansicht, daß die Kosten einer würdigen Ausschmückung der Gräber der Erblasserin und ihres vorverstorbenen Sohnes im Betrage von 5200 M aus den verfügbaren Mitteln des Nachlasses vorweg zu bestreiten seien. Die Versammlung wird nunmehr ersucht, sich über den vorgelegten Statutenentwurf für die zu errichtende Luise Ottmer-Stiftung zu äußern und der Ueberweisung des Grundstücks Casernenstraße 42 an das zu errichtende Ottmerstift zuzustimmen.

Wie Herr Wolff berichtet, empfiehlt die Statutencommission den Statutenentwurf, welcher durchaus sachgemäß ausgearbeitet sei, gutzuheißen und auch den weiteren Antrag des Magistrates anzunehmen,
was geschieht.

XX. Plattenbelagskosten an der Kastanienallee.

Die städtische Bauverwaltung hat den Anliegerbeitrag zu den Kosten des Plattenbelages auf den Fußwegen der Kastanienallee zwischen Helmstedterstraße und Altemiekering auf 9,034 M für 1 m Frontlänge berechnet und giebt der Magistrat anheim, die Kosten in dieser Höhe festzusetzen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, beschlossen wird.

XXI. Einsprachen gegen den Ortsbauplan für die westliche Außenstadt.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Aenderung des Ortsbauplans für die südwestliche und die westliche Außenstadt sind von verschiedenen Seiten Einsprachen erhoben worden, welche der Magistrat bis auf die Einsprache der Braunschweigischen Baugenossenschaft zu berücksichtigen bittet. Letztere bezweckt mit ihrer Einsprache eine Herabminderung der den beiden an ihr gelegenen Bau-

plätzen demnächst zur Last fallenden Straßenkosten, zu welchem Zwecke eine Ermäßigung der Straßenbreite von 17 auf 14 m erbeten wird. Der Magistrat muß diese Einrede für unbegründet erachten, weil die Straße, sobald sie in südlicher Richtung bis zur Frankfurterstraße durchgeführt sein werde, einen erheblichen Verkehr zu bewältigen haben würde. Das Ersuchen des Magistrates geht deshalb dahin, die Einsprache der Braunschweigischen Bauingenieurgesellschaft zu verwerfen, aber der durch Berücksichtigung aller übrigen Einsprachen und Wünsche bedingten Aenderung des Ortsbauplanes zuzustimmen.

Dem Antrage des Magistrates wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, entsprochen.

XXII. Verkauf einer Fläche am Altewiekringe.

Aus Anlaß des Ausbaues des Altewiekringes zwischen Helmstedterstraße und Kastanienallee ist von dem seitens der Stadt erworbenen Kröhl'schen Grundstücke eine 210 qm große Fläche verfügbar geblieben. Der Tischlermeister Metge hat gebeten, ihm diese Fläche zum Einheitspreise von 10 M zu überlassen, und giebt der Magistrat anheim, dieses Gebot anzunehmen, da Herr Metge auch bereit ist, die auf der Fläche ruhenden Straßenkosten von 7918,26 M spätestens am 1. März 1900 zu entrichten.

Der Antrag wird angenommen, nachdem Herr Fiedel denselben Namens der Finanzcommission unterstützt hatte.

XXIII. Baulinien für die Stobenstraße.

Für die beiden Seiten der Stobenstraße wird eine neue Baulinie in Vorschlag gebracht dergestalt, daß die Straße überall mindestens eine Breite von 11 m erhält. Dem Antrage des Magistrates, sich hiermit einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, zu.

XXIV. Enteignung von Theilflächen zur Eichthalstraße.

Die Anlieger der auszubauenden Theilstrecke der Eichthalstraße haben für die von ihnen abzutretenden Theilflächen Preise in verschiedener Höhe gefordert. Der von mehreren Anliegern beanspruchte Einheitspreis von 10 M erscheint dem Magistrate wohl angemessen, jedoch hält derselbe es im Interesse einer gleichmäßigen Behandlung der sämtlichen Anlieger für angezeigt, alle zu der betreffenden Straßenstrecke erforderlichen Theilstrecken zu enteignen und ersucht deshalb um die Ermächtigung zur Einleitung des Enteignungsverfahrens.

Wie Herr Schmidt berichtet, empfiehlt die Baucommission die Genehmigung der Vorlage, wenn er auch persönlich dem freihändigen Ankauf der zu 10 *M* angebotenen Flächen gewünscht hätte. Ferner bitte er, den von den Anliegern gewünschten Ausbau des letzten Theiles der Eichthalstraße nicht gar zu weit hinauszuschieben, zumal da die Anlage eines Hafens in der dortigen Gegend wohl kein Mitglied der jetzigen Versammlung erleben werde. (Widerspruch.)

Herr Bürgermeister Ketemeyer glaubt, daß der zuerst von Herrn Schmidt geäußerte Wunsch des freihändigen Ankaufs der zu 10 *M* angebotenen Flächen sich leicht im Sühneverfahren verwirklichen lasse, wenn die betreffenden Anlieger dann bei ihrer Forderung bestehen bleiben. Wahrscheinlich werde dieser Wunsch aber nicht in Erfüllung gehen, wenn ein Theil der Anlieger 12—15 *M* fordere und die übrigen Anlieger dann mit Recht sich beklagen können, daß ihnen Unrecht geschehen sei. Aus diesem Grunde werde die Expropriation der sämtlichen Flächen empfohlen. Gleichgültig sei übrigens in Bezug auf den Werth des Grund und Bodens als Baugrund, ob derselbe mit Obstbäumen bestanden sei oder nicht. Den Ausbau der letzten Theilstrecke der Eichthalstraße halte auch der Magistrat für wünschenswerth, jedoch lasse sich z. B. in der Sache nichts thun, weil die Straße 20 m breit ausgebaut werden müsse, sofern der Hafen dorthin komme, im anderen Falle aber eine solche Breite nicht nöthig sei. Mit dem Ausbau einer 20 m breiten Straße seien z. B. die meisten Anlieger nicht einverstanden, jedoch könne man nicht jetzt eine 16 m breite Straße ausbauen, weil dann eine Verbreiterung derselben für alle Zeiten ausgeschlossen sei. Es dürfte deshalb wohl genügen, wenn diese Strecke der Straße vorläufig nur provisorisch befestigt werde. Von den Anliegern betreibe auch nur ein einziger den Ausbau der Straße.

Herr Sander kann sich für die provisorische Instandsetzung des oberen Theiles der Eichthalstraße ebenfalls nicht erwärmen und lasse sich vielleicht Abhülfe schaffen, wenn für die Straße Vorgärten angeordnet würden, denn lange könne der heutige unerträgliche Zustand nicht mehr bestehen bleiben. Auf keinem Dorfe finde man eine so schlechte Straße und über die Hafenanlage könne man hinsterven.

Herr Rieke will den traurigen Zustand der Straße gern anerkennen, weiß aber nicht, wie z. B. Abhülfe anders geschaffen werden könne, als durch provisorische Befestigung derselben. Wenn jetzt Vorgärten angeordnet werden, müssen die Anlieger später noch einmal bezahlen und das gebe nur Unzufriedenheit. Deshalb trete er für die Annahme der Magistratsvorlage ein, bitte aber, jedem Anlieger, welcher bauen wolle, Dispens zu erteilen.

Herr Sander ist der Ansicht, daß bei der Anordnung von Vorgärten die späteren Kosten der Magistrat zu tragen habe (Widerspruch), da den Anliegern diese nicht noch auferlegt werden könnten. Bei dem Durchbruch an der Kaiserstraße

habe die Stadt ebenfalls einen bedeutenden Zuschuß geleistet, so daß hier auch etwas geschehen könne. Wenn den Anliegern etwas an der Instandsetzung der Straße liege, würden sie sich wohl auch bereit finden lassen, das Terrain abzutreten, und außerdem sei ja auch schon verschiedentlich angeregt worden, die Bestimmung, nach welcher die Anlieger die Straßenbaukosten zu tragen haben, aufzuheben.

Herr Müller möchte bitten, auch die Wendenmaschstraße und die Catharinenstraße, welche sich in einem sehr traurigen Zustande befinden, recht bald einigermaßen in Stand zu setzen.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

XXV. Erwerb von zwei Flächen zur Frankfurterstraße.

Zur Regulirung der Frankfurterstraße sind von den früher Heinemann'schen, jetzt Bolte'schen Grundstücken zwei zusammen 30 qm haltende Theilflächen abzutreten, für welche der jetzige Eigenthümer, Bauunternehmer Bolte, eine Entschädigung von 450 M beansprucht, die der Magistrat zu bewilligen ersucht.

Auf Empfehlung des Herrn Halle wird die Bewilligung ausgesprochen.

XXVI. Antrag Meyerhoff: Anschluß an den Mittellandcanal.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, geeignete Schritte zu thun, um für die Stadt Braunschweig den vortheilhaftesten Anschluß an den Mittellandcanal zu erreichen“.

Zur Begründung führt Herr Meyerhoff etwa Folgendes aus: Wie Se. Excellenz der Herr Staatsminister von Otto geäußert haben sollte, halte Braunschweig bezüglich des Mittellandcanals das Heft in Händen, um seine Wünsche in Betreff des Anschlusses an denselben zur Geltung zu bringen. Auch habe die Handelskammer seit Jahren das nöthige Material gesammelt und bearbeitet, um für die Stadt Braunschweig möglichst einen Anschluß an den Canal zu erreichen. Bei dem weiten Hinterlande von Braunschweig müsse auch er es für zweckmäßiger halten, einen Stichcanal und nicht eine Stichbahn zu erstreben. Um nun zu dieser so sehr wichtigen Frage Stellung zu nehmen, halte er es für nothwendig, daß sich die städtischen Behörden dieser Frage widmen, damit für Braunschweig derjenige Anschluß an den Mittellandcanal geschaffen werde, welcher sich im Interesse der Stadt am meisten empfehle, gleichviel, welche Kosten dadurch erwachsen. Vielleicht sei es zweckmäßig, eine Deputation einzusetzen, welche in Gemeinschaft mit der

Handelskammer die Angelegenheit weiter verfolgen könne, jedoch wolle er bestimmte Vorschläge nicht machen.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Finanzcommission mit dem Ersuchen überwiesen, die Statutencommission zu der Berathung zuzuziehen.

XXVII. Antrag Südel: Bauerlaubniß am Rautheimer Wege.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat unter Aufhebung eines früheren Beschlusses zu ersuchen, der Braunschweigischen Baugenossenschaft auf den derselben gehörigen, am Rautheimer Wege gelegenen Ländereien die Bauerlaubniß zu erteilen“,

führt Herr Südel aus, daß er den früher wiederholt zurückgewiesenen Antrag nicht etwa mit dem Hintergedanken eingebracht habe, daß diejenigen Herren, welche früher für die Ablehnung desselben gestimmt haben, nunmehr einen anderen Standpunkt einnehmen sollen. Die Sachlage habe sich gegen früher vielmehr derartig verändert, daß die Wiedereinbringung des Antrages gerechtfertigt erscheinen dürfte. Es lägen ihm nämlich aus der Arbeiterschaft von Grimme, Natalis & Co., sowie von der Eisenbahn-Signal-Bauanstalt ungefähr 50 Zuschriften vor, nach welchen in den letzten Jahren die Wohnungsmiethen vor dem Steinthore eine Steigerung bis zu 40 % erfahren haben und es den Leuten nicht mehr möglich sei, in der Nähe ihrer Arbeitsstelle Wohnung zu finden, sie vielmehr genöthigt gewesen wären, in der Altstadt oder doch in großer Entfernung von der Fabrik Wohnung zu nehmen. Daraus ergebe sich aber, daß vor dem Steinthore ein recht erheblicher Mangel an kleinen Wohnungen herrsche, welchem sich durch Erschließung des Terrains am Rautheimer Wege einigermaßen abhelfen lasse. Andererseits sei auch zu erwähnen, daß den Hausbesitzern nur eine ganz geringe Concurrnz durch die Häuser der Baugenossenschaft erwachse, indem Letztere nicht große Miethscasernen, sondern höchstens Häuser mit sechs Wohnungen, ja sogar Einfamilienhäuser zu bauen pflege.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Statutencommission zur Berathung und wird die Baucommission zu der Berathung zugezogen werden.

Der Herr Vorsitzende führt sodann aus, daß bei dem Punkte XIX der Tagesordnung zur Kenntniß der Versammlung gebracht sei, in welcher hochherzigen

Weise die verstorbene Frau Ottmer ihrem Gemeisinn Ausdruck gegeben habe dadurch, daß sie ihr bedeutendes Vermögen nicht nur zu Zwecken der Wohlthätigkeit, sondern auch zu Zwecken, welche dem Allgemeinwohl dienen, gestiftet habe. Die Versammlung werde gebeten, in ehrender Anerkennung und in Dankbarkeit sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Darauf findet der Schluß der Sitzung statt.

Dauer von 4 bis 6³/₄ Uhr.

1898/99.N. 8.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. März 1899.

Tagesordnung:

I. Ordnung der directen Gemeindesteuern	Seite 120
II. Aufnahme einer Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Geiershagen bezw. Promenade in den Ortsbauplan	" 129
III. Antrag Meyerhoff: Anschluß der Stadt an den Mittellandcanal	" 130
IV. Aufnahme einer Verbindungsstraße zwischen Bültenweg und Langercamp in den Ortsbauplan und deren Ausbau, sowie Ausbau eines Theiles des Langencampes	" 133
V. Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 134
VI. Unterstützungsgeſuch der öſterreichiſchen Gemeinde Gottſchee	" 134
VII. Aufhebung einer Theilstrecke der Glückstraße	" 135
VIII. Abkommen mit dem Roloff'schen Concursverwalter und Verkauf des ehem. Wedler'schen Grundstücks	" 135

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Retemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Halle und Nieß.

Die Sitzung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet.

I. Ordnung der directen Gemeindesteuern

Die Reform der Staatssteuern ist neuerdings — vorbehaltlich des wohl unzweifelhaften Zustandekommens einer Vereinbarung über anderweitige Zusammenfassung der Landesversammlung und über Aenderung des Wahlgesetzes — dahin zum Abschluß gebracht, daß, unter Ueberweisung von drei Viertheilen der gesetzlichen Grund- und Gewerbesteuer an die Gemeinden, das Einkommen in erheblich erhöhtem Maße zu den Staatslasten herangezogen und dadurch zum Hauptträger der staatlichen Besteuerung werden soll. Gleichzeitig ist auch durch das vom Landtage noch nicht verabschiedete, voraussichtlich aber zur baldigen Genehmigung gelangende Gemeindeabgabengesetz die Frage geregelt worden, in welcher Weise die Gemeinden demnächst ihre Bedürfnisse decken sollen. Die wesentlichen Grundzüge dieses Gesetzes sind die folgenden: Directe Gemeindesteuern — als welche eine Steuer vom Grundbesitze, vom Gewerbebetriebe und vom Einkommen zulässig ist — dürfen nur insoweit erhoben werden, als die anderweitigen Einnahmen der Gemeinde (aus gewerblichen Unternehmungen, aus dem Gemeindevermögen, aus indirecten Steuern etc.) zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen. Den Gemeinden ist die statutarische Einführung besonderer Steuern gestattet. Das Gemeindeabgabengesetz legt den Gemeinden die Verpflichtung auf, die Zwangsvorschriften desselben sofort zur Anwendung zu bringen. Zu diesem Behufe ist den Gemeinden die Befugniß eingeräumt, ihr bisheriges System der Gemeindesteuern mit den Vorschriften des bezeichneten Gesetzes bereits vom 1. April d. J. ab in Uebereinstimmung zu bringen. Soweit für eine bestimmte Steuerquelle eine besondere Steuer nicht eingeführt ist, erfolgt die Besteuerung in Procenten der vom Staate veranlagten Realsteuern, bezw. in der Form von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer. Die wichtigste Neuerung des Gemeindeabgabengesetzes bilden die Vorschriften über die Vertheilung des Bedarfs an directen Steuern auf die drei Steuerarten vom Grundbesitze, vom Gewerbebetriebe und vom Einkommen. Diese in den §§. 45—47 des Gesetzes enthaltenen Vorschriften lauten:

„§. 45. Die Gemeinden haben zur Deckung des Bedarfs directer Steuern, so oft sie einen der Einheit der Staatseinkommensteuer entsprechenden Zuschlag zu dieser erheben, 3,5 vom Hundert des gemeinde-

steuerpflichtigen Grundsteuercapitals und 35 vom Hundert des vollen Betrags der auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe entfallenden Staatsgewerbesteuer zu erheben. Bei Erhebung eines Theils der Staatseinkommensteuer-Einheit ist der entsprechende Theil der vorstehend bestimmten Beträge der Grund- und Gewerbebesteuer zu erheben.

Zuschläge über den doppelten Satz der Einheit der Staatseinkommensteuer und mehr als 7,5 bezw. 75 vom Hundert (Abf. 1) der Realsteuern dürfen nicht erhoben werden.

§. 46. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde sind die Gemeinden berechtigt, statt der im §. 45, Abf. 1, bestimmten 3,5 bezw. 35 Procent der Realsteuern von beiden Realsteuern oder einer derselben bis zu 4 bezw. 40 Procent steigende höhere, oder bis zu 3 bezw. 30 Procent fallende geringere Beträge zu erheben.

§. 47. Weitere Abweichungen von den in §. 45 getroffenen Bestimmungen können nur im Wege des Statuts angeordnet, oder im Einzelfalle durch das Staatsministerium gestattet werden“.

Zum theilweisen Ersatz für den Steuerausfall, der der hiesigen Stadt durch die oben erwähnte Beschränkung ihrer Befugniß zur Besteuerung des Einkommens erwächst und der nur zu einem Theile durch die Heranziehung der vom Staate überwiesenen Realsteuern gedeckt werden kann, erscheint dem Magistrate zwar an erster Stelle die Einführung indirecter Steuern, im Besonderen einer Abgabe vom Biere geeignet, weil letztere Abgabe ertragreich sein und gleichwohl weniger lästig empfunden werden würde, wie zu hohe directe Steuern. Da er sich aber zur Zeit von abermaliger Einbringung bezüglich der von den Stadtverordneten in den letztverflossenen Jahren wiederholt zurückgewiesener Vorschläge keinen Erfolg verspricht, so beschränkt der Magistrat sich für jetzt auf Anträge wegen Ordnung der directen Gemeindesteuern, und legt der Versammlung den Entwurf eines Statutes, betr. die Ordnung der directen Gemeindesteuern in der Stadt Braunschweig, zur Genehmigung vor.

Der Statutenentwurf hat der vereinigten Statuten- und Finanzcommission zur Vorberathung vorgelegen und berichtet namens derselben Herr Semler: Das vorliegende Statut enthält im Wesentlichen Ausführungsbestimmungen zum Gemeindeabgabengesetze, denn die in diesem enthaltenen Normen finden sich im Statute wiedergegeben. Das Princip des Gesetzes besteht darin, daß der Staat, da er das Einkommen seinerseits als steuerpflichtig behandelt, eine zu große Ausnutzung desselben durch die Gemeinden nicht mehr gestatten will, um für den Staat ein Versiegen dieser Steuerquelle zu verhüten. Deshalb hat der Staat gesagt: wenn bestimmte Beträge als Einkommensteuer erhoben werden, so sind auch bestimmte Beträge nach Verhältnißzahlen durch Realsteuern zu erheben. Um nun die betr.

Bestimmung im §. 45 des Gesetzes zu verstehen, muß man wissen, daß der Staat auf 75 % der bisher in die Staatscasse fließenden Realsteuern, also der Grund- und der Gewerbesteuer, zu Gunsten der Gemeinden verzichtet, aber verlangt, daß Letztere diese Steuern erheben, soweit sie zur Deckung des Steuerbedarfs erforderlich werden. Wenn nun 200 % der Staatseinkommensteuer als Gemeindeeinkommensteuer erhoben werden, so sollen 75 %, der Abrundung wegen aber nur 70 %, der staatlichen Gewerbe- und Grundsteuer zur Erhebung gelangen. Da es nicht möglich ist, jezt noch kurz vor dem Beginne des neuen Finanzjahres mit neuen Steuerprojecten hervorzutreten und der Magistrat auch Bedenken trägt, noch einmal indirecte Steuern in Vorschlag zu bringen, so können wir weniger als 200 % resp. 75 % nicht erheben. Eine Generaldebatte darüber, ob das Statut eingeführt werden soll oder nicht, erscheint nicht erforderlich, weil das Princip festliegt und sich die Besprechung nur darum drehen kann, wie weit die Bestimmungen des Entwurfes für praktisch gehalten werden. Schon der §. 1 desselben, welcher damit zur Besprechung gestellt wird, zeigt sich als eine Wiedergabe des eben entwickelten Princips.

Der §. 1 des Entwurfes wird genehmigt.

Die beiden folgenden Paragraphen des Entwurfes lauten:

„§. 2. Die Besteuerung der Wohnhäuser erfolgt nach Vorschrift des §. 21 des Gemeindeabgabengesetzes in Procenten des aus dem Grundsteuercataster sich ergebenden Grundsteuercapitals derselben.

Die Besteuerung derjenigen Gebäude und Gebäudetheile, für welche staatsseitig ein Grundsteuercapital nicht ermittelt ist, weil sie als nicht zu den Wohnhäusern zählend, oder aus einem anderen Grunde der Staatssteuer nicht unterliegen, erfolgt auf der Grundlage ihres Nutzungswerthes. Als Nutzungswerth (Steuercapital) dieser Gebäude gilt die Hälfte des Miethwerthes derselben.

§. 3. Der Besteuerung der Liegenschaften wird der Nutzungswerth zu Grunde gelegt. Als Nutzungswerth (Steuercapital) gilt der der Beschaffenheit und Lage des betr. Grundstücks entsprechende ortsübliche Pachtwerth“.

Wie der Herr Referent hierzu ausführte, wird als Grundsteuercapital bei Wohnhäusern die Hälfte des Miethwerthes eines Jahres angesehen, welcher für ein Haus ermittelt worden sei. Die Bestimmung, nach welcher der Miethwerth der Wohnhäuser alle zehn Jahre neu geschätzt werde, während der Nutzungswerth der Liegenschaften auf dem Lande seit dem Anfange der 1850er Jahre nicht erhöht worden sei, habe wesentlich dazu beigetragen, daß die Höhe der Abgaben von den

städtischen Grundstücken als eine Unbilligkeit angesehen werde. Bei den fruchttragenden Grundstücken ermittle man den Nutzungswerth, indem man denjenigen Ertrag schätzungsweise feststelle, welchen die Diegenschaft in einem Jahre aufbringe; dieses sei das „Grundsteuercapital“.

Herr Rathe möchte Aufklärung darüber haben, ob wirklich beabsichtigt werde, die bisher vom Staate freigelassenen Gebäude zur Grundsteuer heranzuziehen, was eine allzu starke Belastung der Industrie bedeute, da diese auch noch eine ziemlich hohe Gewerbesteuer zu tragen habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß diese Frage bejahen. Nach dem Grundsteuergesetze seien von den Gebäuden dem Staate nur die Wohnhäuser steuerpflichtig, während alle übrigen Gebäude durch das Gemeindeabgabengesetz zu Gemeindesteuerobjecten gemacht seien.

Herr Meyerhoff fragt an, ob den Gemeinden gestattet sei, für leerstehende Wohnungen, unverpachtete Grundstücke u. dergl. Steuerermäßigungen eintreten zu lassen, oder ob in der bisherigen Weise die Steuer weiter erhoben werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß diese Frage zu verneinen sei, da das Gesetz solche Willkür nicht zulasse. Hierin liege auch die Ursache, weshalb der Staat seinerseits auf die Grundsteuer verzichte und sie den Gemeinden überwiesen habe. Der Staat sage nämlich, seine Einrichtungen kommen jedem Unterthanen gleichmäßig zu Gute, deshalb müsse seinerseits auch eine gleiche Besteuerung derselben eintreten und das sei nur möglich nach dem Principe der Leistungsfähigkeit. Aus diesem Grunde wolle der Staat die Einkommensteuer als die Hauptträgerin der Einkommenslasten aufnehmen und den Gemeinden die Realsteuern überweisen. Letzteres begründe sich weiter darin, daß die Aufwendungen, welche eine Gemeinde mache, in der Hauptsache dem Gewerbe- und dem Grundbesitz zu Gute kommen, welche Beide mit der Gemeinde sich in so nahem Zusammenhange befinden, daß sie mit ihr stehen und fallen. Hier werde daher der Grundsatz aufrecht erhalten werden können, daß die Steuern nicht lediglich nach der Leistungsfähigkeit bezahlt werden, sondern nach dem Gesichtspunkte einer Leistung und Gegenleistung, so daß die Grundbesitzer und Gewerbeinhaber das bezahlen, was die Gemeinde im Interesse ihrer Mitglieder aufwende. Es liege wohl auf der Hand, daß die Mehrzahl der gemeindefeitigen Aufwendungen dem Grundbesitz und dem Gewerbebesitz zu Gute komme. Für die Werthsteigerung eines Hauses erscheine es gleichgiltig, ob dasselbe verschuldet sei oder nicht, und wenn man ein nicht vermiethtes Haus von der Steuer freilassen wolle, würde man das ganze Princip des Gesetzes durchlöchern. Es könne sich folgender Fall zutragen: A. besitze ein schuldenfreies Haus, habe aber ein halbes Jahr keine Miethen erhalten und wünsche Erlaß der

Steuer; B. habe sein bis oben hin verschuldetes Haus vermietet und solle die Steuer bezahlen? Das sei unmöglich. Bei den Culturgrundstücken würden sich ähnliche Unzuträglichkeiten ergeben und könnte bei einer schlechten Ernte eine Steuerermäßigung auch nicht bewilligt werden, obwohl der Schätzungswert auf der Annahme einer Mittelernte festgestellt worden sei.

Herr Lange ist der Ansicht, daß der §. 2 des Entwurfes das Großgewerbe durch Erhebung einer Grundsteuer von den Gebäuden der gewerblichen Etablissements in ganz erheblicher Weise belaste. Das Gewerbe sei durch alle möglichen Abgaben schon so belastet, daß es nur schwer in der Lage sein werde, noch eine weitere Steuer auf sich zu nehmen, und halte er dieses auch so lange nicht für gerechtfertigt, als nicht noch andere Interessentengruppen, z. B. die Besitzer von Wohnhäusern, zu der Steuer herangezogen würden. Die Wohnhäuser müßten mit demselben Rechte neben der Grundsteuer noch eine andere Abgabe, z. B. eine Miethsteuer auferlegt erhalten, wenn die gewerblichen Etablissements neben der Gewerbesteuer auch noch eine Grundsteuer von ihren Fabrikgebäuden u. bezahlen sollen. Ebenso würden die Liegenschaften, welche als Bauplätze anzusehen seien, der erhöhten Grundsteuer unterworfen werden müssen. So lange dieses nicht geschehe, halte er es nicht für gerechtfertigt, das Gewerbe in dieser Weise zu belasten; auch glaube er, daß es für die Abschätzungscommissionen unendlich schwer sein werde, einen gerechten Abschätzungswert zu ermitteln. So z. B. wisse er nicht, wie die Commissionen die hiesigen Zuckerraffinerien, die Zuteilspinnerei, die Braunschweigische Maschinenbauanstalt und dergl. einschätzen wollen, also Fabriken, welche nur einen kleinen Theil ihrer Gebäude zu gewerblichen Zwecken, den größeren Theil aber zu Lagerzwecken benutzen.

Herr Semler will diese Frage dahin beantworten, daß bei den Wohnhäusern und den Fabrikgebäuden als Grundsteuercapital die Hälfte des Miethwerthes eines Jahres angenommen werde und daß eine Steuer nicht erhoben werden könne, wenn ein Miethwert nicht vorhanden sei.

Herr Lange möchte anheimgeben, die gewerblichen Etablissements von der Grundsteuer freizulassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf erwidern, daß die Erhebung der Grundsteuer von den gewerblichen Etablissements eine zwingende Vorschrift sei und es nur darauf ankommen könne, den Schätzungswert der Gebäude einigermaßen zutreffend zu ermitteln. Wenn dieses auch im Anfange einige Schwierigkeiten machen würde, so seien dieselben doch nicht unüberwindlich und die Commissionen müßten eben lernen. Eine ähnliche Einrichtung sei schon bei der Canalsteuer getroffen worden, und werde sich auch hier der richtige Weg bald finden.

Herr Meyerhoff möchte dazu bemerken, daß sich der Grundbesitzer und der Gewerbetreibende nicht weigern werde, für die Lasten aufzukommen, welche die Stadt für ihn übernommen habe, daß bei Einführung eines gleichen Gesetzes in Preußen aber außerordentlich rigorös vorgegangen sei, indem die Städte versucht hätten, fast den ganzen Steuerbedarf durch Realsteuern zu decken und die Einkommensteuer nach Möglichkeit herunterzudrücken. (Widerspruch.) In Breslau schwebte wegen dieser Angelegenheit bereits ein Proceß und wolle er nur hoffen, daß man hier einen anderen Standpunkt einnehmen werde. Es sei entschieden eine Härte im Gesetze, wenn Hauseigenthümer gezwungen würden, die volle Grundsteuer zu zahlen, obwohl ihnen ein Theil des Hauses in Folge Leerstehens der Wohnungen nichts einbringe, und möchte er wissen, ob sich hiergegen gar nichts machen lasse.

Herr Oberbürgermeister Bockels will gern zugeben, daß bei der Veranlagung zur Gebäudesteuer allerdings Härten vorkommen können, daran leiden aber alle menschlichen Einrichtungen. Wenn Herr Meyerhoff besorge, daß in dem hiesigen städtischen Steuerbudget die Realsteuern eine Hauptrolle spielen könnten, so wolle er die entsprechenden Zahlen des nächsten Etatsanschlages hier mittheilen: Im Ganzen seien an Steuern aufzubringen 2174 500 M, davon entfallen auf die Einkommensteuer 1626 400 M, auf die Grundsteuer mit Einschluß der Dienstgebäude und Culturgrundstücke zc. des Staates 379 500 M und auf die Gewerbesteuer 167 500 M.

Herr Semler ist der Ansicht, daß die von den Herren Lange und Meyerhoff vorgetragenen Wünsche erst dann erörtert werden könnten, wenn die Stadt einmal die ganze Grundsteuer überwiesen erhalten sollte, zur Zeit lasse sich aber um so weniger in der Sache thun, als bis zum 1. April nicht noch eine neue Steuer eingeführt werden könne. Herr Meyerhoff möge sich deshalb seine Vorschläge für spätere Zeiten vorbehalten.

Herr Bues kann die neue Besteuerung der gewerblichen Etablissements nur gutheißen, da das bisherige Verfahren, nach welchem nur das Kleingewerbe grundsteuerpflichtig gewesen sei, sich nicht rechtfertigen lasse. Die Einschätzungscommissionen würden auch schon den richtigen Weg finden, den Miethwerth der Gebäude zu ermitteln. Beispielsweise hätte ein Gasthofsbesitzer bisher nicht nur für sein Gewerbe als Gastwirth Steuer bezahlen müssen, sondern es sei ihm auch noch für den Saal eine hohe Steuer auferlegt worden, und wenn er sein Gewerbe in dem Saale habe ausüben wollen, dann habe er noch eine Extraabgabe tragen müssen, so daß er dreifach besteuert worden sei. Deshalb habe er es gewissermaßen als einen Ausgleich der Gerechtigkeit betrachtet, daß auch die größeren Etablissements zur Zahlung einer Gebäudesteuer herangezogen werden sollten.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß, obwohl den Gemeinden das Recht vorbehalten sei, eine besondere Gewerbesteuer zu erheben und zwar nach anderen Grundsätzen, wie der Staat sie erhebe, der Magistrat es doch für richtiger gehalten habe, zur Zeit davon abzusehen. Es sei allerdings möglich, daß man hierauf später noch einmal zurückkommen werde.

Auf die Anfrage des Herrn Löschigt, ob von den Gewerbetreibenden, welche auch Einnahmen an Miethen haben, die Grundsteuer zwei Mal erhoben werde, erwidert Herr Semler, daß dieses nicht geschehe.

Die §§. 2 und 3 des Entwurfs werden hierauf angenommen.

Zu §. 4 des Entwurfs beantragt Herr Semler Namens der Commissionen, den Realsteuer-Ausschuß nicht alle zwei, sondern nur alle fünf Jahre zu wählen.

Herr Meyerhoff bittet, die Bestimmung des Entwurfs, nach welcher der Realsteuer-Ausschuß alle zwei Jahre gebildet werden solle, bestehen zu lassen, welchen Antrag Herr Semler abzulehnen ersucht.

Herr Bültemann will darauf aufmerksam machen, daß es sich hier um die fruchttragenden Grundstücke handle, bei welchen nicht alle zwei Jahre so große Aenderungen vorkommen, um es gerechtfertigt erscheinen zu lassen, den Ausschuß alle zwei Jahre neu zusammenzusetzen. Eine solche Schätzung koste auch so viel Geld, daß es richtiger wäre, nur alle fünf Jahre den Ausschuß neu zu bilden.

Der Herr Vorsitzende bittet, bei diesen Verhandlungen nicht zu vergessen, daß man von dem hohen Selbstgeföhle der freien Selbstverwaltung jetzt heruntergehen müsse.

Der §. 4 gelangt darauf mit der commissionsseitig beantragten Aenderung zur Annahme.

Zum §. 5 beantragen die Commissionen, in dem zweiten Absätze statt „2 Jahren“ zu sagen: „5 Jahren“ und den dritten Absatz wie folgt zu fassen: „Die Steuer wird nach dem für jedes Rechnungsjahr gemäß §§. 48 und 49 des Gemeindeabgabengesetzes festzustellenden Satze von dem Steuercapitale in derselben procentualen Höhe erhoben, in welcher die Steuer vom Steuercapitale der Wohnhäuser Abs. 1 des §. 2) ausgeschrieben wird“.

Herr Oberbürgermeister Pockels findet gegen diese Aenderungen magistratsseitig nichts einzuwenden.

Der §. 5 wird mit den von dem Herrn Referenten beantragten Aenderungen gutgeheißen, während die §§. 6 und 7 unverändert zur Annahme gelangen.

Dem §. 8 stimmt die Versammlung zu, nachdem die Worte: „sowie aus der Betheiligung an dem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ gestrichen waren.

§. 9 wird unverändert angenommen.

Zum §. 10 beantragt der Herr Referent, die Steuersätze der Classen 21—27 wie folgt zu ändern:

Classe	Einkommen		Steuersatz in Procenten
	von mehr als M	bis einschließ- lich M	
21	2600	bis 2700	0,21
22	2700	„ 2800	0,22
23	2800	„ 2900	0,23
24	2900	„ 3000	0,24
25	3000	„ 3200	0,25
26	3200	„ 3400	0,26
27	3400	„ 3600	0,27.

Herr Fiedel will darauf hinweisen, daß in dieser Aenderung wohl eine kleine Erhöhung gegen früher liege, daß dieselbe indessen sehr unwesentlich sei.

Herr Kieke möchte zum §. 9 nachträglich noch bitten, mit der Erhebung der Steuer von einem Einkommen zu 600 M zu beginnen, also nur das Einkommen unter 600 M steuerfrei zu lassen, weil sonst zu viele Einwohner ihres Wahlrechtes verlustig gingen.

Herr Oberbürgermeister Pockels macht darauf aufmerksam, daß solche Aenderung unzulässig sei, weil das hierbei maßgebende Staatseinkommensteuergesetz diese Steuergrenze vorschreibe.

Nachdem Herr Hauswaldt hierzu bemerkt hatte, daß die Einschätzungscommissionen die Einkommen von 600 M einfach auf 601 M festzusetzen brauchten, um dem Wunsche des Herrn Kieke gerecht zu werden,

erklärt sich Letzterer mit der Fassung des §. 9 ebenfalls einverstanden.

Der §. 10 findet darauf mit den von den Commissionen vorgeschlagenen Aenderungen der Steuerscala die Genehmigung der Versammlung.

Zum §. 11 beantragt der Herr Referent, Steuerermäßigungen nur noch bei Einkommen bis zu 5000 M (statt 9000 M) auf Antrag eintreten zu lassen und im Uebrigen den §. 11 der Fassung des §. 170 der Städteordnung anzupassen. §. 11 des Statuts würde hiernach lauten:

„Bei der Veranlagung ist es gestattet, besondere die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Ver-

hältnisse in der Art zu berücksichtigen, daß bei einem steuerpflichtigen Einkommen von nicht mehr als 5000 M eine Ermäßigung der im §. 10 vorgeschriebenen Steuerätze in der Art gewährt wird, daß bei einem Einkommen von nicht mehr als 3000 M eine Ermäßigung des Steuerbetrages um höchstens 30 %, bei einem Einkommen von mehr als 3000 M bis 5000 M um höchstens 25 % erfolgt.

Als Verhältnisse dieser Art kommen namentlich außergewöhnliche Belastungen durch Unterhaltung und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalte mittelloser Angehörigen, andauernde Krankheit und besondere Unglücksfälle in Betracht."

Herr Schmidt möchte anheimgeben, dem §. 11 in dieser Fassung zuzustimmen, weil bei Einkommen von mehr als 5000 M auch jetzt schon keine Steuer nachgelassen sei und bei den geringeren Einkommen der Steuernachlaß von 30 bzw. 25 % doch wirksamer sei als nach den Bestimmungen des Statutentwurfes.

Der §. 11 gelangt darauf in der vorstehenden Fassung zur Annahme.

Sodann wird der §. 12 unverändert und der §. 13 in folgendem Wortlaute genehmigt:

„Die Vertheilung des Steuerbedarfs auf die in §. 1 bezeichneten Steuerarten erfolgt in der Weise, daß, so oft ein der Einheit der Staatseinkommensteuer entsprechender Betrag der Gemeindeeinkommensteuer erhoben wird, 3,5 vom Hundert des gemeindesteuerpflichtigen Grundsteuercapitals und 35 vom Hundert des vollen Betrages der auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe entfallenden Staatsgewerbsteuer zu erheben ist.

Abweichungen von dieser Bestimmung können die städtischen Behörden mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde bzw. des Herzogl. Staatsministeriums für solche Rechnungsjahre beschließen, in denen der Bedarf directer Steuern bei Anwendung des vorstehenden Vertheilungsmaßstabes die Erhebung von mehr als 7,5 vom Hundert des gemeindesteuerpflichtigen Grundsteuercapitals, sowie mehr als 75 vom Hundert der auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe entfallenden Staatsgewerbsteuer erfordern würde“.

Im §. 14 ist nicht der §. 51, sondern der §. 53 des Gemeindeabgabengesetzes anzuziehen und wird der Paragraph mit dieser Aenderung genehmigt, auch der Magistrat ermächtigt, derartige Aenderungen, soweit erforderlich, ohne besondere Genehmigung der Versammlung vorzunehmen.

Der §. 15 erhält auf Antrag der Commissionen folgende Fassung:

„Zur Entrichtung der besonderen Grundsteuer (§. 2 Abs. 2 und §. 3) ist der Eigenthümer des Grundstücks (welchem die erblich Nutzungsberechtigten und die Nutznießer gleich zu achten sind) verbunden. Der Stadtmagistrat ist jedoch befugt, sich an den jedesmaligen Besitzer zu halten. (Vergleiche §. 81 des Grundsteuergesetzes vom 24. August 1849.) Von mehreren Miteigenthümern oder Besitzern eines ungetheilten Grundstücks haftet ein jeder solidarisch für die ganze Steuer“.

Der §. 16 wird unverändert angenommen und dem §. 17 folgender Zusatz gegeben:

„jedoch nur insoweit, als sie in Folge der Bebauung den Charakter als fruchttragende Grundstücke verlieren“.

Nachdem auch noch die §§. 18—24 unverändert angenommen waren, stimmt die Versammlung dem ganzen Statute in der beschlossenen Fassung zu.

Herr Semler übernimmt der Vorsitz.

II. Aufnahme einer Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Geiershagen bzw. Promenade in den Ortsbauplan.

Nach dem Berichte des Stadtbauamtes wird eine Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße, Geiershagen und Promenade für zweckmäßig gehalten und läßt sich dieselbe nach der vorliegenden Skizze ohne besondere Schwierigkeiten, insbesondere ohne Beschränkung der ohnehin sehr beengten Grundstücke am Nickelskulte, dagegen unter voller Ausnutzung des Terrains des canalisirten Burgmühlengrabens in einer Breite von 12 m herstellen. Diese Straßenanlage würde auch eine gute Ausnutzung des an der Nordseite der Kaiserstraße liegenden städtischen Bauplatzes ermöglichen. Indem der Magistrat ersucht, der Aufnahme dieser Straßenstrecke in den Ortsbauplan zuzustimmen, bemerkt derselbe, daß es nicht seine Absicht sei, dieselbe alsbald auszubauen, sondern er vorläufig nur wünsche, ein Verbauen der geplanten Straße zu verhüten und Klarheit darüber zu schaffen, welche Fläche an der Nordseite der Kaiserstraße veräußert werden könne.

Nach dem Berichte des Herrn Wiltmann empfiehlt die Baucommission, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Meyerhoff ist über das Project erfreut, würde sich aber noch mehr freuen, wenn vom Magistrate erklärt werden könnte, daß wenigstens der erste Theil der Straße bis zu der ehemaligen Brücke im Geiershagen alsbald ausgebaut

werden sollte. Geschehe das, so werde sich für die Reststrecke auch bald ein Unternehmer finden und die Stadt komme dann in die angenehme Lage, die an der Kaiserstraße brach liegenden Grundstücke veräußern zu können. Er empfehle also, dem Projecte zuzustimmen, den Magistrat aber gleichzeitig zu bitten, in den nächsten Etat eine Summe für den Ausbau der Straßenstrecke bis zu der ehemaligen Brücke im Geiershagen einzustellen.

Herr Bürgermeister K e t e m e y e r will darauf erwidern, daß dem ersten Theile dieses Wunsches nicht mehr stattgegeben werden könne, weil der Etat für 1899/1900 schon gedruckt worden sei. Außerdem liege seiner Meinung nach auch gar kein Bedürfniß zum alsbaldigen Ausbau der Theilstrecke vor. Treffe diese Ansicht zu, so könnten die Anlieger auch nicht zur Tragung der Straßenkosten herangezogen werden, sondern die Stadt müßte dieselben bezahlen. Da nun ein großer Theil der angrenzenden Grundstücke einen wesentlichen Vortheil durch die Anlegung der Straße haben werde, so würde es nicht richtig sein, dieselbe auf städtische Kosten auszubauen, sondern man thue besser, den Weg der Verhandlung mit den Anliegern zu beschreiten und abzuwarten, bis diese mit Anträgen an die Stadtverwaltung herantreten.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

III. Antrag Meyerhoff: Anschluß der Stadt an den Mittellandcanal.

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 116 des Berichts — ist von der Statuten- und der Finanzcommission vorberathen worden. Beide Commissionen haben sich nach dem Berichte des Herrn Südel dahin ausgesprochen, daß es von einer hohen Wichtigkeit wäre, der Frage eines Anschlusses an den geplanten Canal schon jetzt näher zu treten. Da nun zu Anfang dieser Woche eine Sitzung des Canalvereins stattgefunden habe, in welcher die Angelegenheit eingehend besprochen sei und auch eine Veröffentlichung der Verhandlungen stattgefunden habe, so könne er sich in seinem Referate kurz fassen. Das Project des Mittellandcanals bilde bekanntlich nur einen Theil des großen Projectes, welches die Flüsse Norddeutschlands mit einander verbinden solle. Man beabsichtige Rhein, Ems, Weser und Elbe mit einander zu verbinden und im Anschluß an die schon vorhandenen Canäle eine Wasserstraße vom Rhein bis zur Weichsel herzustellen. Auch für Süddeutschland plane man das Project einer Verbindung des Mains mit der Donau durch einen Canal, so daß dann das Schwarze Meer mit der Ost- und Nordsee verbunden sein würde. Die colossale Wichtigkeit derartiger Wasserstraßen liege auf der Hand und komme erst dann recht zum Bewußtsein, wenn man beachte, daß die Wasserfrachten sich bei zunehmender

Entfernung ganz wesentlich billiger stellen, als die Frachten auf den Eisenbahnen. Dazu komme, daß jetzt die Massenherstellung und die Massenbeförderung von Artikeln an der Tagesordnung sei, sowie daß die Concurrenz des Inlandes mit dem Auslande und des Inlandes unter sich eine so wesentlich gesteigerte sei, daß bei sehr vielen Massenartikeln die Fracht als ausschlaggebend für den Absatz angesehen werden müsse. Zur Zeit werde bei einer größeren Anzahl von Massenartikeln der Absatz thatsächlich durch die Kosten der Eisenbahnfrachten in gewissen Grenzen gehalten, und es gebe eine große Anzahl von Handelsartikeln, bei denen sich ein erheblicher Absatz nur noch durch Frachtersparnisse erreichen lasse. Beispielsweise sei von Braunschweig nach gewissen Städten der Absatz von Zucker nur noch möglich, wenn es dem Verkäufer gelinge, für den Platz durch eine Anzahl von Aufträgen eine Doppelladung Zucker zusammenzubekommen. Falle deshalb einmal ein größerer Abnehmer in solchem Orte aus, so sei dem Händler der Absatz nach demselben einfach unmöglich geworden. Aus diesen Gründen sei die Wasserfracht für Handel und Industrie von allergrößter Bedeutung.

Dem ersten Projecte des Mittellandcanales sei die Annahme zu Grunde gelegt worden, die in der Nähe liegenden größeren Städte durch den Canal zu verbinden und habe man sich denselben deshalb über Hannover — Peine — Braunschweig — Wolfenbüttel — Börsum — Dirschleben — Magdeburg gedacht. Eine solche Führung des Canals sei indessen auf außerordentliche Schwierigkeiten gestoßen, indem man eine genügende Wasserzuführung nicht habe finden können und außerdem die Niveauverhältnisse namentlich zwischen Braunschweig und Börsum sehr ungünstige gewesen seien. Die Steigung habe auf dieser Strecke etwa 40 m betragen, zu deren Ueberwindung 27 Schleusen erforderlich gewesen wären. Hierdurch würden aber nicht nur die Grundkosten, sondern auch die Unterhaltungs- und Betriebskosten des Canals eine unverhältnismäßige Höhe erreicht haben. Das jetzige Project, welches bei Beverungen an der Weser beginne, lasse sich etwa 170 km in einer einzigen Wasserhaltung fortführen, bei Misburg werde das Wasser durch eine Schleuse um 6 m gehoben, laufe dann etwa 90 km in derselben Wasserhaltung fort, um dann noch einmal 6 m zur Elbe herabgesenkt zu werden. Diese Verhältnisse erscheinen so außerordentlich günstig, daß es als aussichtslos betrachtet werden müsse, Bestrebungen auf Durchführung der erstgedachten Linie wieder ins Leben zu rufen.

Es handle sich nun darum, die gewaltigen Nachtheile, welche Braunschweig dadurch treffen, daß die Concurrenzstädte Hannover und Magdeburg direct an dem Hauptcanale liegen, soviel als möglich auszugleichen. Dieser Ausgleich lasse sich aber nur dadurch finden, daß ein Stichcanal von dem großen Canale ab direct vor die Thore Braunschweigs gebaut werde. Dann könnten die Schiffsladungen aus

Westfalen direct bis nach Braunschweig geführt und von hier aus nach Ost und West in das Hinterland Braunschweigs weiter verfrachtet werden. Die Kosten eines solchen Stichcanals seien allerdings recht erheblich, denn man habe dieselben auf 7100 000 M veranschlagt und dürfte es nicht gleichgültig sein, zu erfahren, daß diese Zahl an maßgebender Stelle sehr stutzig gemacht und die Frage hervorgerufen habe, ob solche Summe auch mit Sicherheit zu beschaffen sein werde. Hierdurch sei dann die Frage einer Schleppbahn nach dem günstigsten Punkte des Canals angeregt worden. Eine solche Bahn bestche zuerst dadurch, daß deren Anlagekosten ganz erheblich geringere Aufwendungen beanspruchen, aber die Vortheile derselben würden gegenüber denen eines Stichcanals doch gar zu gering für die Stadt Braunschweig sein. Wenn auch die Frachtsätze der Stichbahn im Anfange sich ziemlich niedrig stellen mögen, so sei doch ins Auge zu fassen, daß sich der Frachtverkehr auf einem Stichcanale bald ganz bedeutend vergrößern werde, ohne daß sich die Unterhaltungskosten irgendwie steigern, während eine Eisenbahn bei vergrößertem Verkehre erheblich mehr Unterhaltungskosten fordere. Man dürfe deshalb nicht nur auf die nächste Zukunft, sondern müsse auch darnach sehen, wie sich die Sache nach Jahrzehnten und Jahrhunderten gestalten werde. Jedenfalls müsse man sich den Vorwurf der Nachkommen zu ersparen suchen, daß man zu kurzfristig gewesen sei und sich den Anschluß für später fast ganz unmöglich gemacht habe. Einer weiteren Ausführung, weshalb die Anlage einer Schleppbahn nur ein ganz ungenügendes Auskunftsmittel für den Fall sein könnte, daß die Stadt nicht in der Lage wäre, die Summe, welche der Stichcanal erfordere, aufzubringen, bedürfe es wohl nicht. Ohne einen Stichcanal, der eine Lebensbedingung für Braunschweig sei, könne dieses, namentlich in seinem Verhältnisse zu Hannover und Magdeburg, nicht weiter fortschreiten. Wenn der Hafen Braunschweigs außerdem 20 km von der Stadt entfernt liege, so würden an dieser Stelle eine Menge Bauten nöthig, um die Ausnutzung der Schleppbahn und des großen Canals für Braunschweig zu ermöglichen. In solchem Falle würden sich auch viele Geschäfte vor die Frage stellen müssen, ob es ihnen ferner noch möglich sein werde, ihre Geschäfte von Braunschweig aus besorgen zu können, oder ob sie nicht wenigstens ihr Bureau an den Hafen hinaus verlegen müssen, wenn sie nicht überhaupt vorziehen werden, Braunschweig ganz zu verlassen und nach Magdeburg oder Hannover zu verziehen, um die Vortheile des Canalanschlusses aus erster Hand zu haben. Der Stichcanal würde etwas östlich vom preussischen Dorfe Leiferde von dem Hauptcanale abzweigen und, die Dörfer Wargbüttel, Gr. Schwülper, Walle, Watenbüttel, Beltenhof und Delper westlich liegen lassend, in der Nähe der Pumpstation im Eichthale bei Braunschweig endigen. Von dem Hafen im Eichthale aus können die eingehenden Sachen theilweise mittelst einer elektrischen Bahn den Empfängern zugeführt werden, so daß die Beförderung eine möglichst schnelle und

einfache werden würde. Die Kosten des Stichcanals würden natürlich durch die Interessenten abgetragen werden müssen.

Aus allen diesen Gründen habe nun die Finanzcommission in Gemeinschaft mit der Statutencommission beschloffen, der Versammlung folgende Resolution zur Genehmigung zu unterbreiten:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, folgender Erklärung beizutreten: Die Verbindung Braunschweigs mit dem in Aussicht genommenen Mittellandcanale ist eine Lebensfrage für Stadt und Land, die Herstellung dieser Verbindung durch einen Stichcanal ist allein geeignet, die Interessen Braunschweigs dauernd genügend zu sichern. Die städtischen Behörden erklären sich schon jetzt bereit, einen den finanziellen Verhältnissen der Stadt entsprechenden Betrag zu den Kosten des Stichcanals zu leisten, bezw. die Zinsgarantie für einen angemessenen Betrag zu übernehmen. Die Wichtigkeit, welche die städtischen Behörden der Erbauung eines Stichcanals beilegen, bestimmt dieselben, schon jetzt eine Commission einzusetzen, welche beauftragt wird, in Verbindung mit bereits bestehenden Vereinigungen die Angelegenheit eingehend zu verfolgen und durch Berichte die städtischen Behörden auf dem Laufenden zu erhalten“.

Die Versammlung stimmt dieser Resolution einstimmig zu und wählt die Herren Hanswaldt und Wolters in die Commission.

IV. Aufnahme einer Verbindungsstraße zwischen Wültenweg und Langercamp in den Ortsbauplan und deren Ausbau, sowie Ausbau eines Theiles des Langencamps.

Die Bauunternehmer Manegold und Utermark haben gebeten, eine Verbindungsstraße zwischen dem Wültenwege und Langencampe nördlich von der Zimmerstraße in den Ortsbauplan aufzunehmen und auf ihre Kosten als Ortsstraße auszubauen. Da es zu Unzuträglichkeiten führen würde, wenn man die neue Straße in den Langencamp ausmünden ließe, ohne gleichzeitig auch die zwischen der Nordgrenze des Jürgens'schen Grundstückes und der Zimmerstraße gelegene Theilstrecke des Langencamps auszubauen, so hat der Magistrat mit den in Frage kommenden Anliegern Jürgens und Meyer gleichfalls ein Abkommen getroffen und ersucht nunmehr, der Aufnahme der neuen Verbindungsstraße zwischen Wültenweg und Langercamp in den Ortsbauplan zuzustimmen, auch die mit Manegold, Utermark, Jürgens und Meyer abgeschlossenen Verträge bezw. Ab-

kommen zu genehmigen und sich mit Anwendung der Vorschriften in den §§. 7 bis 12 des Ortsbaustatuts auf die beiden Straßen einverstanden zu erklären.

Die Vorlage wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Nieke berichtet, sowie nach einigen Bemerkungen der Herren Hauswaldt und Bürgermeister Ketemeyer genehmigt.

V. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche des Reisenden Rudloff und des Schmieds Burgdorf werden verworfen, wogegen dem Gesuche der Frau Lange stattgegeben wird.

VI. Unterstützungsgesuch der österreichischen Gemeinde Gottschee.

Der Waisenhausbauverein für Gottschee mit dem Sitze in Laibach hat sich an die Versammlung mit dem Ersuchen gewandt, zur Fertigstellung des deutschen Waisenhauses in Gottschee einen Beitrag zu leisten, damit das im Rohbau vollendete Haus in dieser deutschen Sprachinsel mit ihrer ärmlichen Bevölkerung endlich fertig gestellt werden könne.

Nach dem Berichte des Herrn Blasius steht die Statutencommission der Sache sehr sympathisch gegenüber, da sie es als eine Pflicht jeder deutschen Stadt betrachte, auch den Deutschen im Auslande zu helfen. Es lasse sich indessen commissionsseitig nicht feststellen, ob die in dem Bittgesuche hervorgehobenen Momente auch richtig seien, weshalb die Commission vorschlage, den Magistrat zu ersuchen, nähere Erkundigungen darüber einzuziehen, ob die Angaben des Gesuches auf Wahrheit beruhen und, falls dieselben zutreffen, den Magistrat zu ermächtigen, der Gemeinde einen mäßigen Beitrag zu überantworten.

Herr Hauswaldt muß diesem Antrage zu seinem Bedauern widersprechen, da die städtischen Mittel seiner Ansicht nach nicht zur Unterstützung der Bestrebungen anderer Städte Verwendung finden können. Besser würde es ihm scheinen, wenn die Versammlung sich entschließen möchte, eine Sammlung unter ihren Mitgliedern privatim vorzunehmen und diesen Betrag der nothleidenden deutsch-österreichischen Gemeinde zu überweisen. Wenn man hier aus öffentlichen Mitteln etwas bewillige, könne man weitere ähnliche Anträge auch nicht ablehnen. Er empfehle, den Magistrat zu bitten, die ihm auf seine Anfrage eingehende Auskunft über die dortigen Verhältnisse der Versammlung mitzutheilen und könne diese dann immer noch beschließen, was sie thun wolle.

Nachdem Herr Blasius den Antrag der Statutencommission in diesem Sinne abgeändert hatte,
wird derselbe von der Versammlung genehmigt.

VII. Aufhebung einer Theilstrecke der Glückstraße.

Durch den Ausbau der Rudolfsstraße zwischen Petri- und Glückstraße ist die Glückstraße auf der Theilstrecke zwischen Petri- und Rudolfsstraße entbehrlich geworden und kann aufgehoben werden. Nachdem mit den Anliegern eine gütliche Vereinbarung dahin getroffen worden ist, daß der Firma Albert Lindemann Nachf. zwei Flächen des betreffenden Weges zu 76 qm und der Rest des Weges dem Bauunternehmer Kielhorn überlassen wird, ersucht der Magistrat, der Aufhebung der Wegestrecke zuzustimmen und den notariellen Vertrag mit den Anliegern zu genehmigen. Herr Kielhorn zahlt an die Stadt 3000 M., wovon indessen 1417,50 M. dem Fonds zum Ausbau der nördlichen Theilstrecke der Rudolfsstraße zufließen soll, während der Rest von 1582,50 M. dem Unternehmer Witte, bezw. den Anliegern der südlichen Theilstrecke der Rudolfsstraße zu Gute kommt.

Dem Magistratsantrage wird auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Böschigt berichtet, zugestimmt.

VIII. Abkommen mit dem Koloff'schen Concursverwalter und Verkauf des ehemaligen Wedler'schen Grundstücks.

Der gegen den Maurermeister Koloff angestrengte Proceß — Seite 76 des Berichtes von 1898/99 — ist zu Gunsten der Stadt entschieden und die Beschlagnahme mehrerer Grundstücke des Beklagten angeordnet worden. Die indessen Bekterer jetzt in Concurs gerathen ist und es nicht feststeht, zu welchem Theile die Forderung der Stadt im Concurse Deckung findet, so erscheint es dem Magistrate gerathen, das Angebot des Concursverwalters anzunehmen, dahingehend, daß die Stadt gegen sofortige Zahlung von 2000 M. seitens des Concursverwalters die Klage nicht weiter fortsetzt. Das ehem. Wedler'sche Grundstück kann dann sofort anderweit verkauft werden. Für dasselbe hat der Bauunternehmer Wesche unter dem Vorbehalt der Ertheilung der Bauerlaubnis 32500 M. geboten und giebt der Magistrat weiter anheim, ihn zum Verkaufe des Grundstücks für diesen Preis zu ermächtigen.

Auf Antrag der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, wird beiden Anträgen des Magistrats zugestimmt.

Nachdem sodann noch ein Gesuch des Eisenbahnschaffners a. D. Hartmann, in welchem derselbe bittet, bei Bebauung der Ringstraße den Werth seines, Altfeldstraße 1 gelegenen Grundstücks nicht zu vermindern, oder ihn entsprechend zu entschädigen, der Baucommission zur Vorberathung überwiesen war,

wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6¹/₄ Uhr.

B e r i c h t i g u n g.

In dem Berichte *N*. 7 über die Sitzung vom 16. Februar 1899 muß auf Seite 106 bei Punkt V der Tagesordnung der Name des Referenten nicht Vollmann, sondern Voller lauten.

1898|99.

Nr. 9.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 23. März 1899.



Tagesordnung:

I. Gesuch von Hartmann wegen der Alfelfdstraße	Seite 138
II. Gesuch wegen Ausbaues des nördlichen Theiles der Maschstraße	" 138
III. Vollendung und innere Einrichtung des neuen Stadthauses	" 140
IV. Hundesteuer-Erlaßgesuch	" 145
V. Abtretung von Terrain an die Herberge zur Heimath	" 145
VI. Rückzahlung von Gasrohrkosten an der Hamburgerstraße	" 145
VII. Erweiterung des Kabelnetzes für das Electricitätswerk	" 145
VIII. Abtretung und Erwerb von Terrain an der Carlstraße	" 146
IX. Aenderung des Ortsbauplans an der Kaiser-Wilhelmstraße	" 147
X. Uebernahme von Straßenbau- und Terrainerwerbskosten an der Rudolfstraße	" 147
XI. Aenderung eines Theiles des Fußweges an der Helmstedterstraße	" 147
XII. Ankauf des ehem. Demmer'schen Vorderhauses	" 148
XIII. Gebührensätze für die Markthalle	" 156
XIV. Gesuch von Koenen wegen Ueberlassung von Straßenterrain	" 158
XV. Antrag Müller: Beschaffung eines Glockenspieles für den Stadthaus-thurm	" 160
XVI. Antrag Müller: Instandsetzung der Straße an der Catharinentirche	" 161
XVII. Anfrage Hauswaldt: Krankentransport nach dem städt. Krankenhaus	" 161



Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Halle, Lupprian, Nieß, Nolte und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und macht die Versammlung zunächst mit folgenden Eingängen bekannt:

- 1) Eine nicht genannte Grünwaarenhändlerin bittet die Versammlung, dafür einzutreten, daß die Grünwaarenhändler ihre jetzigen Stände in der Markthalle behalten und daß die Vertheilung der Plätze in den Ständen durch das Loos geschehen möchte.

Die Eingabe wird, weil anonym, zu den Acten gelegt.

- 2) Verschiedene Anlieger der Juliusstraße zwischen Kaland- und Frankfurterstraße bitten, die Kosten des Ausbaues dieser Straßenstrecke anderweit festzusetzen.

Diese Eingabe geht an die Baucommission zur Vorberathung. In die Tagesordnung eintretend verhandelt die Versammlung hiernach über

I. Besuch von Hartmann wegen der Altfeldstraße.

Der pensionirte Schaffner Hartmann bittet die Versammlung, dafür Sorge tragen zu wollen, daß bei Bebauung der Ringstraße der Werth seines Grundstücks, Altfeldstraße 1, nicht vermindert werde, oder, wenn sich dieses nicht umgehen lasse, er eine entsprechende Entschädigung erhalte.

Nach dem Berichte des Herrn Löschigt empfiehlt die Baucommission Uebergang zur Tagesordnung, da es nicht möglich sei, das Interesse der Allgemeinheit zurückzustellen gegenüber dem Interesse eines Einzelnen.

Herr Ebeling will die Berechtigung der Klage des Bittstellers gern anerkennen, da die Altfeldstraße nach der Instandsetzung der Ringstraße in Fortfall komme. Es möchte sich wohl empfehlen, demselben einen Zugangsweg zu der Ringstraße zu überweisen und daherhalb später auf das Gesuch zurückzukommen, aber auf eine bedeutende Entschädigung könne Hartmann nicht rechnen.

Da Herr Bürgermeister Ketemeyer erklärt, daß dem Magistrate eine gleiche Eingabe zugegangen sei und diese noch der Prüfung unterliege, so wird das hier vorliegende Gesuch als erledigt betrachtet.

II. Gesuch wegen Ausbaues des nördlichen Theiles der Maschstraße.

Verschiedene Anlieger der Maschstraße haben eine Eingabe an den Magistrat gerichtet, in welcher gebeten wird, den Ausbau der Maschstraße recht bald zu veranlassen. Begründet wird dieses Gesuch mit den traurigen Zuständen, welche auf

der Straße herrschen und die mit Rücksicht auf den lebhaften Wagen- und Fußgängerverkehr dringend Abhülfe fordern.

Die Baucommission läßt durch Herrn Löschigk empfehlen, den Magistrat zu ersuchen, mit den Anliegern nochmals in Verhandlung zu treten, da es möglich sei, daß sich bei den jetzt geänderten Verhältnissen eine Einigung mit den Anliegern erzielen lassen werde.

Herr Rieke will unter Anerkennung des traurigen Zustandes der Maschstraße darauf hinweisen, daß den 12 Anliegern, welche die Instandsetzung derselben wünschen und die zu den Kosten recht wenig beizutragen haben würden, 6 Anlieger gegenüberstehen, welche erklären, die Kosten nicht aufwenden zu können. Die Instandsetzung der ganzen Maschstraße würde namentlich bezüglich der Kniep'schen Ecke so viel Geld kosten, daß man zweifelhaft sein könne, ob solche Maßnahme im Interesse der Anlieger geboten erscheine. Uebrigens besitze die Maschstraße seit der Einrichtung des Wendenringes keinen so lebhaften Fußgängerverkehr mehr wie früher und könne deshalb mit deren Ausbau ruhig noch gewartet werden. Er empfehle Annahme des Commissionsantrages.

Herr Ebeling muß sich diesen Ausführungen anschließen. Bei den ungemäßen hohen Forderungen einiger Anlieger würden sich die Straßenkosten dort auf 270—300 M für 1 m belaufen und seien verschiedene Anlieger nicht im Stande, so hohe Kosten zu übernehmen. Für die Berücksichtigung der Eingabe spreche vielleicht der Umstand, daß einige Anlieger sehr schmale Zugangswege zu ihren Grundstücken haben, im Uebrigen könne man derselben einen besonderen Werth nicht beilegen, weil die Instandsetzung des oberen Theiles der Maschstraße nur eine locale, nicht aber eine allgemeine Bedeutung besitze und weil die Bittsteller selbst nur geringe Straßenkosten zu zahlen haben würden. Ganz anders würden die Verhältnisse liegen, wenn man auch die erste Strecke der Maschstraße ausbauen könne, jedoch lasse sich dieses erst dann ermöglichen, wenn die dortigen Anlieger mit viel bescheideneren Forderungen hervortreten würden.

Herr Sander ist für eine Instandsetzung der Maschstraße, weil der traurige Zustand derselben im Interesse der immer noch sehr lebhaften Passage endlich beseitigt werden müßte. Außer den Bittstellern wünschten noch verschiedene andere Anlieger den Ausbau der Straße und hätten diese die Eingabe nur deshalb nicht unterschrieben, weil sie befürchteten, sich dadurch ihre Rechte zu vergeben. An den wenigen widerstrebenden Anliegern dürfte aber der Ausbau nicht scheitern, sondern es müsse gegen dieselben das Enteignungsverfahren eingeleitet werden. Er wolle indessen gegen den Commissionsantrag nicht stimmen und sich nur vorbehalten, später auf die Sache zurückzukommen.

Der Antrag der Baucommission wird darauf angenommen.

III. Vollendung und innere Einrichtung des neuen Stadthauses.

Zu nutzbarer Herstellung der Räume des neuen Stadthauses sind noch folgende Baulichkeiten und Anschaffungen erforderlich, welche in dem allgemeinen Kostenanschlage für den Neubau des Stadthauses unberücksichtigt geblieben sind und von der städtischen Bauverwaltung wie folgt veranschlagt werden:

1. Für die Ausstattung der Dienst- und Geschäftsräume mit Möbeln *z.* 60 200 M. Es ist darauf Bedacht genommen, daß alle Möbel, welche jetzt in den einzelnen Geschäftszimmern der städtischen Verwaltungszweige benutzt werden, soweit thunlich im neuen Stadthause wieder Verwendung zu finden haben. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Kosten für die Ergänzung von Möbeln der gewöhnlichen Arbeits- und Geschäftszimmer aus den laufenden Mitteln der Cämmereicasse zu bestreiten seien. Dagegen erscheint es ihm geboten, daß die aus dem Rahmen einfacher Geschäftszimmer heraustretenden Sitzungssäle und Commissionszimmer der städtischen Behörden eine stilgerechte und reichere Ausstattung erhalten, sowie, daß das Empfangszimmer des Magistratsvorsitzenden in ähnlicher Weise ausgestattet werden möge. Da indessen magistratsseitig angenommen wird, daß für das Arbeitszimmer des Vorsitzenden ein einfach gehaltenes Mobiliar genügt, und daß für den Sitzungsaal der Stadtverordneten nicht 50, sondern nur 36 Sitzplätze vorzusehen sind, so würden von dem Kostenanschlage der städtischen Bauverwaltung einschließlich der in den laufenden Etat zu übernehmenden Kosten für die Instandsetzung der vorhandenen Möbel zusammen 8 110 M abzusetzen und nur 52 090 M zu veranschlagen sein.

2. Für die Anschaffung von Treten und den Einbau von Glaswänden zur Einrichtung der Hauptzahlstelle und der Hebestellen der Stadtcasse 11 200 M. Mit Rücksicht darauf, daß die in dem Anschlage vorgesehene 5. und 6. Zahlstelle noch nicht berücksichtigt zu werden braucht, empfiehlt es sich, diese Anschlagssumme auf 8 200 M herabzusetzen.

3. Für Fenstervorhänge in sämtlichen Ruhräumen, Fußreinigungsböden *z.* 26 000 M. Der Magistrat empfiehlt, hierfür, unter Absetzung verschiedener Posten, 24 778 M zu verwilligen.

4. Für elektrische Beleuchtung *z.* 41 000 M. Da der Magistrat der Ansicht ist, daß von der Einrichtung einer für den Fall der Versagung der elektrischen Anlage zu benutzenden Gasbeleuchtung der Corridore und Treppen Abstand genommen und dafür eine Nothbeleuchtung durch Kerzen hergestellt werden kann, so ersucht derselbe, nach Absetzung einiger weiteren kleineren Beträge diesen Posten mit 34 800 M zu bewilligen.

5. Für elektrische Glockensignale und eine Telephonanlage 6600 M. Die vorgeschlagene Hausstelephonie wird für entbehrlich gehalten, so daß ein Ausgabenposten von nur 2900 M verbleibt.

6. Vorrichtung zur Unterbringung von Fahrrädern 3500 M. Die Bewilligung dieses Postens wird empfohlen.

7. Umzug und die damit verbundenen Kosten 3000 M. Dieser Posten kann hier gestrichen werden, weil die für den Umzug zc. erforderlichen Geldmittel in den ordentlichen Etat der Cämmereicasse eingestellt sind.

8. Herstellung eines Brunnens mit Luftkühlanlage auf dem inneren Hofe 22000 M. Diese Anlage wird für jetzt unterbleiben können, so daß der Posten ausfällt.

9. Innerer Ausbau des Rathskellers 80000 M. Da eine Nutzung der Kellerräume zu wirtschaftlichen Zwecken z. B. nicht beabsichtigt wird, so hält der Magistrat den inneren Ausbau der Kellerräume für unnöthig. Immerhin wird empfohlen, die zur Ausführung der Pugarbeiten, des Betonfußbodens, der Treppen, der Thür- und Fensterverschlüsse, der Canal- und Wasserleitungsanlage zc. erforderliche Summe von 25000 M schon jetzt aufzuwenden.

10. Für Aufstellung von Figuren an der südlichen Außenseite des Gebäudes 13000 M, deren Bewilligung anheimgegeben wird. Es handelt sich um Aufstellung von vier Figuren, welche die Wissenschaft, die Kunst, den Gewerbefleiß und den Handel veranschaulichen sollen und deren Herstellung dem Bildhauer Krüger in Frankfurt a/M. für den Preis von 12000 M übertragen werden soll.

Die Versammlung wird ersucht, die Ausführung der im Vorstehenden empfohlenen Baulichkeiten und Anschaffungen zu genehmigen und dazu einen Credit von 164268 M zu bewilligen.

Namens der Baucommission giebt Herr Bültmann anheim, jeden einzelnen Punkt der Vorlage besonders zu behandeln. Zum Punkte 1 empfehle die Commission, für die Sitzungszimmer nicht Polsterstühle, sondern Rohrstühle zu wählen, im Uebrigen aber die Position zu bewilligen.

Herr Ribbentrop bittet, die Position in der von der städtischen Bauverwaltung beantragten Höhe zu bewilligen. In dem Stadthause besitze man einen so stilvoll durchgebildeten Bau, daß selbst die Stimmen der Mögler ihm gegenüber schweigen und da müsse die innere Einrichtung dem Aeußeren des Hauses gleichen.

Der Herr Vorsitzende will darauf hinweisen, daß wenigstens insofern ein Abstrich vorzunehmen sei, als man für den Sitzungssaal der Stadtverordneten nicht 50, sondern nur 36 Stühle gebrauche.

Herr Böschigk möchte mittheilen, daß die Baucommission von der Ansicht ausgegangen sei, den Mitgliedern des Magistrates die Amtszimmer ganz ihren Wünschen und ihrer Bequemlichkeit entsprechend ausstatten zu lassen.

Herr Lange muß sich gegen die Beschaffung von Rohrstühlen für das Sitzungszimmer der Versammlung erklären und annehmen, daß hier eine unrichtige Auffassung der Commission vorliege. Unter Polsterstühlen werde man Stühle mit gepreßtem Lederüberzuge verstehen sollen, auf denen man bequem und kühl sitze. Ein solcher Stuhl mache einen ganz anderen Eindruck als ein Rohrstuhl und letzterer passe auch nicht in einen solchen Bau. Wenn man ein so schönes Gebäude errichtet habe, dürfe man auch nicht 8000 M sparen wollen, um den ganzen Eindruck zu verderben. Deshalb bitte er, die Ausstattung dem Hause würdig anzupassen und sie nicht armselig zu gestalten.

Herr Bültmann möchte dazu bemerken, daß die Baucommission eine armselige Ausstattung der Zimmer ebenfalls nicht wünsche, sondern nur den Wünschen des Magistrates in Bezug auf eine einfache und bequeme Einrichtung, welche noch dazu billiger sei, entgegenkommen wolle. Hiermit könne sich die Versammlung wohl einverstanden erklären.

Herr Lord kann diesen Grund schon deshalb nicht gelten lassen, weil die Geschäftszimmer der Magistratsmitglieder auch vielfach vom Publicum betreten werden und man sich dadurch fortgesetzt der öffentlichen Kritik aussetze. Darum dürfe man nicht knausern.

Herr Bürgermeister Ketschmer will mittheilen, daß es auch in der Absicht des Magistrates liege, seine Geschäftszimmer durchaus angemessen auszustatten und sollen alle unschönen alten Möbel ausgeschlossen werden. Zweifelhaft erscheine es nur, ob die stilgerechten Möbel auch für den täglichen Gebrauch bequem genug seien.

Der Herr Vorsitzende muß es ebenfalls für bedenklich halten, den Magistrat zwingen zu wollen, stilvolle Stühle in Gebrauch zu nehmen, die vielleicht gar nicht bequem seien.

Herr Stadtrath Götte möchte bitten, diese Frage dem Magistrate zur Entscheidung zu überlassen, da es dem Herrn Oberbürgermeister unangenehm sein würde, wenn man sein Arbeitszimmer mit stilvollen Möbeln ausstatten wollte. Die übrigen Mitglieder des Magistrates möchten ebenfalls ihr gewohntes Mobiliar weiter benutzen und bürge der Schönheitssinn derselben dafür, daß sie nichts Häßliches in ihren Zimmern dulden werden.

Herr Lange ist der Ansicht, daß unter möglichster Berücksichtigung dieser Wünsche doch auch dem Ganzen Rechnung getragen und eine gewisse Einheitlichkeit gewahrt werden müsse. Das lasse sich sehr gut vereinigen, wenn man die Magistratszimmer stilvoll ausstatte und den Herren außerdem noch einige bequeme Stühle hineinstelle. Jedenfalls müsse er sich aber gegen die Beschaffung von Rohrstühlen erklären.

Herr Löschigt will zur Beruhigung des Herrn Lange anführen, daß der Stadtbaurath Winter schon für stilvolle Möbeln sorgen werde.

Herr Bues glaubt versichern zu können, daß sich stilvolle Stühle eben so bequem wie einfache Stühle herstellen lassen. Nur die Gewohnheit könnte Veranlassung sein, daß man an den alten Stühlen hänge, denn der Stadtbaurath Winter werde schon dafür sorgen, daß die Stühle bequem und zugleich schön hergerichtet werden. Wenn man ein so schönes Haus baue, dürfe man auch in Bezug auf das Mobiliar nicht vom Stile abweichen.

Herr Meyerhoff hat in auswärtigen Rathhäusern stets gefunden, daß auch bei der inneren Ausstattung dem Aeußeren Rechnung getragen sei. Wenn die Bescheidenheit der Magistratsmitglieder auch begreiflich erscheine, so müsse man doch auch darauf halten, daß das Amtszimmer des Oberbürgermeisters eine Sebenswürdigkeit der Stadt sei. Er empfehle daher, die Position in der von der städtischen Bauverwaltung beantragten Höhe wieder herzustellen und es dem Uebereinkommen des Magistrates mit dem hausführenden Beamten zu überlassen, dem Wunsche der Versammlung Rechnung zu tragen.

Herr Rieke bittet, bei dieser Frage auch die finanzielle Seite nicht außer Acht zu lassen. Man brauche nicht zu knausern, habe aber trotzdem nicht nöthig, Stühle zu nehmen, die 90 M. kosten, sondern könne billigere und dabei eben so stilvolle Sachen beschaffen. Es empfehle sich nicht, Sessel zu beschaffen, die erst ein Diener rücken müsse, wenn sie gebraucht werden sollen.

Der Herr Vorsitzende glaubt, daß man sich über Sachen streite, die man nicht genügend kenne. Deshalb gebe er anheim, die Position zu bewilligen, die Beschlußfassung aber von einer Vereinbarung zwischen Magistrat, Stadtbaurath Winter und Baucommission abhängig zu machen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit, sowie ferner damit einverstanden, daß statt der 50 Sitzplätze nur 36 in dem SitzungsSaale der Stadtverordneten eingerichtet werden.

Punkt 2 der Magistratsvorlage gelangt ohne Besprechung zur Annahme.

Bei Punkt 3 ist die Commission nach dem Berichte des Herrn Bültemann mit der Streichung der Position 11, betreffend die Ausschmückung der Erker-einbauten im Arbeitszimmer des Oberbürgermeisters, einverstanden, wogegen nach dem Berichte des Herrn Löschig gebeten wird, die Ausgabe bei Position 12, die Ausschmückung des Empfangszimmers betreffend, aufrecht zu halten, da dieser Raum, um ihn stilvoll zu erhalten, auch mit Portieren zc. ausgestattet werden müsse.

Herr Lange ist der Meinung, daß die Versammlung in solche Details nicht eingehen könne und es genüge, wenn sie dem Wunsche Ausdruck gebe, daß das Stadthaus in nobler und schöner Weise ausgestattet werde. (Zustimmung.)

Herr Födel schließt sich dieser Ansicht an und bemerkt, daß es nicht möglich sei, hier den Preis der Gardinen zc. festzusetzen.

Herr Stadtrath Götte will darauf hinweisen, daß diese Abstriche der Herr Oberbürgermeister aus reiner Bescheidenheit selbst vorgenommen habe, weil derselbe eine luxuriöse Ausstattung seiner Räume nicht wünsche.

Herr Engelbrecht bittet, in eine Einzelberathung nur noch bei den Punkten 8 und 9 (Brunnen und Rathskeller) einzutreten, alles Andere aber der Vereinbarung zwischen Magistrat, Stadtbaurath Winter und Baucommission zu überlassen.

Herr Brückmann möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß den allzu bescheidenen Wünschen des Magistrates nicht in vollem Umfange Rechnung getragen werde, da bei der Ausstattung des Stadthauses auch dem Geschmacke und Bedürfnisse späterer Zeit entsprochen werden müsse.

Die Position wird bis zu der von der städtischen Bauverwaltung veranschlagten Summe bewilligt.

Zum Punkt 4 ersucht Herr Lange, die Gasanlage als Nothbeleuchtung beizubehalten und von der Beleuchtung durch Kerzen abzusehen, weil Letztere im entscheidenden Augenblicke meistens nicht zur Stelle seien.

Herr Bürgermeister Metemeyer möchte dazu bemerken, daß der Magistrat mit Rücksicht auf die gewölbten Decken des Stadthauses nicht gern Gas in dasselbe hineinlegen lassen möchte. Vielleicht lasse sich aber durch die Anbringung von Accumulatoren Abhilfe schaffen, so daß eine weitere Reservebeleuchtung nicht nöthig sei.

Herr Födel hat die Anlegung von Accumulatoren ebenfalls empfehlen wollen.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß die Fertigstellung des Stadthauses immer noch weiter hinausgeschoben werde, wenn man jetzt noch beschließen wolle, die Gasleitung in dasselbe zu legen.

Die Punkte 5, 6 und 7 geben zu Bemerkungen keinen Anlaß und bei Punkt 8 wird beschloffen, von der Anlegung eines Brunnens einstweilen abzusehen. Bezüglich der Instandsetzung des Rathskellers (Punkt 9) erklärt sich die Versammlung mit dem Vorschlage des Magistrates einverstanden, während die Beschlußfassung über Punkt 10 (Anbringung von Figuren) einstweilen noch ausgesetzt wird.

Schließlich erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß für die Ausstattung des Stadthauses eine Summe bis zur Höhe des von der städtischen Bauverwaltung angeforderten Betrages mit Ausnahme der in der Versammlung beanstandeten Beträge bewilligt und die Durchführung der Vorlage einer Vereinbarung zwischen Magistrat, Stadtbaurath Winter und Baucommission überlassen bleibe.

IV. Hundesteuer-Erlassgesuch.

Das Gesuch der Wittve Fischer um Erlass der Steuer für einen Wachhund wird nach der bisherigen Gepflogenheit der Versammlung abgelehnt.

V. Abtretung von Terrain an die Herberge zur Heimath.

Vom Magistrate wird ersucht, eine nördlich vom Gebäude der Herberge zur Heimath gelegene 2,17 a große Fläche an die Herberge für den Preis von 4804,38 M abzutreten und zu gestatten, daß dieser Preis erst am 1. Juli 1900 bezahlt zu werden braucht. Außerdem verpflichtet sich der Vorstand der bezeichneten Herberge, der Dampfmühlengesellschaft an Straßenbaukosten 714,02 M und der Stadt 81,32 M zu zahlen, auch die für den Ausbau der Broihemer- und einer projectirten benachbarten Straße noch zu erwartenden Kosten als zinsfreies Darlehn hypothekarisch auf das Grundstück eintragen zu lassen.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, angenommen.

VI. Rückzahlung von Gasrohrkosten an der Hamburgerstraße.

Die hiesige Schützengesellschaft hat gebeten, ihr die im Jahre 1894 verauslagten Kosten für das nach dem Schützenplatze gelegte Gashauptrohr mit 442,40 M zurückzuerstatten, und giebt der Magistrat anheim, dem Antrage zu entsprechen, da die Vorbedingungen hierzu erfüllt seien.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, gelangt die Magistratsvorlage zur Annahme.

VII. Erweiterung des Kabelnetzes für das Elektrizitätswerk.

Die Straßeneisenbahn-Gesellschaft hat beantragt, ihr zu gestatten, das ursprünglich in Aussicht genommene Kabelnetz noch auf folgende Straßen auszudehnen: Wolfenbüttlerstraße bis Elmstraße, Campe-, Leisewitz-, Elm-, Salzdahlumer-, Adolf-, Billier- und Parkstraße, Helmstedterstraße bis Marthastraße, Marthastraße, Leonhardstraße bis Marthastraße, Humboldtstraße, sowie die in dem ersten Ausbau nicht enthaltenen Theile von Hagenstraße und Hagenring, Bültzenweg bis zum kl. Exercierplatze, Gaußplatz, Jerusalemstraße, Spielmannstraße, Neue Promenade, Schleinitzstraße, kl. Exercierplatz, Hamburgerstraße bis zur Nebenstraße, Nebenstraße, Catharinenstraße und Straße „am Wendenthore“ zwischen Hamburger- und Schubertstraße. Dem Antrage des Magistrates, sich hiermit einverstanden zu erklären,

ersucht Herr Hauswaldt namens der Finanzcommission zuzustimmen.

Herr Lange möchte die Aufmerksamkeit auf einen Punkt lenken, der ihm heute zu Ohren gekommen sei. In der neuesten Nummer des elektrotechnischen Anzeigers finde sich eine Bemerkung, nach welcher Professor Arnold in Karlsruhe Versuche mit einer 200 Volt starken Glühlampe angestellt habe, die ergeben haben, daß diese Lampe ca. 10 % mehr Strom gebrauche, als die 110voltige Lampe, welche bei der Feststellung des Voltpreises für die Hektowattstunde bekanntlich zu Grunde gelegt worden sei. Wenn nun eine Mittheilung von Dr. Seiffert zutreffe, so beabsichtige die hiesige Straßenbahngesellschaft Strom von 220 Volt zur Anwendung zu bringen und würde das gleichbedeutend sein mit einem Preisaufschlage von 10 %, welchen das Publicum bei gleicher Lichtstärke zu bezahlen haben würde. Herrn Ribbentrop bitte er um Aufklärung, ob die zur Anwendung kommenden Lampen so construirt seien, daß sie nicht mehr Strom gebrauchen als 110voltige Lampen.

Herr Ribbentrop erwidert, daß Versuche mit fünf verschiedenen Lampen aus fünf verschiedenen Fabriken gemacht worden seien. Es erscheine nicht angängig, aus diesen das Mittel zu nehmen und daraus einen Rückschluß auf die Brauchbarkeit aller Lampen zu ziehen. Da der betreffende Artikel erst heute Morgen erschienen sei, so könne er eine bestimmte Antwort auf die gestellte Frage noch nicht geben.

Herr Lange bedauert, auf seine Frage eine bestimmte Antwort nicht erhalten zu haben und bemerkt, daß auch bei der ausgewählten Lampe ein Mehrverbrauch festgestellt sein solle. Wenn dieses zutreffe, würde vielleicht der §. 2, Absatz 4 des abgeschlossenen Vertrages in Anwendung zu bringen sein, nach welchem der Stadt das Recht zustehe, eine Aenderung der Rabattscala zu verlangen.

Nachdem der Herr Vorsitzende bemerkt hatte, daß diese Angelegenheit zur Besprechung noch nicht reif genug zu sein scheine, wird die Magistratsvorlage angenommen.

VIII. Abtretung und Erwerb von Terrain an der Carlstraße.

Die Bauunternehmer Dorn und Friederich haben gebeten, ihnen von dem der Stadt gehörigen Grundstücke A 32 an der Carlstraße eine 78 qm große Theilfläche zu überlassen und sind dieselben bereit, der Stadt tauschweise eine 90 qm große Fläche, welche zur Verbreiterung der Carlstraße bestimmt ist, mit der Maßgabe zu überlassen, daß ihnen für die überschießenden 12 qm der Betrag von 96 M auf die Straßentkosten gutgeschrieben werde. Endlich haben sich die Genannten noch bereit erklärt, eine 3,06 a große Fläche, welche der Stadt schon früher abgetreten, aber noch nicht aufgelassen war, der Stadt ohne weitere Vergütung aufzulassen. Dem Antrage des Magistrates, dieses Abkommen gutzuheißen, stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Riefe berichtet, zu.

IX. Aenderung des Ortsbauplans an der Kaiser-Wilhelmstraße.

Von den beiden Ecken der Nordseite des im Zuge der Kaiser-Wilhelmstraße vorgeesehenen freien Platzes zweigen dem Ortsbauplane zufolge zwei in nordwestlicher und nordöstlicher Richtung verlaufende kurze Straßenzüge ab, welche die einzelnen von ihnen berührten Grundstücke in schräger Richtung durchschneiden und eine angemessene Bebauung dieser Grundstücke erschweren. Das Stadtbauamt hat deshalb empfohlen, den Ortsbauplan an dieser Stelle entsprechend abzuändern und giebt der Magistrat anheim, dieser Aenderung zuzustimmen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, geschieht.

X. Uebernahme von Straßenbau- und Terrainerwerbskosten an der Rudolfstraße.

Der mit dem Kaufmann Witte unterm 10. Mai 1892 wegen Ausbaues eines Theiles der Rudolfstraße abgeschlossene Vertrag enthält auch die Bestimmung, daß dem Unternehmer die von den Anliegern zu zahlenden Straßenkostenbeiträge stadtsseitig überwiesen werden sollen. Da nun der Unternehmer sich mit Recht durch die nachträgliche Aufnahme zweier von der für ihn in Betracht kommenden Strecke der Rudolfstraße nach Norden abzweigenden Straßen in den Ortsbauplan benachtheiligt fühlt, so ersucht der Magistrat, unter näherer Begründung der Summe, von den Kosten 7556,25 M auf die Stadtcasse zu übernehmen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für die wiederum Herr Rieke berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XI. Aenderung eines Theiles des Fußweges an der Helmstedterstraße.

Nachdem der Plattenbelag auf dem nordwestlichen Fußwege der Kastanienallee fertiggestellt worden ist, erscheint es wünschenswerth, zwischen dem Endpunkte derselben an der Einmündungsstelle der Kastanienallee in die Helmstedterstraße und dem Endpunkte des auf dem nördlichen Fußwege dieser Straße befindlichen Mosaikpflasters eine Befestigung aus Mosaikpflaster oder Platten zur Ausführung zu bringen. Zur Durchführung dieser Maßnahme wird empfohlen, die äußere Begrenzung des Fußweges zweckmäßig dahin abzuändern, daß sie parallel zur Grundstücksgrenze gestaltet werde, und zu beschließen, daß die dort stehende Anschlagssäule entsprechend verlegt werde, sowie für diese Arbeiten insgesamt 1150 M zu bewilligen.

Auf Antrag der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, wird nach einigen Bemerkungen des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer be-

schlossen, der Magistratsvorlage zuzustimmen und die Anschlagssäule vor das Feltensche Restaurant zu verlegen.

XII. Ankauf des ehem. Demmer'schen Vorderhauses.

Der Magistrat hatte vor einiger Zeit bei der Versammlung beantragt, zur Erhaltung der Fassade des sogen. Demmer'schen Hauses im Saal *M* 5 das Vorderhaus auf Abbruch anzukaufen und an anderer Stelle wieder zu errichten. Bei der commissarischen Vorprüfung dieses Antrages ist nun die Frage angeregt worden, ob nicht einer Niederlegung und anderweitigen Wiederaufführung dieses Gebäudes die Belassung desselben an gegenwärtiger Stelle durch stadtseitigen Ankauf des betr. Gesamtgrundstückes im Hinblick darauf vorzuziehen sei, daß die den Hofraum und die Seitengebäude bildenden, hinter der Neuenstraße gelegenen Theile desselben vortheilhaft zur Entschädigung derjenigen benachbarten Hausbesitzer würden Verwendung finden können, denen bei planmäßiger Verbreiterung des Eingangs der Neuenstraße Terrain abgenommen werden müsse. Die von der städt. Bauverwaltung dieserhalb angestellten Betrachtungen und Berechnungen haben nun ergeben, daß die Kosten für die Verbreiterung des Eingangs der Neuenstraße unter allen Umständen ohne Inanspruchnahme von Theilen des Demmer'schen Grundstückes selbst dann noch erheblich niedriger sich stellen werden, wenn hierbei der Werth des Vorderhauses auf dem Demmer'schen Grundstück mit 25 000 *M* von dem Preise des Gesamtgrundstückes zu 200 000 *M* vorweg in Abzug gebracht wird.

Nach dem Ergebnisse dieser Erhebungen hält der Magistrat seinen ersten Antrag wegen Erwerbes lediglich des Demmer'schen Vorderhauses auf Abbruch behuf dessen Wiederaufführung an anderer Stelle aufrecht und ist zugleich in der Lage, der Versammlung auch Vorschläge darüber zu unterbreiten, wo, wie und mit welchem Kostenaufwande dieses Vorderhaus wieder aufzuführen sei. Als ein in jeder Beziehung geeigneter Bauplatz erscheint dem Magistrate der am Burgplatz zwischen den Häusern 2 und 3 gelegene, der Familie von Veltheim-Deßtedt gehörige Garten, der z. B. durch eine unschöne Mauer gegen den altherwürdigen Burgplatz abgeschlossen ist. Dieser Garten besitzt eine Größe von 7,46 a und eine Vorderfront von 12,6 m. Die Bedenken des Magistrates, daß der Platz schwer und auch nur unter Aufwendung großer finanzieller Mittel erhältlich sein würde, sind zerstreut worden, nachdem von Sr. Königl. Hoheit aus Höchsteigenen Mitteln ein Beitrag von 15 000 *M* zur Verfügung gestellt worden ist und auch das Herzogliche Staatsministerium einen Zuschuß in gleicher Höhe aus Staatsmitteln in Aussicht gestellt, die Familie Veltheim aber sich bereit erklärt hat, den Garten mit Zustimmung der Agnaten zum Preise von 50 000 *M* an die Stadt zu ver-

kaufen. Hiernach werden sich die Gesamtkosten des Erwerbes und des Wiederaufbaues des Demmerschen Vorderhauses wie folgt berechnen:

Erwerb des Vorderhauses . . .	25 000 M
Kosten des Abbruches . . .	2 200 "
Erwerb des Bauplatzes . . .	50 000 "
Wiederaufbau des Hauses . . .	36 000 "

zusammen 113 200 M,

mithin nach Absatz der Zuschüsse von 30 000 "

zu Lasten der Stadt 83 200 M.

Da das neu errichtete Gebäude einen Jahresertrag von mindestens 2000 M liefern wird, so hält der Magistrat dafür, daß von den Erwerbs- und Baukosten 50 000 M aus dem Grundcapitalvermögen der Cämmereicasse bestritten werden, während der Rest mit 33 200 M dem Schulhausbaufonds ohne Beeinträchtigung seiner Hauptaufgabe zur Last gelegt werden könne.

Hiernach beantragt der Magistrat, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß das Demmer'sche Vorderhaus für 25 000 M angekauft, abgebrochen und auf dem von Belthelm'schen Garten, nach dessen Ankauf für 50 000 M, mit einem Kostenaufwande von 36 000 M wieder aufgebaut werde und daß die Gesamtkosten wie vorhin angegeben, Deckung finden.

Namens der Statutencommission berichtet über die Vorlage Herr Engelbrecht: Gegen die Vorlage sollen sich viele Stimmen in der Stadt erhoben haben, doch beruhen die Bedenken nur auf Unkenntniß der Vorlage und werden sie bei dem Bekanntwerden der Letzteren wahrscheinlich sofort verstummen. Der Zweck der Vorlage gehe dahin, der Stadt ein altherwürdiges Bauwerk zu erhalten, welches am schönsten und deutlichsten von allen Gebäuden den Charakter der Zeit, in welcher es entstanden, wiedergebe. Bei Beurtheilung der Vorlage müsse man neben dem idealen Zwecke derselben auch deren materielle Seite berücksichtigen. Die Stadt Braunschweig zeichne sich weder durch ihre Lage, noch durch sonstige Vorzüge vor anderen Städten Deutschlands aus, etwas aber habe sie immer gehabt, das ihr besonderen Ruhm verliehen habe und das sei der Charakter einer alten deutschen Stadt, welcher den Fremdenverkehr hierher ziehe und ihr großen Nutzen bringe. Wenn man es aber, wie es leider vor Kurzem bei dem Stern geschehen sei, dazu kommen lasse, daß die alten Gebäude mehr und mehr aus der Stadt verschwänden, so nehme man der Stadt ihr altherwürdiges Gepräge, das wesentlich ihren Ruhm begründe und werde sie dadurch auch materiell schwer schädigen.

Auf die Vorlage selbst eingehend wolle er darauf hinweisen, daß man entweder das ganze Grundstück, oder nur das Vorderhaus auf Abbruch ankaufen könne.

Stimmen aus dem Publicum behaupten, daß die Fagade mit 25 000 M zu theuer bezahlt sein würde, doch lasse sich hierüber nicht rechten, weil man berücksichtigen müsse, zu welchem Preise die Fagade zu haben sei. Ebenso wenig lasse sich feststellen, ob thatsächlich von anderer Seite ähnlich hohe Gebote gemacht worden seien. Da der Ankauf des ganzen Grundstücks aus den vom Magistrate angeführten Gründen auch von der Commission verworfen werde, so bleibe nur der zweite Vorschlag — Ankauf des Vorderhauses auf Abbruch — übrig und dieser werde der Versammlung zur Genehmigung empfohlen. Was den Ankauf des Belthelm'schen Gartens anlange, so sei der dafür geforderte Preis von 50 000 M als ein durchaus angemessener zu betrachten. Die Kosten des Wiederaufbaues des Hauses würden ausgeglichen durch den Besitz eines entsprechend werthvollen Gebäudes, welches von der Stadt mit 83 200 M zu bezahlen sei und das, in der schönsten Gegend der Stadt gelegen, eine Zierde der ganzen Gegend sein würde. Wenn sich auch noch nicht übersehen lasse, ob es sogleich gelingen werde, das Gebäude entsprechend einträglich zu machen, so stehe doch so viel fest, daß durch die in Aussicht gestellten Zuschüsse Sr. Königl. Hoheit des Regenten und des Herzoglichen Staatsministeriums nach Deckung der Kosten für den Ankauf und den Abbruch des Hauses noch ein geringer Betrag zur Deckung etwaigen Zinsverlustes übrig bleibe. Bei Ausführung dieses Projectes würde die Stadt ein Grundstück erwerben, welches den dafür angelegten Werth auch thatsächlich besitze und man laufe hierbei nur die Gefahr, daß das Grundstück vielleicht eine Zeitlang nicht die Einnahmen bringe, welche man aus entsprechend hohen Werthpapieren würde beziehen können. Diese Differenz werde sich aber vollkommen dadurch ausgleichen, daß die Stadt durch die Erhaltung eines derartigen alten Bauwerkes eine moralische Pflicht erfülle und ihr daraus die in der Vorlage geschilderten Vortheile erwachsen. Wenn man dem Antrage des Magistrats zustimme, werde man das hoch interessante Gebäude der Stadt an einer Stelle erhalten, an welcher es nicht nur wirksam hervortreten, sondern auch dazu dienen werde, einem der schönsten Plätze der Stadt durch Beseitigung der dort vorhandenen höchst störenden Lücke seine frühere Schönheit wieder zu verleihen. Früher habe man durch die Lücke den Andreasthurm hindurchtragen sehen, jetzt sei sie aber ein Schandfleck des Platzes geworden, weil man durch dieselbe auf moderne Hintergebäude sehe. Aus allen diesen Gründen empfehle die Statutencommission die Genehmigung der Magistratsvorlage.

Herr Koch bittet um Ablehnung der Vorlage, obgleich der Herr Referent dieselbe in der schönsten Weise geschildert habe. Die Stadt besitze nicht so viel Geld, um für ein derartiges Gebäude solche Aufwendungen zu machen. Man werde dieses Haus ebenso schnell vergessen, wie den Stern, namentlich wenn man berücksichtige, was für ein schönes Gebäude an dessen Stelle gesetzt worden sei. Die Stadt müsse sehr sparen, denn es sei zu bedenken, daß die Lehrergehälter der

Aufbesserung schon lange warten und daß die Lösung der Wasserfrage, der Bahnhoffrage u. s. w. viel Geld kosten werde.

Herr Löschigt tritt für die Erhaltung des Hauses an seiner jetzigen Stelle ein. Auch in der Bürgerschaft wünsche man nicht, daß das Haus angetastet werde und es müßte sich komisch ausnehmen, wenn die Fremden das Haus Sach M. 5 suchen und es an seiner jetzigen Stelle nicht mehr finden. Wenn das Haus in Folge Verbreiterung der Straße oder aus einem anderen nothwendigen Grunde fortgenommen werden müßte, würde er sich auch für die Magistratsvorlage erwärmen, so aber liege kein Grund vor, daß Haus zu beseitigen, namentlich da der für das ganze Grundstück geforderte Preis nicht so hoch sei, um deshalb das Haus beseitigen zu müssen. Was die in Aussicht gestellten Zuschüsse von 30 000 M. anlangen, so würden dieselben voraussichtlich auch dann gezahlt werden, wenn das Demmer'sche Haus an seiner jetzigen Stelle stehen bleibe. (Widerspruch.) Durch das Abreißen des Hauses werde es an Werth verlieren, da man es doch nicht wieder so genau werde zusammenstellen können, wie es gewesen sei. Darum empfehle er nochmals, das ganze Grundstück anzukaufen und das Haus an seiner jetzigen Stelle stehen zu lassen.

Herr Rieke ist der Meinung, daß es für Viele doch recht zweifelhaft sei, ob man dem Erwerbe des Hauses in der einen oder anderen Form näher treten solle, namentlich wenn man berücksichtige, daß die Kosten immer noch etwas über den Anschlag hinausgehen werden. Dem Ankaufe des Grundstücks würde er viel eher zustimmen können, wenn damit zugleich eine Verbreiterung der Neuenstraße bezweckt werden sollte. Den Fremdenverkehr könne man durch solche Sachen überhaupt nicht heben, sondern der werde sich erst dann bessern, wenn der Stichcanal fertig sei und die Stadt Anschluß an das Westeisenbahnnetz erhalten haben werde. Hierfür solle man kräftig eintreten, nicht aber für solche Projectenmacherei. Wenn das Haus die Geschichte seiner Entstehungszeit darstellen solle, so möchte er doch darauf aufmerksam machen, daß man einem jungen Mädchen jene Schnitzerei nicht gut zeigen könne und daß der Verfertiger derselben heute unter den groben Unfugparagraphen fallen würde. Wollte ein Engländer die Fagade kaufen, so möge man sie ihm hingeben, aber der Fagade wegen mit schweren Opfern ein neues Haus zu errichten, halte er nicht für angezeigt. Besser wäre es schon, dieselbe bei dem neuen Gebäude für Archiv oder Museum zu verwenden, dann könnten sich die Fremden sie mit den Schätzen der Stadt zugleich ansehen und die Stadt ersparte viel Geld. In der Bürgerschaft könne man sich an vielen Stellen für die Ideen des Magistrates selbst unter Berücksichtigung der Zuschüsse von hoher Stelle nicht begeistern. Man dürfe bei dieser Gelegenheit auch nicht von der Schönheit des Burgplatzes reden wollen, denn so lange derselbe ein so elendes Pflaster und keinerlei gärtnerische Anlagen habe, könne er nicht schön genannt werden. Aus

allen diesen Gründen vermöge er sich nur dafür auszusprechen, entweder die Fagade bei irgend einem städtischen Gebäude zu verwenden, oder mit dem Ankauf des Grundstücks eine Verbreiterung der Neuenstraße zu verbinden.

Herr Lange will bekennen, daß er hierher gekommen sei in der Absicht, gegen den Ankauf des Hauses zu stimmen. Nach der ausführlichen Darlegung des Referenten aber und nach einer Belehrung von sachverständiger Seite über den Kunstwerth der Fagade werde er für den Ankauf und die Wiederaufstellung des Vorderhauses auf dem Burgplatze stimmen. Was den Preis des Hauses und Grundstücks betreffe, so mache die Stadt bei 83 200 M kein schlechtes Geschäft und erkläre er sich gern bereit, das Haus der Stadt für diesen Preis wieder abzunehmen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer ist der Meinung, daß nach dem Angebote des Herrn Lange eigentlich jede weitere Besprechung dieses Punktes überflüssig sein könnte. Wer auf dem Standpunkte stehe, daß die Stadt nicht die Pflicht habe, das Gebäude zu erhalten zu suchen, der müsse allerdings gegen die ganze Vorlage stimmen, jedoch glaube er, daß die Mehrheit der Versammlung diesen Standpunkt nicht einnehme. Der Vorschlag des Herrn Löschigk habe vom finanziellen Standpunkte aus wohl etwas Bestechendes, jedoch würde die Stadt ein schlechtes Geschäft dabei machen, weil sie ein Capital von 200 000 M todt hinlegen und dann warten müßte, bis die Anlieger der Neuenstraße neu bauen wollen, denn die Stadt könne, wenn sie nicht ungeheure Summen aufwenden wolle, die Häuser nicht ankaufen und niederlegen. Es komme noch der Umstand dazu, daß die Anlieger nicht einmal verpflichtet seien, sich mit Grund und Boden von der Stadt entschädigen zu lassen. Aus dieser Erwägung falle das Project ohne Weiteres, zumal ihm ein anderes Project gegenüberstehe, welches für die Stadt noch eine geringe Rente abwerfen werde.

Herr Wagner möchte gegenüber Herrn Koch bemerken, daß auch viele Bürger die Erhaltung des Hauses wünschen. Es unterliege keinem Zweifel, daß Braunschweig gerade durch seine alten Bauwerke interessant sei, aus welchem Grunde man dafür sorgen müsse, die wenigen alten Bauwerke möglichst zu erhalten. In anderen Städten, z. B. in Hannover, habe man solche werthvollen historischen Gebäude auch an anderen Stellen wieder errichtet, weshalb er sich für die Genehmigung der Magistratsvorlage aussprechen müsse.

Herr Füdcl kann der Ansicht des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer nicht beistimmen, daß das Geld für den Erwerb des ganzen Grundstücks zinslos festgelegt werden müßte, da dasselbe nach dem Ausbau des Gebäudes einen Ertrag wohl abwerfen würde. Ohne eine gegentheilige Berechnung halte er es für ebenso vortheilhaft, das ganze Grundstück zu erwerben, als das Haus anzukaufen, abzureißen und an anderer Stelle wieder aufzubauen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will nicht bestreiten, daß man aus der Vermietung des Vorderhauses wohl eine geringe Verzinsung zu erwarten haben würde; dagegen lasse sich eine Verwerthung des Hofes und der Hintergebäude nicht ermöglichen, weil doch die Stadt den Brennerbetrieb nicht fortsetzen könne.

Herr Böschigt glaubt, daß bei der Einleitung von ernstlichen Ankaufsverhandlungen der Eigenthümer des Grundstücks noch im Preise herunter gehen werde. Sobald man das Gebäude an eine andere Stelle setze, habe es nur noch halben Werth. Es liege auch gar kein Grund vor, das Haus dort fortzunehmen, da es sich nicht um einen Straßendurchbruch und eine andere Nothwendigkeit, dasselbe zu beseitigen, handle. Auch mit Herrn Koch, der mit seiner Meinung wohl ziemlich einsam dastehe, sei er nicht gleicher Ansicht, da man für ein so bedeutungsvolles Gebäude auch etwas aufwenden müsse. Man dürfe indessen nicht halbe Arbeit machen, wenn man sich bei späteren Geschlechtern nicht Vorwürfe holen wolle. Das Gebäude passe in den breiten Burgplatz gar nicht hinein, zumal an der Stelle desselben auch der Uebergang von dem „Deutschen Hause“ zu diesem alten Bauwerke fehle. Darum solle man nicht an dem alten Gebäude rütteln und einmal im Interesse der Verbreiterung der Neuenstraße ein größeres Opfer bringen.

Herr Nolte ist der Ueberzeugung, daß es Braunschweig schlecht anstehen würde, wenn es für ein historisch so werthvolles Gebäude nichts übrig haben wollte, da doch andere Städte, namentlich Hildesheim, außerordentliche Aufwendungen für die Erhaltung solcher Bauwerke gemacht haben.

Herr Bues steht auf gegentheiligem Standpunkte, da die Stadt seiner Meinung nach für solchen Zweck gar nicht so viel Geld übrig habe. Auf jeden Fall mache der Besitzer des Grundstücks ein gutes Geschäft und es empfehle sich im Interesse der Stadt wohl mehr, das ganze Grundstück anzukaufen, da dasselbe nach Abrechnung der Zuschüsse von 30 000 M. doch nur noch 170 000 M. kosten würde. (Widerpruch.) Wenn man der Vorlage des Magistrates zustimme, so werde bald eine Nachforderung kommen und schließlich koste das Burgplatzproject ebensoviel, wie das ganze Grundstück im Sacke gekostet haben würde. Deshalb erkläre er sich gegen die Magistratsvorlage.

Herr Meyerhoff ist für die Erhaltung des Gebäudes auf seinem jetzigen Plage. Wenn man das alte verschobene Haus abreiße und wieder aufstelle, so würde an demselben so viel erneuert werden müssen, daß man schließlich ein ganz neues Haus haben würde. Es sei ihm nicht bekannt, ob sich nicht auch noch historische Erinnerungen im Innern des Gebäudes vorfinden und er hätte gewünscht, hier einen Riß des Hauses zu finden. Bei dem Erwerbe des ganzen Grundstücks, welcher noch höhere Opfer von der Stadt erfordere, würden seiner Meinung nach die versprochenen Zuschüsse, vielleicht noch etwas erhöht, gleichfalls

gezahlt werden (Widerspruch), da doch die Stadt ein größeres Risiko übernehme. Deshalb solle man das größere Opfer bringen und das Haus an seinem jetzigen Platze stehen lassen, um es vielleicht als Raritätencabinet oder dergleichen zu verwenden.

Herr Rathe möchte noch darauf hinweisen, daß das Demmer'sche Haus an seinem jetzigen Platze sich unschön ausnehmen würde, sobald die Nachbargrundstücke erst einmal mit modernen Häusern bebaut sein würden. Aus diesem Grunde begrüße er die Magistratsvorlage, welche dieses schöne Kunstwerk dem altherwürdigen Burgplatze einfügen wolle, als eine glückliche Idee, welcher er um so freudiger zustimme, als zur Verwirklichung derselben auch noch ein Zuschuß in Aussicht gestellt worden sei. Man dürfe hierbei gar nicht mit dem aufzuwendenden Capitale, sondern nur mit den Zinsen desselben rechnen und diese würden durch den Fremdenzug voll aufgebracht werden, namentlich wenn man in das Haus eine Abtheilung des städtischen Museums mit werthvollen alten Sachen verlege.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will auf die verschiedenen Auslassungen erwidern, daß der vorgelegte Anschlag sämtliche Kosten enthalte, welche zur Ausfüllung des kleinen Zwischenraumes auf dem Burgplatze mit dem Demmer'schen Vorderhause nöthig seien und daß der Zuschuß von 30 000 M nur unter der ausdrücklichen Bedingung in Aussicht gestellt worden sei, daß das Gebäude am Burgplatze wieder Aufstellung finde.

Herr Sander erkennt den künstlerischen Werth des Hauses vollkommen an und ist auch für die Erhaltung desselben, aber nur an seiner jetzigen Stelle, weil sonst dessen Originalität erheblich abgeschwächt werden würde. Wenn die Stadt hierbei auch anscheinend ein größeres Opfer bringe, so werde sie sich in Wirklichkeit sogar besser dabei stehen. Der Besitzer werde aus dem Hause nicht gern hinauswollen, weil auf demselben die Concession zum Brennereibetriebe ruhe, und die versprochenen Zuschüsse würden seiner Meinung nach auch zu dem Erwerbe des ganzen Grundstücks geleistet werden, da es sich doch um die Erhaltung des Hauses allein handle. Dazu trete noch der Umstand, daß bei einer Verbreiterung der Neuenstraße, welche nicht mehr lange auf sich warten lassen werde, die Stadt das Grundstück vorzüglich verwerthen könne. Hiernach werde sich die angelegte Summe aber besser verzinsen, als wenn man das Haus auf den Burgplatz stelle.

Ein Schlußantrag wird auf Einsprache des Herrn Hauswaldt abgelehnt.

Herr Hauswaldt will auf das Bedenkliche der Situation aufmerksam machen, wenn bei der bevorstehenden Abstimmung weder das eine, noch das andere Project eine Mehrheit finden und Alles abgelehnt werden sollte. Er würde an erster Stelle für das Burgplatzproject und an zweiter Stelle für die Erhaltung des Hauses im Sacke eintreten, für den Fall aber, daß beide Anträge abgelehnt werden sollten,

möchte er bitten, zu beschließen, dem Magistrate für den Ankauf und Abbruch des Hauses 28000 M zur Verfügung zu stellen, damit dieser in der Lage sei, den Kaufvertrag einzuhalten. Ueber die Wiederverwendung des Hauses könne sich die Versammlung dann später schlüssig werden.

Herr Ribbentrop tritt für das Burgplatzproject ein. Wenn Herr Riese das Aussehen des Burgplatzes tadele, so sei darauf zu erwidern, daß der Platz binnen Kurzem künstlerisch ausgestaltet werden solle und dann eine Zierde der Stadt sein werde. Unter solchen Verhältnissen dürfe der Platz aber nicht die Lücke behalten, welche ein Schandfleck desselben sei und die sich durch Einfügung des Demmer'schen Hauses in so vorzüglicher Weise beseitigen lasse. Die Kosten seien auch nicht so bedeutend, wenn man sich die der Cämmereicasse zu entnehmenden 50000 M mit 3 % verzinst denke = 1500 M und den Rest von 33030 M zu 5 % rechne = 1650 M, was zusammen 3150 M Zinsen ausmache. Verwende man das Gebäude dann zu einem Raritätencabinet und vermiethe einen Theil des Grundstücks vielleicht an den Besitzer des Deutschen Hauses, so könnten die Kosten dem Projecte absolut kein Hinderniß bereiten.

Herr Voller möchte noch darauf aufmerksam machen, daß bei der Belassung des Hauses an seiner jetzigen Stelle nach der Verbreiterung der Neuenstraße ein schmaler Winkel neben dem Hause liegen bleiben würde, mit dem sich nichts anfangen ließe, so daß er schon aus diesem Grunde dem Burgplatzprojecte den Vorzug geben würde.

Herr Bürgermeister Netemeyer bittet, dem Hauswaldt'schen Vorschlage nicht zu folgen, da sich kein anderer Platz für die Wiedererrichtung des Hauses so eigne, wie der Burgplatz, wenigstens sei ein ebenso geeigneter Platz noch nicht bekannt geworden.

Herr Brückmann will bitten, dem Magistratsvorschlage zuzustimmen, da das Burgplatzproject die Steuerzahler in keiner Weise belaste, während das andere Project der Stadt erhebliche Kosten auferlegen würde.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, er könne Herrn Löschigt, der sich in dieser Sache zum dritten Male das Wort erbeten habe, nur mit Genehmigung der Versammlung das Wort ertheilen und ersuche daher um Abstimmung. Die Versammlung lehnt den Antrag ab.

Herr Hauswaldt würde als weiter geeigneten Platz zur Aufnahme des Hauses z. B. nur die der Stadt gehörenden kleinen Häuser an der Catharinentirche vorschlagen können.

Das Schlußwort erhält sodann der Referent, Herr Engelbrecht: Wenn man das Haus an seinem jetzigen Platze stehen lasse, so werde es bald der Stadt zur großen Last werden, da es das größte Hinderniß gegen die Verbreiterung der Neuenstraße bilden dürfte. Außerdem könne man auf die gründlichen Berechnungen

des Stadtbauraths Winter wohl einen höheren Werth legen, als auf die flüchtigen Berechnungen einiger Mitglieder der Versammlung und darnach stelle sich die Verbreiterung der Neuenstraße billiger, wenn die Stadt das Demmer'sche Grundstüd nicht kaufe, als wenn sie im Besitze desselben sei. Mit dem Demmer'schen Vorderhause lasse sich ein anderes Haus niemals zu einer architektonischen Einheit verbinden, deshalb müsse man, schon mit Rücksicht auf den ordnungsmäßigen Ausbau der Neuenstraße, das Haus dort beseitigen und es der Stadt an anderer Stelle sichern. Dazu komme, daß die in Aussicht gestellten Zuschüsse nur gezahlt werden würden, wenn das Haus auf den Burgplatz gestellt und dort die häßliche Lücke ausgefüllt werde. Aus allen diesen und den sonst noch angeführten Gründen bitte er um Genehmigung der Magistratsvorlage.

Bei der dann folgenden Abstimmung genehmigt die Versammlung die Vorlage des Magistrates mit 21:9 Stimmen.

XIII. Gebührensäge für die Markthalle.

Der Augenschein lehrt, daß die Frequenz der Markthalle weit hinter den allgemein gehegten Erwartungen zurückgeblieben ist und es bedarf keines Nachweises, daß die von den städtischen Behörden an die Markthalle geknüpften Hoffnungen nur zu einem sehr geringen Theile in Erfüllung gegangen sind. Wenn der Magistrat auch diesen Mißerfolg nicht allein auf das Conto zu hoher Standgelder setzen kann, so will derselbe doch den Versuch machen, durch eine weitere Herabsetzung des Standgeldes besonders für die weniger werthvollen Waaren den Marktverkehr zu heben. Es wird deshalb beantragt, die Säge dahin zu ändern, daß das Standgeld für die einmalige Benutzung eines verschließbaren Standes mit Fleisch und Fleischwaaren von 80 S auf 1 M erhöht, in folgenden Fällen aber ermäßigt werde: Für einmalige Benutzung eines nicht verschließbaren umfriedigten Standes mit Wild und Geflügel von 60 S auf 50 S , mit sonstigen Marktwaaren von 40 S auf 30 S und letzterer Fall bei Ermietzung auf einen Monat von 20 S auf 12 S ; für Benutzung eines offenen Standes mit sonstigen Marktwaaren für einen Tag von 30 S auf 20 S und für einen Monat von 15 S auf 12 S pro Tag. Außerdem wird beantragt, die Gebühren für die Aufstellung eines Wagens im Hofraum von 1 M auf 50 S und für einen Handwagen von 50 S auf 25 S zu ermäßigen.

Wie Herr Wolff berichtet, hat die Mehrheit der Statutencommission den Standpunkt vertreten, daß in der Höhe der Gebührensäge der Mangel an Frequenz der Markthalle nicht so sehr liege, als an den vielen fliegenden Händlern und den verschiedenen offenen Marktplätzen. Nichtsdestoweniger empfehle die Commission, den Magistratsvorschlägen zuzustimmen.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß die Markthalle hauptsächlich deshalb nicht so sehr florire, weil das hiesige Publicum gar zu sehr am Alten hänge und Neuerungen

schwerer zugänglich sei, als in anderen Städten. Vielleicht würde es praktischer gewesen sein, die Gebührensätze im Anfange recht niedrig zu nehmen und sie im Bedarfsfalle etwas zu erhöhen, denn wenn das Standgeld in der Markthalle gleich viermal so theuer sei, als auf dem offenen Markte, so mache das die Händler und das Publicum stutzig, weil Letzteres die Differenz bezahlen müsse. Sodann habe man auch den hiesigen Eigenthümlichkeiten Rechnung zu tragen und dürfe nicht einer Frau, die neben ihrer Butter einmal einige Hühner verkaufe, ein besonderes Standgeld dafür abnehmen. Auch sei es nicht recht, die Eckplätze wegzugeben und die anderen Grünwaarenhändler in die Kettenstände einrücken zu lassen, in welchen sich das Publicum nicht bewegen könne. Besser würde es sein, wenn die sämmtlichen Händler derselben Branche um die Stellen loosen müßten damit auch der Schein einer ungleichmäßigen Behandlung vermieden würde. Das im Anfange der Sitzung erwähnte anonyme Schreiben habe diese Wünsche zum Ausdruck bringen wollen. Jedenfalls glaube er, daß durch eine Herabsetzung der Standgelder die Frequenz der Markthalle sich heben werde.

Herr Stadtrath Meyer will hierzu bemerken, daß eine Verloosung der Stände schon lange erfolgt sei, daß aber hierdurch die Zufriedenheit der Händler in keiner Weise zugenommen habe. Auf die Gründe, welche zu dem schlechten Besuche der Markthalle geführt haben können, wolle er nicht näher eingehen und nur bitten, die Ermäßigung der Gebühren gutzuheißen, wenn sich auch noch nicht übersehen lasse, ob diese niedrigen Sätze beibehalten werden können.

Herr Vord glaubt nicht, daß die Ermäßigung der Standgelder zu einem besseren Besuche der Markthalle führen werde, da die ganze Sache durch die Majorität der Versammlung verfahren sei, welche die Markthalle zu einer Theilmarkthalle degradirt habe. Die größeren Geschäftsleute, welche versucht haben, in der Markthalle festen Fuß zu fassen, habe man herausgetrieben und werde sie Jahrzehntelang nicht wieder hineinbekommen. Weshalb gehe die Deputation nicht noch einen Schritt weiter und beantrage Aufhebung der offenen Märkte? Der Käufer müsse Waaren und der Verkäufer Kunden in der Markthalle vorfinden, sonst könne ein solches Institut nicht gedeihen, aber gegenwärtig sei der Anblick der Halle gar zu trostlos, da die Plätze reihenweise leer ständen. Darum müsse noch jezt etwas dagegen geschehen und der offene Marktverkehr verboten werden (Widerspruch), wie das in Leipzig auch geschehen sei. Dort beklage sich Niemand über den um 5 bis 7 Minuten weiteren Weg und die Markthalle zeige frisches Leben. Es könne einmal nicht jede Frau die Markthalle vor der Thür haben.

Herr Bauermeister würde es für zweckmäßiger gehalten haben, wenn von vornherein in der Mitte der Markthalle ein freier Marktplatz gelassen wäre, weil sich dann die Leute nicht in die Stände hineinzuzwängen brauchten. Den Land-leuten hätte man müssen für den Sonnabend ihre Plätze so billig wie möglich

lassen, damit sie nicht gezwungen wären, wenn sie einige Pfund Butter und $\frac{1}{2}$ Schoß Eier zu verkaufen haben, dafür 30 \mathcal{M} Standgeld zu entrichten. Das thue der Bauer nicht, sondern er ziehe vor, sich für 10 \mathcal{M} auf den Altstadtmarkt zu stellen, oder mit seinen Sachen hausiren zu gehen und unsere Hausfrauen könnten in der Markthalle nur von Händlern kaufen. Durch die Herabsetzung des Standgeldes werde man einen größeren Zuzug erzielen, während andererseits die auswärtigen Schlachter für die einmalige Benutzung eines verschließbaren Standes auch eine höhere Miethe bezahlen könnten, da diese den städtischen Schlachtern großen Schaden zufügen.

Herr Löschigt möchte sich gegen die Auslassungen des Herrn Lord wenden. Man habe damals den Bau der Markthalle an dieser Stelle nur unter der Bedingung der Decentralisation bewilligt und er warne, diesen Standpunkt jetzt zu verlassen. Als Bewohner der Altstadt protestire er gegen solche Auffassung, da er sonst nicht für den Bau der Markthalle am Hagenmarke gestimmt haben würde.

Herr Lange muß sich auch gegen die fortwährenden Versuche des Herrn Lord wenden, die jetzige Markthalle zu einer Centralmarkthalle umgestalten zu wollen. Dadurch werde man dem Uebel nicht abhelfen und niemals die Käufer aus dem Westen der Stadt in die Markthalle hineinbringen, sondern man werde nur den Hausirhandel fördern und die Zahl der Händler, welche sich Pferd und Wagen halten, verdoppeln. Im Westen der Stadt müsse man eine billige Halle bauen, denn die Hagenmarkthalle sei viel zu theuer, und dieselbe so einrichten, wie es Herr Bauernmeister schon angedeutet habe, d. h. einen mit einem Dach überspannten Markt schaffen. An den Wänden der Halle wären feste Stände anzubringen und der innere Platz würde durch Kreidestriche in billige Stände getheilt. Bis zur Fertigstellung einer Halle im Westen der Stadt könne an eine Aufhebung des Wochenmarktes auf dem Altstadtmarke nicht gedacht werden.

Herr Koch würde in der Aufhebung des Marktes auf dem Altstadtmarke allerdings das sichere Mittel der Hebung des Markthallenverkehrs erblicken, jedoch werde sich diese Maßregel nur schwer durchführen lassen, wohl aber möchte er anheimgen, die Märkte auf dem Regidienmarke, dem Kadelinte und dem Kohlmarke aufzuheben, sowie den Beamten aufzugeben, die Aufsicht auf dem Altstadtmarke etwas strammer zu handhaben, damit dort die Standgelder auch eingehoben würden.

Herr Löschigt muß auch dagegen Einspruch erheben, daß die kleineren Märkte aufgehoben werden sollen, da diese auch ihre Existenzberechtigung besäßen. Hierauf gelangt die Magistratsvorlage zur Annahme.

XIV. Gesuch von Konegen wegen Ueberlassung von Straßenterrain.

Der Fabrikbesitzer J. Konegen hat sich an die Versammlung mit der Bitte gewandt, ihm im Gegensaße zu dem ablehnenden Bescheide des Magistrates zu ge-

statten, daß er das zwischen den beiden Freitreppen seines Wohnhauses an der Cellerstraße gelegene Straßenterrain durch eine eiserne Einfriedigung nach außen abschließe und als Vorgarten benutze. Zur Begründung wird angeführt, daß bei Durchführung dieses Gesuches die Passage in keiner Weise beeengt, das Aussehen des Hauses aber erheblich gebessert würde.

Namens der Baucommission schließt sich Herr Engelbrecht den Gründen des Magistrates für die Ablehnung des Antrages an, da es mit Rücksicht auf die Schaffung eines Präjudizes bedenklich erscheine, über städtisches Terrain zu Gunsten eines Einzelnen zu verfügen.

Herr Lange bittet ebenfalls um Ablehnung des Gesuches, da sonst noch eine ganze Anzahl weiterer Anlieger der Cellerstraße mit demselben Wunsche auf Schaffung eines Vorgartens kommen würde. Seiner Meinung nach müssen sogar die beiden Treppenaufgänge des Ronegen'schen Hauses, welche den Fußweg erheblich verengen, wieder beseitigt und wenigstens theilweise in das Haus verlegt werden. Man habe dieses von vornherein beabsichtigt und nur des hohen Kostenpunktes wegen davon Abstand genommen. Er stelle daher folgenden Antrag:

„Der Stadt-Magistrat wird ersucht, die Frage noch einmal zu erwägen, ob es nicht angemessen sei, die Eingänge des Ronegen'schen Hauses ganz oder theilweise in das Haus selbst zu verlegen, die Kosten hierfür zu ermitteln und uns demnächst einen Antrag vorzulegen“.

Herr Brückmann möchte um Genehmigung des Ronegen'schen Gesuches bitten, da sich doch wohl eine Form finden werde, das Eigenthumsrecht der Stadt zu wahren. Das Haus des Herrn Ronegen habe durch den Ausbau der Cellerstraße ungemein verloren und man würde durch eine hübsche Gartenanlage zwischen den beiden Treppen die lange Fassade des Hauses angenehm unterbrechen. Da Herr Ronegen die Anlage auf Wunsch der städtischen Behörden jederzeit wieder beseitigen wolle, so stände der Annahme des Antrages wohl kein Bedenken mehr entgegen.

Herr Böschigt schließt sich diesen Ausführungen an, wenn er auch in der Commission gegen das Gesuch gestimmt habe. Die Cellerstraße würde durch den Vorgarten und das Gitter in keiner Weise verunglimpft werden, so daß er nur bitten könne, den Ronegen'schen Antrag zu genehmigen.

Herr Wolff steht auf demselben Standpunkte, so lange die Freitreppen vorhanden seien. Der Anblick dort sei unerträglich und die Passage im Dunkeln unter den jetzigen Verhältnissen gefährlich. Anderwärts schaffe man die Freitreppen ab und hier lege man noch welche an.

Herr Bültemann kann nicht finden, daß die Treppen der Passage im Wege seien, da der Weg dort solche Breite habe, daß nur Jemand in der Dunkel-

heit dagegen kommen könne, der in der Gegend ganz unbekannt sei. Wenn man den Antrag genehmige, würde das zu unendlichen Verurtheilungen führen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will noch erwähnen, daß der Antrag von dem Magistrate wesentlich aus dem Grunde abgelehnt worden sei, weil ein Anlieger einer anderen Straße mit einem ähnlichen Antrage gekommen sei, der sonst auch hätte genehmigt werden müssen. Bemerken müsse er noch, daß bei etwaiger Genehmigung des Antrages Lange es nothwendig sei, die Beschlußfassung über den Konegenschen Antrag für heute auszuschließen.

Herr Sander möchte hervorheben, daß die Gellerstraße durch ihren Ausbau wirklich schön geworden sei und den einzigen unangenehmen Punkt die Treppen an dem Konegenschen Hause bilden, da dieselben ohne jede Verächtigung in die Straße vorpringen. Aus diesem Grunde könne er sich nicht für den Antrag Konegen erwärmen und bitte um Annahme des Antrages Lange.

Nachdem Herr Kieke noch für die Verlegung der Treppen in das Konegensche Haus eingetreten war,

wird der Antrag des Herrn Lange genehmigt, das Gesuch des Herrn Konegen aber zunächst noch zurückgestellt.

XV. Antrag Müller: Beschaffung eines Glockenspieles für den Stadthausthurm.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, die Uhr im neuen Rathhause mit einem Glockenspiel versehen zu lassen“, führt Herr Müller etwa Folgendes aus: In verschiedenen Städten, wie Ostende, Antwerpen zc. sei ihm bei dem Anhören des wundervollen Glockenspieles der Gedanke gekommen, ob nicht auch für den hiesigen Rathhausthurm ein Glockenspiel, ähnlich wie in Potsdam, Hamburg zc. angezeigt erscheine. Mit solcher harmonischen Beigabe zum Rathhause würde man den hiesigen Bürgern und auch den Fremden eine angenehme Unterhaltung gewähren und dadurch vielleicht manchen Fremden anziehen. Nach einem Anschläge des bekannten Erbauers von Thurmuhr, des Herrn Weule in Bockenem, würden die Kosten bei dem Spielen von drei verschiedenen Liedern 8000 M betragen, indem dazu 16 Glocken von einem Gewichte zu 25 Centnern erforderlich seien. Die Glocken könnten dann vielleicht Morgens einen Choral, Mittags ein Volkslied wie etwa „Lustige Braunschweiger seien wir“ und Abends ein schönes Abendlied ertönen lassen. Bei dem Spielen von nur zwei Stücken würden sich die Kosten um 800 M und bei dem Spielen eines einzigen Stückes um weitere 800 M verbilligen. Wenn dieses auch eine große Ausgabe sei, so würde man mit solcher Einrichtung, welche andere Städte schon seit Jahrhunderten besitzen, doch Manchem eine Freude machen. Da die Uhr des Rathhausthurmes mit Rücksicht auf den benachbarten Dom ohne Schlag-

werk bestellt worden sei, so ließe sich doch wenigstens ein solches Glockenspiel mit der Uhr in Verbindung bringen. Er für seinen Theil würde, um die Ausgabe für die Stadt nach Möglichkeit zu ermäßigen, gern bereit sein, für diesen schönen Zweck hundert Mark zu opfern und glaube, daß er noch Nachfolger in der Versammlung finden werde. Auf diese Weise werde von Neuem bestätigt werden, daß Magistrat und Stadtverordnete ein harmonisches Ganze bilden und in diesem Sinne bitte er um Unterstützung seines Antrages. Schließlich wolle er noch bemerken, daß der Stadtbaurath Winter seinem Gedanken sehr sympathisch gegenüberstehe und daß der Durchführung desselben Hindernisse nicht im Wege seien.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XVI. Antrag Müller: Instandsetzung der Straße an der Catharinenkirche.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, die Straße „an der Catharinenkirche“ zwischen Hagenmarkt und Wilhelmstraße recht bald in einen fahrbaren Zustand zu versetzen“.

Zur Begründung weist Herr Müller darauf hin, daß diese namentlich auch von Kutschen bei Hochzeiten, Taufen 2c. viel befahrene Straße sich mit einem Federwagen ohne Gefahr schwer passiren lasse und es an der Zeit sei, daß hier endlich einmal etwas geschehe. Auch möchte er bitten, daß bei dieser Straße mit Rücksicht auf die benachbarte Catharinenkirche einmal ein Versuch mit Asphaltpflaster gemacht werde.

Auch diesen genügend unterstützten Antrag erhält die Baucommission zur Vorberathung.

XVII. Anfrage Hauswaldt: Krankentransport nach dem städt. Krankenhause.

Herr Hauswaldt richtet an den Magistrat folgende Anfrage:

„Ist der Magistrat in der Lage, der Versammlung zuverlässige Mittheilungen über einen Krankentransport zu machen, welcher am 7. März von der Maschstraße nach dem städtischen Krankenhause stattgefunden hat, und über den der „Volksfreund“ am 8. März unter der Ueberschrift „Ein empörender Krankentransport“ berichtet hat“,

und führt zur Begründung derselben an, daß nach dem angezogenen Berichte der ganze Unterkörper einer Frau, welche von Insassen des Pflegehauses eine Treppe herunter getragen worden, sichtbar gewesen sei und man im Interesse der Menschheit Einspruch gegen solche Behandlung einer armen Frau erheben müsse. Die von der Landeszeitung gegen diesen Bericht gebrachte Berichtigung sei vom Volksfreunde als falsch zurückgewiesen und nochmals gefordert worden, daß zu derartigen

Transporten nicht alte, gebrechliche Leute, von denen einer sogar epileptisch sein sollte, sondern kräftige, geübte Krankenträger genommen würden. Ueber solche Sachen dürfe nicht mit vornehmem Schweigen hinweggegangen werden und er hätte wohl gewünscht, daß eine officiële Richtigstellung der Schilderung erfolgt wäre. Da dieses nicht geschehen sei, so habe er die Anfrage gestellt, um dem Magistrate Gelegenheit zu geben, den Sachverhalt klarzustellen.

Herr Stadtrath Meyer will auf die Anfrage erwidern, daß dem Magistrate der betr. Artikel des Volksfreundes nicht unbekannt geblieben sei und daher Ermittlungen angestellt worden seien. Hiernach habe der Artikel den Vorgang ganz unrichtig geschildert, jedoch habe sich der Magistrat nicht entschließen können, eine Berichtigung dagegen zu erlassen, einmal weil bei derartigen Zeitungskriegen gewöhnlich nichts herauskomme und dann auch, weil thatsächliche Vorwürfe nur in geringem Maße erhoben seien und diese eines gehässigen Charakters nicht entbehren. Der Vorgang habe sich in folgender Weise abgespielt. Eine Frau Ruhe sei von einer Gemeindeschwester gepflegt worden und diese habe die Krankheit am 7. März d. J. für so erheblich befunden, daß sie die Ueberführung der Frau in das Krankenhaus für nothwendig gehalten und beantragt habe. Der Transport sei sodann von Leuten des Pflegehauses ausgeführt worden und habe der Inspector Bock die Auswahl nach dem besonderen Wunsche der Schwester getroffen, jedoch handle es sich hierbei nicht um abgängige, sondern um solche Leute, welche im Krankentransport geübt seien. Ob ein Mann sich darunter befunden habe, der an Epilepsie leide, könne er nicht sagen. Diesen Leuten seien zur Umhüllung der Frau statt zwei Decken in abweichender Weise deren vier mitgegeben worden und habe die Schwester selbst die Frau in zwei Decken eingehüllt. Darauf haben die Leute, welche nach Aussage der Schwester einen durchaus guten Eindruck gemacht haben, die Frau in sachgemäßer Weise in die Höhe gehoben, indem sich deren zwei die Hand gegeben und die Frau darauf gesetzt haben. In anderer Weise lasse sich solcher Transport überhaupt nicht bewerkstelligen. Den oberen Theil des Wagens haben die Leute nicht benutzen können, weil die Frau drei Treppen hoch gewohnt habe. Es sei wohl erklärlich, daß die Frau bei dem Transporte von den Treppen herunter einige Male habe hingesezt werden müssen und erscheine es denkbar, daß Jemand, der unter der Treppe gestanden habe, bei dem Hinauffehen wohl Anstoß genommen haben könne, jedoch müsse entschieden zurückgewiesen werden, daß dieses auf eine Nachlässigkeit der Transporteure zurückzuführen sei. Die Umhüllung der Frau sei in ihrer Lage geblieben, auch habe die Schwester, welche zuerst bei den Kindern zurückgeblieben sei, den Transport noch im Hause wieder eingeholt und nichts Anstößiges bemerkt. Man habe dann unten die Frau auf den Wagen gelegt und sei auch der weitere Transport in ordnungsmäßiger Weise vor sich gegangen. Auf die Frage, ob etwa von Bauarbeitern Mißfallensäußerungen über die Art des

Transportes gefallen seien, habe die Schwester erwidert, es sei nur gefragt worden, weshalb der Sanitätswagen zu dem Transporte nicht benutzt werde. Was habe aber die Schilderung im Volksfreunde mit dem Sanitätswagen zu thun? Um ganz sicher zu gehen, habe er auch die Frau im Krankenhause vernehmen lassen und habe dieselbe erklärt, daß ihr Transport in geordneter und ordnungsmäßiger Weise ausgeführt worden sei. Demnach könne die Krankenhausverwaltung kein Vorwurf treffen. Was die Benutzung des Sanitätswagens anlange, so solle derselbe zu Transporten aus dem Hause nach dem Krankenhause keine Verwendung finden, sondern nur dazu dienen, bei Unfällen benutzt zu werden. In einem einzigen Falle habe man auf Drängen der Aerzte einmal eine Ausnahme hiervon gemacht, jedoch sei in diesem Falle die doppelte Gebühr erhoben worden.

Die Versammlung beschließt auf Antrag des Herrn Rieke in eine Besprechung der Anfrage zu treten.

Herr Rieke findet es ganz in der Ordnung, wenn sich die städtischen Behörden gegen einen Angriff vertheidigen, der ihrer Meinung nach ungerechtfertigt sei. Er würde dieser Sache keine weitere Beachtung geschenkt haben, wenn der Zeuge jenes Transportes von der Treppe herunter ihm nicht als ein durchaus rechtschaffener und glaubwürdiger Mann bekannt gewesen wäre. Dieser habe den Trägern zugerufen, weshalb sie die Frau in solcher Weise transportirten, worauf diese erwidert haben, sie hätten die Frau ordentlich zugebedeckt. Trotz dieser Versicherung habe der Zeuge der Frau unter die Röcke sehen können, und das sei nicht schön. Wenn es gewünscht werde, trage er keinen Anstand, die Namen zu nennen. Von diesem Standpunkte aus verrete er den Artikel und halte die Kritik, durch welche Niemand beleidigt sei, für berechtigt, um solche Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden.

Herr Stadtrath Meyer will gegen die Kritik irgend welcher städtischen Verhältnisse an sich nichts einwenden, jedoch sei in dem vorliegenden Falle der erhobene Vorwurf in keiner Weise begründet gewesen, da der Transport sich nicht anders habe ausführen lassen. Wenn Jemand sich bei solchem Transporte unten an die Treppe stelle und hinaufsehe, werde er immer mehr als zu ebener Erde von der zu transportirenden Person zu sehen bekommen, jedoch sei es ihm unbegreiflich, hieraus einen Vorwurf für die Transporteure construiren zu wollen, und das weise er zurück.

Die Besprechung ist damit beendet und wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.

